

Finnland und die Außenpolitik der Weimarer Republik

Inaugural - Dissertation

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13 (Geschichtswissenschaften)
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von
Hannes Saarinen
aus Helsinki

1973

Finnland und die Außenpolitik der Weimarer Republik

**Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Philosophie
des Fachbereichs 13 (Geschichtswissenschaften)
der Freien Universität Berlin**

**vorgelegt von
Hannes Saarinen
aus Helsinki**

Gedruckt mit Genehmigung des FB 13
(Geschichtswissenschaften) der
Freien Universität Berlin



Fachbereichsrats-

Vorsitzender: Professor Dr. Ilja M i e c k

Referent: Professor Dr. Thomas N i p p e r d e y

Korreferent: Professor Dr. Hans-Dietrich L o o c k

Tag der mündlichen Prüfung: 22.11.1973

Gedruckt mit Unterstützung des
Deutschen Akademischen Austauschdienstes

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
EINLEITUNG	1
1. KONSEQUENZEN DES DEUTSCHEN MILITÄRISCHEN ZUSAMMENBRUCHS 1918 FÜR DAS DEUTSCHE ENGAGEMENT IN FINNLAND	7
1. 1. Das Ende der Deutschorientierung Finnlands	7
1. 2. Die englische Blockade und ihre Auswirkungen auf den deutsch-finnischen Handel	16
1. 3. Das deutsch-finnische Handels- und Schifffahrtsabkommen vom März 1918 und der Versailler Vertrag	29
2. DEUTSCH-FINNISCHE VERHANDLUNGEN ÜBER KRIEGSENTSCHÄDIGUNGEN UND EINEN NEUEN HANDELS- BZW. FRIEDENSVERTRAG	37
3. DIE DEUTSCH-FINNISCHE HANDELSVERTRAGSPOLITIK	55
3. 1. Die Handelsvertragsverhandlungen 1924 - 1926	55
3. 1. 1. Zollerhöhungen als Druckmittel	55
3. 1. 2. Vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Finnland 1926	67
3. 2. Handelsvertragsverhandlungen bis 1929	75
3. 2. 1. Auswirkungen des Vertrages von 1926 und die Kritik der finnischen Papierindustrie	75
3. 2. 2. Deutsch-finnisches Zusatzabkommen zum Handelsvertrag 1926	85
3. 3. Der deutsch-finnische Handelsvertrag und die deutschen landwirtschaftlichen Zollerhöhungen	97
3. 3. 1. Privatverträge zur Umgehung der Meistbegünstigung	97
3. 3. 2. Das zweite Zusatzabkommen und der Butterzoll	111
3. 3. 3. Der Rückgang des deutsch-finnischen Handels bis 1932	120

	Seite
4. FINNISCHE SICHERHEITSPOLITIK UND DEUTSCHE REVISIONSPOLITIK	125
4. 1. Deutschland und die finnische Randstaaten- orientierung	126
4. 1. 1. Auffassungen über Finnland als Randstaat	126
4. 1. 2. Die Anfänge finnischer Rand- staatenorientierung bis 1921	131
4. 1. 3. Die Warschauer Beschlüsse zwischen Polen, Lettland, Est- land und Finnland im März 1922	139
4. 2. Rapallovertrag und Randstaatenbund	150
4. 2. 1. Rückwirkungen des Rapallover- trages auf die Beziehungen Deutschlands zu Finnland	150
4. 2. 2. Die Randstaatenkonferenzen von 1922 bis 1925	156
4. 3. Die finnische Reaktion auf die deutschen Neutralitätserklärungen gegen das Sank- tionsverfahren des Völkerbundes	161
4. 3. 1. Der Berliner Vertrag	161
4. 3. 2. Die "Anlage F" zum Locarnovertrag	169
4. 3. 3. Pläne für ein Nord- und Ostlocarno	174
4. 3. 4. Finnlands Kandidatur für den Völkerbundsrat	180
4. 4. Deutsche und finnische Politik in der Abrüstungsfrage	186
4. 5. Die finnisch-russischen Kontroversen 1930/31 und Deutschland	193

	Seite
S C H L U S S	199
Anlage 1 Die Premier-, Außen- und Handelsminister finnischer Regierungen 27.11.1918 - 14.12.1932	202
Anlage 2 Die Gesandten Finnlands in Berlin 1918 - 1933; Die deutschen Gesandten in Helsinki 1918 - 1935, Abteilungsleiter der Abt. IV des Auswärtigen Amtes 1920 - 1933	203
Anlage 3 Zeitungen und Zeitschriften	204
L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S	205
I. Quellen	205
A. Gedruckte Quellen	205
B. Ungedruckte Quellen	205
II. Literatur	210
Abkürzungen	221



Digitized by the Internet Archive
in 2026

E I N L E I T U N G

Beziehungen zwischen Ländern werden in den meisten Fällen untersucht, wenn politisch-wirtschaftliche Abhängigkeits- bzw. Konkurrenzverhältnisse hinreichend Stoff für einen beiderseitigen Konflikt geliefert haben. Geschichte als Bewegung betrachtet, lenkt den Blick auf Einschnitte, in der sich die gegenseitigen Positionen zuspitzen und verändern, wobei die vorangegangenen ursächlichen Faktoren bestimmt und gedeutet werden. Dies geschieht in einem Rahmen, der dem Standpunkt des Untersuchenden entspricht und das widerspiegelt, welchen der Zustände, den vorangegangenen oder nachfolgenden, dieser für wünschenswerter hält. Dieses Engagement wird oft genug aus einem falsch verstandenen Objektivitätsanspruch der Wissenschaft geleugnet, aber wie dürften sich anders die von heutigen Historikern durchweg bevorzugten konfliktbezogenen Themen erklären lassen als durch den, wenn auch unausgesprochenen Wunsch, etwas zur Bewältigung und eventuell auch Verhütung ähnlicher Fälle beizutragen.

Die Untersuchungen des deutsch-finnischen Verhältnisses gruppieren sich um die Konfliktsituation der beiden Weltkriege. Dem zeitgenössischen Betrachter, besonders in Deutschland, ist dieses Verhältnis inmitten weltweiter Feindschaften als Beispiel freundschaftlicher Zusammenarbeit und Hilfeleistung des Stärkeren für den Schwächeren erschienen, und dieser Eindruck ist auch später in die Literatur eingegangen.⁽¹⁾ Erst als Ende der fünfziger Jahre mit Yrjö Nurmi's "Suomen itsenäistymisen ja Saksa" für den ersten Weltkrieg und mit C. Leonard Lundin's "Finland in the Second World War" für den zweiten, eine nüchternere Beschäftigung mit

⁽¹⁾ Aus den Darstellungen der zwanziger Jahre seien erwähnt:
Rüdiger von der Goltz: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920
Erich Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen 1914-1918, Berlin 1919
Johannes Öhquist: Das Löwenbanner, des finnischen Volkes Aufstieg zur Freiheit, Berlin 1923
von der bundesrepublikanischen Literatur:
Walter Hubatsch: Unruhe des Nordens, Studien zur deutsch-skandinavischen Geschichte, Göttingen 1956
Ernst Klink: Finnlands Freiheit 1917-1957, Laupheim 1957
Dieter Aspelmeier: Deutschland und Finnland während der beiden Weltkriege, Hamburg 1967

den näheren Hintergründen der jeweiligen Zusammenarbeit einsetzte, ergibt sich ein modifizierteres Bild.⁽²⁾ Die hierbei und von weiteren Forschern gewonnenen Ergebnisse lassen sich kurz folgendermaßen zusammenfassen:

Eine nach Kriegsausbruch 1914 von finnischer bürgerlicher Seite ausgehende Initiative, das Land aus russischer Abhängigkeit zu lösen, wird in Deutschland unterstützt mit der Ausbildung finnischer Freiwilligenverbände bei Hamburg. Es handelt sich hierbei um keine direkten deutschen Belange in Finnland, sondern um eine von einer Großmacht unterstützte "nationale Befreiungsfront" als Kampfmittel gegen eine andere Großmacht, Rußland. 1918, als schon die finnische Selbständigkeit sowohl vom Deutschen Reich als auch von Räterußland anerkannt ist, nimmt die deutsche Heeresleitung ein Hilfegeusch der finnischen "Weißen" wahr, im Bürgerkrieg zugunsten dieser zu intervenieren, jedoch nur um einen Stützpunkt gegen die in Murmansk gelandeten Engländer zu besitzen. Diese Absicht wird von imperialistischen Zielsetzungen begleitet, Finnland auch wirtschaftlich und politisch in den deutschen Machtbereich einzubeziehen und demgemäß in einem Friedens- sowie einem Handels- und Schiffahrtsvertrag verankert. Die Ausführung verhindert allerdings der deutsche Zusammenbruch. In dieser Lage vollzieht eine neue finnische Regierung die völlige Abkehr von dem bisherigen prodeutschen Kurs zugunsten einer Annäherung an die Siegermächte.

Zwanzig Jahre später spielt Finnland abermals eine Rolle in der strategischen Planung des Deutschen Reiches. Ist Finnland 1939 noch im Nichtangriffspakt von Rippentrop und Molotov der sowjetischen Interessensphäre überlassen worden und somit während des russisch-finnischen Krieges nicht einmal eines moralischen Beistandes deutscherseits wert, so benötigt Hitler

⁽²⁾ Außer diesen noch:

Osmo Apunen: Suomi keisarillisen Saksan politiikassa 1914-1915, Diss. Helsinki 1968

Tuomo Polvinen: Venäjän vallankumous ja Suomi, Bd. 1, Porvoo 1967, S. 276 ff sowie Bd. II, Porvoo 1971

Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1967, S. 424, 449 ff; derselbe: "Deutsche Kriegsziele: Revolutionierung und Separatfrieden im Osten 1914-1918, in: "Deutsche Kriegsziele 1914-1918", Hg. Ernst W. Graf Lynar, Berlin 1964, S. 69 f

Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918, Wien 1966, S. 93 ff

schon nach eineinhalb Jahren Finnland als nördliche Flanke, um den Barbarossaplan auszuführen. Aus der Erkenntnis der eigenen politischen Isolierung entwickelt sich in Finnland schon 1940 plötzlich ein "erstaunlicher Umschwung der deutsch-finnischen Beziehungen", ⁽³⁾ der wiederum eine Zusammenarbeit bedeutet in Form einer Waffenbrüderschaft. Hitlers mit der Zeit schwindendes Kriegsglück macht der finnischen Führung deutlich, daß die eigene Selbständigkeit durch eine weitere Anlehnung an das Reich nicht mehr gewährleistet ist. Die Konsequenz ist wie 1918 eine Abkehr von Deutschland, die diesmal den völligen Bruch der Beziehungen mit sich führt, um die Bedingungen für einen Separatwaffenstillstand mit der Sowjetunion zu erfüllen.

Ansatzpunkt der oben angeführten Untersuchungen sind zwar die Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland gewesen, jedoch die Krisensituation, von der die Fragestellung ausgeht, ist nicht das Verhältnis dieser beiden Länder, sondern betrifft Finnland und Deutschland auf der einen, sowie Rußland auf der anderen Seite. Gilt es, das Interesse Deutschlands an Finnland in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts überhaupt zu bestimmen, so ist zwischen einem direkten und mittelbaren deutschen Interesse zu unterscheiden. Es hat den Anschein, daß die Aktionen dieses mittelbaren Interesses, deren Pol Rußland ist, die stärkeren und für Finnlands Existenz entscheidenderen gewesen sind.

In seiner Arbeit "Deutschland und Finnland während der beiden Weltkriege" stellt D. Aspelmeier fest, daß sich die deutsch-finnischen Beziehungen während des ersten Weltkrieges "in charakteristischer Weise" von denen des zweiten Weltkrieges unterscheiden. ⁽⁴⁾ Dies dürfte jedoch nicht ganz zutreffen. Zumindest waren die Motive des Deutschen Reiches, sich Finnlands anzunehmen, die gleichen, nämlich rein strategischer und wirtschaftlicher Natur. Finnischerseits ist wiederum betont worden, daß die Wahl auf Deutschland fiel, weil es in beiden Kriegen keine Alternative gab. Was die Form der Beziehungen 1918 und 1941-1944 anbelangt, ist bemerkenswert, wie verschieden sie in Finnland und Deutschland während der

⁽³⁾ Aspelmeier, S. 87

⁽⁴⁾ Aspelmeier, S. 8

gemeinsamen Aktionen und nachher im Rückblick gesehen worden sind. In Finnland hat man sich im Nachhinein von dem Makel, ein zu starkes Engagement für Deutschland gezeigt zu haben, distanziert und hat nur reale Faktoren gelten lassen. In Deutschland hat man die Realitäten gern vernachlässigt und lediglich den Aspekt der Freundschaft und die "Schicksalsgemeinschaft" bewahrt. Immerhin ist es erstaunlich, wie weit die NS-Führung das demokratische Finnland 1941-1944 respektierte, und es der finnischen Regierung gelang, in vieler Hinsicht ihre Selbständigkeit zu behaupten. Obwohl in Finnland pronazistische Strömungen nicht fehlten, ist ihnen jedoch kein maßgebender Einfluß zugesprochen worden. Es mußte sich also in der deutschen Beurteilung Finnlands von früher her ein positives Erfahrungskonto erhalten haben, nicht zuletzt in der Annahme einer kontinuierlichen freundschaftlichen Grundbeziehung.

Die Ereignisse im ersten und zweiten Weltkrieg lassen den Schluß zu, daß ein expansives Deutschland in Richtung Rußland den Kontakt mit Finnland für seine Zwecke braucht. Die Entscheidung der deutschen Heerführung Finnland 1918 als Stützpunkt und 1941 als Aufmarschgelände zu benutzen, ist rein objektbezogen, und trotzdem ist das gute Verhältnis zwischen Deutschen und Finnen in diesen Zeiten nicht von der Hand zu weisen. Offensichtlich ist die Form der Beziehungen von ihrem Zweck zu trennen.

Es läßt sich fragen, ob die deutsch-finnischen Beziehungen von Deutschland aus je etwas anderes gewesen sind als eine Unterstützung des deutschen Machtanspruchs gegenüber Rußland. Zum anderen, ob die in Finnland immer gern zitierte Behauptung "keine andere Möglichkeit" gehabt zu haben, zutrifft. Ob es aus dem direkten Verhältnis zwischen Deutschland und Finnland überhaupt Möglichkeiten gegeben hat, zu einer anderen Gestaltung der Beziehungen zu kommen und ob dies ausgenutzt worden ist, ist unter diesem Gesichtspunkt noch nicht untersucht worden. Das alleinige Konzentrieren auf die Kriegssituation reicht nicht aus, im Gegenteil, es muß die vorbereitende Funktion gerade der Friedenszeit berücksichtigt werden. Schon die Form der Beziehungen 1941-1944 läßt vermuten, daß in gewissen Bereichen beiderseits eine Kontinuität bewahrt worden ist.

1918 schien der Austritt Finnlands aus der deutschen Hegemonie und die Gründung einer deutschen Republik zu erlauben, ein verändertes Verhältnis zwischen beiden Ländern zu schaffen, wobei dann festzustellen gilt, ob sich tatsächlich zwangsweise im nächsten Krieg die Konstellation des ersten wiederholen mußte, inwieweit eine andere Einstellung finnischseits gewünscht und angestrebt worden ist und inwieweit dies sich mit der deutschen Einstellung zu Finnland, besonders in Hinblick auf die Wiedererstarkung des Reiches vereinbarte.

Da Finnland für die deutsche Außenpolitik in den Weltkriegen ein Teil seiner Außenpolitik war, wäre festzustellen, inwieweit Finnland auch in Friedenszeiten diese Rolle zugetragen wurde. Die historische Betrachtungsweise tendiert dahin, die Außenpolitik einer Epoche unter einem generalisierenden Begriff zusammenzufassen. An dem deutschen Verhalten einem Kleinstaat wie Finnland gegenüber läßt sich bemessen, ob die deutsche Außenpolitik völlig in den Kategorien einer Großmachtpolitik verblieb. Es ist die Frage, ob Finnland einem der Hauptziele deutschen außenpolitischen Handelns nach 1919, der Revision, überhaupt dienlich sein konnte. Inwieweit Finnland diesem Zweck untergeordnet wurde, beruhte auch offensichtlich an dem wechselnden Stellenwert des Landes und der bestehenden Interessengemeinschaften und Interessengegensätze beider Länder. Solche deutlichen Interessengegensätze ergaben sich zum einen, als mit Finnlands Aktivität, die Entstehung eines kompletten Randstaatenbündnisses 1922 vom Nördlichen Eismeer bis zum Schwarzen Meer drohte, sowie 1926/1927, als sich Finnland zu einem Exponenten der französischen Sicherheitspolitik im Völkerbund zu entwickeln drohte. Ob von Deutschland aus auch direkte Revisionsziele in Finnland befolgt werden, was die 1918 aufgegebene Dominanz betrifft, ist vor allem an der Handelspolitik zu überprüfen.

1. KONSEQUENZEN DES DEUTSCHEN MILITÄRISCHEN ZUSAMMENBRUCHS
1918 FÜR DAS DEUTSCHE ENGAGEMENT IN FINNLAND

1. 1. Das Ende der Deutschorientierung Finnlands

Im Spätsommer 1918 war das Deutsche Reich im Gegensatz zu der sich im Westen abzeichnenden Niederlage militärisch immer noch die beherrschende Macht des Ostseeraumes. Die gesamte Ostküste des Meeres von Memel bis Nerva wurde von deutschen Truppen besetzt gehalten. Der deutsch-alliierte Waffenstillstand im November änderte nichts an dieser Lage. Das deutsche Heer blieb im Baltikum mit dem den Westmächten gemeinsamen Ziel: den Bolschewismus abzuwehren und niederzuschlagen.⁽¹⁾

In Finnland, wo ebenfalls deutsche Truppen, allerdings nicht als Okkupanten, stationiert waren, entwickelte sich die Situation anders. Maßgebend war, daß die Alliierten, vor allem England, Finnlands Position im Herbst 1918 anders einschätzten, als die der baltischen Länder, nicht zuletzt dadurch, daß Finnland im Gegensatz zu Estland, Lettland und Litauen, die sich ihre Staatlichkeit gegen Rußland und die deutsche Besatzung erst erkämpften, den funktionsfähigsten Regierungsapparat besaß. An und für sich hatten die Finnen nach der russischen Oktoberrevolution in ihrem abseits gelegenen Land nicht das Interesse der Ententemächte gefunden, wie z. B. die Polen und die Tschechen. Finnland wurde weiterhin der russischen Interessensphäre, d.h. einem "weißen" Rußland zugeordnet, wenn auch nicht in dem Maße wie die baltischen Länder. Dies bewirkte im Frühjahr 1918 die Anlehnung der bürgerlichen Regierung Finnlands an die Zentralmächte. Frankreich hatte damals, Anfang Januar 1918 den finnischen Staat anerkannt, um dadurch ein völliges Abgleiten Finnlands in die Gefolgschaft Deutschlands verhindern zu versuchen. Dahingegen hatte der englische Außenminister Balfour der finnischen Anerkennungsdelegation befehlen lassen, daß die Angelegenheit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden sollte.⁽²⁾

⁽¹⁾ Georg von Rauch: Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart 1970, S. 43 ff, insbes. S. 55

⁽²⁾ Juhani Paasivirta: Ensimmäisen maailmansodan voittajat ja Suomi, Porvoo 1961, S. 54, 58

Tuomo Polvinen: Venäjän vallankumous ja Suomi, Porvoo 1967 Bd. 1, S. 194

Eine der Hauptsorgen der finnischen bürgerlichen Regierung blieb nach Erlangung der Selbständigkeit und Bewältigung des Bürgerkrieges das Erreichte gegen den einheimischen Sozialismus sowie den diesen unterstützenden russischen Bolschewismus zu bewahren. Bislang hatte die deutsche Finnlandpolitik diesen Belangen der finnischen Regierung weitgehend entsprochen. Da Deutschland jedoch nunmehr den Krieg zu verlieren drohte, war zu befürchten, daß dieses Land für Finnlands Sicherheit nicht mehr viel in die Waagschale zu werfen hatte. Hiermit wurde die bisher äußerst prodeutsche finnische Regierung Paasikivi von einer Orientierungskrise erfaßt, die darin mündete, daß sie Ende November ihren Platz räumte, zugunsten eines Kurswechsels in Richtung der faktischen Machthaber Europas, der Westmächte. Bis zum Januar des nächsten Jahres war man finnischerseits soweit fortgeschritten, daß Deutschland politisch eine quantität negligeeable geworden war. Staatsverweser Mannerheim äußerte, daß man Deutschland wegen seiner "trostlosen Lage" in der Außenpolitik nicht mehr zu berücksichtigen brauche.⁽³⁾ Das Wichtigste war vielmehr die Anerkennung der Siegermächte zu erlangen.

Ausschlaggebend für den Abgang der Paasikivi-Regierung und den Kurswechsel war jedoch die Versorgung Finnlands mit Lebensmitteln gewesen. Schon im Frühjahr 1917 war es dem finnischen Senat gelungen, mit einer amerikanischen Gesellschaft einen Weizenlieferungsvertrag über 50.000 Tonnen abzuschließen. Die Transportschwierigkeiten hatten die Auslieferung so lange verzögert, bis die sich im Winter 1918 anbahnende militärische Kooperation zwischen Deutschland und der weißen finnischen Regierung diese unmöglich machte. Infolge der Landung deutscher Truppen in Finnland und der Kandidatur eines hessischen Prinzen für den finnischen Königsthron hatte sich in den USA und England die Überzeugung durchgesetzt, daß Deutschland das weiße Finnland sowohl politisch als auch wirtschaftlich unter seiner Aufsicht hatte und man infolgedessen Unterstützungsaktionen unterlassen wollte. Dennoch beließen die Engländer einen Konsul in dem sich als "neutral" bezeichnenden Land und auch in London blieb R. Holsti als inoffizieller

⁽³⁾ Zitat, Yrjö Nurmio: Suomen itsenäistymisen ja Saksa, Porvoo 1957, S. 265

Verbindungsmann Finnlands. Nur Frankreich beorderte seinen diplomatischen Vertreter zurück.⁽⁴⁾

Um Finnland in den wirtschaftlichen Machtbereich Deutschlands mit einzubeziehen, wurde der Abschluß eines Handels- und Schiffahrtsabkommens mit dem Deutschen Reich zur Bedingung für die von der weißen finnischen Regierung erwünschten militärischen Hilfe gemacht. Die Bestimmungen des am 7.3.1918 unterzeichneten Vertrages waren für den stärkeren Partner, eben Deutschland, weit vorteilhafter als für Finnland. Der Vertrag versprach, das noch unterentwickelte Agrarland vollkommen dem deutschen Unternehmer und seiner Kapitalkraft auszuliefern. So erhielten Kaufleute und Industrielle des fremden Landes die gleichen Rechte zur Gewerbeausübung wie Einheimische, ein Passus, der für Finnen in Deutschland wertlos war. Genauso verhielt es sich mit der beiderseitig gewährtem unbeschränkten Betätigungsfreiheit für Handlungsreisende. Deutsche Waren unterlagen fortan den gleichen finnischen Zollsätzen, die für sie vor dem Krieg gegolten hatten, und diese durften Deutschland gegenüber nicht erhöht werden. Deutsche konnten in Finnland unbehindert nicht nur Waren erwerben, sondern auch Liegenschaften, Handelsgesellschaften und Industriebetriebe.⁽⁵⁾

Um den eigentlichen Warenverkehr zu regeln, und zwar so, daß von Deutschland nichts auf Umwegen über Finnland in feindliche Staaten gelangen konnte, wurde zusätzlich ein geheimes Handelsabkommen durch Notentausch vereinbart.⁽⁶⁾ Der auf Kompensationsprinzip aufgebaute Warenverkehr zwischen Deutschland und Finnland kam jedoch nicht in dem gewünschten Maße zustande, auch nicht, als das Märzabkommen am 23.6.1918 mit einem "Abkommen über die Grundlagen für die Wiederaufnahme des Warenaustausches"

⁽⁴⁾ Peasivirta 1961, S. 61, S. 74 f, S. 85, S. 89

Kalevi Holsti: Suomen ulkopolitiikka suuntaansa etsimässä 1918-1922, Helsinki 1963, S. 18

⁽⁵⁾ Handels- und Schiffahrtsabkommen zwischen Deutschland und Finnland in RGBL. 1918 S. 712 ff; Leo Harmaja: Maailmansodan vaikutus Suomen taloudelliseen kehitykseen, Helsinki 1940, S. 316 f; Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, Düsseldorf 1967, S. 451 f; "Deutschland im ersten Weltkrieg" (Hg. Autorenkollektiv) Berlin 1970: Bd. 3, S. 215; Aspelmeier, S. 47

⁽⁶⁾ in UM 58 B1 Saksa; Aspelmeier 55

zwischen Deutschland und Finnland ergänzt wurde. In Deutschland wurden im Sommer 1918 Produkte benötigt, über die Finnland nicht verfügte und umgekehrt.

Zwar besaß Finnland riesige Holzlager, die man aber auf dem deutschen Markt nicht absetzen konnte, da dort die private Bautätigkeit verboten war.⁽⁷⁾ Staatliche deutsche Stellen hatten durchaus Interesse an finnischem Holz, - anders ist ein vom Reichswirtschaftsamt nicht nur im Sommer 1918, sondern bis Januar 1919 verfolgter Plan, in Finnland eine deutsch-finnische Holzausfuhrkontrollstelle einzurichten, zu verstehen,⁽⁸⁾ - jedoch dürfte dies für die Finnen kein gewinnbringendes Geschäft gewesen sein; sie lehnten es ab, an diese staatlichen Stellen zu verkaufen. Das gesamte Jahr 1918 betrug der deutsche Anteil der finnischen Holzwarenausfuhr nur etwas mehr als 1/10 des Gesamtausfuhrwertes.⁽⁹⁾ Dahingegen waren die hohen Preise, die für diesen Artikel in der Ukraine bezahlt wurden, für die finnische Holzausfuhr vielversprechend. Der Verkauf dorthin war jedoch nur unter Kontrolle der deutschen Besatzungsmacht möglich, die ihre Vermittlung mit finnischem Papier bezahlt haben wollte. Durch diese für die Finnen unrentable Koppelung kam das Ukrainegeschäft nur in weit geringerem Umfang als erhofft zustande.⁽¹⁰⁾ Für die finnische Papier- und Zelluloseindustrie war der auf zwei Monate - September und Oktober 1918 - beschränkt gebliebene Papierverkauf, wobei auch Zellulose in Deutschland abgesetzt werden konnte, jedoch von erheblicher Bedeutung, zumal nach dem Waffenstillstand eine bis Anfang 1919 andauernde vollkommene Stagnation für diese Produkte eintrat.⁽¹¹⁾

⁽⁷⁾ Oscar Lundell: Finlands export efter kriget, Helsingfors 1930, S. 4 f; Kompensationsvertrag in UM 5881 Saksa

⁽⁸⁾ Schreiben Reichswirtschaftsamt an AA vom 16.11.1918 u. 6.1.1919, sowie abratende Antwort des AA v. 23.11.1918; BA R 85/1016

⁽⁹⁾ STVK 1919 S. 131, 142: Gesamtwert der finnischen Holzausfuhr 1918: 45.862.000 Fmk, davon nach Deutschland im Werte von 4.804.000 Fmk -Tg Hjelts an UM 17.8.1918, in dem das Holzkaufangebot des Reichswirtschaftsamtes unterbreitet wird.
-Brief Außenminister Stenroths an v.d.Goltz 16.8.1918, in dem der Verkauf "unserer sämtlichen Holzwaren an Deutschland" abgelehnt wird, UM 58 B 1 Saksa

⁽¹⁰⁾ Harmaja: S. 326 f; Einar W. Juva: Rudolf Walden, Porvoo 1957, S. 122 ff

⁽¹¹⁾ Lundell: S. 5, S. 8; wertmäßig ging 1918 die Hälfte der finnischen Zellulose- und Papierausfuhr nach Deutschland (57.123.000 Fmk von 97.471.000 Fmk) (STVK 1919 S. 131, 142)

In den letzten Oktobertagen hatte der finnische Senator für Lebensmittel-fagen, Paloheimo, zum wiederholten Male den Vertreter für die Berliner Zentral-Einkaufsgesellschaft, Greuling, gebeten, Finnland 50.000 Tonnen Mehl gegen finnische Butter zu liefern. Greuling empfahl, in Übereinstimmung mit der Gesandtschaft und des Ostseedivisionskommandos, dieser Bitte mit einer sofortigen Lieferung von 4.000 Tonnen nachzukommen, vor allem aus politischen Erwägungen. Man war besorgt, daß "die Entente ... gegenwärtig alles aufbietet, um durch Lockungen und Drohungen Finnland auf ihre Seite zu ziehen". Es mußte honoriert werden, daß "die deutsche Orientierung des Landes ... von der jetzigen Regierung trotz der veränderten Weltlage, starken Druckes von außen und heftigen Angriffen von innen mit aner kennenswerter Zähigkeit festgehalten wurde".⁽¹²⁾

Eine andere Möglichkeit, die finnische Ernährungslage zu beheben, war der Versuch, die eigenen Bodenerträge zu steigern. Zu diesem Zweck mußte jedoch ein Manko von drei Jahren an Düngemitteln gefüllt werden. Am 2.11. ging dem Auswärtigen Amt ein Lieferungsantrag auf 35.000 Tonnen Kalisalz zu, mit dem Vermerk, da "die Hoffnung der finnischen Regierung, Getreide aus Deutschland zu erhalten ..., in diesem Jahr zu scheitern" scheint, es daher erwünscht sei, wenn "Deutschland wenigstens zur Verbesserung der Bedingungen der Lebensmittelproduktion beitragen könnte". Die deutsche Gesandtschaft hatte gleichzeitig gewarnt: "Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß Finnland, wenn wir ihm jetzt nicht helfen, über kurz oder lang gezwungen sein wird, sich dieserhalb an die Entente zu wenden."⁽¹³⁾

Es war jedoch unmöglich, aus dem kriegserschöpften und boykottierten Deutschland für ein anderes Land Nahrungsmittel abzuzeigen, auch wenn das Auswärtige Amt und v.d. Goltz es als eine "dringende Notwendigkeit" ansahen. Das Reichsernährungsamt schlug sogar den Vorschlag des deutschen Militärs, einiges von seinen Vorräten des guten Eindrucks wegen abzugeben,

⁽¹²⁾ Bericht Greulings an die Zentral-Einkaufsgesellschaft Berlin v. 30.10.1918, Begleitschreiben der deutschen Gesandtschaft Helsingfors an das AA v. 5.11.1918; in BA R85/1012

⁽¹³⁾ Verbalnote der Finnischen Gesandtschaft in Berlin an das AA v. 2.11.1918; Schreiben der deutschen Gesandtschaft Helsingfors an das AA v. 5.11.1918; in: BA R 85/1012

ab. Die Kalilieferung wurde grundsätzlich genehmigt. Das Reichskommissariat für Aus- und Einfuhrbewilligung stellte am 13.12.1918 eine Lizenz für 4.000 Tonnen Kali für Finnland aus, jedoch konnte sie wegen der Besetzung der elsässischen Kaliwerke und wegen der inzwischen nicht mehr gewährleisteten Kompensation mit finnischen Lebensmitteln (Butter) nicht ausgenutzt werden.⁽¹⁴⁾

Inzwischen hatte sich Finnland schon an die Entente gewandt. Zur selben Zeit, als Paloheimo seinen Getreideappell an die deutsche Adresse gerichtet hatte, hatte Holsti in London, auch zum wiederholten Male, bei den britischen Behörden vorgesprochen und diesmal positiven Bescheid bekommen. Man war bereit, Finnland mit Lebensmitteln zu versorgen, sobald die deutschen Truppen das Land verlassen hätten. Dies war eine konsequente Forderung der Briten, die ungehindert in Murmansk ihre Front ausbauen wollten, und wegen der ja die deutschen Truppen hauptsächlich in den Norden gesandt worden waren.⁽¹⁵⁾

Die finnische Regierung hatte noch Ende Oktober geglaubt, die deutschen Truppen im Land behalten zu können, da diese ja nur dem Schutz vor der bolschewistischen Gefahr dienen sollten. So hatten sich Regierungschef Paasikivi und Staatsverweser Svinhufvud bei dem deutschen General dieser Truppen, v.d. Goltz, erkundigt, ob man auch weiterhin auf deutsche Unterstützung gegen ein eventuelles Aufflammen des roten Aufruhrs und eines bolschewistischen Angriffs rechnen könnte. Wenn diese Hilfe nicht mehr gewährleistet wäre, müsse die Regierung sie sich woanders holen. Die Antwort des Auswärtigen Amtes vom 9.11.1918 lautete, daß "wir unsere Truppen gegen inneren Aufruhr nicht zur Verfügung stellen können, daß wir aber

(14) Tg. Ober Ost an das AA v. 9.11.1918; Tg. AA an Ges. Hfs. v. 18.11.1918 u. 25.11.1918; Tg. Ges. Hfs. an AA v. 21.11.1918; Schreiben des Reichskommissariats für Aus- und Einfuhrbewilligung an das AA v. 13.12.1918, sowie Schreiben des Reichswirtschaftsamtes an das AA v. 16.12.1918, in: BA R 85/1012

(15) Nurmio, S. 260; Holsti, S. 32 f
Über die Murmanskfront Näheres: Winfried Baumgart: Deutsche Ostpolitik 1918, Wien 1966, S. 93 ff
Jukka Nevakivi: Muurmanin legioona. Suomalaiset ja liittoutuneiden interventio Pohjois-Venäjällä 1918-1919, Helsinki 1970

bei Angriff der Russen gegen Finnland mit den finnischen Truppen gegen sie operieren würden, falls nicht der Waffenstillstand mit der Entente anderes bestimmt".⁽¹⁶⁾

Zwar enthielt der Waffenstillstand von Compiègne keine Bestimmungen über die deutschen Truppen in Finnland, jedoch erreichten die Engländer ohnedies über die finnische Regierung ihren Abzug.

Da sich inzwischen ganz deutlich herausgestellt hatte, daß eine fortgesetzte Deutschorientierung weder die Lebensmittellage beheben würde noch die Sicherheit des Landes garantieren konnte, war es an der Zeit, sich dem Schutz der Alliierten anzuvertrauen. Dies mußte auch auf Kosten der von der Paasikivi-Regierung vertretenen konservativ-monarchischen Linie geschehen, denn das Vertrauen der Entente in Finnland besaßen republikanische Kräfte, zu denen u.a. Holsti zählte.

Paasikivi besprach am 12.11. mit Goltz "unter vier Augen die für beide Teile schwierige Lage" mit dem Ergebnis, daß Goltz dem finnischen Senat den "sofortigen Abtransport" seiner Truppen zusagte, da es ihm "unzweckmäßig" erschien, "die deutschen Truppen mit englischen Soldaten, die in Finnland erscheinen werden, in Berührung zu bringen". Paasikivi hatte noch gehofft, die am Aufbau einer finnischen Armee beteiligten Instrukteure im Lande behalten zu können, aber auch hier hakte der englische Konsul ein und setzte die Ausweisung sämtlicher deutscher Militärpersonen durch. Kriegsminister Walden, Mitglied des nach Paasikivis Abgang gebildeten neuen Kabinetts, hielt das Verbleiben dieses Personenkreises für die Wehrkraft des Landes für so wichtig, daß auf Umwegen über sogenannte Privatverträge versucht wurde, die deutschen Instrukteure wiederzugewinnen. Dies gelang jedoch nur bei einem einzigen, dem Korvettenkapitän a.D. Bartenbach, der fortan am Ausbau der finnischen Marine mitwirkte. Am 16. Dezember 1918 verließen die deutschen Truppen Finnland, zwölf Tage später gab die

⁽¹⁶⁾ Nurmi, S. 259 f; Tg. v.d. Bussche an Brück und Großes Hauptquartier v. 9.11.1918; AA, Großes Hauptquartier, Allgemeine Lage Finnlands, Az. 10, Bd. 4

finnische Regierung die offizielle Thronentsagung des deutschen Prinzen bekannt.⁽¹⁷⁾

Bedingt durch den Zusammenbruch Deutschlands im Krieg war das militärische Engagement in Finnland beendet. Die deutsche Novemberrevolution hatte auch das politische Interesse Deutschlands, Finnland durch monarchische Bande als Bundesgenossen zu festigen, hinfällig werden lassen. Die deutsche Regierung der Volksbeauftragten war vielzusehr mit der inneren Ordnung des Landes und den Waffenstillstandsforderungen beschäftigt, um noch irgendwelche Aktivitäten in Finnland zu unterstützen. Wie der finnische Gesandte in Berlin, Hjelt, beobachtete, standen die "jetzigen Machthaber in Deutschland ... offenkundig gleichgültig der Stimmung innerhalb des bürgerlichen Finnlands" gegenüber. Es lag "in der Natur der Sache", daß "das Interesse für Finnland sich jetzt in keiner mehr hervortretenden Art sich manifestieren kann". Hjelt verstand die Abstinenz der Volksbeauftragten als Klassengegensatz, obwohl z.B. der Sozialdemokrat Ebert keinerlei Verständnis für den Aufstand der finnischen Sozialdemokraten gehabt hatte.⁽¹⁸⁾

In den ersten Monaten der deutschen Republik ruhte die Finnlandpolitik vollkommen in den Händen der OHL, vertreten durch v.d. Goltz, und, nach dessen Fortgang aus Finnland, allein bei der zuständigen Abteilung im Auswärtigen Amt. Dort blieb sie auch für die folgenden Jahre, wobei in den nächsten zwei Jahren das Auswärtige Amt sich auf das passive Beobachten der finnischen Entente-Orientierung beschränkte. Die Selbständigkeit Finnlands lag weiterhin durchaus im deutschen Interesse, und dies nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen. Mit dem Frühjahr 1918 hatte sich für Deutschland die Gelegenheit geboten, eine totale wirtschaftliche Vormachtstellung in Finnland vorzubereiten. Hiervon noch soviel wie möglich in

(17) Rüdiger von der Goltz: Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920, S. 111 ff, 115 f. In Finnland sind allerdings keine englischen Soldaten erschienen; Brief Brücks an das AA v. 5.1.1919; AA Gesandtschaft Stockholm, SII 18, Finnland, Geheime Bd. 2
Nurmio, S. 372, Aspelmeier: S. 77

(18) UM 505 Hjelts Bericht vom 27.11.1918
Eberts Auffassung: Jännes Bericht vom 23.2.1920
UM 505

dem immer noch deutschfreundlichen Land zu retten, blieb nach dem November 1918 das Hauptanliegen deutscher Finnlandpolitik.

1. 2. Die englische Blockade und ihre Auswirkungen auf den deutsch=finnischen Handel

Im Jahr 1918 war wertmäßig etwas weniger als die Hälfte des finnischen Exports nach Deutschland gegangen, jedoch betrug der Anteil Deutschlands am finnischen Gesamtimport nur rund 1/5. Während die Gesamthandelsbilanz Finnlands 1918 um über das Doppelte passiv war, war sie Deutschland gegenüber, bedingt durch die Form des Kompensationshandels, fast ausgeglichen. Die deutsche Einfuhr nach Finnland bestand zu 44 % aus "Kolonialwaren", wobei die Deutschen nur als Zwischenhändler fungierten. Rund 18 % der Importe aus Deutschland fielen auf "Mineralien", d.h. hauptsächlich Düngemittel, wobei Deutschland Finnlands Hauptlieferant war. Der Getreideimport betrug nur 7 % des deutschen Gesamtimports nach Finnland, ein Drittel der finnischen Getreides Einkäufe im Ausland. Maschinenimporte aus Deutschland, auf die die im Aufbau befindliche finnische Industrie während der deutsch=finnischen Hochkonjunktur 1918 gehofft hatte, hatten längst nicht in dem gewünschten Umfang stattfinden können. So wurden in diesem Jahr von den finnischen Behörden Einfuhrlizenzen im Werte von 15,1 Millionen Fmk für elektrische Armaturen gewährt, tatsächlich wurden aus Deutschland Maschinen und Apparate nur im Werte von 3,5 Millionen Fmk importiert, während der finnische Gesamtimport einen Wert von 35,1 Millionen Fmk hatte.⁽¹⁾

Die Anfang 1918 auf Finnland ausgedehnte Blockade der Alliierten, die mit dem Waffenstillstand ausdrücklich fortgesetzt wurde, war bis zum Dezember 1918 wenig effektiv geblieben. In diesem Monat jedoch hörten praktisch

⁽¹⁾ Die Angaben beruhen auf der offiziellen finnischen Statistik, die insofern ungenau ist, daß sie für die Jahre 1918-1920 das Heimatland des Verkäufers oder Käufers als Import-bzw. Exportland angibt und nicht das Ursprungsland der Ware wie die deutsche Statistik. (STVK 1921, S. 129, Anm. 4). Das deutsche Statistische Reichsamt hat für die Jahre 1918 und 1919 keine Angaben veröffentlicht. Gesamtwert des finnischen Exports 1918: 226.843.00 Fmk, davon nach Deutschland: 98.390.000 Fmk. Gesamtwert des finnischen Imports: 804.612.000 Fmk, davon aus Deutschland: 101.182.000 Fmk (STVK 1919, S. 131); Wertangaben des Spezialhandels: in STVK S. 131, 142 ff.; Maschinenimporte in "Hufvudstadsbladet" 8.2.1919

jegliche direkte Lieferungen von und nach Deutschland auf.⁽²⁾ Eine handelspolitische Neuorientierung Finnlands nach England und Frankreich, die nach dem November 1918 zusammen mit der politischen Westorientierung unumgänglich wurde, wurde durch die Unterbindung des finnischen Handels mit Deutschland zu einer Existenzfrage der finnischen Wirtschaft überhaupt, vor allem was den gesamten Holzwarenabsatz anging. Von dem neu gegründeten Zentralverband der finnischen Holzveredelungsindustrie, dessen Mitglieder bisher vor allem auf den Absatz in Deutschland angewiesen waren, ging nunmehr um den Jahreswechsel 1918/1919 die Initiative aus, eine Kommission einzusetzen, die die Handelsverbindungen mit den Alliierten wieder anbahnen sollte. Den Holzexporteuren war es schon in den zwei letzten Monaten des Jahres 1918 gelungen, die dreifache Menge dessen nach England zu verkaufen, was während des Herbstes nach Deutschland verkauft worden war.⁽³⁾

Es gab in Finnland maßgebende Kreise, vor allem unter den nunmehr die Regierungsgewalt teilenden Liberalen, denen der Handel mit Deutschland äußerst ungünstig erschien, vor allem, was die vertraglichen Abmachungen von März und Sommer anbetraf. So beschuldigte am 8.11., zwei Wochen nach Holstis Erkundungen in London, das seiner Partei nahestehende Blatt "Helsingin Sanomat" den geltenden deutsch-finnischen Handelsvertrag als verantwortlich für die Schwierigkeiten bei der Lebensmittelbeschaffung für Finnland aus dem Ausland.⁽⁴⁾

⁽²⁾ Tg. Ges. Kopenhagen an AA vom 24.12.1918
Tg. Ges. Helsingfors an AA v. 31.12.1918; in BA R 85/936;
vgl. auch Interview des finnischen Gesandten Hjelt in Berlin,
"Hufvudstadsbladet" 14.1.1919

⁽³⁾ Lundell: S. 7 ff; Wert der Holzwarenausfuhr Finnlands nach England 1918: 14.834.000 Fmk; nach Deutschland: 4.804.000 Fmk (STVK 1919 S. 142)

⁽⁴⁾ "Helsingin Sanomat" 8.11.1918; Entgegnung Brücks in der gleichen Zeitung vom 12.11.1918; Bericht Brücks vom 19.11.1918, BA R 85/1012

Rund eine Woche nach der deutschen Kapitulation hielt man es im Auswärtigen Amt "für dringend erforderlich", das am meisten kompromittierte Handelsabkommen mit Finnland, den Geheimvertrag vom 7.3.1918 "im Interesse unserer Beziehungen ... unsererseits unverzüglich aufzuheben". Offenbar wollte man alliierten bzw. finnischen Schritten zuvorkommen. Da weder das Reichswirtschaftsamt noch andere deutsche Behörden Einwände hatten, wurde Ende November der finnischen Regierung die Aufhebung mitgeteilt, wobei zum Dank für dieses Entgegenkommen "erwartet" wurde, daß "Finnland trotzdem seine Ausfuhrwaren weiterhin Deutschland nach Möglichkeit zukommen läßt". Der Dank der Engländer war, daß nach Erhalt dieser Mitteilung Holsti den Vertrag über die Lebensmittellieferung unterschreiben konnte.

Das Handels- und Schiffahrtsabkommen hatte man deutscherseits jedoch nicht angetastet.⁽⁵⁾ Einige Tage vor dem deutschen Bescheid hatte das schwedischsprachige Organ der Konservativen, "Hufvudstadsbladet", deutschfreundlichstes Blatt Finnlands, an die Entente appelliert, Finnland die Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit Deutschland zu gestatten. Man sparte nicht mit gefühlvollen Erklärungen, indem man auf "den großen Einsatz, den diese Macht in unserem Freiheitskampf geleistet" hatte, hinwies, sowie auf die "jahrhundertlange Tradition" dieser Verbindungen und nicht zuletzt, daß man "erfüllt (war) von der tiefsten Dankbarkeit für das, was Deutschland für uns getan hat".⁽⁶⁾

In der zweiten Dezemberwoche kündigte die finnische Regierung das Abkommen vom 23.6.1918 "über die Grundlagen für die Wiederaufnahme des Warenverkehrs zwischen Deutschland und Finnland" unter Berücksichtigung der Kündigungsklauseln dieses Abkommens. Gleichzeitig wurden Verhandlungen für ein neues Kompensationsabkommen angeboten. Das Auswärtige Amt erbat

⁽⁵⁾ Tg. AA an Reichsmarineamt, Reichswirtschaftsamt, Kriegsamt v. 18.11.1918; telegraphischer Erlass des AA an die Ges. Hfs. v. 25.11.18; in BA R 85/1012; Note Brücks an den finnischen Außenminister Stenroth v. 26.11.18; in UM 58 B1 Saksa; Holstis PM v. 12.11.21, Anlage C; Sammlung Ryti 13; vgl. auch Holsti: S. 33

⁽⁶⁾ "Hufvudstadsbladet" 24.11.1918

dann auch prompt Änderungsvorschläge der Finnen, die es nie bekam. Auf eine Anfrage der Lübecker Handelskammer im Januar 1919, wie es mit den Kompensationsverhandlungen stünde, mußte das Auswärtige Amt bekennen, daß es zu diesen Verhandlungen gar nicht gekommen war. Sie waren gegenstandslos geworden.⁽⁷⁾

Im Dezember 1918 wurde auch das Handels- und Schiffahrtsabkommen vom 7. März innerhalb der finnischen Regierung geprüft, und zwar, um durch eine rechtzeitige Revision "eine Einmischung" der Entente zu vermeiden, d.h. man befürchtete in Finnland, daß nun ihrerseits die Westmächte die gleichen Rechte wie die Deutschen in ihrem Vertrag beanspruchen würden. Dennoch meinte man, daß es "nicht mit der Loyalität zwischen Völkern und Finnlands Würde übereinstimmend sein könnte, Deutschlands jetzige Situation im eigenen Interesse auszunutzen" und rechtfertigte die Revisionswünsche formal damit, daß in Art. 17 des Abkommens Verhandlungen für den Abschluß eines neuen Vertrages vor Jahresende 1920 vorgesehen waren. Kündbar war das Märzabkommen frühestens bis zum 31.12.1921.

Vor allem war wichtig, den Art. 10 des geltenden Abkommens zu beseitigen, womit die Abhängigkeit der finnischen Zollpolitik von Deutschland aufgehoben wäre. Bedenklich, insbesondere in Hinblick auf andere Staaten war der dritte Absatz des Art. 1, der vorsah, "die während des Krieges festgesetzten Zollbefreiungen und Zollerleichterungen ... noch länger aufrecht (zu) erhalten und weiter aus (zu) dehnen". Schließlich sollte der die deutschen Geschäftsleute mit den Inländern gleichsetzende Art. 2 so abgeändert werden, daß die Vertragsschließenden nur noch die Vorteile der meistbegünstigten Nation besäßen. Überhaupt hielt man es für das Sinnvollste, das gesamte Abkommen aufzugeben und durch eine allgemeine Meistbegünstigungserklärung zu ersetzen, denn einen neuen Handelsvertrag mit dem von den Siegermächten blockierten Deutschland konnte man in

⁽⁷⁾ Verbalnote der Finnischen Ges. Berlin an das AA vom 11.12.1918, Bestätigung des AA vom 19.12.1918, Schreiben der Handelskammer Lübeck an das AA vom 8.1.1919, Antwort des AA vom 17.1.1919: in BA R 85/1012

Finnland nicht riskieren. Ein der veränderten Lage angepaßtes Provisorium hatte den Vorteil, daß man den "umständlichen" Weg über die Volksvertretungen umgehen konnte, wobei man in Finnland sich lediglich vom Parlament die Befugnis zu den nötigen Maßnahmen geben lassen wollte.⁽⁸⁾

Kurz vor Weihnachten 1918 besprach der finnische Gesandte in Berlin, Hjelt, die Angelegenheit mit Solf und versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß "die Engländer an einigen Punkten Anstoß nähmen und es möglich sei, daß sie, wenn wir nicht das praevenire spielten, die Aufhebung der Verträge fordern würden". Des wollte man im Auswärtigen Amt nun doch nicht, und man war bereit zu Verhandlungen. Der deutsche Gesandte in Helsinki, v. Brück, der sich im Januar 1919 weisungsgemäß an den finnischen Außenminister wandte, erfuhr zu seinem Erstaunen, daß diesem und anderen Stellen der Sachverhalt unbekannt sei. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die Finnen die Zeit für Verhandlungen mit Deutschland, auch interner, angesichts des Mißtrauens der Alliierten und ihrer immer noch nicht erfolgten Anerkennung Finnlands, für nicht reif hielten und es daher vorzogen, die Entscheidung der Alliierten auch über Deutschlands Schicksal abzuwarten.⁽⁹⁾

Immerhin war die Anfrage Brücks eine indirekte Bestätigung für die Finnen, daß man in Deutschland mit einer Revision des Abkommens einverstanden war. Ende Januar erhöhte die finnische Regierung die Zollsätze für Kakao, Tee und Kaffee und bat erst nachträglich die deutsche Regierung um ihre Zustimmung. Faktisch hätte ein deutscher Einspruch nichts bewirken können, dennoch wurde aus Loyalität die deutsche Regierung so behandelt, als ob sie nach dem formal ja immer noch geltenden Vertrag ein Mitspracherecht hätte. Verständlicherweise hatten die Deutschen auch keine Einwände. Das Auswärtige Amt stellte fest, nachdem die Frage ohne Widerspruch alle

⁽⁸⁾ PM o.D., o.U. (12.12.1918 vom Außenminister Enckell), "Angående revision af de med Tyskland samt Österrike-Ungarn ingångna fördragen", UM 58 B 1 Saksa

⁽⁹⁾ Tg. Hjelts an Enckell v. 26.12.1918, UM 58 B 1 Saksa;
Tg. Solf an Ges. Hfs. v. 23.12.1918
Bericht Brücks v. 4.1.1919, BA R 85/1012

zuständigen Ressorts in Berlin bis zum Juni 1919 durchwandert hatte, daß Deutschland sowieso diese Produkte nicht nach Finnland einführen könnte, die in Finnland erwünschte Abänderung des Art. 10 "nicht zu umgehen" sei und man daher vorschlage, "daß wir uns mit den Zollerhöhungen bis auf weiteres einverstanden erklären".⁽¹⁰⁾

Die deutsche Konzilianz in den Vertragsfragen Finnland gegenüber ist durch die Machtlosigkeit der deutschen Position zu erklären, aber auch durch das Bestreben den sowieso schon auf das Äußerste behinderten Handel mit dem Ausland aufrechtzuerhalten. Finnland, das ja wie Schweden sich als offiziell neutral bezeichnete, spielte gerade zu der Zeit, da Deutschland von den meisten seiner Vorkriegsmärkte abgeschnitten war, keine unerhebliche Rolle.

Wiederholt erkundigte sich das Auswärtige Amt im Dezember 1918 und Januar 1919 genau über den dortigen Bedarf sowie "inwiefern deutsche Waren überhaupt konkurrenzfähig" (gegenüber der Entente) in Finnland wären. Es wurden vor allem Chemikalien (Kalisalze), Farben, Kohle und elektrische Maschinen gebraucht. Im Zusammenhang mit diesem Bescheid verschwieg man jedoch in der Handelsabteilung des finnischen Außenministeriums nicht, daß England "schärfsten Druck ausübt", um den Handelsverkehr zwischen Deutschland und Finnland völlig zu unterbinden. Wie in anderen neutralen Ländern, so z.B. in Schweden, beabsichtigte die englische Regierung auch in Finnland eine "Interallied Trade Committee" zur Beaufsichtigung des Handels einzurichten.⁽¹¹⁾

Am 24. Februar 1919 war es soweit: eine ständige Ententekommission nahm in Helsinki ihre Tätigkeit auf. Schon vier Tage vorher hatte der finnische

⁽¹⁰⁾ Verbalnote der Finnischen Gesandtschaft an das AA v. 31.1.1919: BA R 85/1012; Schreiben des AA an das Reichswirtschaftsministerium, Reichsbankdirektorium, Reichsfinanzministerium v. 16.4.1919, sowie deren Antworten v. 15.5., 28.4. und 28.5. BA R 85/1013

⁽¹¹⁾ Berichte Brücks vom 16.12.1918, 28.11.1919 an das AA;
Erlaß des AA vom 29.1.1919 an Brück;
Tg. Legationsrat Crull an das AA v. 20.2.1919
Bericht Brücks v. 7.2.1919 an das AA: BA R 85/1012

Gesandte im Auswärtigen Amt gemeldet, daß sämtlicher Handel zwischen Deutschland und Finnland von der Entente verboten sei. In Helsinki bat als erstes die Kommission um Mitteilung der Handelsverträge und Abmachungen zwischen Finnland und anderen Staaten und gab bekannt, daß der Zweck ihrer Tätigkeit zu kontrollieren sei, daß nichts von den aus England und den USA nach Finnland eingeführten Lebensmitteln weiter nach "unerwünschten Ländern" ginge.⁽¹²⁾ Der hauptsächlichliche Zweck war jedoch, ein Loch in der Blockade Deutschlands zu stopfen, nicht etwa um Deutschland von Lebensmitteln abzuschneiden, denn die bekam man im Winter 1918/19 ohnehin nicht aus Finnland bzw. über Finnland, sondern um den Verkauf deutscher Produkte nach Finnland zu verhindern. Hierfür spricht, daß in der Kommission England das Wort führte, die einzige Macht unter den Alliierten, die vor dem Krieg nennenswerten Handel mit Finnland getrieben hatte und die, wie auf dem gesamten Weltmarkt, so auch in Finnland Deutschlands schärfster Konkurrent gewesen war. Im April 1919 war aus der "Times" die Genugtuung zu lesen, daß Finnland nunmehr "ein für Deutschland verlorengegangener Markt" sei. Vor dem Krieg waren immerhin 41 % der finnischen Einfuhr aus Deutschland gekommen.⁽¹³⁾

Obwohl Brück in Helsinki alle Hebel in Bewegung setzte, um eine Milderung des Handelsverbots zu erreichen, sowie um einen Protest durch die Presse zu initiieren, blieben seine Bemühungen erfolglos. Die finnische Presse hielt sich vollkommen zurück, sogar die beiden deutschfreundlichen Blätter "Hufvudstadsbladet" und "Uusi Suomi" veröffentlichten lediglich die vom finnischen Nachrichtenbüro verbreitete Meldung, daß die interalliierte Kommission "keine politischen Aufgaben" hätte. Auch die deutsche Presse

⁽¹²⁾ Bericht Brücks vom 11.2.1919; Tg. Brücks vom 21.1.1919
Aufzeichnung Kienlin im AA vom 20.2.1919; BA R 85/1012

⁽¹³⁾ Deutschland bekam im März 1919 von den Alliierten direkt Lebensmitteltransporte zugesichert. (Erich Eyck: Geschichte der Weimarer Republik, Erlenbach 1954, Bd. I, S. 124)
"Times" 29.4.1919; "Finnländische Merkur", Sondernummer April 1928, "Deutsch-finnischer Handel".

wurde nicht aktiv, sprach jedoch immerhin von einem "Handelsverbot".⁽¹⁴⁾

Solange die Alliierten in Paris noch nicht entschieden hatten, inwieweit Finnland als den russischen Problemen zugehörig zu betrachten war und England die Anerkennung des Landes immer noch hinauszögerte, waren von der finnischen Regierung keine Schritte gegen diese Bevormundung des finnischen Handelsverkehrs zu erwarten. Dennoch gab es in Finnland Stimmen gegen die Blockade. Von der Handelsabteilung des finnischen Außenministeriums aus hatte man versucht, von der Entente die Erlaubnis zu erlangen, wenigstens solche Waren aus Deutschland einführen zu dürfen, die man nicht anderswo beziehen konnte und solche, die vor dem 24. Februar bestellt worden waren. Die Zentralhandelskammer in Helsinki überreichte im März dem Außenministerium eine Eingabe, in der der vollständige Abbruch der Handelsbeziehungen mit den Mittelmächten bedauert und die Regierung aufgefordert wurde, Maßnahmen zu ergreifen, um die steigenden Verluste aus schon bezahlten Aufträgen zu beseitigen und die Beschaffung notwendiger Waren zu ermöglichen. Die Interalliierte Kommission blieb unnachgiebig, doch konnte sie die Einfuhr deutscher Waren auch jetzt nicht total verhindern. Zwar bestellten immer weniger Kaufleute aus Deutschland, aber die nötigsten Waren, die eben nur Deutschland liefern konnte, kamen dennoch auf dem Umwege über Strohmänner in Dänemark nach Finnland.⁽¹⁵⁾

Noch bevor die endgültige Unterzeichnung des Versailler Vertrages stattfand, hatte die Überwachung der skandinavischen und finnischen Ein- und Ausfuhr durch die Alliierten am 12.7. bzw. 19.7. aufgehört. Im Sommer 1919 war der Verkehr auf der Ostsee wieder generell freigegeben und fortan

⁽¹⁴⁾ Bericht Brücks vom 27.2.1919: BA R 85/1012
"Hufvudstadsbladet", "Uusi Suomi", "Helsingin Sanomat",
alle 26.2.1919 mit gleichem Text
"Deutsche Allgemeine Zeitung" 26.2.1919
Tg. Brücks vom 24.2.1919 an AA "Stichworte für die deutsche
Presse"

⁽¹⁵⁾ Zur abwartenden Einstellung Englands: Paasivirta: S. 131 f;
Gegenstimmen nach Brücks Berichten 27.2.1919 und 22.3.1919;
Umgehung des Handelsverbots: Bericht Brücks vom 15.4.1919:
BA R 85/1013

wurde die deutsche Seeschifffahrt nur noch einmal von der interalliierten Marinekommission stillgelegt, als die britische Flotte im Oktober 1919 vor Riga gegen die deutsch-russischen Truppen Bermonds operierte.⁽¹⁶⁾

Nach der finnischen Statistik hatte die direkte Einfuhr aus deutschen Häfen 1919 einen Wert von 157 Millionen Fmk, wobei die Steigerung gegenüber dem Vorjahreswert von 101 Millionen Fmk zum großen Teil auf das Fallen der finnischen Valuta zurückzuführen ist. Ein Vergleich mit der deutschen Einfuhr 1920 und der englischen von 1919 und 1920 zeigt, in welchem Maße die Blockade den deutschen Handel gedrosselt hatte. 1920 exportierte Deutschland nach Finnland Waren im Wert von 611 Millionen Fmk, also knapp das vierfache des Vorjahreswertes. Dahingegen betrug Englands Wertanteil mit 676 Millionen Fmk 1919 über das Vierfache des damaligen deutschen, 1920 jedoch nicht einmal mehr das Doppelte (1.002 Millionen Fmk). 1921 hatte Deutschland seine Vorkriegsstellung als erstes Importland Finnlands wieder erlangt. Dem deutschen wertmäßigen Anteil von 1,205 Millionen Fmk stand ein englischer von 709 Millionen Fmk gegenüber.⁽¹⁷⁾

Deutschlands Ausfuhr nach Finnland übertraf an Wert bei weitem die Einfuhr. Das Mißverhältnis hatte sich, verglichen mit der Vorkriegszeit, nur noch ungünstiger für Finnland entwickelt. 1913 betrug der Wert der Ausfuhr (97,5 Millionen Goldmark) etwas mehr als das Doppelte der Einfuhr (45,2 Millionen Goldmark), 1920 jedoch das Dreifache (854,5 Millionen Papiermark bzw. 284,3 Millionen Papiermark). Die enorme Wertsteigerung beruhte nur auf den inzwischen gestiegenen Preisen, mengenmäßig waren sowohl Einfuhr als auch Ausfuhr seit 1913 zurückgegangen. Wurde 1913 eine Warenmenge von 380.351 Tonnen nach Finnland ausgeführt, waren es 1920

(16) -Dem AA wurde die Aufhebung am 12.7.1919 bekanntgegeben, der finnischen Öffentlichkeit durch die Zeitungen erst am 19.7. (Hufvudstadsbladet 19.7.1919);
-Tg. des AA an Ges. Hfs. vom 21.7.1919 über die Nichtbehinderung des Verkehrs;
-Bericht Crulls vom 9.8.1919 an AA: BA R 85/937
-über Riga: Rauch: S. 65;
-Aufz. o.D.o.U. im AA vom 24.10.1919: BA R 85/6400

(17) STVK 1920, S. 129
STVK 1921, S. 129
STVK 1922, S. 113

37,1 % dieser Menge (141.087 Tonnen), wobei die Warenstruktur sich nicht geändert hatte.⁽¹⁸⁾

Für den deutschen Exporthandel war Finnland nicht unbedeutend, mit einem Anteil von 1,2 % rangierte es 1920 in der Ausfuhrstatistik an 19. Stelle, erreichte aber längst nicht die Wichtigkeit seines allerdings bevölkerungsmäßig doppelt so großen Nachbarn Schweden mit 6,5 %, dessen Bedarfsstruktur der finnischen ähnlich war. Durch Vergleich mit den anderen skandinavischen Ländern läßt sich ablesen, wie stark Deutschland auf dem nördlichen Absatzmarkt geworden und dies offensichtlich auch in Finnland beachtet wurde. Schwedens Anteil hatte 1913 nur 2,3 % betragen, Norwegens 1,6 %, jetzt (1920) 2,7 %, Dänemarks 2,8 % (1913), jetzt (1920) 5,6 %, insgesamt betrug der Anteil der nordischen Länder an der deutschen Ausfuhr 1920 16 %; er hatte sich 1913 gegenüber mehr als verdoppelt (7,7 %).⁽¹⁹⁾

Von 1921 an ergab sich im deutsch-finnischen Handel wieder das gleiche Bild wie vor dem Kriege. Deutschland blieb bis zum zweiten Weltkrieg Finnlands größter Importeur, wohingegen Finnland in den Jahren 1921 bis 1930 wertmäßig zwischen einem Viertel und einem Drittel dessen nach Deutschland verkaufte, was von dort eingeführt wurde. War vor dem Kriege Rußland Finnlands größter Abnehmer gewesen, war es nunmehr England. Jedoch setzte England in Finnland wertmäßig nur die Hälfte bis zu einem Drittel dessen ab, was es aus Finnland importierte. Durch die Blockade war es England nicht gelungen, seinen Konkurrenten Deutschland vom finnischen Markt zu verdrängen. Eine weitere Folge der Blockade war aber die fast völlige Umstellung der finnischen Ausfuhr auf den englischen und französischen Markt, wodurch indirekt die Passivität der Handelsbilanz Deutschland gegenüber nur gesteigert worden war. Allerdings waren die Absatzbedingungen auf dem englischen Freihandelsmarkt weit günstiger

⁽¹⁸⁾ STJb 1921/22, S. 236 für 1921 fehlen Angaben.

⁽¹⁹⁾ STJb 1921/22, S. 225 "nordische Länder", hier: Skandinavien mit Finnland ohne Baltikum

für den Hauptausfuhrartikel Finnlands, rohes Holz, als in Deutschland.⁽²⁰⁾ Zwar bestand während des ganzen Jahres 1919 in Deutschland durchaus ein Interesse an Holzkäufen in Finnland, speziell für Papierholz. In Deutschland war die äußerst leistungsstarke Papierindustrie schon vor dem Krieg zum größten Teil auf ausländisches Rohmaterial angewiesen. 1913 hatte Deutschland ein Fünftel seiner Nadelholzgeschäfte (Papierholz inbegriffen) in Finnland betätigt, worüberhinaus noch bedeutende Mengen des benötigten Papierholzes auf dem vom finnischen Exportzoll freien Umweg über Rußland bezogen wurden. Schon vor 1914 betrachtete die finnische Papierindustrie die deutsche Konkurrenz als Bedrohung, und nach 1918 war es eines der Hauptziele des finnischen Zentralverbandes der Holzveredelungsindustrie, die Ausfuhr von Papierholz, insbesondere nach Deutschland, zu verhindern, wobei der Verein zunächst noch im eigenen Land gegen die allzu exportwilligen privaten Waldbesitzer zu kämpfen versuchte.⁽²¹⁾

Im Frühjahr 1919 hatte sich eine der größten deutschen Zellstoff- und Papierhersteller, die Feldmühle AG in Stettin, beim Auswärtigen Amt über die Importmöglichkeiten finnischer Rohware erkundigt, jedoch wegen der Blockade und danach festgestellter Prüfung des Angebots den Kauf als unrentabel aufgegeben.⁽²²⁾

(20)

	Finnlands Handel mit					
	1921 - 1925		1926 - 1930		1931 - 1935	
	Einfuhr %	Ausfuhr %	Einfuhr %	Ausfuhr %	Einfuhr %	Ausfuhr %
England	18,9	38,1	13,2	38,1	20,3	46,6
Deutschland	32,4	9,8	36,0	14,3	25,6	9,3
Frankreich	2,1	7,7	2,8	6,4	2,4	5,7

nach Veikko Helme: Ulkomaankauppa ja suhdannevaihtelut 1919-1939, in: Itsenäisen Suomen taloushistoria 1919-1950, Porvoo 1967, S. 142; für die einzelnen Jahre ab 1922-1933 STVK 1929, STVK 1931, STVK 1934 S. 118 S. 118 S. 116

(21) Benjamin Helander: Suomen metsätalouden historia, Porvoo 1949, S. 370, 372 f.
Bericht Brücks vom 2.2.1919: R 85/1016

(22) Schreiben der Feldmühle AG an das AA v. 22.1.1919, 4.3.1919, 22.4.1919, 17.6.1919, sowie Antworten des AA vom 2.6.1919 und 13.6.1919: R 85/1016

Von der gesamten finnischen Holzausfuhr 1919, im Werte von 554 Millionen Fmk, gingen nur 3,4 % (19 Millionen Fmk) nach Deutschland, jedoch fast die Hälfte nach England (291 Millionen Fmk). 1920 wurde für das finnische Holzexportgeschäft nach England ein Spitzenjahr. Der Wert betrug 801 Millionen Fmk; die Hälfte der finnischen Gesamtholzausfuhr. Weitere starke Abnehmer waren Holland, Belgien und Frankreich. Erst an fünfter Stelle folgt Deutschland mit einem Anteil von 5,8 % (94 Millionen Fmk). Hatte Deutschland 1913 noch 422,021 Tonnen Nadelholz aus Finnland bezogen, so waren es 1920 nur noch 9 % dieser Menge (38,279 Tonnen). Allerdings war die Gesamteinfuhr Deutschlands an Nadelholz noch stärker zurückgegangen. 1920 führte Deutschland sogar mehr als das Doppelte an Nadelholz aus als ein. Von der deutschen Gesamtimportmenge an Nadelholz - 1920: 173,989 Tonnen - fiel auf den finnischen Import immerhin ein Anteil von 21,8 %, was dem Vorkriegsanteil entsprach.⁽²³⁾

Eine steigende Tendenz gegenüber der Friedenszeit wies lediglich der Zellstoffimport aus Finnland auf. (1913: 7.185 Tonnen; 1920: 17.170 Tonnen), wobei 1920 ein Drittel der deutschen Zellstoffimporte aus Finnland kam. Gerade dieser Industriezweig hatte in Finnland unter der englischen Blockade gelitten, da auf den westlichen Märkten keine Kompensation zu finden war. Da in Deutschland wegen der eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten der einheimischen Industrie ein starker Bedarf herrschte, war der Fortfall der Blockade im Juli 1919 der Stichtag für die Aufnahme dieses Handels. In diesem Halbjahr wurden rund 24.000 Tonnen Zellulose nach Deutschland verfrachtet, ein Drittel des finnischen Gesamtexports von Zellulose. Nach England gingen nur rund 12.000 Tonnen. Betrachtet man jedoch die Ausfuhrwerte der finnischen Holzveredelungsproduktion insgesamt, so ging doch der größte Teil ihrer Fabrikate nach England, dank der starken Papiernachfrage dort. 1920 betrug der englische Anteil

(23 - STVK 1920, S. 140; STVK 1921, S. 136 f
- STJb 1921/22, S. 152 ("Nadelholz längs geschlagen" +
"längs gesägt")

das Fünffache des deutschen. Je veredelter die Produktion war, umso schwieriger war es für die Finnen, in Deutschland gegen die dortige Industrie aufzukommen.⁽²⁴⁾

Deutschland importierte aus Finnland also fast nur Rohstoffe und in geringen Mengen Nahrungsmittel. Allerdings war Finnland 1920 als Rohstoffbezugsland im allgemeinen von untergeordneter Bedeutung, Finnland rangierte mit einem gleichen Anteil von 0,3 % wie das "Baltikum" in der deutschen Einfuhrstatistik an 33. Stelle, weit hinter Dänemark (3,2 %), Norwegen (2,5 %) und Schweden (2,4 %). Der Anteil derjenigen Produktgruppe an der deutschen Gesamteinfuhr, die u.a. von Finnland beliefert wurde, betrug 1920 bei gesägtem Nadelholz nur 0,2 % (1913: 1,3 %), bei Butter 0,5 % (1913: 1,1 %).⁽²⁵⁾

⁽²⁴⁾ - STJb 1921/22, S. 190; Lundell: S. 16 f; finnische Mengenangaben nach Lundell: S. 17 (die finnische Jahresstatistik enthält keine Mengen - nur Wertangaben);
STVK 1921, S. 136 f

⁽²⁵⁾ STJb 1921/22, S. 220, S. 224

1. 3. Das deutsch-finnische Handels- und Schifffahrtsabkommen
vom März 1918 und der Versailler Vertrag

Angeichts der englischen Blockade des deutsch-finnischen Handels 1919 und der damit verbundenen Umlenkung des finnischen Warenverkehrs in alliierte Häfen, hatten deutsch-finnische Handelsvertragsverhandlungen wenig Sinn. Was deutscherseits benötigt wurde, waren vor allem Garantien, daß das Absatzgeschäft in Finnland für die Zukunft gesichert war. Dies war durchaus auch ohne Vertrag möglich, denn gegenüber den anderen vergleichbar hochentwickelten Industriestaaten auf dem finnischen Markt, hatte Deutschland, und vor allem England gegenüber, zwei Vorteile: Deutschland war Alleinhersteller gewisser Spezialmaschinen und chemischer Produkte, der Frachtweg von Deutschland nach Finnland war relativ kurz. Einzig, wenn man in Finnland beabsichtigte, Zölle für Waren zu erhöhen, die Deutschland exportierte, um gleichzeitig aber anderen Staaten Vergünstigungen einzuräumen, war der deutsche Absatz in Finnland gefährdet. Nicht umsonst hatte Deutschland im März 1918 die finnischen Zölle vertraglich eingefroren.

Für die finnische Regierung war nach dem Krieg, wie in den meisten Ländern Europas, das handelspolitische Ideal eine größtmögliche Selbstversorgung, und um diese zu verwirklichen, tendierte man zu einem starken Protektionismus. Als erstes begann man 1919 einen neuen Zolltarif auszuarbeiten.⁽¹⁾ Die Frage für die Regierung war jetzt, inwieweit man durch die Abmachungen mit Deutschland gebunden war.

Realpolitiker, wie der ehemalige Außenminister der Paasikiviregierung, Stenroth, und sein jetziger Nachfolger, Enckell, Protagonist der Ententeorientierung, waren bis zum April 1919 zu der Meinung gelangt, daß sämtliche Abkommen mit Deutschland "ohne weiteres" aufgehoben seien. Dies, obwohl man sich nach Brücks Vorstoß im Januar und Mahnungen des finnischen Gesandten in Berlin entschlossen hatte, die Angelegenheit

⁽¹⁾ Lundell: S. 2

über den Verhandlungsweg mit Deutschland zu lösen. Der Grund für diesen Umschwung war, daß Ende März die englische Regierung dem finnischen Vertreter in London, Holsti, Unterstützung zugesichert hatte, um sämtliche mit Deutschland geschlossenen Verträge loszuwerden.

Dies betraf auch den zwischen Deutschland und Finnland am 7. März 1918 zur "Bestätigung der Freundschaft zwischen Deutschland und Finnland und zur Sicherung der Selbständigkeit Finnlands" geschlossenen Friedensvertrag. Kompromittierend für das neutrale Finnland und verdächtig für die Alliierten war vor allem Artikel 1 des Vertrages, in dem Deutschland dafür einzutreten versprach, "daß die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands von allen Mächten anerkannt wird". Dafür versicherte Finnland seinerseits, daß es "ohne sich vorher mit Deutschland darüber verständigt zu haben ... keinen Teil seines Besitzstandes an eine fremde Macht abtreten noch einer solchen ein Servitut an seinem Hoheitsgebiet einräume". An sich waren diese noch im Hochgefühl des zukünftigen Sieges der Mittelmächte gefaßten Verpflichtungen und Zusicherungen 1919 bar jeder praktischen Bedeutung, aber offenbar war auch ihr formelles Außerkraftsetzen notwendig. Ende März war Außenminister Enckell zusammen mit Holsti nach Paris gereist, um dort die Belange Finnlands am Ort der europäischen Friedenskonferenz zu vertreten. Bezüglich der Verträge mit Deutschland waren beide bestrebt, die Alliierten dazu zu bringen, daß diese, ähnlich wie den Brest-Litowsker Vertrag in den Waffenstillstandbedingungen, nunmehr auch die deutsch-finnischen Abmachungen vom März 1918 über den Friedensvertrag mit Deutschland annullierten.⁽²⁾

Während Enckell noch in Paris beschäftigt war, wurden den Deutschen offiziell Vertragshandlungen in Helsinki angeboten, was wohl zu diesem Zeitpunkt kaum im Sinne Enckells war, sondern eher einer noch immer nach

(2) - Brief Erichs an Außenminister Ehmrooth v. 30.4.1919 sowie vom 1.5.1919
- Brief Jännes an Enckell 5.3.1919, Antwort des UM vom 14.3.1919 und Bevollmächtigung zu Verhandlungen in Berlin
- Brief Holstis an Enckell v. 28.3.1919: UM 58 B 1 Saksa
- "Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland" in: RGBl S. 701 ff

Deutschland orientierten Opposition, deren Anhänger auch im finnischen Außenministerium saßen. Vor allem gehörte ihr der Gesandte in Berlin, Jännes, an. Jännes hatte, als am 1. April der neue finnische Zollltarif in Kraft gesetzt wurde, seiner Regierung vorgeworfen, daß dieser Beschluß "den Stempel einer vorsätzlichen Beleidigung" trage, da es ja bekannt war, daß sich das Auswärtige Amt zu weitgehendster Revision des Handelsabkommens bereit gezeigt hatte, wenn nur eine Annullierung vermieden wird. Jännes schlug vor, daß der neue Zollltarif Deutschland gegenüber nicht angewandt würde, sowie, daß in Zukunft die Gesandtschaft im voraus Gutachten darüber abgeben dürfte, wie die Deutschland betreffenden Pläne der finnischen Regierung am besten zu realisieren wären.⁽³⁾

Am 28. April wurde Holsti Enckells Nachfolger und blieb es drei Jahre. Da aber die finnische Außenpolitik noch seiner Präsenz in Paris bedurfte, führte stellvertretend für ihn Leo Ehrnrooth das Amt in Helsinki. Auf eine Mitteilung aus London, daß die Engländer alle Verhandlungen mit Deutschland, auch wenn sie nur eine Vertragsmodifikation bedeuteten, mit Mißvergnügen sähen, antwortete Ehrnrooth, daß die finnische Regierung den Vorschlag nicht unterstützen könne, die Abkommen über den Weg der Pariser Friedenskonferenz zu annullieren, da sie vom finnischen Landtag ratifiziert worden wären. "Finnland könne als neutraler Staat nicht, ohne sein Ansehen aufs Spiel zu setzen, solch einen Vorstoß machen." Hinter Ehrnrooths wohlwollender Haltung Deutschland gegenüber mögen auch Exportinteressen des Zentralbüros der finnischen Papierindustrie gestanden haben, dessen Generaldirektor er war.⁽⁴⁾

Am 13. Mai stellte ein in Helsinki zusammenberufenes Komitee ein Gutachten über das deutsch-finnische Handelsabkommen aus, und zwar im Sinne einer

⁽³⁾ - Verbalnote der Finnischen Ges. Berlin vom 14.4.1919 an das AA;
UM 58 B 1 Saksa und BA R 85/1013, Antwort des AA v. 26.4.1919;
- Brief Jännes an Ehrnrooth vom 19.4.1919; UM 58 B 1 Saksa

⁽⁴⁾ - Tg. Donner vom 2.5.1919 an Ehrnrooth und Antwort Ehrnrooths
vom 10.5.1919 UM 58 B 1 Saksa
Ehrnrooth bedauerte in seinem Interview mit der "Hufvudstadsbladet"
die beschränkten Exportmöglichkeiten nach Deutschland
(Hufvudstadsbladet 19.2.1919)

Revision, wie sie das erste Memorandum in dieser Angelegenheit vom Dezember 1918 vorgesehen hatte. Das Komitee rechnete damit, daß über kurz oder lang Finnland mit einer Westmacht einen Handelsvertrag abschließen müsse, und es daher nicht möglich sei, den Deutschen, die von ihnen gewünschte Meistbegünstigung für Zölle zu gewähren, da dies die Erlangung von Zollzugeständnissen von Seiten der Alliierten erschwere. Mit Genugtuung vermerkte man, daß die deutsche Regierung sich offenbar stillschweigend mit dem neuen finnischen Zolltarif abgefunden hatte; man hatte bisher vergeblich auf eine Protestnote gewartet. Vorsitzender dieses Komitees war der Mitunterzeichner des Abkommens im März 1918, Professor für internationales Recht und einer der maßgebenden Gestalter des neu-einzurichtenden finnischen Auswärtigen Dienstes, Rafael Erich. Enckells rigorosen Standpunkt bezeichnete er als "juristisch unmöglich", räumte aber ein, daß es sich mit internationalem Recht vereinbaren ließe, wenn ein Staat in einer "Notsituation", und wenn sich die ursprünglichen Voraussetzungen "total verändert" hätten, Bestimmungen eines Vertrages kündigt.⁽⁵⁾

Inzwischen hatte die deutsche Delegation in Versailles am 7. Mai die Friedensbedingungen überreicht bekommen. Hatte das Auswärtige Amt nach dem finnischen Verhandlungsangebot, trotz abermals bekundeter deutscher Bereitschaft einzelne Bestimmungen des Vertrages zu ändern und einer Bitte um Vorschläge, noch nichts aus Helsinki vernommen, so war nun durch den Vertragstext der Alliierten die Antwort gegeben. Artikel 292 besagt nämlich, daß alle von Deutschland mit früheren Teilen von Rußland abgeschlossenen Vereinbarungen aufgehoben seien.⁽⁶⁾

-
- (5) - "Änderungsvorschläge des Beratungskomitees für das deutsch-finnische Handelsabkommen", 13.5.1919
- Memorandum vom Dezember; S. 20 dieser Arbeit
- Erichs Standpunkt in: Brief Erichs v. 1.5.1919: UM 58 B 1 Saksa

- (6) - Verbalnote des AA an die Finnische Ges. Berlin vom 26.4.1919: UM 58 B 1 Saksa
- "Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten" (amtl. Text der Entente u. amtliche deutsche Übertragung) Charlottenburg 1919, S. 170

Erst Mitte Juli, zwei Wochen nach der deutschen Unterschrift in Versailles (28.6.1919), wurde vom Erich'schen Komitee aufgrund des Gutachtens eine Antwort an das Auswärtige Amt entworfen. In ihr hieß es, daß Verhandlungen über einen dauernden Handels- und Schiffahrtsvertrag "unverzüglich angebahnt werden sollten, sobald die Verhältnisse in Europa einigermaßen geordnet und stabilisiert sein werden" und jetzt nur "notwendigste Änderungen", die sich aus den veränderten politischen Verhältnissen ergeben, vorgenommen werden sollten.⁽⁷⁾ Holsti unterschrieb diesen Notenentwurf nicht. Einen Monat später war in Finnland nach den gerade stattgefundenen Präsidentschaftswahlen, die zugunsten des Parteikollegen Holstis, Ståhlberg, ausfielen, eine neue Regierung gebildet worden, in der seine Partei, die nach England orientierte Fortschrittspartei, den Vorsitz und zum ersten Mal nach dem Krieg die Mehrheit der Sitze einnahm.

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Kabinetts war, der deutschen Regierung zu erklären, daß alle Verträge des Jahres 1918 mit Deutschland gemäß Artikel 292 des Versailler Vertrages ungültig wären. Jännes in Berlin gab nicht nach, er unterließ es, diesen Beschluß auszuführen und bestritt seiner Regierung das formale Recht, eine solche Meldung bei der deutschen Regierung vorzunehmen. Vielmehr bedürfe es eines Parlamentsbeschlusses, da dieses ja das Abkommen ratifiziert hatte.⁽⁸⁾

Daraufhin willigte Holsti in einen von Jännes vorgeschlagenen Kompromiß: man solle versuchen, die Annullierung von der deutschen Regierung selbst ausgesprochen zu bekommen, um hierdurch einem eventuellen Vorwurf finnischer

⁽⁷⁾ Notenentwurf o.U. ("finnischer Außenminister" an Brück): 17.7.1919
UM 58 B 1 Saksa

⁽⁸⁾ Tg. Holstis an Jännes vom 19.8.1919, in dem der Beschluß in dieser Form zur Weitergabe mitgeteilt wird. UM 58 B 1 Saksa; Nach dem Kabinettsprotokoll hatte Holsti die Frage nach "Annullierung der zwischen Deutschland und Finnland am 7.3.1918 gemachten Verträge" gestellt und der Beschluß des Präsidenten, der über außenpolitische Fragen in den Kabinettsitzungen entschied, lautete: "Die Regierung der Republik hält die Prüfung dieser Verträge für gegeben." Insofern war Holstis Erlaß an Jännes eigenmächtig im Sinne der Alliierten verfaßt worden. (nach: Holstis PM über die deutsche Intervention 12.11.1921, Anlage B 2: in Sammlung Ryti 13)

Ententehörigkeit zu entgehen.⁽⁹⁾ Das Gespräch zwischen Jännes und dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Trautmann, verlief aber so, daß Trautmann den Eindruck behielt, Jännes wolle am liebsten die Frage der politischen Verträge zwischen Finnland und Deutschland "noch im Ungewissen behalten". Dies traf sich mit der deutschen Ansicht, daß der Artikel 292, da er unter die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailler Vertrages fiel, nicht das deutsch-finnische Friedensabkommen betreffe.⁽¹⁰⁾ Reichsaußenminister Müller gab am 1. September die gewünschte Antwort der deutschen Regierung. Er teilte mit, "daß der Friedensvertrag von Versailles die deutsche Regierung zwingt, mit dem Tage seines Inkrafttretens das deutsch-finnische Handels- und Schiffsabkommen zu lösen. Schon jetzt ist die deutsche Regierung bereit, über einen neuen Handelsvertrag, der mit dem Erlöschen des gegenwärtig gültigen Abkommens in Kraft treten würde, unter tunlichster Berücksichtigung der Wünsche der finnischen Regierung zu verhandeln. Auch deutscherseits liegt ein Interesse an rascher Förderung..., um einen vertragslosen Zustand nach Möglichkeit zu vermeiden. Zunächst sind doch Beratungen innerhalb der beteiligten deutschen Stellen erforderlich, da der neue deutsch-finnische Handelsvertrag als derjenige, der als erster nach dem Frieden von Versailles zum Abschluß gelangt, besondere Tragweite erhält".⁽¹¹⁾ Die deutsche Regierung sah also hier eine Möglichkeit, den ersten Modellvertrag nach dem Kriege mit einem neutralen Land abzuschließen, wozu sich 1919 in Europa kaum ein Staat bereitfand. Eine ähnlich rücksichtsvolle Behandlung von Verträgen, die gestützt auf Deutschlands militärische Macht zustande gekommen waren, hatte die deutsche Regierung nur von Finnland erfahren.

[9] Antwortschreiben Jännes vom 19.8.1919
Tg. Jännes an Holsti vom 20.8.1919
und Antwort Holstis vom 23.8.1919: UM 58 B 1 Saksa

[10] Aufz. Gespräch Trautmann, Jännes 25.8.1919: AA Fi 1 Bd. 23,
Bericht von Jännes an UM vom 26.8.1919: UM 58 B 1 Saksa

[11] RMdÄ Müller an Jännes 1.9.1919 UM 58 B 1 Saksa
Müller hatte schon am 23. Juli 1919 in seiner Weimarer Rede betont, wie wichtig es nunmehr wäre, mit anderen Ländern wieder Geschäftsverbindungen aufzunehmen. Die Rede wird z.T. wiedergegeben in dem Hauptorgan der SDP Finnlands: "Suomen Sosialidemokraatti" 26.7.1919

Dies war der Entente natürlich nicht verborgen geblieben und ihr entgegen war wiederum die jetzige finnische Regierung Vennola keinesfalls bereit, den ersten Handelsvertrag nach dem Kriege mit Deutschland abzuschließen. (12)

Dennoch glaubte man im Auswärtigen Amt, im Zusammenhang mit den anderen unerledigten deutsch-finnischen Vertragsfragen und mit Hilfe der konservativen Opposition in Finnland, einen Handelsvertrag zustande zu bringen. Nach deutschen Vorstellungen sollten in ihm grundsätzlich zwei Gesichtspunkte berücksichtigt werden: die volle Meistbegünstigung und ein Transitrecht. Das letztere konnte nur bedeuten, daß man in Deutschland einen Warenverkehr von Deutschland nach Rußland im Auge hatte, der ja angesichts der Verhältnisse im Baltikum und der Kontroversen mit Polen nur auf diesem Wege möglich gewesen wäre. Der für diese Fragen zuständige Ministerialrat im Auswärtigen Amt, Stockhammern, war zwar noch im Sommer 1919 gegen wirtschaftliche Beziehungen mit Sowjetrußland, hatte jedoch keine Bedenken, wenn zwischen Privaten und der Sowjetregierung Verträge zustande kämen, wobei als einziges Problem die Überwindung der Front übrigblieb. Wahrscheinlich ist, daß Stockhammern für die Zukunft vorbauen wollte, wenn sich die Verhältnisse in Rußland, womöglich zugunsten der Weißen, konsolidiert hatten.

Für Finnland war es nur sinnvoll den im deutsch-finnischen Warenverkehr erfahrungsgemäß viel stärkeren Partner eine Meistbegünstigung zu gewähren, wenn es selber hierdurch faktische Vorzüge, die vor allem die finnische Papierindustrie wünschte, auf dem deutschen Markt erlangen könnte. Dies wurde jedoch stark bezweifelt, da Deutschland durch den Versailler Vertrag gezwungen war, den Alliierten automatisch die absolute Meistbegünstigung zu geben und dadurch schlecht in der Lage war, Finnland Sondervorteile einzuräumen. Außerdem war der finnische Importanteil in Deutschland

(12) Enckell, inzwischen Gesandter in Paris, meldete am 19.9.1919 aus Paris, daß Finnland keine Vertragsverhandlungen mit Deutschland führen könne, bevor Verträge mit der Entente abgeschlossen wären. UM 506; Enckell hat sich auch später nachhaltig dafür eingesetzt, daß Finnland seinen ersten Nachkriegshandelsvertrag mit Frankreich abschließt (Carl Enckell: Poliittiset muistelmät, Porvoo 1956, Bd. II, S. 321)

so gering, daß man sowieso schwerlich auf irgendeine Präferenzposition hoffen konnte.⁽¹³⁾

Durch ihre Auslegung der Versailler Vertragsbestimmungen hatten Jännes und Trautmann erreicht, daß Ende 1919 "fast alle zwischen Deutschland und Finnland bestehenden Fragen offen lagen".⁽¹⁴⁾ Holsti hatte, nachdem er die deutsche einengende Auffassung erfahren hatte, noch einmal bei den Alliierten anfragen lassen, ob nicht auch der Friedensvertrag hin-fällig wäre. Die britische Friedensdelegation bestätigte Holstis Wunsch unter Berufung auf Artikel 116 des Versailler Vertrages, der sich somit nicht nur auf den Brest-Litowsker Frieden beziehen sollte, sondern auf Abkommen jeglicher Art zwischen Deutschland und ehemaligen Teilen des Russischen Reiches. Obwohl Holsti nach längerem Warten noch einmal im Dezember es für "unbedingt notwendig hielt", von den Deutschen eine Nichtig-keitserklärung des Friedensvertrages zu bekommen, wurde sie ihm nie ge-geben. Jännes hielt es für unnötig, auf einer solchen "formellen Fest-stellung" zu beharren, sie könnte "erniedrigend" aufgefaßt werden. Außer-dem barg ein allzu starkes Herausstellen Finnlands als ehemaligen Teil Rußlands, wie es der Art. 116 mit sich geführt hätte, die Gefahr in sich, daß Finnland zur Bezahlung zaristischer Schulden mit herangezogen werden könnte.⁽¹⁵⁾ In der Tat war später dies eine der Hauptsorgen bei den finnischen Vorbereitungen für die Genuekonferenz.

(13) Aufz. Gespräch Jännes, Stockhammern vom 16.12.1919, sowie Anmerkun-gen des Sekretärs im finnischen allgemeinen Handelsvertragskomitee, Saari: UM 58 B 1 Saksa
Stockhammerns Einstellung zu Rußland: Horst Linke: Deutsch-sowjetische Beziehungen bis Rapallo, Köln 1970, S. 63 f

(14) Holstis PM vom 22.2.1922 über die finnisch-deutschen Verhandlungen 1918-1922: Sammlung Ryti 13

(15) -Tg. Holsti an Jännes o.D. (2.9.1919);
-Tg. Donner (London) an UM v. 4.9.1919; UM 58 B 1 Saksa;
-Tg. Holsti an Ges. Berlin vom 11.12.1919,
Tg. Antwort von Jännes vom 19.12.1919 und Briefantwort vom 21.12.1919; UM 58 B 1 Saksa
-Schreiben des englischen Chargé d'Affaires Kennard v. 20.10.1919 an Holsti: UM 12 L Saksa; Die Stelle im Art. 116 lautet:
"...erkennt Deutschland endgültig die Aufhebung der Verträge, Vereinbarungen und Übereinkommen an, die es mit der maximalistischen Regierung in Rußland abgeschlossen hat; in: Der Friedensvertrag...

2. DEUTSCH-FINNISCHE VERHANDLUNGEN ÜBER KRIEGSENTSCHÄDIGUNGEN
UND EINEN NEUEN HANDELS- BZW. FRIEDENSVERTRAG

Eine der Fragen, die zwischen Deutschland und Finnland noch offen lagen, war die Liquidierung finnischer Schulden aus der deutschen Intervention 1918. Ursprünglich war, als am 21.2.1918 der Vertrag über die Entsendung der deutschen Expedition nach Finnland geschlossen wurde, nichts darüber beschieden, wer die Kosten tragen sollte. Jedoch erbat sich das Preußische Kriegsministerium, um notfalls den Sozialisten im Reichstag ein Papier als Nachweis vorsetzen zu können, daß Deutschland durch die Expedition keine Ausgaben entstehen würden, von dem finnischen Gesandten Hjelt am 18.3.1918 eine schriftliche Erklärung, daß "der finnische Staat die Kosten der zugesagten deutschen Hilfsexpedition nach Finnland übernimmt". Zeit und Modus der Zahlung sollten durch eine spätere Sonderkommission geregelt werden.⁽¹⁾

Die deutsche Niederlage, der finnische Orientierungswechsel, schufen eine Situation, in der es fraglich wurde, ob von deutscher Seite überhaupt noch Ansprüche geltend gemacht werden konnten. Die Versailler Bestimmungen, die von Holsti und den Briten auf Ungültigkeit der Verträge vom 7.3.1918 ausgelegt worden waren, konnten genausogut auch alle finanziellen Forderungen Deutschlands zunichte machen. Deshalb beeilten sich die deutschen Stellen, die Rechnung, deren Zusammenstellung eine gewisse Zeit beanspruchte, noch vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages, wenigstens in Rohform zu präsentieren. Dies geschah am 31.7.1919. Obwohl man den Finnen ein Prüfungsrecht absprach, konnte von deutscher Seite nicht verhindert werden, daß die Prüfung der Rechnung in Helsinki, auch nach Bekanntgabe der exakten Forderungen im Oktober, wohl nicht ohne Absicht Holsti nahestehender Kreise, bis Ende Februar 1920 dauerte, womit der Versailler Vertrag schon in Kraft getreten war. Für diesen Fall hatte

(1) -Brief Hjelts an UM v. 15.10.1919 UM 58 B 1 Saksa
-Vertrag zwischen Hjelt und dem Kriegsministerium vom
18.3.1918 als Beilage B in Holstis PM v. 22.2.1922
Sammlung Ryti 13

der Sachexperte des Auswärtigen Amtes für Rechtsfragen, Gaus, feststellt, daß "mit Inkrafttreten des Friedensvertrages überhaupt keine juristische Basis mehr für unsere Ansprüche an Finnland" bestünde.⁽²⁾

In Finnland war nicht zu erwarten, daß eine Regierung, in der die Republikaner die Mehrheit besaßen, der Präsident und nicht zuletzt die im Parlament wieder stärkste Fraktion der Sozialdemokraten, sich veranlaßt sehen, für die von der monarchistischen Minderheitsregierung 1918 ins Land geholten Truppen zu bezahlen. Daß man, wie die Rechte immer wieder betonte, in Finnland aus Dankbarkeit für die Rettung der Selbständigkeit verpflichtet sei, diese Schulden zu begleichen, war für die Sozialdemokraten und den Außenminister Holsti ein Irrtum, denn die deutschen Truppen waren ja keineswegs der finnischen Selbständigkeit halber gekommen, sondern wegen ihrer eigensten Interessen in Bezug auf die Außenlandfront.⁽³⁾

Waren sich über Deutschlands Interventionsziele Bürgerlich-Liberale, unter ihnen Holsti, und die Linke einig, so dennoch nicht über die Beurteilung des Kampfes zwischen "roten" Finnen und "weißen" Finnen 1918. Für alle politischen Kräfte, die hinter Mannerheims Truppen im Vorjahr gestanden hatten, waren sie nun monarchisch oder republikanisch eingestellt, deutsch- oder englandfreundlich, war dies ein "Freiheitskrieg" gewesen, durch den erst die finnische Selbständigkeit erkämpft worden war. Um die Kosten dieses Krieges zu decken, war bald nach dem Sieg der Weißen ein "Liquidationskomitee des Freiheitskrieges" eingerichtet worden, das tunlichst die Öffentlichkeit mied. Diesem Komitee waren schon im Juli 1918, während der Deutschorientierung, 30 Millionen Fmk zur Verfügung gestellt worden, um die zu erwartenden deutschen Forderungen zu begleichen.⁽⁴⁾

Da man lange nichts mehr von deutscher Seite gehört hatte, fragte Außenminister Enckell Anfang März 1919 in Berlin an, wie es um die deutschen Rechnungen stünde. Gleichzeitig beschloß der finnische Staatsrat sämtliche

⁽²⁾ Niederschrift einer Besprechung deutsch-finnischer Finanzfragen im AA am 27.8.1919: AA Fi 3 Bd. 2

⁽³⁾ Holstis PM vom 21.11.1921 UM C

⁽⁴⁾ -Auszug aus den Staatsratprotokollen 23.10.1919 und Anlagen UM 58 B 1 Saksa

solche Forderungen dem Komitee zu übergeben. Dies betraf vor allem die zusätzlichen Verbindlichkeiten des finnischen Kriegsministeriums für Lieferungen deutscher Waffen und Munition, ohne die die weiße Armee nicht hätte bestehen können.⁽⁵⁾ Als Holsti bald danach Außenminister wurde, wäre es bei seiner sonst bekundeten Einstellung zu Verträgen mit dem Kaiserreich nur konsequent gewesen, wenn er auch die Ungültigkeit dieser Schuldscheine durchgesetzt hätte. Er hat dann zwar zwei Jahre alles getan, um die Bezahlung hinauszuzögern, hat die Behandlung der Frage aber nicht grundsätzlich verhindern können. Er hat sich auch nicht direkt an die Hilfe der Alliierten gewandt, im Gegenteil, er hat zum Schluß mitgeholfen, die Angelegenheit vor den Alliierten zu verschleiern. Hier kapituliert er vor der finnischen Rechten und den ehemaligen Deutschland-orientierten. Ein anderer wichtiger Gesichtspunkt war, daß aus dem ganzen Fragenkomplex, wie auch Holsti einsah, Vorteile für Finnland zu gewinnen waren, die nicht unwesentlich waren.⁽⁶⁾

Zu Kriegsbeginn 1914 waren sämtliche finnischen Guthaben in Deutschland beschlagnahmt worden, dabei Obligationen und Geldreserven sowohl des Staates (des ehemaligen Großfürstentums) als auch der Bank von Finnland, insgesamt im Werte von 46 Millionen Goldmark. Durch ein besonderes Übereinkommen waren noch Ende 1918 die Guthaben wieder freigegeben worden, jedoch war von den Deutschen wohlweislich die Hälfte zur Deckung der damals noch nicht bestimmten und im Endeffekt viel höher ausgefallenen Expeditionskosten zurückbehalten worden. Im Frühjahr 1919 bestritt das Auswärtige Amt der Bank von Finnland sogar das Recht, die schon freigegebenen Wertpapiere anders als für die finnische Schuldenbegleichung zu benutzen.⁽⁷⁾ Auch Sachwerte waren 1914 beschlagnahmt worden, dies waren vor allem in deutschen Häfen damals liegende Schiffe mit ihrer Ladung. Es ist nicht verwunderlich, daß gerade der Direktor der Bank von Finnland,

⁽⁵⁾ -Tg. Enckell an Jännes 4.3.1919 UM 58 B 1 Saksa

⁽⁶⁾ -Holstis Einstellung. s. Anm. (3)

⁽⁷⁾ -Aufstellung der in Deutschland beschlagnahmten Obligationen und Geldwerte o.D.o.U.: UM 58 B 1 Saksa
-Tg. Hjelt an UM (Dez. 1918)
-Verbalnote des AA an die Finnische Gesandtschaft Berlin vom 10.11.1918
-Tg. Jännes an UM 26.3.1919: UM 58 B 1 Saksa

Ryti, und der Vorsitzende im Verwaltungsrat der größten finnischen Reederei, der FRA, Krogius, 1919 zu denjenigen gehörten, die moralische Dankesverpflichtungen Deutschland gegenüber in Form von Geldbeträgen empfanden. Für beide dürfte die freie Verwendung der in Deutschland festgehaltenen Werte vor allem in Hinblick auf den deutsch-finnischen Warenverkehr wichtig gewesen sein. So hatte im Sommer 1918 das Direktorium der Bank von Finnland es als "Lebensnotwendigkeit" erachtet, die Gutachten in Berlin frei zu bekommen, "damit die wirtschaftlichen Bindungen mit Deutschland wieder neu belebt werden könnten".⁽⁸⁾

Im deutsch-finnischen Friedensvertrag, den Holsti mit Hilfe der Alliierten außer Kraft setzen wollte, war eine Regelung der Schiffsfrage durch eine gemischte Kommission vorgesehen, allerdings in einer Formulierung, nach der die Finnen keine angemessene Ersatzleistung erwarten konnten. Diesen Passus günstiger für Finnland gestaltet zu bekommen, wird auch Holsti bewogen haben, nach 1919 nicht mehr auf einem Erlöschen des Vertrages zu bestehen, sondern vielmehr mit den Deutschen zu verhandeln. Außerdem hatte dieser Vertrag alle 1914 ungültig gewordenen Privatrechte zwischen den Ländern wieder in Kraft gesetzt.⁽⁹⁾ Eine Einmischung der Alliierten in diese Fragen war eine ständige Bedrohung gewesen, erst recht für die deutsche Seite während des Waffenstillstandes. So war man Ende 1918 auf den Gedanken gekommen, statt Geld sich von den Finnen Waldkonzessionen geben zu lassen, um dadurch einer Beschlagnahme durch die Entente zu entgehen. Aus demselben Grund war das Reichswirtschaftsamt und das spätere Reichswirtschaftsministerium noch während des Jahres 1919 so eifrig für die Gründung einer deutsch-finnischen Holzkommission. Im

⁽⁸⁾ -Zitat: Schreiben des Direktoriums der Bank von Finnland an den Senat vom 14.6.1918: UM 58 B 1 Saksa
-Rytis Einstellung: Randbemerkung zu Holstis PM vom 17.11.1921: Sammlung Vennola I
-Krogius Einstellung: Aufzeichnung Gespr. Wallroth, Krogius vom 5.3.1921: VA Ges. Hfs. H/7 336364, Krogius war Mitglied der deutsch-finnischen Gesellschaft in Helsinki

⁽⁹⁾ Aechtes Kapitel: "Behandlung der in die Gewalt des Gegners geratenen Kauffahrteischiffe und Schiffsladungen"
und viertes Kapitel: "Wiederherstellung der Privatrechte" des Friedensvertrages RGBl 1918 S. 703 f und 709 f;
In "Hufvudstadsbladet" 21.11.18: "Den finländsk-tyska sjöfartskommissionens verksamhet" beklagte sich das finnische Kommissionsmitglied v. Frenckell über diese "ungünstigen Bedingungen"

April 1919 unterbreitete aus Helsinki der vom Preußischen Kriegsministerium beauftragte Sachverständige, Prof. Metzger, dem Reichswirtschaftsministerium den gleichen Vorschlag, die deutschen Forderungen in Höhe von 100 Millionen MK in Holzkonzessionen anzulegen. Die am Finnland handelt seit fünfzig Jahren stark beteiligte Lübecker Firma Piel & Fehling berichtete, daß auch Finnen daran Interesse hätten, diese 100 Millionen in Holz zu begleichen und machte konkrete Vorschläge, wie dieser Handel "in einer der Entente verdeckten Weise" vor sich gehen konnte. Schließlich verschwieg die Firma auch nicht ihr eigenes "erhebliches Interesse daran, daß Deutschland in möglichst starkem Maße Abnehmer finnischer Landesprodukte bleiben würde".

Im Juni lagen dem Reichswirtschaftsministerium die Stellungnahmen sämtlicher zuständiger Behörden vor. Das Wirtschaftsministerium hatte Metzgers Vorschlag befürwortet, da man einen "starken Bedarf an Nutzholz" vorausah. Auch die Reichsbank hielt das Holzgeschäft für "erwägenswert". Das Finanzministerium sah des Reiches Interessen dahingegen besser gewahrt, wenn man "einen möglichst hohen Betrag" an finnischer Valuta bekäme.⁽¹⁰⁾ Die Holzkonzessionspläne wurden nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages nicht mehr weiter verfolgt, denn nun war es das Wichtigste, die Forderung so bald wie möglich und vor Inkrafttreten des Vertrages im Januar 1920 eingeholt zu haben. Dies war nur durch Barzahlung möglich.⁽¹¹⁾

(10) -Schreiben Giese an Kriegsministerium in Berlin vom 30.12.1918:
AA Ges. Stockholm SIII 18 Finnland Bd. 2

-Vgl. S. 10 dieser Arbeit

-Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums an das AA vom 7.6.1919 mit Anlagen: BA R 85/1016.

Die "Piehl & Fehling" hatte die "AG Hugo Stinnes für Seeschifffahrt und Überseehandel" als Kommanditisten

-Schreiben des Reichsfinanzministeriums an AA vom 25.6.1919:
AA Fi 3 Bd. 1

-Das Reichsernährungsministerium war daran interessiert, die Kosten in Lebensmitteln (Butter, Käse) beglichen zu bekommen (Schreiben v. 30.5.1919 an AA: AA Fi 3 Bd. 1)

(11) -Niederschrift einer Besprechung deutsch-finnischer Finanzfragen im AA am 27.8.1919: AA Fi 3 Bd. 2

-vertrauliches Schreiben des AA vom 5.10.1919: AA Fi 3 Bd. 2

-Brief Jännes an UM v. 3.10.1919: UM 58 B 1 Saksa

Aus diesem Grund wies das Auswärtige Amt in die gleiche Richtung gehende nochmalige Anregungen Metzgers zurück und verlangte, daß fortan die Behandlung der Expeditionskosten von denen aus den Waffenlieferungen getrennt würden. Die Auseinandersetzung wegen der "Materiallieferungen" sollte alleinige Sache des Kriegsministeriums bleiben. Metzger hatte, da der finnische Staatsrat sein Zahlungsangebot vom 18.10.1919 wegen der Höhe nicht angenommen hatte, gebeten, falls es ihm nicht gelinge "mit energischen Protesten und Mahnungen das Verhandlungstempo in wünschenswerter Weise zu beschleunigen", daß als Repressalie die Sperrung der Ausfuhr für den finnischen Staat bestimmter Güter vorgenommen würde. Staatssekretär Haniel befürchtete zu Recht, auf diese Art in Finnland auch die letzten Sympathien für Deutschland zu verlieren und untersagte solche Aktionen.⁽¹²⁾

Das finnische Kriegsministerium, in dem nach Metzgers Worten "gleichgesinnte und anständige Finnen" arbeiteten, war allerdings schon im August 1919 bereit gewesen, für die Materiallieferungen sofort 30 Millionen Fmk anzuzahlen. Es handelte sich offenbar um die 1918 bereitgestellte Summe. Man hatte im Kriegsministerium Metzger zu verstehen gegeben, wie wichtig es wäre, eine Mitwirkung des finnischen Parlaments, das wegen aller außerordentlichen Ausgaben befragt werden mußte, zu vermeiden. Diesen Deutschlandfreunden gelang es jedoch nicht, die Mitwirkung des Staatsrates zu umgehen, der denn im Oktober diesen Aktionen einen Riegel vorschob, denn es galt ja eine deutsche Gesamtrechnung, die wie nunmehr bekannt war, rund 150 Millionen Fmk betrug, zu begleichen, für die vorläufig eben nur diese 30 Millionen Fmk und das Guthaben in Deutschland zur Verfügung standen.

Offenbar, da die deutschen "Materiallieferungen" tatsächlich innerfinnischen Interessen gedient hatten, entschloß sich die Regierung diese

(12) -Schreiben Metzgers an Abwicklungsamt des früheren preußischen Kriegsministeriums 28.10.1919, Tg. Haniel an Ges. Hfs. 23.11.1919: AA Fi 3 Bd. 2
-Staatsratsprotokoll vom 23.10.1919: UM 58 B 1 Saksa
-Gefordert wurden 83 Millionen Fmk

Kosten prinzipiell zu bezahlen und den benötigten Betrag im Budget des nächsten Jahres (1920) unter die Rubrik "Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung im Lande" zu setzen. Die Expeditionskostenfrage wurde in ein neues Komitee abgeschoben, das aber die vom Gesandten Brück bisher übermittelte Forderung für "recht angemessen" hielt und befand, daß man dem Parlament eine Vorlage von 80 Millionen Fmk einreichen sollte. Die Regierung billigte diesen Vorschlag nicht. Im Januar 1920 wurde der Unterzeichner des Schuldscheins, Hjelt, berufen, um sich zusammen mit dem Finanzminister Lundson mit der Angelegenheit zu befassen, und bei den Deutschen eine Ermäßigung auf 60 Millionen durchzusetzen.⁽¹³⁾

Dem Auswärtigen Amt war nicht verborgen geblieben, daß finnischerseits doch noch ein gewisses Interesse an der Regelung des Friedensabkommens bestand. Für Deutschland war jedoch ein Handelsabkommen wichtiger. Daher wurde Ende Januar 1920, also nachdem das Handels- und Schiffahrtsabkommen endgültig mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages erloschen war, grundsätzlich entschieden, "nur dann in Verhandlungen über Abschluß eines neuen Friedensvertrages mit Finnland einzugehen, wenn die finnische Regierung zugleich zur Regelung des handelspolitischen Verhältnisses mit uns bereit" ist. Da die finnische Regierung weiterhin "wenig Neigung" zur letzteren Frage zeigte, wurde im Auswärtigen Amt auch ein Handelskrieg mit Finnland erwogen, den man dann doch, wohl wegen der zu erwartenden eigenen Verluste, außer Betracht ließ.

(13)

- Zitat: Brief Metzger an Gesandten Büsing vom 5.4.1933
VA Ges. Hfs. H 080317
- Schreiben Metzgers an Kriegsministerium 4.8.1919
AA Fi 3 Bd. 2
- Staatsratsprotokoll v. 23.10.1919; UM 58 B 1 Saksa
- Die Materialkosten wurden am 5.8.1920, in geringeren Höhe als ursprünglich gefordert, beglichen (Vertrag in Sammlung Ryti 13)
- Komiteegutachten an den Staatsrat v. 20.11.1919
- Vollmacht Holstis an Hjelt vom 29.1.1920 mit den deutschen Behörden über die Expeditionskosten zu verhandeln:
UM 58 B 1 Saksa
- Bericht Brücks vom 2.3.1920: AA Fi 3 Bd. 2

Im März 1920 unterbreitete Stockhammern Jännes den gleichen Vorschlag in subtilerer Form, man solle vollkommen die Bestrebungen zu einem neuen Handels- und Schiffahrtsabkommen zu gelangen, aufgeben und stattdessen den Friedensvertrag so neu formulieren, daß er für die Zukunft die Grundlage des deutsch-finnischen Handelsverkehrs bilden könnte.⁽¹⁴⁾

Bald nachdem am 15. März 1920 in Helsinki eine neue Koalitionsregierung sämtlicher bürgerlichen Parteien gebildet worden war, mit dem Unterzeichner des Friedensvertrages, Erich als Premier, Holsti als Außenminister und Ehmrooth als Wirtschaftsminister, wurde eine Delegation nach Berlin gesandt, die unter Jännes Vorsitz mit den Deutschen darüber verhandeln sollte, wie der Friedensvertrag zu ersetzen sei.

Da man in Finnland informiert war, daß Deutschland nur bei gleichzeitigem Handelsvertrag mit Meistbegünstigung und Transitrecht den Friedensvertrag erneuern würde, gab das ständige Handelsvertragskomitee in Helsinki der Delegation eine Aufzeichnung mit, in der dargelegt wurde, weshalb es für Finnland "schwer, wenn nicht sogar unmöglich" war, Deutschland die allgemeine Meistbegünstigung zu geben. 1920 gab es für Finnland wichtigere Exportländer als Deutschland und man müsse daher bei diesen mit der Gewährung der Meistbegünstigung anfangen. Diese Länder sollten nicht etwa die Ententestaaten sein, sondern wie vor dem Kriege, Rußland, mit dem gerade die Friedensverhandlungen vorbereitet wurden, und außer diesem noch Polen und Estland. Dennoch gab es noch einen politischen Grund, aus dem man sich gegen die Deutschland zu gewährende Meistbegünstigung sperrte: Frankreich hatte schon mehrmals in Finnland darauf gedrungen, einen Handelsvertrag abzuschließen und es war wahrscheinlich, daß es sich nicht nur mit der Meistbegünstigung abfinden würde, sondern noch zusätzliche Vorteile durchdrücken wollte, die Deutschland dann auch verlangen würde. Nach Ansicht der finnischen Handelsexperten funktionierte

(14) -Tg. AA an Ges. Helsingfors vom 24.1.1920
AA Fi 2 Bd. 23
-Bericht Jännes vom 4.3.1920: UM 5C5

der deutsch-finnische Handel "befriedigend" auch ohne Vertrag, und für die Zukunft hielt man die finnische Ausgangsbasis für Verhandlungen, dank des deutschen Exportüberschusses, für günstig.⁽¹⁵⁾

An einer im Auswärtigen Amt abgehaltenen Vorbesprechung am 8.5.1920 nahmen sämtliche Interessenten am finnischen Handelsverkehr teil: das Reichswirtschafts-, -finanz- und -wehrministerium, das Preußische Handelsministerium, der Senat von Hamburg, Bremen und Lübeck, die Handelskammern in Königsberg und Stettin, der Deutsche Industrie- und Handelstag, sowie der Verein Deutscher Zellstofffabriken. Behrend, Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, und Skandinavienreferent, Trautmann, ließen sich von den Versammelten "freie Hand" für die Verhandlungen geben, eine Praxis, die das Auswärtige Amt auch in Zukunft beibehielt. Es war nicht viel, was man von den Finnen zu erreichen glaubte. Abgesehen von der Erneuerung des Friedensvertrages, an dem man wegen der mit ihm verbundenen Entschädigung deutscher Reichsangehörigen in Finnland, einer Regelung der Schiffssache und "vielleicht einer endlichen Liquidierung der Kosten der Finnlandexpedition" interessiert war, konnte handelspolitisch, da keine tarifarischen Abmachungen realisierbar waren, nur "eine allgemeine Regelung der Handels- und Schifffahrtsfrage nach dem Grundsatz der Meistbegünstigung" angestrebt werden.⁽¹⁶⁾

(15)

-Schreiben Erichs an Jännes vom 16.4.1920

Die zwei übrigen Kommissionsmitglieder H. Rautapää und E.v. Franckell hatten schon 1918 handelspolitische Verhandlungen in Deutschland geführt. Beide waren Mitglieder der deutsch-finnischen Gesellschaft in Helsinki;

-PM o.D.o.U. (April 1920) "den Abschluß eines Handelsvertrages in Verbindung mit dem Friedensvertrag betreffend"
UM 58 B 1 Saksa

(16)

-Protokoll der Vorbesprechung über den deutsch-finnischen Friedens- und Handelsvertrag am 8.5.1920: BA R 38/321

-Um die bisherigen Kompetenzverhältnisse in Wirtschaftsfragen zwischen AA und Reichswirtschaftsministerium zu klären, war am 10.4. vom Kabinett beschlossen worden, daß "bei sämtlichen Verhandlungen mit dem Ausland und im Ausland, auch über finanzielle und wirtschaftliche Fragen, die Durchführung der Verhandlungen nur mit Zustimmung und Mitwirkung, gegebenenfalls unter verantwortlicher Führung des AA zu erfolgen" habe.
(Heinz Sasse: Zur Geschichte des Auswärtigen Amtes, in: 100 Jahre Auswärtiges Amt 1870-1970, Bonn 1970, S. 36)

Obwohl nach den Vorstellungen der finnischen Regierung nur über den Friedensvertrag verhandelt werden sollte und die deutsche Seite auch nicht mit viel mehr rechnete, gelang es Trautmann dennoch, die handelspolitischen Fragen in den Vordergrund zu rücken. Jännes war bereit mit den Deutschen einen Meistbegünstigungsvertrag abzuschließen, er glaubte für die finnische Holzausfuhr Vorteile einhandeln zu können, außerdem meinte er, daß "die von Deutschland für Finnland geleisteten wertvollen Dienste uns (die Finnen) zu Konzessionen verpflichteten, wo sie nicht merklich die finnische Wirtschaft schädigten und daß hierdurch die Freundschaft zwischen beiden Ländern gefestigt würde, die in Zukunft noch ungeahnten Nutzen bringen könnte". So mahnten denn auch die finnischen Unterhändler ihre Regierung zur Eile: es wäre in Berlin nichts zu erreichen, wenn sie nicht einen Prinzipbeschluß über die Meistbegünstigung für Deutschland faßt, vielmehr wären andernfalls handelspolitische Repressalien höchstwahrscheinlich. Die Regierung versagte ihren Unterhändlern weitere Auseinandersetzungen über einen Handelsvertrag, mit der Folge, daß die Verhandlungen abbrachen.⁽¹⁷⁾

Die finnische Regierung betrachtete die ganze Angelegenheit unter dem Aspekt der Friedensverhandlungen mit Rußland. Sie benötigte politisch "die Unterstützung und ein wohlwollendes Verhalten der Alliierten". Bedenklich war, daß das "Mißtrauen der Alliierten in Bezug auf Finnlands besondere Deutschfreundlichkeit ... sich gesteigert hatte". Wenn Finnland jetzt ein für Deutschland vorteilhaftes Handelsabkommen mache, während es bisher überhaupt keinen Willen gezeigt hatte, mit Frankreich, trotz Druckausübung, abzuschließen und wie es überhaupt noch keine Verhandlungen mit einer Westmacht begonnen hatte, würde dies das Mißtrauen der Alliierten noch steigern und der "Lösung vieler Lebensfragen Finnlands schaden". Hatten die finnischen Friedensunterhändler in Dorpat die

(17

- FM Jännes und andere vom 5.5.1920;
 - Schreiben Jännes, Rautapää an Holsti 21.5.1920;
 - Tg. Rautapää an UM 2.6.1920;
 - Tg. UM an Finnische Ges. Berlin vom 10.6.1920
- UM 58 B 1 Saksa

Schwächung Räterußlands durch den polnischen Angriff für willkommen gehalten, um bestimmte Forderungen durchzusetzen, schien nunmehr die russische erfolgreiche Gegenoffensive des Sommers 1920 das Gegenteil herbeizuführen. Daher benötigte man in Finnland wieder verstärkt den Schutz der Alliierten.⁽¹⁸⁾ Vor allem befürchtete Holsti ständig eine deutsch-russische Kooperation vor allem im militärischen Bereich, wie auch immer die betroffenen Regierungen ideologisch eingestellt waren. In der Tat sah es damals so aus, als ob Deutschland zumindest passiv den russischen Vormarsch unterstützte, mit dem gemeinsamen Interesse den polnischen Staat Pilsudskis zu vernichten. In Holstis Vorstellungen war kein weiter Schritt dahin, daß Deutschland und Rußland auch bezüglich Finnlands ein entsprechendes gemeinsames Interesse entdecken könnten. Jännes, der nach Helsinki gekommen war, um den Außenminister und den Finanzminister von den Vorteilen der Deutschland gewährten Meistbegünstigung zu überzeugen, konnte auch nicht den "in allen deutschen Kreisen" gehegten Wunsch leugnen, einen Modus der Zusammenarbeit mit Räterußland zu finden, aber eben deshalb meinte er, dürfe man die traditionelle deutsch-finnische Freundschaft nicht aufs Spiel setzen, sondern um "Deutschlands Unterstützung für die Zukunft gegen Rußland zu sichern", währe es angebracht, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen.⁽¹⁹⁾

-
- (18) -PM über die Verhandlungen im Staatsrat vom 10.6.1920:
UM 58 B 1 Saksa
-Über die Dorpater Friedensverhandlungen: Tuomo Polvinen:
Venäjän vallankumous ja Suomi, Bd. II, Porvoo 1971,
-auch: Hans Roos: Geschichte der polnischen Nation 1916-1960,
Stuttgart 1961, S. 87 f.

- (19) -2 Tg. Jännes an UM vom 21.6.1920, Brief Jännes an
UM v. 23.8.1920: UM 58 B 1 Saksa
-Über Deutschlands Haltung zum polnisch-russischen Krieg:
Josef Korb: Poland between East and West, Soviet and
German Diplomacy toward Poland 1919-1933, Princeton 1963,
S. 79 ff; F.A. Krummacher,
Helmut Lange: "Krieg und Frieden, von Brest-Litowsk zum
Unternehmen Barbarossa, München 1970, S. 91 ff;
Zimmermann: S. 89;
-Über erste Sondierungsversuche 1920 zwischen Reichswehr
und Roter Armee: F.L. Carsten: "The Reichswehr and Politics
1918-1933, Oxford 1966, S. 76 ff; derselbe: "Die Reichswehr
und Sowjetrußland 1920-1933": in: "Österreichische Osthefte
1963, Heft 6, S. 445 ff; auch: Holsti: S. 163 f

Diese Überlegungen berührten einen Kernpunkt der finnischen außenpolitischen Situation überhaupt, wobei damals nur zwei Kombinationen in Finnland in Betracht gezogen wurden: entweder hilft Deutschland Finnland gegen ein aggressives Rußland oder Deutschland überläßt Finnland Rußland. Die dritte Möglichkeit, daß durch Deutschlands und Rußlands Zusammenarbeit Finnland auch gesichert wäre, ist 1920 überhaupt nicht und nach dem Rapallovertrag zwar im Auswärtigen Amt vertreten worden, aber von keinem finnischen Außenpolitiker ernsthaft in Betracht gezogen.

Genau wie Kreise in Deutschland Hoffnungen auf den Rußlandhandel setzten, tat dies auch die finnische Regierung. Sie lehnte auch aus diesem Grund den Meistbegünstigungsvertrag mit Deutschland ab, da sonst von russischer Seite wiederum größere Zugeständnisse verlangt worden wären. In Wirklichkeit ist allerdings der russisch-finnische Handel für Jahrzehnte kaum in Gang gekommen.⁽²⁰⁾

Ende 1920 war man in den zwischen Deutschland und Finnland offenen Fragen kaum einen Schritt weitergekommen. Erst im Winter 1921 kam von deutscher Seite eine neue Initiative. Nach dem Wahlsieg der bürgerlichen Parteien im Juni 1920 war das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Simons, Außenminister geworden. Er entließ den bisherigen Gesandten in Helsinki, Freiherrn von Brück, in den Ruhestand und ersetzte ihn durch den Lübecker Handelskammersyndikus Wallroth. Brück entsprach nicht mehr den wirtschaftlich orientierten Interessen des Auswärtigen Amtes, während Wallroth, als Mitbegründer der Lübecker "Hansa-Gruppe der Deutsch-finnländischen Vereinigung", Nord- und Ostexperte des Handelsverkehrs, der gegebene Mann war, um wie Simons sich ausdrückte, "die

(20) -Über die Hoffnungen deutscher Handelskreise auf den Rußlandhandel; Bericht Holmas v. 29.12.1920, UM 7 E Saksa; Bericht Wallroths vom 21.1.1921: AA W. Finnland II wirtschaftliche Ereignisse 1920-1921

-Über die (Nicht)Entwicklung des finnisch-russischen Handels: Keijo Korhonen: Naapurit vastoin tahtoon, Suomi neuvoston diplomaattiasia Tartosta talvisotaan I 1920-1932, Helsinki 1966, S. 51, 95, 190; Halme: S. 142 (Tabelle). Ein russisch-finnischer Handelsvertrag wurde nicht abgeschlossen.

Wiederaufnahme engerer Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern" zu erreichen.⁽²¹⁾ Wallroth wandte sich bald in Helsinki mit einem Ermäßigungs-vorschlag an Hjelt, der die deutschen Finanzforderungen bearbeitete. Die nun beanspruchte Summe von 70 Millionen Rmk lag in der Mitte zwischen den 1919 verlangten 82 Millionen und der von der Regierung bisher befürworteten 60 Millionen. Obwohl Hjelt das neue Angebot für "nicht zu hochgegriffen" hielt, beantwortete die Regierung, die inzwischen wieder von Vennola aus der Fortschrittspartei geführt wurde, den Vorstoß nur mit der Ernennung eines neuen Komitees im Mai 1921, mit der Aufgabe: "die im Zusammenhang mit den deutsch-finnischen Friedensverhandlungen bestehenden Fragen vorzubereiten".⁽²²⁾ Es war wieder die Schiffsfrage, die hierbei im Vordergrund stand. Wegen ihr mußte es, wie das Komitee feststellte, eventuell nötig sein, den Deutschen auch einige handelspolitische Zugeständnisse zu gewähren. Finnland sollte in einem Abkommen Deutschland Handelsvertragsverhandlungen für den Zeitpunkt zusagen, nachdem der neue finnische Zolltarif in Kraft wäre und die eigentlichen durch den Krieg verursachten beiderseitigen wirtschaftlichen Fragen geklärt wären, wobei endlich die "Kriegsentschädigungen" von 70 Millionen Rmk bezahlt werden sollten. Für die Handelsvertragsverhandlungen denke man an gegenseitige Zollbegünstigungen für wichtige Ausfuhrwaren des anderen sowie an Meistbegünstigung in Bezug auf Schifffahrt und Transitverkehr. Der Grund, daß man sich noch 1921 bereitfand, Deutschland

(21) -Brief Simons an den ehemaligen deutschen Konsul, Vorstandsmitglied der Finnisch-Deutschen Gesellschaft in Helsinki, Kommerzienrat Goldbeck-Löwe vom 3.12.1920, AA BÜ Rm 34 Bd. 1
-Wallroth hatte im Namen der "Hansa-Gruppe der Deutsch-Finnländischen Vereinigung" in einem Schreiben an Reichskanzler Hertling 12.1.1918 sich für die Wiederaufnahme des deutsch-finnischen Warenverkehrs eingesetzt: BA R 85/1006

(22) -Schreiben Hjelts an den Staatsrat vom 12.3.1921 mit Wallroths Brief an Hjelt vom 11.2.1921 als Anlage
-Ernennungsschreiben Holstis vom 20.5.1921 an E.v. Frenckell, H. Rautapää (beide verhandelten schon 1920) u. I. Saari (aus dem ständigen Handelsvertragskomitee): UM 58 B 1 Saksa

70 Millionen zuzugestehen, war, daß die finnischen Ausfuhrvereine einen "äußerst starken Druck für die Bezahlung" ausübten, weil sie hofften, daß deutscherseits die Summe für den Ankauf finnischen Holzes verwendet würde.⁽²³⁾

Der Standpunkt der Regierung war aber, daß Finnland keinen Handelsvertrag mit Deutschland abschließen könne, dafür aber mit England. Gegen das Letztere hatte sich das ständige Handelsvertragskomitee Anfang 1921 gewehrt, als der englische Gesandte einen diesbezüglichen Vorschlag machte. Man gab zu, daß in beiden Fällen ein Vertrag Finnland keinen wirtschaftlichen Nutzen bringen würde. Deutschland würde wegen der Versailler Bestimmungen in nächster Zeit keine tarifarischen Abmachungen vornehmen, an denen Finnland interessiert sein könnte, und England verfolge zur Zeit ohnehin das Freihandelsprinzip. Aus politischen Gründen müsse man jedoch mit England abschließen und dabei die Meistbegünstigung gewähren, wobei "wirtschaftlich gesehen der Vorteil des Vertrages ausschließlich bei England liegt".⁽²⁴⁾

Aus politischen Gründen hatte Finnland am 13.7.1921 seinen ersten Nachkriegshandelsvertrag mit Frankreich abgeschlossen, der somit die Grundlage für die meisten späteren Verträge Finnlands bildete. Als wirtschaftliche Druckmittel für den beschleunigten Abschluß hatte Frankreich Zollsatzerhöhungen benutzt, die den finnischen Holzexport nach Frankreich sehr geschädigt hatten. Der Vertrag mit Frankreich wurde ohne beiderseitige Ratifikation in Kraft gesetzt, allerdings mit jederzeitiger Kündigungsmöglichkeit. Da die Vertragsdauer nur durch Ratifikation für eine längere Periode garantiert wurde, hatte Frankreich durch Hinauszögern der Ratifikation ein ausgezeichnetes Druckmittel, die Finnen daran zu hindern, anderen Ländern die gleichen Vergünstigungen, wie sie französischen

(23) -Gutachten des in Anm. 22 genannten Komitees an Holsti, o.D. (August 1921): UM 58 B 1 Saksa
-PM Holstis vom 22.2.1922 Sammlung Ryti 13

(24) -PM "Anweisungen (des Staatsrates) an das (ständige) Handelsvertragskomitee" vom 3.12.1921 geheime Anlage Nr. 1:UMC

Ausfuhrartikeln eingeräumt waren, zu übertragen. Dies allerdings nur so lange, wie Finnland politisch die Unterstützung der Alliierten - Ende Oktober 1921 waren die sowjetisch-finnischen Beziehungen wegen der Ostkarelienkrise sehr kritisch - und wirtschaftlich den französischen Markt brauchte.⁽²⁵⁾

Am 10.12.1921 befaßte sich der finnische Staatsrat mit der deutschen Vertragsangelegenheit. Da aus Berlin wieder die Nachricht gekommen war, daß die deutsche Regierung die von den Finnen gewünschte Änderung der Schiffsparagraphen nur im Zusammenhang einer Erneuerung des Handelsvertrages behandeln würde, beschloß man in Helsinki, den Friedensvertrag ohne die Schiffsparagraphen zu erneuern, die 70 Millionen zu bezahlen und dafür alle Pfänder in Deutschland einschließlich der Schiffe zu verlangen. Nur als letzten Ausweg durften die Unterhändler sich verpflichten, für 1922 einen Handelsvertrag in der von dem Maikomitee vorgeschlagenen Form abzuschließen. Der Regierungsbeschluß erwähnte nichts vom Versailler Vertrag und stellte auch keine auf ihn fußenden Bedingungen. Trotzdem informierte Holsti seinen neuen Gesandten in Berlin, Holma, in der Form, daß zunächst mit dem Artikel 292 gedroht werden müsse, und falls man sich in Berlin nicht abschrecken ließe, dann erst dürfe gezahlt werden. Holstis Bedenken, den Deutschen quasi eine Kriegsentschädigung zu errichten, waren nicht von der Hand zu weisen. Die Entente hatte schon im Sommer, nachdem sie der deutschen Regierung das Londoner Reparationsultimatum aufgezwungen hatte, das Recht bestritten, eine Entschädigung für die Ostseedivision zu fordern. Falls jetzt diese Bezahlung vorgenommen würde, wäre nicht auszuschließen, daß die Entente die Summe wieder von Deutschland als Reparationszahlung abverlangen würde. Andererseits gäbe es noch sehr einflußreiche Vertreter des "weißen" Rußland, die in Kreisen der

(25) -PM o.D.o.U. (März 1922) in Sammlung Ryti 13

-Lundell, S. 44 f

-R. Weisflog: Die Entwicklungsgeschichte der finnisch-deutschen Handelsbeziehungen, Greifswald 1925, S. 71

Entente dafür agitierten, die zaristische Schuldenlast auf die neuen Randstaaten abzuwälzen, wobei die 70 Millionen an Deutschland leicht als Präjudikativ hätten aufgefaßt werden können.⁽²⁶⁾

Zum Jahresende 1921 hatte die Bank von Finnland die 70 Millionen Fmk schon zusammen. Sie waren wegen der fortschreitenden deutschen Inflation für 14 Millionen Fmk erworben, wodurch nicht einmal die im Staatsbudget 1921 veranschlagte Summe von 30 Millionen aufgezehrt wurde. Hiermit war die Voraussetzung gegeben, die in Deutschland festgehaltenen Pfänder zurück zu erhalten, was nach deutscher Interpretation allerdings nur die Geldguthaben und nicht einen Wertersatz der Schiffe betraf. Es gelang der Anfang 1922 nach Berlin gesandten finnischen Delegation dennoch, eine Verknüpfung der Expeditionskosten mit der Schiffsfrage zu erreichen. Dies war vor allem auf den Einfluß des Lübecker Senats im AA zurückzuführen, der um seiner Geschäftsverbindungen willen nach Finnland an der gütlichen Regelung interessiert war.

Das Auswärtige Amt wiederum, vor allem der neue Ost-Abteilungsleiter, Maltzan, hatte aus politischen Gründen ein Interesse, alle finanziellen Streitigkeiten mit Finnland aus der Welt zu schaffen. Durch ein Entgegenkommen war es möglich, die finnische, deutschfreundliche Rechte geneigter zu machen, sich von Holsti abzusondern, mit dem sie ausnahmsweise gemeinsam für ein Bündnis mit Polen eintrat, an dem Maltzan wiederum nichts gelegen war. Ohne daß der Friedensvertrag überhaupt noch debattiert wurde, ohne daß seine für die Finnen ungünstigen Paragraphen außer Kraft gesetzt worden wären, war das Auswärtige Amt bereit, den Finnen eine

(26)

→Kabinettsprotokollauszug vom 10.12.1921

Zwei Tg. Holstis an Holma vom 13.12.1921: UM 58 B 1 Saksa

→Der Eingriff der Entente geschah in Helsinki, nachdem die sozialdemokratische Fraktion im Parlament einen Protest gegen die Bezahlungen an die Deutschen eingereicht hatten. Der Anlaß für die SDP war, daß im Budget für 1921 wieder eine Summe von 30 Millionen unter "Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung im Lande" war.

(EK 1920, Asiakirjat I, S. 243, Asiakirjat II, S. 144)

Entschädigung für die 1914 beschlagnahmten Fahrzeuge und ihre Ladungen zu bezahlen, die zusammen mit den in Berlin beschlagnahmten Obligationen und Wertpapieren 70 Millionen Rmk ausmachten. Hierdurch hoben sich, nicht zufällig, die gegenseitigen Forderungen auf dem Papier auf, wodurch es Holsti gelungen war, zumindest scheinbar keine Kriegsentschädigung zu entrichten. Er hatte verlangt, daß auf den Quittungen nur die Bezeichnung "Betrag" angewandt werden durfte.⁽²⁷⁾

Am 21. April wurde ein "Vorläufiges Übereinkommen zwischen der Deutschen Regierung und der Finnischen Regierung über gewisse Fragen des Handelsverkehrs" unterzeichnet, das ein Kompromiß zwischen deutschen Vorstellungen und derjenigen des finnischen Handelsvertragskomitees war. Die von den Deutschen seit 1919, und nur aus Prinzip, verlangte Meistbegünstigung wurde nicht zugestanden, an einem Modellvertrag mit Finnland war man ohnehin nicht mehr interessiert. Dahingegen wurden Gebühren für Schiffe und ihre Ladungen den einheimischen gleichgestellt (Art. 12), worauf die Lübecker besonderen Wert gelegt hatten und wozu Holsti keinesfalls bereit gewesen war. Die Gleichstellung der Schiffsabgaben war das Einzige, was aus dem ganzen Vertragswerk des Jahres 1918 übernommen wurde. Die Vorstellungen der in der Lübecker Deutsch-Finnländischen Vereinigung zusammengefaßten Interessenten hatten in gegenseitiger Freistellung des Transitverkehrs, Erleichterungen für Gewerbebetriebe, sowie Grund- und

(27) -Holmas Bericht vom 23.12.1921 UM 505, Privatbrief Rautapääs über die Verhandlungen an Holsti v. 24.4.1922: UM 58 B 1 Saksa
-FM Holstis vom 22.2.1922, in dem er sich u.a. auch rechtfertigt, daß keine Kriegsentschädigung gezahlt worden ist, Sammlung Ryti 13
-Tg. Holstis an die Finnische Ges. Paris/London 20.2.22: ..."Erwähnen sie niemand, daß Hjelt die Kriegsentschädigung akzeptiert hat." UM 58 B 1 Saksa
-In einer Mitteilung aus dem UM an Holsti wurde zehn Jahre später festgestellt, daß der Friedensvertrag, da sich im Archiv keine Unterlagen fanden, "offenbar gar nicht annulliert worden ist". (Brief Kivikoski an Holsti 10.10.1932: UM 12 L Saksa)
-abweichende Darstellung der Kriegsentschädigungsfrage bei Holsti: S. 180 f

Aktienervorb bestanden. Das zollabgabefreie Transitrecht wurde im Artikel 14 des Abkommens verankert, wobei man sich auch in Finnland Nutzen von dem zukünftigen Durchgangshandel zwischen Rußland und dem Westen versprach. Erleichterungen für Grund- und Aktienervorb wurden nicht gewährt. (28

-
- (28 - "Vorläufiges Übereinkommen zwischen der Deutschen Regierung und der Finnischen Regierung über gewisse Fragen des Handelsverkehrs" in: RGBl 1923, Teil II, S. 45 ff
- Denkschrift der "Deutsch-Finnländischen Vereinigung" an das Reichswirtschaftsministerium vom 30.11.1921: BA R 38/321
- Tg. Holmas an UM 17.12.1921 über seine Verhandlungen mit dem Skandinavienreferenten v. Wedel im AA; Sammlung Vennola 32
- Tg. Holsti an Holma 27.12.1921: UM 58 B 1 Saksä
- Weisflog: S. 70

3. DIE DEUTSCH-FINNISCHE HANDELSVERTRAGSPOLITIK

3. 1. Die Handelsvertragsverhandlungen 1924 - 1926

3. 1. 1. Zollerhöhungen als Druckmittel

Waren in den ersten Jahren nach Kriegsende die neutralen Länder Europas, unter ihnen die nordischen Staaten, als Absatzmarkt für den deutschen Export äußerst wichtig, traten bald andere Länder in den Vordergrund, vor allem die ehemaligen Feindmächte, England und die Vereinigten Staaten.

1920 hatten die nordischen Länder 16 % der deutschen Ausfuhr aufgenommen, 1923 immerhin noch 13,4 % und 1924 12,5 %. Der Anteil Finnlands betrug 1923 und 1924 1,6 % (genausoviel wie derjenige Frankreichs 1924). Verglichen mit den Werten des Jahres 1920 hatte nur Finnlands Anteil zugenommen (1920: 1,2 %), während diejenigen der drei skandinavischen Königreiche zurückgegangen waren. Besonders stark war der Anteil der baltischen Länder, Estland, Lettland und Litauen gewachsen, von 0,6 % (1920) auf 2,3 % (1923) und 1,8 % (1924). Auf den Aufbau der neuen Randstaaten hatte man in Deutschland große Hoffnungen gesetzt, die sich erst jetzt, nach Stabilisierung der Verhältnisse in diesen neuen Republiken, verwirklicht hatten. Gerade in den industriell am schwächsten entwickelten Ländern des Nordostens einschließlich Finnland hatte sich Deutschland als Fertigwarenexporteur behauptet. Der Anstieg des Jahres 1923 beruhte allerdings zum großen Teil auf dem deutschen Valutadumping, 1924 ging der Export etwas zurück.

Rechnet man die baltischen Länder zu dem Anteil der nordischen Länder hinzu, so hatte der deutsche Verkauf über die Ostsee von 1920 auf 1923 kaum nachgelassen, sich nur östlich verschoben. Die passive Handelsbilanz Deutschland gegenüber war allen übrigen Ostseeanrainern gemeinsam, außer den baltischen Staaten, Polen und Rußland.⁽¹⁾ Besonders im deutsch-

⁽¹⁾ -STJb 1921/22 S. 225

-STJb 1924/25 S. 175

-Ferdinand Friedensburg: Die Weimarer Republik, Hannover 1959²
S. 198, S. 201

-Rudolf Stucken: Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis
1963, Tübingen 1964, S. 39

finnischen Handelsverkehrs war die Handelsbilanz sehr stark passiv zu Ungunsten Finnlands, was bei den späteren Handelsvertragsverhandlungen eine Rolle spielte. Nach der finnischen Statistik betrug der Wert der deutschen Einfuhr 1921 mehr als das Dreifache der finnischen Ausfuhr nach Deutschland, 1923 mehr als das Fünffache und 1924 mehr als das Dreifache. Zwar vermerkt die finnische Statistik auch solche Waren, die nur über deutsche Häfen nach Finnland kamen als deutsche Ausfuhrwaren, dennoch blieb der Gewinn auch dieses Warenverkehrs zum großen Teil in deutschen Händen, da er in hohem Maße über deutsche Reedereien und Versicherungsgesellschaften ging. Besonders auffällig ist die starke Diskrepanz zwischen deutscher Einfuhr und finnischer Ausfuhr 1923, das Jahr, in dem dank der Inflation der Reichswährung die Industrieproduktion ins Ausland verschleudert wurde, während das Ausland wegen dieser schlechten Valutaverhältnisse weit weniger nach Deutschland verkaufte.⁽²⁾

(2)

Werte des deutsch-finnischen Handels in Mio Fmk								
	1921	% ⁽¹⁾	1922	%	1923	%	1924	%
deutsche Einfuhr nach Finnland	1.205		1.316	33	1.564	34	1.410	29
finnische Ausfuhr nach Deutschland	372		388	8	270	6	453	9

(1= in % der Gesamtein- bzw. -ausfuhr

- nach STVK 1929, S. 118 und "Finnländischer Merkur", 1923, Nr. 5
- über die Berechnungsform der finnischen Statistik: STVK 1921, S. 129, Anm. 4, "Jahresberichte des Finnisch-Deutschen Handelskammervereins" JB 1927, S. 19
- die passive Handelsbilanz Finnlands vergrößert sich auch dadurch, daß Ausfuhrwerte fob (free on board) und Einfuhrwerte cif (cost, insurance, freight zu Lasten des Verkäufers) berechnet werden. Der Unterschied beträgt rund 5,5 % (Paul Höcker, (hg.) Finnland, Bielefeld 1924², S. 40)

Anteil deutscher und finnischer Schiffe am auswärtigen Seeverkehr Finnlands in 1.000 RT

	mit Ladung angekommen				mit Ladung abgegangen			
	deutsch	%	finnisch	%	deutsch	%	finnisch	%
1922	320	25	429	34	636	22	579	20
1923	509	30	446	26	923	28	521	16
1924	454	28	471	29	813	25	530	16

-nach einem Bericht der Schifffahrtsverwaltung an das finnische Handelsministerium vom 7.5.1926: UM 58 B 1 Saksa

Marktbeherrschend war Deutschland in Finnland 1920 nur bei Farben, wohin- gegen England es bei so wichtigen Einfuhrwaren wie Geweben und Spinnstof- fen war. 1921 war England jedoch nur noch führend als Spinnstoffimporteur, während Gewebe gleichviel aus Deutschland und England importiert wurden. 1921 und 1923, in den Jahren der "Schleuderausfuhr" war Deutschland haupt- sächlichster Farben-, Metall- und Maschinenlieferant Finnlands. Durchweg von 1919 bis 1923 hatte die deutsche Chemieindustrie eine Monopolstellung auf dem finnischen Markt.⁽³⁾

⁽³⁾ Die finnische Statistik vermittelt für den Wert der deutschen Einfuhr 1920-1923 im Einzelnen folgendes Bild (in Mio Fmk):

Jahr	Kolonial- waren	Finnland insgesamt	Gewebe	Finnland insgesamt	Metalle	Finnland insgesamt
1920	4,0	522,4	8,2	191,0	242,5	520,8
1921	250,9	638,5	45,7	204,3	205,9	310,1
1922	152,4	551,3	85,0	289,1	187,6	403,6
1923	152,0	544,2	128,1	361,0	230,5	505,8

Jahr	Maschinen	Finnland insgesamt	Farben	Finnland insgesamt
1920	126,7	287,6	30,7	43,8
1921	139,8	276,7	31,7	38,4
1922	96,9	303,9	41,2	50,8
1923	166,3	291,3	36,7	54,4

nach: STVK

1920 S. 140 ff
1921 S. 136 ff
1922 S. 120 ff
1923 S. 124 ff
1924 S. 114 ff

im Werte
von:

-Englands Import an Geweben 1920 (115 Mio Fmk)
" " 1921 (48 Mio Fmk)
" Spinn-
stoffen 1920 (260 Mio Fmk)
" " 1921 (154 Mio Fmk)

Für den finnischen Export war der deutsche Markt von 1920 bis 1923 uner-
giebig. Von denjenigen Produkten, die z.B. 1923 wertmäßig 88 % des fin-
nischen Exports ausmachten - Holzwaren, Zellstoff und Papier - gingen nur
ganze 4,8 % nach Deutschland. Auch für speziellere Produkte war Deutsch-
land 1922 und 1923 nirgends Hauptabnehmer. Erst 1924 wurde ein Produkt
vorwiegend nach Deutschland verkauft: Käse (von einer Gesamtexportmenge
von 2.545 Tonnen gingen 1.834 Tonnen nach Deutschland).⁽⁴⁾

Es hatte sich gezeigt, daß sich der finnische Markt nach Beendigung der
englischen Blockade und Außerkrafttreten des Handels- und Schiffsab-
kommens durchaus ohne Vertrag für die deutsche Ausfuhr offenhielt. Ende
1923 kündigten aber neue zollpolitische Maßnahmen der finnischen Regierung
eine Verschärfung der ausländischen Konkurrenz an. Hierdurch bekamen
französische Kaufleute, dank ihres Vertrages mit Finnland, einige Zoll-
erleichterungen, die es ihnen gestatteten, Produkte, die auch Deutschland
in Finnland absetzte, billiger anzubieten. Bisher war es Frankreich nicht
gelingen, die Deutschen von dem finnischen Markt abzudrängen.

Auf Veranlassung deutscher Wirtschaftskreise erkundigte sich das Auswä-
rtige Amt Anfang 1924 inoffiziell nach Möglichkeiten, "demnächst in Ver-
handlungen über ein Wirtschaftsabkommen auf breiter Grundlage einzutreten",
wie sie im Artikel 18 des deutsch-finnischen Abkommens 1922 vorgesehen
waren. Schon 1923 unternommene Vorstöße waren an dem Widerstand der fin-
nischen Regierung, in der Vennola Außenminister war, gescheitert. Es waren
wieder politische Bedenken; die Vertragsverhandlungen mit den Westmächten,
jetzt vor allem mit den USA, waren noch nicht beendet.⁽⁵⁾

⁽⁴⁾ -STVK 1924, S. 114 f
-STVK 1925, S. 124
-SVT I A Kauppa 45, 1925, S. 60
-Lundell: S. 31
-Interview des Ges.sekr. Völckers in "Kauppalehti" 24.7.1922

⁽⁵⁾ -Aufzeichnung für Stockhammern vom 26.4.1924; AA Handakten
Wallroth S. 37; vgl. auch "Vossische Zeitung" 26.2.1924
"Notwendigkeit eines deutsch-finnischen Handelsvertrages"
dort heißt es: "Die deutsche Regierung wird bestrebt sein
müssen ... die einseitige Ententeorientierung der offiziell-
len finnischen Politik zu hemmen."

Ende Januar 1924, kurz vor seinem Rücktritt, war das Kabinett aber prinzipiell bereit, auch mit den Deutschen zu verhandeln, und zwar im April, nachdem der französische Vertrag voraussichtlich ratifiziert sei. Dabei waren die Ausgangspositionen kaum anders als in den vorangegangenen Jahren, Deutschland würde wiederum die volle Meistbegünstigung verlangen, nunmehr mit größerem Nachdruck, da ja sämtliche Westmächte schon Vorteile besaßen. In Finnland sah man jedoch nur Nachteile, wenn man einem Lande wie Deutschland, das ohnehin ein Handelsmonopol in Finnland besaß, noch mehr Vergünstigungen einräumte. Im Großen und Ganzen konnte Deutschland dank seines vielfältigen Warenangebots Konkurrenzschädigungen anderer Exporteure nach Finnland immer wieder ausgleichen, während Finnland mit seiner einseitigen Exportstruktur weit schärferer Konkurrenz in Deutschland ausgesetzt war, zumal seine Nachbarn im Westen, Süden und Osten mit dem gleichen Angebot auftraten. Die passive Handelsbilanz Finnlands im Allgemeinen und speziell Deutschland gegenüber war nur durch einen Ausbau der Eigenproduktion solcher Waren, die importiert werden mußten, auszugleichen. Dies wurde wiederum durch den Mangel an Rohstoffen erheblich erschwert. Die andere Möglichkeit, nämlich selbst mehr zu exportieren, wurde in Finnland zunehmend in der Form wahrgenommen, daß man den einzigen Rohstoff, den das Land besaß, nicht wie früher ausschließlich als Nutzholz verkaufte, sondern in veredelter Form: wie Zellstoff, Pappe und Papier.

Die in den Anfangszwanzigern aufsteigende finnische Papierindustrie hatte bis 1924 überhaupt keine Chancen auf dem deutschen Markt gehabt. Nicht nur, daß die finnische Papierindustrie den schwedischen und norwegischen Konkurrenten unterlegen war und deutsche Fabriken, wie die Feldmühle AG, den Markt absperrten, 1923 verschlechterte sogar die deutsche Papierindustrie durch ihr Dumping die Preise in England, dem hauptsächlichen Absatzgebiet finnischer Papierwaren.⁽⁶⁾

⁽⁶⁾ Lundell, S. 67 f

Karl Tiander: Die Papierindustrie Finnlands und ihre Beziehungen zu Deutschland; in: Deutsch-nordisches Jahrbuch für Kulturaustausch und Volkskunde 1924, S. 145 ff

Dennoch hatte Finnland zwei Exportartikel in steigenden Mengen auf dem deutschen Markt unterbringen können: Zellulose und Käse. Trotz der Valutamisere verkaufte Finnland 1923 9.989 Tonnen und danach 1924 12.013 Tonnen Zellstoff nach Deutschland, 1924 mehr als seine einzigen Konkurrenten, die Tschechoslowakei (11.473 Tonnen) und Schweden (1.083 Tonnen). Käse exportierte Finnland 1923 316 Tonnen, im darauffolgenden Jahr das Siebenfache: 2.166 Tonnen, mehr als Italien, Frankreich und nur von den Nachbarländern Deutschlands, den Niederlanden, Dänemark und der Schweiz übertroffen. Ein anderes landwirtschaftliches Produkt, Butter, hatte Finnland 1913 in gleichen Mengen nach Deutschland eingeführt wie Dänemark (2.165 Tonnen). Nach dem Krieg war Butter erst 1924 wieder ein Einfuhrartikel von Belang in der deutschen Statistik: von 1923 auf 1924 hatte sich der deutsche Auslandsbutterverbrauch vervierzigfacht, wobei der finnische Anteil von 24 Tonnen (1923) auf 1.339 Tonnen (1924) gestiegen, verglichen mit Dänemark und den Niederlanden aber unbedeutend war.⁽⁷⁾

Für die finnische Ausfuhr war es also wichtig, den Absatz landwirtschaftlicher und veredelter Holzprodukte in Deutschland zu sichern und auszubauen. Die deutsche Landwirtschaft, die machtlos der ausländischen Butterschwemme gegenüberstand, war eine der ersten, die Zollschutz zu dem frühest möglichen Termin, nach Deutschlands wiederzuerlangender Zollsoveränität im Januar 1925, verlangte. Die neue finnische Regierung des Jahres 1924, mit Enckell als Außenminister, meinte, daß es daher doch besser wäre, diesen neuen deutschen Zolltarif abzuwarten, sowie den Fortfall der im Versailler Vertrag enthaltenen Bindungen Deutschlands. In Wirklichkeit waren es jedoch Rücksichten auf die französischen Verkäufer, denen man nicht ihre Präferenzen streitig machen wollte.⁽⁸⁾

Erst Ende des Jahres 1924 begann man in Finnland Material für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland zu sammeln. Das schon mehrere Jahre

⁽⁷⁾ -STJb 1924/25, S. 153, 158; vgl. die Käseausfuhrmengen der finnischen Statistik auf S.67 dieser Arbeit
-STJb 1921/22, S. 156

⁽⁸⁾ -Aufzeichnung für Stockhammern vom 26.4.1924: AA Handakten, Wallroth S. 37

wirkende ständige Handelsvertragskomitee erhielt einen Unterausschuß, der sich mit Deutschland zu befassen hatte. Die Aktivität war hauptsächlich von dem seit Juni in einem Kabinett der Konservativen amtierenden Außenminister Procopé ausgegangen. Procopé hatte schon 1918 als Gesamtschaftssekretär an kommerziellen Verhandlungen mit Deutschland teilgenommen. Er war seit 1921 Mitglied des Handelsvertragskomitees und von Januar bis Mai 1924 Handelsminister gewesen. Da sich aber Procopé schweren Widerständen von einflußreicher Seite in Helsinki ausgesetzt sah, wollte auch er abwarten, bis die neuen deutschen Kampfzölle bekannt wären, um dadurch dann auch die finnischen Gegner von der Verhandlungsnotwendigkeit zu überzeugen.⁽⁹⁾

Im Auswärtigen Amt zeigte man sich aber im Herbst 1924 wieder uninteressiert, inzwischen führte man wichtigere Verhandlungen in Brüssel und Paris. Außerdem wollte man als Erstes versuchen, die schon lange erstrebten und immer wieder abgewiesenen Verhandlungen mit Schweden in Gang zu bringen, "da dieser Vertrag für uns der wichtigere ist". Da Schweden voraussichtlich Zollzugeständnisse für Holz, Zellstoff und Papier gemacht werden mußten, Produkte, die Finnland ebenfalls in Deutschland absetzte, war damit gleichzeitig ein "erhöhtes Interesse" Finnlands an einem Vertrag gewährleistet, da es nach dem 10.1.1925 keine Meistbegünstigungsvorteile mehr in Deutschland genoß.⁽¹⁰⁾

Wenn nicht das Auswärtige Amt, so waren dennoch seine Mandanten aus Handels- und Industriekreisen weiterhin daran interessiert, sofort mit Finnland zu verhandeln. Der diese zusammenfassende Deutsch-Finnländische Verein in Lübeck hatte auf einem vom Deutschen Industrie- und Handelstag im September 1924 einberufenen Treffen sämtlicher Auslands-Handelskammern, an dem auch die in Helsinki neugegründete Finnisch-Deutsche Handelskammer

(9)

-Bericht Holmas vom 28.8.1924: UM 505

-Brief Procopés an den Gesandten Holma vom 12.9.1924
und Antwort Holmas: Sammlung Holma 15

(10)

-Procopés Brief an Holma 13.10.1924 über seine Unterhandlung
mit dem deutschen Gesandten von Zech: Sammlung Holma 15;

-Aufz. Hollberg für Ritter: 6.12.1924 AA Sonderreferat W Handel 13

-Schwedens Anteil an der deutschen Ausfuhr betrug 1924 4,4 %, Finnlands 1,6 %: STJb 1924/25, S. 175

teilnahm -, festgestellt, daß Deutschland, infolge der Handelsverträge Finnlands mit anderen Staaten, immer mehr benachteiligt wird und es daher notwendig sei, die Reichsinstanzen hierüber zu informieren. Eine "Schwächung der Stellung Deutschlands im finnischen Gesamthandel" wäre unverkennbar, wobei man auch nicht vergaß, daß es nötig wäre, mehr aus Finnland zu kaufen, da nur auf diese Weise mehr dorthin verkauft werden konnte.⁽¹¹⁾

Nach der finnischen Statistik war tatsächlich 1924 der Wert der deutschen Einfuhr zurückgegangen, er betrug statt 34 % (1923) des Gesamtwertes der finnischen Einfuhr nunmehr 29 %. Der finnische Export nach Deutschland war dahingegen um die Hälfte gestiegen: von 6 % auf 9 %. Englands Importanteil betrug 1923 und 1924 gleichbleibend 18 %, der finnische Exportanteil 1923 41 % und 1924 40 %.⁽¹²⁾

Ein von der Zweigstelle des Auswärtigen Amtes für Außenhandel nach Finnland geschickter Beobachter sah den Rückgang des deutschen Exports nach Finnland u.a. darin, daß das Warenangebot und die Kreditbedingungen Schwedens und Frankreichs viel günstiger waren, die deutschen Firmen hingegen unzuverlässig, schlechte Ware lieferten und Vorauszahlungen verlangten und so die "Sympathie der Finnen" immer mehr zu verlieren drohten.⁽¹³⁾ Die betroffenen Finnen sahen es jedoch anders. Für die Zukunft wurde befürchtet, daß Deutschland die nordischen Länder, darunter Finnland als Exploitationsobjekt, benutzen könnte, wogegen die einen sich durch Protektionismus und Handel mit den Westmächten, die anderen, unter ihnen Procopé, durch vertragliche Absicherungen mit Deutschland wappnen wollten, ohne dabei die eigene Zollautonomie aufzugeben. Diese Befürchtung war mit dem Dawes-Plan aufgekommen, da man hierdurch einerseits mit einer Ankurbelung der deutschen Industrie rechnete und andererseits vermutete, daß Deutschland den Dawes-Plan nur erfüllen könnte, wenn es verstärkt exportiert.

(11) -"Finnländischer Merkur" 1925, Nr. 12

(12) -STVK 1929, S. 118

Die deutsche Statistik dahingegen notiert wertmäßig eine starke und mengenmäßig eine geringe Steigerung der deutschen Ausfuhr nach Finnland von 1923 auf 1924: (STJb 1924/25, S. 217)

(13) -Bericht v. Drachenfels an das AA, 31.10.1924: AA F1 Pol 13 Bd. 1

Deutsche Zeitungsartikel schrieben in dieser Richtung und es war bisher die Regel gewesen, daß Deutschland in industrieschwache Länder weit mehr exportierte als in industriestärke, wobei es im Sinne der deutschen Handelspolitik wäre, mit allen Mitteln Zollmauern zu beseitigen, die den Absatz in anderen Ländern erschweren würden. Um jedoch über Waffen in den Handelsvertragsverhandlungen zu verfügen, verfolgte man in Berlin eine protektionistische Politik mit extrem hochgeschraubten Zollsätzen.⁽¹⁴⁾

Das Auswärtige Amt hatte "das erhöhte Interesse Finnlands" richtig vorausgesagt. Nachdem offensichtlich war, daß Österreich und Schweden für den Sommer 1925 in den Genuß von einem ermäßigten Zollsatz für Zellulose kommen würden und Finnland dann ohne Vertrag diesen Konkurrenten unterlegen wäre, schlug Procopé im März den Deutschen "privat" ein provisorisches Handelsabkommen vor. Er hatte zwei Vorschläge: entweder gewähren sich Deutschland und Finnland gegenseitig die allgemeine Meistbegünstigung, die A-Liste im finnisch-französischen Vertrag allerdings ausgenommen, oder Deutschland gewährt Finnland die Meistbegünstigung für Zellulose und braunes Packpapier und Finnland entsprechend für eine längere Liste deutscher Waren. Dies sollte durch Notenwechsel geschehen und nur kurze Zeit gültig bleiben.⁽¹⁵⁾

Der finnische Zentralverband der Holzveredelungsindustrie beklagte sich im April 1925 beim Außenministerium über Schwierigkeiten wegen der deutschen Zölle und verlangte nachdrücklich den Abschluß eines Vertrages. Der gerade

(14) -Schreiben Solitanders an Procopé 20.11.1924
-Schreiben Holmas an UM 22.3.1925 sowie o.D. (April 1925)
-Schreiben Procopés an UM 17.5.1925
-Das UM ließ in den skandinavischen Ländern anfragen, ob Deutschland verstärkte Exporttendenzen in diese Länder verfolge. (Tg. Savolahti an Ges. Stockholm und Christiania 10.12.1924): UM 58 B 1 Saksa
-Deutschland sollte aufgrund des Dawesplanes seine Reparationsverpflichtungen aus Exportüberschüssen leisten (Akten der Reichskanzlei Bd. 11, Teil I, Boppard 1970, Einleitung S. XXXII)

(15) -Aufz. Gespräch Procopé, Völckers 12.3.1925: Sammlung Procopé 104

demittierten Regierung (die neue war aus den gleichen Parteien zusammengesetzt), warf er vor, daß man den für den finnischen Export unwichtigen Handelsvertrag mit den USA bevorzugt behandelt hätte, anstelle des viel wichtigeren mit Deutschland. Im Auswärtigen Amt war man bereit ein Provisorium nach den Vorstellungen Procopés in der zweiten Form abzuschließen, da die versprochene "längere Liste" von Tarifvergünstigungen im Augenblick für Deutschland praktisch der vollen Meistbegünstigung sehr nahe kam. Im Mai 1925 kam Procopé noch persönlich nach Berlin, um mit Wallroth - inzwischen Ostabteilungsleiter - die Angelegenheit "privat", in Wirklichkeit jedoch im Auftrage des finnischen Außenministers, zu besprechen. Daß Finnland theoretisch nun um die Gewährung der vollen Meistbegünstigung kam und die Deutschen trotzdem bereit waren, den Finnen einige Vergünstigungen einzuräumen, betrachtete man in der finnischen Regierung nach Abschluß des Vertrages mit den USA als "bedeutende Leistung".⁽¹⁶⁾

Dennoch gab die finnische Regierung erst im Oktober 1925 die Ermächtigung zum Abschluß mit Deutschland, auf der im Frühjahr vereinbarten Grundlage. Aber jetzt war es zu spät. Deutschland hatte die gewünschte volle Meistbegünstigung inzwischen von Belgien und Italien erhalten, der neue Zolltarif war in Kraft getreten, jetzt waren die schon im Frühjahr mit Mühe Überredeten inneren Ressorts nicht mehr bereit, auf der damals von den Finnen geforderten Basis abzuschließen und gerade auch wegen des finnisch-amerikanischen Vertrages. Ein Provisorium, daß Deutschland die "uneingeschränkte Meistbegünstigung in zolltariflicher Hinsicht" gewähre, wäre man jedoch "jederzeit bereit" abzuschließen.⁽¹⁷⁾

-
- (16) -Schreiben des Zentralverbandes der Finnischen Holzveredelungsindustrie an UM 4.4.1925; UM 58 B 1 Saksa
-Tg. Holma an UM 13.5.1925 und
Procopés aus Berlin an UM 14.5.1925
-Tg. UM an Ges. Berlin 15.5.1925; UM 58 B 1 Saksa
-Schreiben Wallroth an Ritter vom 19.5.1925;
Ha-Pol Ri Fi Bd. 1
-Procopé war im Mai 1925 nicht mehr Außenminister

- (17) -Brief Außenminister Idmans an Holma 3.10.1925
-Tg. Holmas an UM v. 26.10.1925 u. Brief v. 2.11.1925;
UM 58 B 1 Saksa
-Brief Wallroths an Holma v. 10.11.1925 AA Ha Pol Ri Fi
Bd. 1 und UM 58 B 1 Saksa

Der deutsche Export nach Finnland hatte während des Jahres 1925, verglichen mit den Monaten des vorigen, trotz gegenteiliger Ansichten der Industriekreise, keine Einbußen erlitten, dafür aber der finnische Export nach Deutschland. Durch den neuen deutschen Zolltarif war der finnische Käseexport nach Deutschland lahmgelegt worden. Hatte man noch im September 1925 663.934 kg eingeführt, waren es im nächsten Monat nur noch 8.179 kg.⁽¹⁸⁾ Dennoch gab es im Handelsvertragskomitee in Finnland "ernste Bedenken und Widerstände" auf die Bedingungen der Deutschen einzugehen, nur um dadurch die Käse- und Holzveredelungsexporteure zufriedenzustellen. Da man sich aber auch nicht den Klagen der betroffenen finnischen Exporteure verschließen konnte, versuchte man einerseits eine neue Vertragsbasis vorzuschlagen, wobei beide Partner eine engere Warenliste präsentierten, auf die dann die Gegenseite die Meistbegünstigung gewähren sollte. Andererseits beauftragte man eine Unterabteilung Druckmittel auszuarbeiten; u.a. erhöhte Ausfuhrzölle für Papierholz. Die Lübecker Handelskammer sah diese Papierholzausfuhr einschränkungen schon kommen und da ja die Lübecker vor allem abhängig von dem Lastenverkehr waren, bedrängten sie zur selben Zeit das Auswärtige Amt auf das provisorische Projekt der Finnen einzugehen.⁽¹⁹⁾ Immerhin deckte Finnland 1925 rund 1/10 des deutschen Bau- und Nutzholzbedarf (418.603 Tonnen von 4.586.436), sowie rund 1/4 des Holz zu Holzmasse-Bedarfs (491.557 Tonnen von 2.139.923 Tonnen). An dem letzteren Posten war vor allem die deutsche Holzveredelungsindustrie interessiert. Von dem aus Finnland importierten Bauholz ging ein Großteil weiter nach den Niederlanden, so daß dieser Handel fast allein im Interesse der deutschen

(18) -deutsche Einfuhr nach Finnland

Jahr	finnische Statistik		deutsche Statistik
	Wert in Mio Fmk		Wert in Mio RM
1924	1.410	29 % ^(*)	104
1925	1.760	31 %	111

(* in: % der Gesamteinfuhr Finnlands

STVK 1929, S. 118; STJb 1924/25, S. 217; STJb 1926, S. 185

-Käseexport nach Deutschland; Angaben nach der finnischen Zollstatistik (Schreiben Harmsen & Co. an UM 4.12.1925: UM 58 B 1 Saksa)

(19) -Tg. UM an Ges. Berlin 11.12.1925

-Brief Holmas an UM 24.12.1925: UM 58 B 1 Saksa

Transiteure, vor allem wieder der Lübecker, war. Andererseits war die Konkurrenz von Schweden und der Tschechoslowakei sehr stark und mit diesem Umstand operierte wiederum das Auswärtige Amt, indem es diesen Ländern Vorteile einräumte, die Finnland mangels Meistbegünstigung schädigten.⁽²⁰⁾ Daher bekamen sowohl die Finnen als auch die Lübecker eine abschlägige Antwort. Außerdem war man mit den "engeren Listen" nicht einverstanden, da zwar Finnland mit solch einer auskäme, aber Deutschland wegen seines mannigfachen Ausfuhrangebotes eine viel längere brauchte. Je länger diese Liste aber war, desto näher kam man dann auch der allgemeinen Meistbegünstigung. Wallroth warnte die Finnen vor Inkraftsetzung des Papierholzausfuhrzolls, da dies schon "ein Hineingleiten in einen Zollkrieg bedeuten würde, was angesichts der guten deutsch-finnischen Beziehungen sehr bedauerenswert wäre".⁽²¹⁾

⁽²⁰⁾ -StJb 1926, S. 153 f. Einfuhr an Bau- und Nutzholz aus der Tschechoslowakei 1925 1.524.458 Tonnen und aus Polen 1.262.091 Tonnen, Einfuhr an Zellulose aus Schweden 34.587 Tonnen, aus Finnland 27.143 Tonnen.
-Brief Holmas an Außenminister Setälä 20.2.1926: Sammlung Holma 15
-Beteiligung der deutschen Häfen am Finnlandhandel
Fritz Werner: Die finnische Wirtschaft in ihren Beziehungen zu Deutschland während der Nachkriegszeit, Berlin 1931, S. 79 ff. Lübecks Anteil an der Einfuhr: S. 97

⁽²¹⁾ -Brief Holmas an UM 24.12.1925: UM 58 B 1 Saksa

3. 1. 2. Vorläufiges Handelsabkommen zwischen Deutschland und Finnland 1926

Zum Jahreswechsel wurde in Finnland ein neues Kabinett gebildet, in dem die Agrarierpartei die Hälfte der Sitze einnahm. Gegen den Widerstand von Industriekreisen, die nur einen verstärkten deutschen Export durch einen Vertragsabschluß kommen sahen, begannen die Agrarier sich für den Ausbau des Absatzes nicht nur von Käse, sondern auch von Butter in Deutschland einzusetzen. Die finnische Molkereiproduktion war seit 1920 ständig gewachsen und dadurch auch der Exportüberschuß. Auf dem Weltmarkt machte die finnische Butterausfuhr jedoch nur 2,6 % (1922-1925) aus (die dänische 32,7 %). Von 1920 bis 1923 war fast die gesamte Ausfuhrmenge nach England gegangen. Zwar ging 1925 immer noch der größte Teil nach England (von einem Gesamtexportwert von 477,9 Mio Fmk 315,4 Mio Fmk), aber schon eine beträchtliche Menge in andere Länder, u.a. nach Deutschland. In England waren im Winter 1924-25 die Preise für Butter erheblich gefallen, zwar noch ohne Einbußen für die Finnen, es war aber anzunehmen, daß Finnland auf dem englischen Freimarkt in Zukunft schwere Konkurrenzkämpfe vor allem der Dominien haben würde. Auf der Suche nach neuen Märkten hatte sich der deutsche wieder als attraktiv erwiesen, zumal bis 17.9.1925 sämtliche Agrarprodukte in Deutschland Zollfreiheit genossen hatten. 1924 hatte Finnland 1.339 Tonnen Butter in Deutschland verkauft, 1925 die über dreifache Menge (4.191 Tonnen). Dies war das Doppelte der Vorkriegsmenge (1913: 2.165 Tonnen). Ging der finnische Butterexport hauptsächlich nach England, ging der Käseexport dahingegen fast ausschließlich nach Deutschland.⁽¹⁾

(1) -Brief Holmas an Kihlmann (UM) v. 21.2.1926: Sammlung Holma 15
-Lundell: S. 91; E.I. Korpela: Maatalous 1919-1939: in:
Itsenäisen Suomen taloushistoria, Porvoo 1967, S. 44;
Werner: S. 76; "Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und
weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten", Hg. Max Sering: Berlin 1932,
S. 74 f; STVK 1926, S. 124, STJb 1924/1925, S. 153

Butter- und Käseexport Finnlands 1923-1926 in Tonnen

	B u t t e r		K ä s e	
	insgesamt	davon nach Deutschland	insgesamt	davon nach Deutschland
1923	6.565	97	1.335	313
1924	8.247	1.091	2.545	1.834
1925	13.190	3.997	3.819	3.224
1926	13.211	3.448	2.886	1.771

-nach: SVT I A Kauppa 44 (1924) S. 48, 52
" " " " 45 (1925) S. 56, 60
" " " " 46 (1926) S. 56, 60
" " " " 47 (1927) S. 56, 60

Da es jedoch aussichtslos war, mit den Deutschen weiterzureden, ohne auf die volle Meistbegünstigung einzugehen, mußte sich die Regierung erst einmal in diesem Punkte außenpolitisch absichern. Anfang Januar 1926 ließ man in Paris anfragen, ob sich die Gewährung der Zollmeistbegünstigung an Deutschland "ungünstig" auf die finnisch-französischen Beziehungen auswirken würde. Der frühere Außenminister und jetzige Botschafter Enckell hielt dies in der Tat für möglich, da Frankreich in einem solchen Falle die finnische Einfuhr, wie 1920, einschränken könnte. In Wirklichkeit hatte aber Frankreich für Finnland als Ausfuhrland keine maßgebende Bedeutung mehr.

Wertmäßig hatte die finnische Ausfuhr nach Frankreich 1922 ihren Höhepunkt (458,3 Mio Fmk = 10,2 % des finnischen Gesamtwertes) und war 1924 von 402,7 Mio Fmk (Anteil 8,1 %) auf 275,6 Mio Fmk (4,9 %) 1925 gesunken. Betrug der deutsche Anteil an der finnischen Gesamtausfuhr 1922 8,7 %, betrug er 1925 13,4 %, also weit mehr als das Doppelte des französischen. Bis 1924 hatte Frankreich weniger als ein Drittel soviel nach Finnland exportiert als es von dort einfuhrte, allerdings war der französische Export ständig gestiegen (von 1922: 59,2 Mio $\hat{=}$ 1,5 % auf 1925: 167,3 Mio $\hat{=}$ 3 %). Dies war der Grund, weshalb Enckell es bedenklich fand, die Frankreich bisher gewährten Vorteile wieder rückgängig zu machen, zu einem Zeitpunkt, da über Rußlands Verhältnis zu West-Europa offiziell verhandelt wurde.⁽²⁾

Trotz Enckells Bedenken beorderte nunmehr das finnische Außenministerium seinen Gesandten in Berlin, Holma, privat und "so als ob Helsinki desinteressiert wäre", die Möglichkeiten eines Provisoriums auf der Grundlage der vollen Meistbegünstigung zu eruieren, wobei Deutschland einige "bedeutende Spezialermäßigungen" zusätzlich zur Meistbegünstigung gewähren

⁽²⁾ -Tg. UM an Ges. Paris 7.1.1926 und Enckells Antwort v. 9.1.1926:
UM 58 B 1 Saksa;
-STVK 1926, S. 108 ff
-Mit Rußlands Verhältnis zu Westeuropa meinte Enckell wahrscheinlich die deutsch-russischen Neutralitätsverhandlungen nach Abschluß des Locarnovertrages, wobei Finnland offenbar Frankreichs Unterstützung gegen deutsch-russische Konspiration brauchte, vgl. S. 158 ff. dieser Arbeit, s. auch Krummacher/Lange: S. 181

sollte, und zwar auf Käse, Butter und Zeitungspapier. Die volle Meistbegünstigung für Deutschland war so gedacht, daß es von Finnland eine "engere Liste" deutscher Industriewaren zollbegünstigt einführen könne. Der Ministerialdirektor für Wirtschaftsfragen im Auswärtigen Amt, Ritter, ging insbesondere auf die landwirtschaftlichen Spezialermäßigungen ein. Den Butterzoll, der seit Herbst 1925 22,50 RM betrug und vom 1.8. an 30,— RM betragen sollte, zu ermäßigen, hielt er für aussichtslos, da dies einen der "wundesten Punkte der deutschen Landwirtschaft berühre". Außerdem wäre es durch den geringen finnischen Importanteil, ein Zehntel des dänischen, kaum gerechtfertigt, zumal die Ermäßigung automatisch den übrigen zugute käme. Nur gegen erhebliche Kompensationen wäre dieser Punkt durchzusetzen. Der Käsezoll war schon im italienischen Vertrag auf 20 RM gesenkt, welchen Finnland mit der Meistbegünstigung erhalten könne.⁽³⁾

Da Finnland in seinen bisherigen Handelsverträgen Vergünstigungen gewährt hatte, die auch deutsche Industriekreise interessierten, Deutschland aber bisher nur eine Zollvergünstigung in einem Handelsvertrag verankert hatte, die dem finnischen Export nützen könnte, sah das finnische Handelsvertragskomitee den Abschluß des deutsch-finnischen Vertrages mehr von deutscher Seite benötigt, und daher die Verhandlungsposition der Finnen als stärker an. Da Finnland weit weniger Nutzen von der allgemeinen Meistbegünstigung gewinne, müsse man auf deutschen Zollzugeständnissen bestehen. Das Komitee befürwortete einen provisorischen Vertrag mit kurzer Kündigungsfrist, da der endgültige finnische Zolltarif noch nicht ausgearbeitet war. Die Zollwunschlister der Finnen enthielt neben Butter auf 20,— RM auch Zeitungspapier auf 3,— RM, Packpapier auf 2,— RM und Holzpappe auf 2,— RM.⁽⁴⁾

(3) -Instruktionen des UM an Holma 15.1.1926
Brief Holmas an UM v. 27.1.1926; UM 58 B 1 Saksa
-Aufz. "vertrauliche Unterredung" Wallroth, Ritter,,
Holma v. 27.1.1926, AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 1
-Die "engere Liste" ist wohl Holmas Privatvorschlag,
sie ist in den UM-Instruktionen nicht enthalten, jedoch
in der deutschen Aufzeichnung. Sie wurde später auch
eingereicht.

(4) -Vorschlag des Handelsvertragskomitees an UM vom
8.2.1926, Holmas RM an Wallroth vom 15.2.1926;
UM 58 B 1 Saksa (auch in Ha-Pol Ri Fi Bd. 1)
-Instruktionen der finnischen Regierung für die
Handelsvertragsverhandlungen vom 13.2.1926 UM C

Die nun verlangten finnischen Zollermäßigungen waren recht erheblich. Der deutsche Zeitungspapierzoll sollte auf 12,50 RM steigen, die Finnen wollten nur 1/4 davon verrichten, bei Holzpappe und Packpapier war es die Hälfte, bei Butter 2/3.

Der Papier- und Papierwarenexport Finnlands nach Deutschland war plötzlich 1925 in Gang gekommen. Hatte Deutschland noch 1924 911 Tonnen Papierwaren nach Finnland exportiert, verkaufte nunmehr Finnland 1925 6.231 Tonnen auf dem deutschen Markt (1913: 6.400 Tonnen), während Deutschlands Export nach Finnland um ein Drittel zurückgegangen war (auf 519 Tonnen). Der finnische Anteil 1923 betrug über ein Drittel der deutschen Gesamteinfuhr, war jedoch unbedeutend angesichts der übermächtigen deutschen Papierproduktion, die es auf eine Gesamtausfuhr von 451.366 Tonnen brachte. Gemessen an der finnischen Gesamtpapier- und papierwarenausfuhr war diese nach Deutschland verkaufte Menge minimal. Insgesamt exportierte Finnland 1925 52.995 Tonnen Pappe, 148.837 Tonnen Zeitungspapier und 62.566 Tonnen andere Papiersorten. Immer noch war der deutsche Anteil aus dem Gesamtholzwarenausfuhrwert Finnlands, der 1925 93 % des Gesamtexportes betrug, nur 8 %.⁽⁵⁾

Daß man finnischerseits nicht auf einer Zollerleichterung für Zellulose bestand, beruhte darauf, daß dies eine Forderung der Schweden gegenüber Deutschland sein sollte und Schweden, nunmehr als erster Zellstofflieferant Deutschlands, sich eher durchsetzen konnte.⁽⁶⁾

Anfang April war die deutsche Regierung mit ihren Vorarbeiten so weit, daß die Verhandlungen beginnen konnten. Das Prinzip der allgemeinen Meistbegünstigung, das nun, endlich, dem deutschen Wunsch gemäß angewandt werden sollte, bereitete keine Schwierigkeiten, dafür die finnischen Zollwünsche. Zur gleichen Zeit beaufsichtigte das Reichswirtschaftsministerium die

⁽⁵⁾ -STJb 1924/25, S. 167, STJb 1926, S. 163
-STVK 1926, S. 112, 114, 116 - die deutsche und finnische Statistik verfolgen verschiedene Einteilungsprinzipien.

⁽⁶⁾ -Schweden exportierte 1925 34.587 Tonnen Zellstoff nach Deutschland, Finnland 27.143 Tonnen, immerhin mehr als das Doppelte wie 1924.

wichtigeren Verhandlungen mit Schweden. Die Einfuhr aus Schweden war, verglichen mit 1924, erheblich angestiegen (Wertanteil: 1924 1,3 %, 1925 2,3 %), aber der deutsche Absatz in Schweden hatte nachgelassen (1924 4,4 %, 1925 3,9 %). Bei Finnland wiederholt sich das gleiche Bild in geringerem Ausmaße (Einfuhranteil Deutschlands aus Finnland: 1924 0,5 %, 1925 0,9 %; Ausfuhr nach Finnland 1924 1,6 %, 1925 1,3 %). Die gleichartige Handelsstruktur zwischen Deutschland und Schweden einerseits und Deutschland und Finnland andererseits verlangte die Koordinierung der beiden Verträge. Daher verwies man die Finnen betreffs der Zeitungspapierwünsche auf die Meistbegünstigung durch den Schwedenvertrag, da Schweden dafür das erheblich größere Interesse hatte. (Die Einfuhrstatistik berücksichtigt die Papiereinfuhr nur als Ganzes, wobei Finnland 1925 das Dreieinhalbfache wie Schweden nach Deutschland importierte.) Da Schweden keine Wünsche bezüglich Packpapier hatte, konnte eine Ermäßigung auf 3,50 RM zugewilligt werden. Der Zoll für Holzpappe war schon im österreichischen Vertrag auf 3,— RM herabgesetzt. Eigentlicher Verhandlungsgegenstand mit den Finnen konnte also nur der Butterzoll werden, der noch nirgends gebunden war.⁽⁷⁾

Wie die Finnen befürchtet hatten, war die deutsche Zollwunschliste erheblich länger als die finnische, sie umfaßte nahezu dreißig Positionen sowie Zollfreiheit für die Papierholzausfuhr. Bei den Verhandlungen waren deutscherseits neben den Beamten der Reichsministerien wieder Vertreter der Hansestädte Hamburg und Lübeck dabei. Von hier stammte ein "besonders wichtiges" Anliegen der Deutschen, nämlich Vergünstigungen für Handelsreisende und die Schifffahrt zu bekommen.

Auch der Gesandte in Helsinki, Hauschild, regte an, daß "angesichts zunehmender nationalistischer Abschließungstendenz ... die Regelung

(7) -Verbalnote des AA an die Finnische Ges. 5.3.1926
Schreiben des Reichswirtschaftsministeriums (Sjöberg) an AA
(Thermann) o.D. (März 1926): AA Ha-Pol Ri-Fi Bd. 1
-STJb 1926, S. 163, S. 174
-Schweden exportierte im Gegensatz zu Finnland allerdings auch
Getreide nach Deutschland, wodurch zusätzliche Verhandlungsschwierigkeiten entstanden (deutsche Getreidezölle).

der Niederlassungsfrage ... sehr erwünscht" sei, umsomehr, als das Parlament Ende Februar die Regierung aufgefordert hatte, die zunehmende Arbeitslosigkeit in Finnland bei Erteilung von Einreiseerlaubnissen zu berücksichtigen. Auch deutsche Reedereifirmen hatten bemängelt, daß die finnischen Einwanderungsgesetze es verhinderten, eigene Vertretungen in Finnland einzurichten. Bezüglich der Butter machten sich die finnischen Unterhändler keine großen Hoffnungen, da der Widerstand deutscher Agrarkreise erheblich war. Vom Auswärtigen Amt wurde die finnische Forderung jedoch als Waffe gegen diese Kreise benutzt. Falls am 1. August, wie beabsichtigt, ein Butterzoll von 30,— RM in Kraft gesetzt werden sollte, war es wahrscheinlich, daß Holland und Dänemark ihre vor kurzem ausgehandelten Verträge so bald wie möglich kündigen würden. Im Juni beschloß dann der Reichstag einen Butterzollsatz von 27,50 RM, mit dem sich auch die Finnen zu begnügen hatten. Immerhin wurde er dann im Vertrag mit Finnland gebunden, womit die finnischen Importeure vor weiteren Erhöhungen geschützt waren.⁽⁸⁾

Der als Provisorium konzipierte Vertrag wurde am 26.6. unterzeichnet. Die Finnen bekamen Zollerleichterungen für Butter, Quark, Käse, Zellulose (genau wie Schweden) und Packpapier, die Deutschen entsprechend auf eine Liste von 29 Positionen.⁽⁹⁾

Die lange Liste hatte im einzelnen nur in einem Punkt den Widerstand des finnischen Metallindustrieverbandes geweckt, und zwar in Bezug auf elektrische Maschinen. Hier eine Zollerleichterung Deutschland zu gewähren, hielt man für "verheerend" für die finnische Elektroindustrie, die danach

(8) -Verhandlungsbericht vom 7.-9.4.1926
-Holmas Bericht vom 14.4.1926; UM 58 B 1 Saksa
-Tg. Hauschilds an AA 1.3.1926; Ha-Pol Ri-Fi Bd. 1
-Bericht Holmas vom 14.4.1926 an UM; Sammlung Setälä 10
-Tg. Holma an UM 20.4.1926 u. 1.6.1926

(9) -"Verordnung der Reichsregierung über die vorläufige Anwendung des vorläufigen Handelsabkommens zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland"
RGBl Teil II, 1926, S. 557 ff.

strebte, die in den 20-Jahren begonnene Elektrifizierung Finnlands soweit wie möglich selbst durchzuführen. Die Regierungsparteien meinten jedoch, da in Finnland gewisse Elektroapparate gar nicht hergestellt würden, lohne es sich nicht, den 1925 errichteten prohibitiven Zoll aufrechtzuerhalten. (10

Die Forderungen der finnischen Holzveredelungsindustrie waren nicht in dem Maße erfüllt worden, wie sie die Vorlage vom 15.2. beinhalten. Der finnische Papierindustrieverband sah die Zölle in Deutschland immer noch als prohibitiv an. Da Deutschland selbst ein Papierproduzent sei, müsse finnischerseits versucht werden, die deutschen Einfuhrzölle auf ein Minimum zu senken, damit dadurch die deutsche Dumpingpolitik auf dem Weltmarkt verhindert, sowie ihre Papierholzkauflkraft eingeschränkt würde. (11

Noch vor Abschluß des Vertrages hatte der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie sich an Wirtschaftsminister Curtius gewandt und daran appelliert, daß Zollzugeständnisse nicht gewährt werden dürften, da dies die einheimische Industrie "ernstlich gefährde". Curtius betonte jedoch, daß ohne solche Zollerleichterungen ein Abschluß mit den Schweden und Finnen nicht möglich gewesen wäre bzw. sei und daß das Interesse an diesen Verträgen für Deutschland, (d.h. für die Ausfuhrindustrie, die ja hinter der DVP stand) höher zu bewerten sei. Auch nach Unterzeichnung ließ die Holzverarbeitende Industrie nicht locker und beklagte sich in der Presse über die "schmerzlichen Opfer". (12

(10 -Schreiben des finnischen Metallindustrieverbandes an
UM vom 3.5.1926: UM 58 B 1 Saksa

(11 -Schreiben des Papierindustrieverbandes an UM vom
9.6.1926 und
Schreiben UM an Ges. Berlin 9.6.1926: UM 58 B 1 Saksa

(12 -"Die Holzindustrie" 25.6.1926: "Die handelspolitische
Lage der Holzverarbeitenden Industrie, Besprechung mit
dem Herrn Reichsminister."
-"Die Holzindustrie" 9.7.1926 und "Königsberger Allgemeine
Zeitung" 22.7.1926: "Zum deutsch-finnischen Handelsvertrag"
-Eine positive Würdigung des Vertrages in: "Industrie und
Handelszeitung" 30.9.1926: "Handelsabkommen mit Finnland"

Ein Niederlassungsrecht für Deutsche in Finnland wurde nicht vereinbart, lediglich eine meistbegünstigte Behandlung für Handel- und Gewerbetreibende, wie es sie auch im deutsch-schwedischen Vertrag gab.⁽¹³⁾

Um die Kritik der deutschen Landwirtschaftskreise abzubremsen, sollte der Vertrag auf dem Verordnungswege, noch vor Ratifizierung, in Kraft gesetzt werden. Dazu wurde in einer Denkschrift das dringende Interesse Deutschlands "im Hinblick auf die Entwicklungsfähigkeit des finnischen Marktes und die große Arbeitslosigkeit in Deutschland" beschworen, daß der Vertrag "sobald wie möglich in Wirksamkeit tritt". An die Adresse der deutschen Molkereiwirtschaft wurde argumentiert, daß das baldige Inkrafttreten wegen der Herabsetzung des autonomen Butterzolles "vom Standpunkt der Volksernährung aus dringend erwünscht sei". Dabei kämpfte die deutsche Molkereiwirtschaft um ihren eigenen Absatz. Die Preise waren von 1925 auf 1926 wieder stark gefallen und sie sah sich nunmehr der ausländischen Konkurrenz ausgeliefert.⁽¹⁴⁾

Inzwischen hatte das finnische Parlament am 7.9. das Handelsabkommen gutgeheißen. Oppositionsführer Vennola, der seinerzeit deutsch-finnische Verhandlungen als Regierungschef hintertrieben hatte, ergriff als einziger das Wort. Obwohl er die jetzige Regierung "nicht sonderlich beglückwünschen könne zu diesem Vertrag...", war seine Argumentation darauf abgezielt, den Gegnern, offenbar innerhalb seiner eigenen Partei, zwar Recht zu geben, aber gleichzeitig festzustellen, daß die Regierung die Belange des Landes gewahrt hatte, indem die Zugeständnisse nicht zu groß wären und Deutschland gerade solche Waren aus Finnland kaufe, die schwer in anderen Ländern abzusetzen wären. Ende September wurde das Abkommen durch den deutschen Reichstag ohne Widerrede geschleust und trat nach Austausch der Ratifikationsurkunden am 1.10. in Kraft.⁽¹⁵⁾

(13 -Art. 1 und 2 des Abkommens mit Finnland a.a.O.

-schwedischer Vertrag RGBI Teil II, 1926, S. 388 ff.

-die finnische Delegation gab noch zur Ergänzung des Art. 1 eine Erklärung, in der versprochen wurde, daß "die in Art. 1 vereinbarte Meistbegünstigung im wohlwollendsten Sinne angewendet wird".
VA: Ulkovaltojen kanssa tehdyt erilaiset sopimukset N:o 119.

(14 -Denkschrift zu dem vorläufigen Handelsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland, vom 26.6.1926: in: AA Handakten Wallroth 37, Sering: S. 76

(15 -EK Valtiopäivät 1926, Pöytäkirjat S. 660

3. 2. Handelsvertragsverhandlungen bis 1929

3. 2. 1. Auswirkungen des Vertrages von 1926 und die Kritik der finnischen Papierindustrie

Eines der Hauptprobleme des deutsch-finnischen Handelsverkehrs, die starke Passivität auf Finnlands Seite, wurde durch den neuen Vertrag nicht behoben. Deutschland exportierte nach wie zuvor im Werte mehr als das Doppelte nach Finnland, 1928 sogar mehr als das Dreifache dessen, was Finnland in Deutschland verkaufte. Der Anteil des Deutschlandexportes am finnischen Außenhandel war genauso wie der des Englandexportes von 1925 auf 1927 zwar gestiegen, aber nur geringfügig. 1928 blieb der deutsche Anteil allerdings der gleiche wie im Vorjahr, während der englische erheblich absank. Insgesamt gesehen hatte Englands Exportanteil an der finnischen Gesamteinfuhr von 1925 bis 1928 nachgelassen, während derjenige seines Konkurrenten, Deutschland, gestiegen war.⁽¹⁾

(1

Finnlands Handel mit Deutschland in Mio Fmk								
	1925	%	1926	%	1927	%	1928	%
Finnlands Import aus Deutschland	1.760	31	1.975	34	2.075	32	2.961	36
Finnlands Export nach Deutschland	747	13	715	12	998	15	987	15
Finnlands Handel mit England in %								
	1925 %		1926 %		1927 %		1928 %	
Finnlands Import aus England	16		12		14		12	
Finnlands Export nach England	37		38		40		35	

nach STVK 1929, S. 118

-Die Angaben nach der finnischen Statistik sind allerdings zu hoch bzw. zu niedrig gegriffen. Der Import aus Deutschland enthält die Transitwaren, der Export nach Deutschland berücksichtigt nicht die Verfrachtung über holländische Häfen. Nach Berechnungen des Finnisch-Deutschen Handelskammervereins lag 1927 der Import aus Deutschland bei 23 % und der Export dorthin bei 16,7 %. Diese Zahlen sind von finnischen Kritikern des Handelsvertrages allerdings immer mißachtet worden: (Jahresbericht 1927, S. 19).

Hatten sich die finnischen Befürworter des Vertrages die zolltarifarischen Vergünstigungen geschäftsbelebend ausgewirkt? Der Butterexport von Finnland nach Deutschland war tatsächlich von 1926 3.448 Tonnen um 21 % auf 4.208 Tonnen 1927 gestiegen. Die deutsche Buttereinfuhr war insgesamt gesehen ebenfalls angestiegen, von 1926 97.788 Tonnen auf 108.266 Tonnen 1927, wobei der finnische Anteil 1926 nur 3 % und 1927 3,6 % betrug. Die übermächtigen Konkurrenten Finnlands, Holland und Dänemark, hatten ihren Absatz auch steigern können, im Verhältnis waren jedoch die Einfuhren aus Schweden und Rußland am meisten gestiegen. Die Quarkeinfuhr Deutschlands war nicht groß (1926 5.700 Tonnen; 1927 6.400 Tonnen), jedoch bestritt die finnische Ware rund 1/4 der Gesamteinfuhr, wobei Finnland an erster Stelle stand. Trotz der Zollsenkung für finnischen Käse nahm der finnische Export nach Deutschland nicht zu (1926: 1.700 Tonnen, 1927: 1.783 Tonnen), dies lag jedoch an der gleichbleibenden Gesamtproduktion in Finnland, wodurch der Ausfuhrüberschuß nicht anstieg.

1928 ging in Finnland die gesamte molkereiwirtschaftliche Produktion zurück, die Totalausfuhr für Butter sank um rund 12 %, sowie für Käse um rund 44 %. Bei Butter nahm der nach Deutschland verkaufte Anteil im Verhältnis zur Gesamtexportmenge stärker ab, bei Käse weniger. War man 1928 finnischerseits bezüglich Butter gar nicht so sehr auf die Absatzmöglichkeiten in Deutschland angewiesen, war dies jedoch bei Käse der Fall. In Deutschland war die Gesamtkäseinfuhr 1928 zurückgegangen, wobei der finnische Anteil von 1926 an ständig gesunken war. Dahingegen war der Gesamtbutterimport kräftig gestiegen (1928 auf 125.500 Tonnen), wobei Finnland der einzige Importeur war, dessen Absatz nicht gestiegen war, sondern nachgelassen hatte (Finnlands Anteil betrug nur noch 2,5 %).⁽²⁾

(2)

Finnischer Butter- und Käseexport nach Deutschland (in Tonnen)				
Jahr	Butter insgesamt	davon nach Deutschland	Käse insgesamt	davon nach Deutschland
1926	13.211	3.448	2.886	1.771
1927	15.075	4.208	2.949	1.783
1928	13.375	3.174	1.648	878

nach: SVT I A Kauppa 47 (1927), S. 56, 60

" " " " 48 (1928), S. 56, 60

" " " " 49 (1929), S. 56, 60

--deutsche Angaben: STJb 1928, S. 206, für Käse und Quark in: UM 58 B 1 Saksa

Deutsche Käseinfuhr		davon aus Finnland
1926	53,6 Tausend Tonnen	3 %
1927	61,3 " "	2,7 %
1928	53,8 " "	1,5 %

Am meisten profitierten die meistbegünstigten Nachbarländer Deutschlands, Dänemark und die Niederlande, von dem Butterzoll. Da dieser im Vertrag mit Finnland verankert war, richtete sich die Kritik der deutschen Molke-
reiwirtschaft, an deren Misere angeblich der fehlende Zollschatz schuld war, in erster Linie gegen Finnland, was andererseits im Widerspruch zu der Bedeutungslosigkeit dieses Landes als Butterlieferant stand,

Wie hatte sich die finnische Ausfuhr von Holz und Holzprodukten nach Deutschland entwickelt? Das von keinen Zollvergünstigungen angekurbelte Holzgeschäft, bestehend aus hauptsächlich gesägtem Bau- und Nutzholz, war bis 1928 ständig gewachsen. Dieser Anstieg lag zum größten Teil an dem verstärkten Rohstoffbedarf der deutschen Industrie: die Gesamteinfuhrmenge Deutschlands hatte sich von 1926 auf 1927 fast verdoppelt und war auch 1928 noch geringfügig angestiegen. Finnlands Anteil hatte jedoch abgenommen, während derjenige Polens und der Tschechoslowakei bis 1927 zunahm. Beide waren auch absolut gerechnet die größten Lieferanten und übertrafen die finnische Menge um mehr als das Vier- bzw. Dreifache. Jedoch stockte das Geschäft dieser beiden Länder schon 1928, zwei Jahre früher als das der Finnen.⁽³⁾

(3)

Jahr	Einfuhrmengen von Bau- u. Nutzholz aus Finnland (in Tonnen)	Gesamteinfuhrmenge Deutschlands (in Tonnen)
1925	418.603	4.586.436
1926	471.617	3.586.242
1927	686.561	5.518.507
1928	740.230	6.700.627

-STJb 1927, S. 182, 1929, S. 206

-Die Wirtschaftskrise brach in Finnland schon 1928 aus, ein Jahr früher als im übrigen Europa, wirkte sich aber auf das Holzgeschäft erst dann aus, als die Abnehmer 1930 ihre Einkäufe einstellten, Halme, S. 145

Das für die deutsche Papierindustrie verwertete Rohmaterial wurde 1925 (Holz zu Holzmasse: Gesamtmenge 1925: 2.108.657 Tonnen) überwiegend aus Finnland, Polen und der Tschechoslowakei bezogen, wobei der Anteil der letzteren zusammen rund 3/4 der Gesamtmenge ausmachte und Finnlands Anteil 1/4. 1926 ging die deutsche Gesamteinfuhr zurück aufgrund der tschechischen um mehr als das Dreifache verringerten Einfuhr. Aus Finnland wurde 1926 die gleiche Menge wie 1925 importiert (1926: 460.493 Tonnen, 1925: 460.377 Tonnen), im Jahre 1927 etwas weniger (441.037 Tonnen). Seit diesem Jahr stand Finnland nach Polen (848.911 Tonnen) an zweiter Stelle. 1928 als die Gesamtimportmenge (= 2.259.079 Tonnen) zum ersten Mal wieder die des Jahres 1925 überstieg, bestritt Finnland 27 % des Gesamtbedarfs (612.791 Tonnen). Diese Menge betrug nunmehr 2/3 der polnischen Einfuhr und über das Doppelte der tschechischen.⁽⁴⁾

Die Ausfuhr finnischer veredelter Holzprodukte nach Deutschland war ebenfalls gestiegen. Der geringere Zollsatz auf Zellulose erlaubte es den Finnen 1927 70 % mehr Zellulose auf dem deutschen Markt zu verkaufen als im Vorjahr (1926: 19.554 Tonnen, 1927: 33.224 Tonnen), jedoch war die Menge anteilsmäßig, durch den ebenso verstärkt einsetzenden Import aus der Tschechoslowakei und vor allem aus Schweden, sogar geringer geworden (finnischer Anteil: 1926: 30,9 %, 1927: 25,5 %). 1928 war Finnland führender Zellstoffexporteur nach Deutschland (48.490 Tonnen) und bestritt etwas weniger als 1/3 des Gesamtbedarfs (168.404 Tonnen). Jedoch waren Schweden (43.077 Tonnen) und die Tschechoslowakei (32.243 Tonnen) starke Konkurrenten. Gemessen am finnischen Gesamtexport von Zellulose war der deutsche Anteil gering, 1926 - 1928 weniger als 1/10. Auch hier ging das meiste nach England.

⁽⁴⁾ -STJb 1927, S. 182; STJb 1929, S. 206, Juva, S. 409

Jahr	Finnlands Papierholzausfuhr in cbm	
	Insgesamt	davon nach Deutschland
1925	1.400.580	514.107
1926	1.704.895	529.637
1927	1.650.506	1.019.035
1928	1.522.084	1.208.317
1929	1.233.858	1.030.487

-nach SVT I A Kauppa:

1926, S. 81
1927, S. 81
1928, S. 83
1929, S. 82
1930, S. 81

Der finnischen Papierindustrie war es in Deutschland bei weitem nicht gelungen, auf diesem Markt vorzudringen. Deutschland führte selbst 1925 451.366 Tonnen, 1928 513.195 Tonnen Papierwaren aus, davon sogar nach Finnland 1925: 519 Tonnen, 1928: 1.048 Tonnen, und in den entsprechenden Jahren nur 16.105 Tonnen bzw. 30.109 Tonnen ein. Vor Beginn der deutsch-finnischen Vertragsverhandlungen hatte Finnland sogar mehr nach Deutschland importiert als nach Inkrafttreten der Zollvergünstigungen (1925: 6.231 Tonnen, 1927: 4.792 Tonnen) und überschritt erst 1928 die Menge von 1925 (1928: 6.917 Tonnen). Allerdings hatte alle Jahre hindurch Finnland unter den wenigen Importeuren immer an erster Stelle gestanden, wurde 1928 aber schon fast von Schweden eingeholt (6.047 Tonnen).⁽⁵⁾

Ob Deutschlands Absatz in Finnland nach Inkrafttreten des Vertrages bei einzelnen Produkten gesteigert werden konnte, läßt sich angesichts des breiten Warenangebots schwer abschätzen. Daß zweifelsohne Finnland den größeren Nutzen und auch das größere Interesse an dem Vertrag hatte, läßt sich an folgenden Zahlen ablesen. 1927 exportierte Finnland Waren im Werte von 998 Mio Fmk nach Deutschland, davon 366 Mio, d.h. 36 % meistbegünstigt. Deutschland dagegen exportierte Waren im Werte von 2.075 Mio Fmk nach Finnland, wovon nur 171 Mio Fmk, d.h. 8,2 % Zollerleichterungen genossen. Der hauptsächliche deutsche Export nach Finnland ging also an dem Vertrag, soweit er die Zollsätze betraf, vorbei. Viel wichtiger war auch den

(5

Finnische Papierwarenausfuhr in Mio Fmk		
Jahr	insgesamt	davon nach Deutschland
1926	763,3	105,3
1927	759,6	63,4*
1928	791,5	63,2
1929	761,5	58,8
1930	753,8	21,8**

* 1927-1929 ist in der Ausfuhr nach Deutschland wegen der zu geringen Menge kein Zeitungspapier enthalten;

**1930 auch kein Umschlagspapier;

nach: STVK 1927, S. 128; 1929: S. 134; 1930: S. 134

deutsche Angaben (zitiert): STJb 1927, S. 193;

STJb 1928: S. 213, 224; STJb 1929: S. 206, 216 f.

finnische Angaben: STVK 1927, S. 128, STVK 1929, S. 134

Deutschen gewesen, ihre Handelstätigkeit mittels Vertreter usw. vertraglich in Finnland gesichert zu bekommen.⁽⁶⁾

1928 betrug der Anteil des deutschen Finnlandhandels 1,8 %, die Hälfte des schwedischen und dänischen. Er war aber um 0,4 % größer als der norwegische und derjenige der drei baltischen Staaten zusammengerechnet. Deutschland exportierte 1928 mehr nach Finnland als nach Ungarn (1,3 %), Jugoslawien (1,0 %), Rumänien (1,4 %) und Spanien (1,7 %).⁽⁷⁾

In Finnland verstummte die Kritik der Holzveredelungsindustrie an dem deutsch-finnischen Vertrag nicht. Der Grund war, daß die Entwicklung von Industrien, für die es im eigenen Land reichlich Rohmaterial gab, gehemmt wurde, während z.B. in Deutschland mit Hilfe von Schutzzöllen Industrien

- ⁽⁶⁾ -Aufzeichnung v. Zwehls (Syndikus des Deutsch-finnischen Handelskammervers) für die deutsche Ges. Hfs. 22.6.28:
AA Handakten Schack 30
-einen steigenden Absatz wies auch die deutsche Statistik auf

Jahr	Deutsche Ausfuhrmengen nach Finnland	
	in Mio RM	% des deutschen Gesamtexports
1925	150,8	1,4
1926	111,3	1,4
1927	154,1	1,4
1928	216,4	1,8

-nach: STJb 1927, S. 217; STJb 1929, S. 232

Einfuhr nach Finnland (Spezialhandel in Mio Fmk RM)						
Jahr	Kolonial- waren	Finnland insges.	Gewebe	Finnland insges.	Metalle	Finnland insges.
1926	210,5	479,8	112,2	360,1	291,0	614,7
1927	270,1	622,0	148,1	406,7	339,5	746,5
1928	320,2	734,5	213,7	520,1	490,1	925,2
1929	300,3	682,7	195,8	450,5	398,3	792,1
1930	256,2	644,9	123,8	275,8	318,4	609,6
Jahr	Maschinen	Finnland insges.	Farben	Finnland insges.	nach: STVK 1927, S. 120 f " 1928, S. 120 f " 1929, S. 126 " 1930, S. 126 " 1931, S. 124 ff	
1926	175,6	385,4	34,7	54,8		
1927	211,7	520,2	36,0	56,3		
1928	256,7	601,5	38,8	58,8		
1929	261,4	557,8	39,0	57,3		
1930	203,9	416,9	33,3	49,0		

- ⁽⁷⁾ -STJb 1929, S. 232

aufrechterhalten wurden, für die keine genügende Rohmaterialversorgung vorhanden war. Der Syndikus des finnischen Zentralverbandes der Holzveredelungsindustrie, Solitander, bemängelte Ende 1927, daß man in Finnland keinen neuen Exportzoll auf unbearbeitetes Holz gerade in Hinblick auf Deutschland eingeführt hätte. Da die finnische Papierholzausfuhr immer noch zollfrei sei, könne Deutschland seinen Rohholzbedarf "nach Belieben" aus Finnland decken, dieses veredeln und auf dem Weltmarkt dann mit Finnland konkurrieren. Obwohl in Schweden die Preise den finnischen entsprachen, kaufte Deutschland nicht dort, da man sich in Schweden solchen Käufen widersetze.

Die Koalitionsregierung aus der Bauernpartei und der Rechten (kokoomus), die 1926 den Vertrag mit Deutschland abgeschlossen hatte, hatte ihn nicht durch solche Maßnahmen sabotieren wollen. Genausowenig war 1927 die nachfolgende sozialdemokratische Regierung dazu bereit. Allerdings hatte der sozialdemokratische Handels- und Industrieminister, Hupli, eine Ermäßigung deutscher Zölle auf Papier- und Papierwaren angeregt, gleichzeitig jedoch geäußert, daß die Ausfuhr aus Deutschland nach Finnland noch bedeutend gesteigert werden könne, nicht nur auf der Grundlage des bisherigen Warenangebots, sondern u.a. bei Düngemitteln, die man damals gerade in Finnland anzuwenden begann. Da in Europa sowieso eine Papierwarenüberproduktion herrschte, war es die Sorge um die Entwicklung der einheimischen Industrie, die Solitander veranlaßte, sowohl die finnischen Rohholzverkäufer als auch die deutsche Papierindustrie - eine Konkurrenz, die für Finnland die schwerwiegendste war - anzugreifen. Um die Zusammenarbeit dieser finnischen und deutschen Nutznießer gleichzeitig zu treffen, verlangte er "eine sofortige Revision" des Handelsvertrages mit Deutschland.⁽⁸⁾

Die Bauernpartei, die 1928 die Regierung übernahm, vertrat die Interessen derjenigen Teile der Landbevölkerung, die nicht nur von der Milchwirtschaft,

⁽⁸⁾ -"Finnländischer Merkur" 1927, Nr. 19 und 26
-Jahresbericht des Finnisch-Deutschen Handelskammervereins
Helsingfors 1927, S. 17 ff.
-"Helsingin Sanomat" 15.12.1927
-Helander: S. 373

sondern auch durch das Abholzen von Wald ihr Einkommen bezogen und daher kein Interesse an einer Revision hatten.⁽⁹⁾

Die finnische Papierindustrie benötigte Maschinen, Chemikalien und Farben aus dem Ausland. Diese wurden bisher hauptsächlich aus Deutschland bezogen, wodurch man im Auswärtigen Amt glaubte, den Forderungen des finnischen Holzveredelungsverbandes entgegenarbeiten zu können. Jedoch, um die Deutschen zur Revision zu zwingen, begannen die Betroffenen in Finnland die deutsche Maschinenindustrie zu boykottieren und wichen dafür immer stärker auf den englischen Markt aus. Dabei wurde sowohl von den Papierindustriellen als auch von englischen Stellen die Devise verbreitet, daß man jenem Lande (d.h. England), mit dem Finnland sein Hauptausfuhrgeschäft betreibe, ein Maximum von Möglichkeiten zu Rückgeschäften bereiten müsse.

Dies war das gleiche Argument, das der Deutsch-Finnische Handelskammerein in Helsinki sowie der Deutsch-Finnländische Verein-Lübeck-Hamburg-Bremen nur in anderer Beziehung hervorbrachte, nämlich, daß "die Ausfuhr aus Skandinavien besonders zu pflegen, ein dringendes Gebot unserer deutschen Wirtschaft" sei. Im Juni 1928 wußte der Syndikus des deutsch-finnischen Handelskammerevereins in Helsinki, v. Zwehl, nur noch einen Rat gegen die "englische Propaganda" in Finnland und die Argumente der finnischen Papierindustrie: Die deutsche Regierung müsse die Interessen der deutschen Papierindustrie opfern, und zwar soweit, daß die finnische Papierindustrie wieder ernstestes Interesse am Handel mit Deutschland bekomme.⁽¹⁰⁾

(9) -K.T. Jutila & J.H. Konttinen: Maatalouspula Suomessa vuosina 1928-1935, Porvoo 1936, S. 118

(10) -Bericht Hauschilds an AA v. 8.8.1927 u. 20.12.1927, Aufz. Zwehl v. 22.6.1928: AA Handakten Schack 30
-"Finnländischer Merkur" 1927 Nr. 5; 1928 Aprilsondenerummer;
-Jahresbericht des Finnisch-Deutschen Handelskammerevereins 1928, S. 21

Die Aktivität englischer amtlicher und privater Stellen, den Absatz in Finnland zu fördern, nahm im Jahre 1928 weiter zu. Ein Beobachter des Reichsverbandes der deutschen Industrie berichtete im September 1928 von einer Zusammenkunft englischer und finnischer Industrieller in Helsinki, als deren Zweck "ausdrücklich" die Ausdehnung englischer Lieferungen nach Finnland bezeichnet worden war. Den hierdurch zu erwartenden Nachteilen der deutschen Exportindustrie müßte tatkräftig begegnet werden, wozu weniger die deutsche Gesandtschaft in der Lage wäre, da diese sich "die unumgängliche Pflege des persönlichen Verkehrs mit den maßgebenden finnischen Wirtschaftskreisen (sich) viel zu wenig angelegen sein läßt", sondern es wäre nötig, einen "Reichsvertreter" nach Finnland zu schicken, der mit "kaufmännischer Begabung und genauer Kenntnis des Wirtschaftslebens" deutsche wirtschaftliche Interessen beaufsichtigt.⁽¹¹⁾

In diesem Jahr, in dem der finnische Holzveredelungsverein gegen die deutsche Papierindustrie vorging, wurde bekannt, daß die deutsche Zellstofffabrik Waldhof zusammen mit einer englischen Gesellschaft in Finnland einen Zweigbetrieb gründen wollte. Die finnische Gesetzgebung hatte bisher die Festsetzung ausländischen Kapitals in Finnland fast völlig verhindern können: Ausländern war es untersagt, Land zu erwerben; die Mehrheit der Direktionsmitglieder einer Aktiengesellschaft mußten Finnen sein. Es war an sich nicht schwierig diese Bestimmungen zu umgehen, jedoch hatte wohl ein Einsatz in Finnland für das ausländische Kapital bisher nichts Gewinnbringendes versprochen.

Die Waldhof AG wurde vom finnischen Staatsrat genehmigt und blieb die einzige mit deutschem Kapital finanzierte größere Unternehmung auf finnischem Boden. Nachdem die Fabrikanlagen 1931 fertig geworden waren, nahm sie ihre Tätigkeit auf. Insofern war dieses Unternehmen am Ladogasee willkommen,

(11) -Bericht an Ritter v. 20.9.28:
AA Ha-Pol Ri Fi, Bd. 1

da es die bisher nach Deutschland ausgeführte Rohstoffmenge in Finnland selbst veredelte.⁽¹²⁾

Im Herbst 1928 zeigte es sich, daß die Passivität der finnischen Außenhandelsbilanz noch nie so stark gewesen war. Die Regierungsopposition verlangte immer stärker Einfuhrbeschränkungen und einen Ausbau der Ausfuhrmöglichkeiten. Im Oktober 1928 forderte Solitander auf einer Konferenz der finnischen Wirtschaftstage wiederum die Revision des Handelsabkommens. Ende November wurde in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Außenminister Procopé wegen des Vertrages angegriffen. Auch der frühere Handels- und Industrieminister Pulkkinen aus der Regierung Tulenheimo, die 1925 die Handelsvertragsverhandlungen verschleppt hatte, trat nunmehr als Syndikus der finnischen Zentralhandelskammern energisch für die Kündigung des finnisch-deutschen Vertrages wegen der Papierzölle ein. Die amtierende Regierung Sunila der Bauernpartei hatte jedoch dank des relativ guten Geschäfts der Molkereiwirtschaft in Deutschland wenig Veranlassung dazu.⁽¹³⁾

⁽¹²⁾ -Aufz. Z.W.A. 8.11.1928; BA:R7/VI 69.1; Aufz. Gespräch Procopé, Grundherr 14.11.1928, Sammlung Procopé 25; Bericht Grundherr an AA 17.1.1930; AA FiPol 2 Bd. 3; Helander: S. 374; "Suomen teollisuus ja kauppa", Helsinki (1936), Teil V, S. 54

⁽¹³⁾ -Bericht Grundherr an AA 9.11.1928 und 30.11.1928; AA Handakten Schack 30

3. 2. 2. Deutsch-finnisches Zusatzabkommen zum Handelsvertrag 1926

Mit dem Jahresende (22.12.1928) kam die Opposition zum Zuge. Diesmal koalierten die Fortschrittspartei und die Rechte (kokoomus). Procopé wurde als parteiloser Außenminister übernommen.

Im Februar 1929 machte der finnische Gesandte Wuolijoki den Leiter der Ost-Abteilung des Auswärtigen Amtes, Trautmann, auf "die Mißstimmung in Finnland gegen das Abkommen" aufmerksam: vor allem wegen der Papierzölle, die es nicht zuließen, finnisches Zeitungspapier auf den deutschen Markt zu bringen. Da offizielle finnische Schritte zu erwarten waren, mußte man im Auswärtigen Amt nun Stellung zu der Angelegenheit beziehen. Trautmann empfahl eine etwaige finnische Anfrage wegen der Aussichtslosigkeit der finnischen Wünsche dilatorisch zu behandeln.

Die finnische Regierung, die die Interessen der Holzveredelungsindustrie vertrat, hatte nur ein Druckmittel gegen die Deutschen in Bereitschaft: den schon lange geplanten Ausfuhrzoll für Papiernolz. Sie wußte jedoch, daß sie hiermit im Parlament keinen Erfolg hätte. Trotzdem sollte Wuolijoki mit diesem Zoll in Berlin drohen.

Am 1. Mai 1929 erfolgte der offizielle Vorstoß. Das Auswärtige Amt wurde vor die Alternative gestellt: entweder bekommt Finnland ermäßigte Zollsätze für Zeitungspapier oder der Vertrag wird gekündigt. Wie geplant, bekam Wuolijoki zunächst keine Antwort.⁽¹⁾

Inzwischen war die deutsche Molkereiwirtschaft, im Zuge der gesamtländwirtschaftlichen Krise, zum Generalangriff gegen die Regierung in Berlin angetreten. Schon im März 1929 hatte die "Grüne Front" ihr Aktionsprogramm

(1) -Aufz. Trautmann vom 25.2.29: AA Handakten Trautmann
-Schreiben Kihlmann (UM) an Wuolijoki vom 1.3.1929
Brief Wuolijokis an UM vom 2.5.1929: UM 58 B 1 Saksä
-Aufz. Gespräch Trautmann-Wuolijoki v. 1.5.1929:
AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2

verkündet, in dem sie "um die ruinösen Wirkungen der Weltmarktpreisschwankungen auf die deutschen Preise auszuschalten, verstärkten Zollschatz und Regelung der Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse" forderte. War die gesamte Landwirtschaftsmisere zum großen Teil auf die Rückständigkeit der deutschen bäuerlichen Betriebe zurückzuführen, war dies bei der Butterherstellung sicherlich der Fall. Dies war mit ein Grund, weshalb die Auslandsbutter der deutschen an Qualität und Preis bei weitem überlegen war und in den Jahren 1926-1928 21 % des deutschen Verbrauchs deckte. Den Preisabfall, der bei Butter von 1928 auf 1929 wieder stärker wurde, um danach vollends abzurutschen, verschuldete allerdings nach Ansicht der "Grünen Front" das Ausland, und die Regierung, die die uneingeschränkte Einfuhr zuließ.⁽²⁾

Am 15.6.1929 besprach das Kabinett Maßnahmen, mit denen die Not der Landwirtschaft zu beheben wäre. Da die Butterproduktionskosten in Deutschland höher seien als in Holland und Dänemark, forderte Reichsernährungsminister Dietrich (DDP), "daß Deutschland vom Weltmarkt unabhängig gemacht werden solle". Es sei ein Erziehungszoll von 50 RM (bisher 27,50 RM) notwendig, der in 5 Jahren wieder auf 30,— RM abgebaut werden konnte. Das Kabinett stimmte der Vorlage zu, gleichzeitig mußte jedoch das finnisch-deutsche Handelsabkommen revidiert werden, in dem der bisherige Zollsatz festgelegt war. Ritter, als Vertreter des Auswärtigen Amtes, erklärte sich bereit, mit Finnland zu verhandeln. Die Aussichten schienen günstig. Die Finnen wünschten ebenso eine Revision wie nunmehr auch die Deutschen. Während das Zollprojekt in Ressortbesprechungen in Berlin vorbereitet wurde, erkundigte sich Trautmann bei dem finnischen Gesandten, ob "Deutschland den Butterzoll etwas anheben könnte". Wuolijokis Antwort war verneinend.⁽³⁾

⁽²⁾ -Cuno Horkenbach: Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, Berlin 1931, S. 272

-Serling: S. 75, S. 506, über die Entstehung der Grünen Front: Friedrich Martin Fiederlein: Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, Diss. Würzburg 1966, S. 30 ff.

⁽³⁾ -Akten der Reichskanzlei, Bd. 11, Teil I, S. 658
-Brief Wuolijoki an UM v. 8.6.1929: UM 58 B 1 Seksa

Der Grund, weshalb die Finnen jetzt und später mit Zähigkeit um den Butterzoll kämpften, war die Sorge um die Exportmöglichkeiten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach England, da eine etwaige Absperrung des deutschen Marktes sich auch auf die Weltmarktpreise und die englischen Preise auswirken mußte. Auf den Englandexport war man angewiesen, da Finnland 1928 ebenso wie Deutschland eine landwirtschaftliche Krise erlebte.

So kam es, daß Ende Juni der Butterzoll vor den Reichstag kam und am 3.7. angenommen wurde, ohne daß vorher ein prinzipieller modus vivendi zwischen den Finnen und Deutschen bezüglich des sperrenden Vertrages entstanden war. Das neue Gesetz, das für Butter einen Zollsatz von 50,— RM festlegte, der am 1.1.1934 auf 40,— RM und ab 1.1.1936 auf 30,— RM gesenkt werden konnte, bekam nunmehr die Wirkung eines Ultimatums, da es ohne Beseitigung des Tarifs im Finnenvvertrag nicht in Kraft treten konnte. Reichswirtschaftsminister Curtius hatte Anfang Juni in einer Kabinettsitzung erklärt, daß er diesem Erziehungszoll grundsätzlich zustimme, selbst auf die Gefahr hin, daß es dieserhalb mit Finnland Schwierigkeiten geben werde. Der sozialdemokratische Kanzler, Müller, meinte, daß mit "Finnland jetzt nichts zu erreichen sei". Er lehnte die Preise verteuernenden Zollanhebungen ab. Parteigenosse Hilferding drückte sich deutlicher aus: "Deutschland habe gute Handelsverträge nur mit agrarischen Staaten. Durch Erhöhung der Agrarzölle käme Deutschland gerade mit diesen Ländern in Konflikt" ... und er hielt es für schwierig, mit Schweden und Finnland dann wieder ins Reine zu kommen.⁽⁴⁾

Das Auswärtige Amt wollte es versuchen und bekam dann nicht nur von den Finnen, sondern auch von den Schweden abschlägige Antworten. Curtius bekam angesichts dieses Widerstandes, der, wie er vermutete, auf Vereinbarungen

⁽⁴⁾ -Sering: S. 833, RGBl Teil I, 1929, S. 129
Akten der Reichskanzlei, Bd. 11, Teil I, S. 707, 710
-Mit Schweden gab es wegen der Getreidezölle Schwierigkeiten.

aller nordischen Staaten und der Randstaaten zurückzuführen war, Bedenken, daß Deutschland demnächst einer geschlossenen nordischen Front gegenüber stünde und daß die gesamte Ausfuhr in diese Länder gefährdet würde. Immerhin betrug 1928 der Ausfuhranteil in diese Staaten 11,8 %, rechnet man den Anteil derjenigen Länder, wie Holland und Polen, die auch zu den hauptsächlichlichen Butterexporteuren gehörten, kommt man auf 24,9 %. Die deutsche Industrie konnte also doch erheblich, wenn es zu Boykottbewegungen kam, geschädigt werden.⁽⁵⁾

Zunächst waren beide Seiten bereit zu verhandeln. Damit die Verhandlungen auch "nachdrücklich gefördert" würden, und die Deutschen zu einem nahen Zeitpunkt darüber im Klaren seien, ob sie den deutsch-finnischen Handelsvertrag kündigen müßten, bestand man im Auswärtigen Amt darauf, daß diese in Berlin stattfanden. Mit Schweden hatte man inzwischen kurzen Prozeß gemacht: Das Kabinett hatte Ende Juni die Kündigung beschlossen, da die schwedische Verhandlungsbereitschaft den Deutschen zu gering war. Den Finnen gegenüber wollte man sich loyaler erweisen. Wie Verhandlungsleiter Eisenlohr sich ausdrückte, hatte man den finnischen Vertrag, trotz diesbezüglichen Drucks von Schweden, nicht einfach kündigen wollen, da sich der Vertrag bisher als günstig für Deutschland erwiesen hatte, und wegen der guten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland. Zur selben Zeit erfuhr das Auswärtige Amt aus Finnland, daß Außenminister Procopé "alles tun würde", um die Kündigung zu vermeiden. In den letzten Parlamentswahlen war die bisherige Verteidigerin des Vertrages, die Bauernpartei, zur stärksten des Landes avanciert.

Vertraulich teilte Eisenlohr folgende Pläne mit: Wenn Finnland und Deutschland sich vor der nächsten Sitzungsperiode des Reichstages im September

(5) -Akten der Reichskanzlei, Bd. 11 Teil I, S. 748
-StJb 1929, S. 232 ("nordische Staaten" = mit Norwegen, das keine Butter nach Deutschland exportierte)
-Mit Polen befand sich Deutschland ohnehin schon im Zollkrieg (Maria Oertel: Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925-30, Diss. Berlin 1968, S. 240 ff.)

geeinigt hätten, wäre es möglich, doch noch einige Zugeständnisse für Molkereiprodukte zu retten, nämlich die von der "Grünen Front" ebenso beanstandete Käsezollbegünstigung, da dann der Reichstag vor vollendeten Tatsachen stünde. War man bis zum September nicht übereingekommen, bekämen die Finnen überhaupt keine landwirtschaftlichen Vergünstigungen mehr.⁽⁶⁾

Die deutsche Regierung trachtete danach, daß der neue Butterzoll möglichst bald in Kraft treten würde, damit man in Zukunft im Reichstag ihre Stellung schwächende landwirtschaftliche Zolldebatten vermeiden könnte. Was den Finnen dafür auf anderen Gebieten an Zugeständnisse gewährt würde, da wollten sich die Deutschen erst von den finnischen Vorschlägen überraschen lassen. Eines wehrte man jedoch von vornherein ab: Ein Zollzugeständnis für Sperrholz wäre keinesfalls zu erreichen, da dies von der deutschen Sperrholzindustrie als "außerordentlich nachteilig" empfunden würde.

Der Sperrhollexport war erst 1927 von Finnland nach Deutschland aufgenommen worden, indem die Finnen die durch den polnisch-deutschen Zollkrieg verursachte Marktlücke ausnutzten. Seit 1928 war Deutschland nach England der größte Abnehmer. Für das Jahr 1930 erwartete man jedoch einen Rückgang des Deutschlandgeschäfts. Daher waren im Sommer 1929 Zollsenkungsforderungen aufgetaucht.⁽⁷⁾

⁽⁶⁾ -Tg. Eisenlohr an Ges. Helsingfors 6.7.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2;
Tg. Renner an AA v. 16.7.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-Memorandum der Deutschen Ges. an UM v. 8.7.1929
-Bericht Yöntilä an UM 10.7.1929 u. 22.7.1929
Tg. Ges. Berlin an UM 19.7.1929: UM 58 B 1 Saksa
-Akten der Reichskanzlei: Bd. 11, Teil I, S. 771

⁽⁷⁾ Aufz. Gespräch Eisenlohr, Yöntilä 20.7.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-Schreiben des Finnischen Sperrholzindustrieverbandes an UM v.
30.7.1929: UM 58 B 1 Saksa

Sperrhollexport aus Finnland in Mio Fmk			
Jahr	insgesamt	davon nach Deutschland	davon nach England
1926	141,2	13,4	94,7
1927	161,5	28,9	80,3
1928	227,0	37,4	114,3
1929	288,0	27,2	160,0
1930	239,3	15,7	133,0

nach: STVK 1928, S. 130; 1929, S. 134; 1931, S. 134

Die Verhandlungsdirektiven, die der finnische Staatsrat 14.8.1929 seinen Unterhändlern, Pitkäniemi und Solitander, nach Berlin mitgab, erhielten als Preis für ein Nachgeben in der Butterzollfrage alle die seit 1926 in der Öffentlichkeit ausgesprochenen Forderungen der finnischen Holzveredelungsindustrie und zwar mit recht rigorosen Ermäßigungsvorschlägen, um hierdurch die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Der Sperrholzzoll sollte von 8,— RM auf 6,— RM gesenkt werden, derjenige von Holzpappe, von dem 1926 auf 2,50 RM ermäßigten Satz auf 1,— RM, die Zölle für Zellulose und Zeitungspapier sollten völlig gestrichen werden. Von dem seinerseits Deutschland gewährten Vergünstigungen sollten zwei fortfallen, die für Glühbirnen und die für elektrische Apparate, beides Artikel, die inzwischen in Finnland hergestellt wurden. Die finnische Glühbirnenfabrik, die u.a. von dem früheren Gesandten Jännes geleitet wurde, hatte schon Anfang 1929 eine stürmische Beschwerde im finnischen Außenministerium hinterlegt, in der die Regierung beschuldigt wurde, die einheimische Industrie den Eroberungsbestrebungen ausländischer Trusts ausgeliefert zu haben.

In der wichtigen Frage des Butterzolls waren die Finnen keineswegs bereit, in Zukunft einen Zoll von 50,— RM zu verrichten, sondern forderten die in dem Gesetz vom 3.7. auch vorgesehene gestaffelte Bindung von zunächst 32,50 RM pro 100 kg gültig bis zum Jahresende 1933 usw., bis man ab 1936 wieder beim alten ermäßigten Zollsatz von 27,50 RM angelangt wäre. Vor-sichtshalber entschloß man sich von Seiten des Handelsvertragskomitees, die mit Schweden begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen und die Deutschland zu stellenden Forderungen gegenseitig zu teilen.(8)

(8) —Verhandlungsdirektiven des Finnischen Staatsrats vom 14.8.1929 und Vollmacht an Pitkäniemi und Solitander v. 15.8.1929; Schreiben Normmäns (finnisches Handelsvertragskomitee) an UM v. 14.8.1929 mit Gutachten: UM 58 B 1 Saksa
—PM Procopés o.O. (November 1929) über die deutsch-finnischen Verhandlungen; Schreiben Jännes (Finnische Glühbirnenfabrik) an UM 19.2.1929: UM 58 B 1 Saksa
—Pitkäniemi war Direktor der größten Molkereigenossenschaft Finnlands, Valio, Solitander Syndikus des Zentralverbandes der Holzveredelungsindustrie. Beide nahmen vollkommen gegen-sätzliche Interessen in Bezug auf den Handel mit Deutschland wahr.

In der ersten Verhandlungssitzung in Berlin erklärte Ministerialdirektor Sarnow, daß die "neuerdings beschlossene Zollerhöhung ... keine unfreundliche Handlung gegen Finnland sein soll", wies aber die von Finnland verlangten Zugeständnisse entschieden zurück, da sie " in gar keinem Verhältnis zu der deutscherseits erhobenen Forderung auf Freigabe der Butter- und Rahmbindung" stehe.

In einer mehrseitigen Denkschrift führten die Finnen sämtliche Argumente an, die seit 1926 gegen den Vertrag aufgetaucht waren. Deutschland habe den Hauptgewinn von dem bisherigen Abkommen davongetragen. Sein Schiffsverkehr habe sich eines großen Teils des finnischen Auslands-Warenverkehrs angenommen und sogar sich des Personenverkehrs "bemächtigt". Den deutschen Handelsreisenden sei es gelungen, aufgrund der ihnen im Handelsabkommen gewährten Begünstigungen auf den finnischen Märkten den Vorrang für die von ihnen vertretenen Waren zu erreichen. Deutsche Industrieerzeugnisse, besonders Metallwaren und Maschinen, hätten den Absatz eigener Industrieerzeugnisse "ernstlich gefährdet" oder die Entwicklung einer einheimischen Industrie verhindert. Was die Papierindustrie anbetraf, so folgten die gleichen Argumente, wie sie Solitander 1927 geäußert hatte, auch die Drohung mit England. Die Butterzollpolitik wollte man den Deutschen ausreden. In den letzten Jahren hätte es sich als falsch erwiesen, daß durch die Zollmauer, wie die deutschen Landwirtschaftskreise 1925 hofften, sich die Preise im Inland erhöht hätten. Die Finnen warnten diese falsche Politik fortzusetzen, da es nicht möglich sei, sich in Deutschland von den Weltmarktpreisen abzusperren und diese würden bestimmt fallen, falls alle Butterländer gezwungen seien, an das zollfreie England zu verkaufen.

Die Deutschen blieben jedoch hartnäckig. Der Butterzoll würde nicht auf die 32,50 RM ermäßigt werden und die Holz- bzw. Papierzollsenkungen würden auch nicht gestattet werden, dies umso mehr als man aus sicheren Quellen wüßte, daß die finnische Papierindustrie diese ja gar nicht

wünsche.⁽⁹⁾

Das Außenministerium suchte bei Dänemark, Holland, Schweden, Estland und Lettland Unterstützung, und Wuolijoki versuchte in Berlin eine Einheitsfront der Gesandten dieser Länder zu mobilisieren. Dieses von den Deutschen befürchtete kollektive Vorgehen kam jedoch nicht gleich in dem Ausmaße zustande, wie die Finnen es hofften. Am aktivsten wurden die Länder, deren Position Deutschland gegenüber am schwächsten war, Estland und Lettland. Sie unternahmen Demarchen im Auswärtigen Amt. Schweden war grundsätzlich bereit, die finnischen Forderungen vorzubringen, jedoch erst im Zusammenhang mit den eigenen Verhandlungen. Ebensowenig wollte Dänemark sich zu offensichtlich für die Finnen einsetzen, obwohl ja eigentlich gerade Dänemarks Interessen auf dem Spiel standen. Der andere Hauptbutterlieferant, die Niederlande, wollte auch abwarten und die Finnen erst einmal alleine kämpfen lassen.⁽¹⁰⁾

Das der Partei des Ernährungsministers, Dietrich, nahestehende "Berliner Tageblatt" nahm für die Finnen Stellung. Es sei "schmerzlich zu sehen, wie wir durch unsere verfahrenere Handelspolitik gerade in den Ländern, mit denen wir bisher stark aufwärts strebenden wirtschaftlichen und kulturellen Verkehr pflegten, immer mehr an Raum und nicht nur in wirtschaftlicher Beziehung verlieren". Außerdem desavouiere Deutschland seine im Völkerbund vorgetragenen Prinzipien.

-
- (9) -Aufz. deutsch-finnische Handelsvertragsverhandlungen vom 22.8.1929 (1. Sitzung) mit Anlage: PM der finnischen Delegation vom 22.8.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
Bericht Wuolijokis an UM v. 28.8.1929; UM 58 B 1 Saksa
-über den Schiffsverkehr bgl.: "Berliner Börsen Zeitung" 10.10.1929, Sonderbeilage: "Deutschlands Handel und Schifffahrt mit Finnland". Dort heißt es, daß 1928 mehr als 30 % des gesamten finnischen Außenhandels über deutsche Schiffe, 17 % über finnische Schiffe ging.
-Sering: S. 75 f.
-über die Papierindustrie S. 95 dieser Arbeit

- (10) -Briefe Wuolijokis an UM v. 3.9., 20.9., 26.9., 27.9., 10.10. und 27.10. und Tg. 6.9.1929; Brief Kallios (stellvertretender finnischer Außenminister) an die Gesandtschaften in Stockholm, Tallinn und Kopenhagen 6.9.1929; Brief Setälä (Ges. Kopenhagen) an UM v. 11.9.29; Brief Borenus (Ges. Stockholm) an UM v. 17.9.29; Brief Groswald (Gesandter Lettlands in Helsinki) an Procopé 16.9.1929 UM 58 B 1 Saksa

Die Gegenstimmen überwogen jedoch bei weitem, Anfang September publizierten die Führer der landwirtschaftlichen Vereine, Hermes, Schiele, Fehr, in ihrer Presse ein Schreiben an die Regierung, in dem die sofortige Kündigung des Finnenvtrages verlangt wurde.⁽¹¹⁾

Ende September, als der Reichstag wieder tagte und das im Sommer gestellte Ultimatum an sich abgelaufen war, wurde noch immer an Verhandlungen festgehalten. Das Auswärtige Amt gab ein Stück nach, es bat um eine Kabinettsentscheidung, ob man den Finnen einen Butterzollsatz von 40,— RM mit später folgender Degression bis 1935 zugestehen könne und bekam positiven Bescheid.

Man hoffte, indem man der einen Hälfte der Kontrahenten nämlich dem Molkererevertreter, Pitkänemi, entgegenkam, die andere Hälfte, vertreten durch Solitander, von ihren "unerfüllbaren" Forderungen abzubringen. Jedoch ging die Rechnung nicht auf, da Pitkänemi dieses Angebot nicht akzeptierte und das deutsche Kabinett eine noch weitere Herabsetzung ablehnte.

An sich erwartete man im Auswärtigen Amt nunmehr, daß die Finnen die Verhandlungen abbrechen würden, aber es geschah nichts dergleichen. Dafür war Ernährungsminister Dietrich nun zur Kündigung bereit, er hätte die volle Unterstützung der Deutschnationalen, falls nicht "gesetzlich Vereinbarungen" zustande kämen. Das Auswärtige Amt zögerte auf Kollisionskurs mit den Finnen zu gehen, einerseits wegen der erwünschten "guten Beziehungen" zu Finnland, andererseits, weil man in diesem Fall sich den Forderungen deutscher Industrieller, die nach Finnland exportierten, ausgesetzt sah.⁽¹²⁾

(11) -"Berliner Tageblatt" 22.8.1929: "Butterzoll gegen Papierzoll" dahingegen verlangte die Hermes usw. nahestehende "Germania" 8.9. und 10.9.1929 die Kündigung

(12) -Aufz. Köpke an Staatssekretär der Reichskanzlei (Kabinettsvorlage) vom 21.9.1929, Auszug der Ministerbesprechung vom 28.9.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-Vermerk über die Sitzung des 7. Ausschusses des Reichstages vom 1.10.1929: BA Reichskanzlei, Handel 4 Fi Bd. 1
-Bericht Wuolijokis an UM 1.10. u. 11.10.1929: UM 58 B 1 Saksa
-Akten der Reichskanzlei, Bd. 11, Teil II, S. 968

Bei den Papierzöllen hatten die Deutschen nur geringfügig nachgegeben, Zellulose und Pappe sollten um -,25 RM ermäßigt werden, sowie Zeitungspapier um 1,— RM, Sperrholz, wie zu erwarten war, überhaupt nicht. Das Reichswirtschaftsministerium hatte sich schon gegen diese geringe Ermäßigung des Zeitungspapierzolls gewehrt, da es für einen Teil der veralteten Fabriken dieses Industriezweiges in Deutschland eine Schließung bedeuten würde. Zwar waren die Anträge der Finnen nicht in erster Linie deshalb gestellt worden, um auf den deutschen Markt einzudringen, sondern um die deutsche Druckpapierindustrie auf dem Weltmarkt zu schwächen.

Bezüglich der Zellulose und des Papiers hatte sich die DVP und der Reichsverband der deutschen Industrie dafür eingesetzt, daß der Zollschutz unbedingt bestehen bleibe. Da Wuolijoki diese Zugeständnisse für recht beträchtlich hielt, schlug er seiner Regierung vor, auf dieser Grundlage abzuschließen.⁽¹³⁾

In Finnland betrachtete sich die Regierung jedoch in einer stärkeren Position und wollte noch nicht nachgeben. Anfang November wurden dem finnischen Parlament zwei Zollerhöhungen vorgelegt über Textilien und landwirtschaftliche Produkte. Bezüglich der Landwirtschaft war in Finnland genau das Gleiche geschehen wie in Deutschland. Die Preise begannen zu sinken und man wußte auch wie die Deutschen kein anderes Rezept, als Schutzzölle für Roggen usw. einzuführen. Wuolijoki bekam neue Direktiven aus Helsinki. Der Butterzoll müsse auf die niedrigsten, gesetzlich möglichen Beträge, d.h. u.a. auf 10 Jahre gebunden werden, außerdem der Druckpapierzoll noch um 1,— weitere RM ermäßigt werden.⁽¹⁴⁾

(13) -Protokollauszug der Sitzung des Reichsministeriums vom 2.11.1929: BA Reichskanzlei, Handel 4 Fi Bd. 1
-Briefe Wuolijokis an UM vom 4.6.1929: UM 58 B 1 Saksa

(14) -Akten der Reichskanzlei Bd. 11, Teil II, S. 1097 f.
-Instruktionen des Staatsrats für die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland vom 13.11.1929,
-Protokollauszug vom 18.11.1929:UMC

Wuolijoki bekam am 16.11. von der deutschen Delegation den Bescheid, daß keine neuen Zugeständnisse mehr möglich wären. Samow versuchte jedoch einzelne Minister des Kabinetts vom Beschluß des 2.11. abzubringen, der damals nur auf Mehrheitsbasis zustande gekommen war. Inzwischen sah es so aus, daß durch die finnischen Zollerhöhungen, zu denen auch ein Papierholzausfuhrzoll gehörte, sowohl deutsche Ausfuhr- als auch Einfuhrinteressen geschädigt würden. Der finnische Industrieverband forderte seine Mitglieder auf, sich schon auf die Kündigung und einen Zollkrieg vorzubereiten. Außerdem könne man ja nunmehr aus England seine Waren beziehen.

Da der finnische Papierholzzoll eine der Rohstoffquellen der deutschen Papierindustrie zu stopfen drohte, war sie eher bereit nachzugeben. Man hatte schon am 2.11.1929 äußerstenfalls eine Ermäßigung des deutschen Druckpapiers auf 4,50 RM in Aussicht gestellt. Erstaunlicherweise brauchte man jetzt nicht mehr hiervon Gebrauch zu machen; die Finnen gaben sich mit einem 5,— RM Zoll zufrieden.⁽¹⁵⁾

Der Grund der finnischen Forderungen vom 14.11. war einzig gewesen, die Verhandlungen hinauszuzögern und dies gelang allein mit der Butterzollfrage zur Genüge. Die finnische Papierindustrie hatte Procopé Anfang November informiert, daß mit der deutschen ein Abkommen vorbereitet würde, das den Wettbewerb auf den Exportmärkten regeln sollte. Diese "Vereinbarung zwischen Finnland und Deutschland betreffend Zollfragen und Länderschutz" kam am 22.-23.11.1929 in Berlin zustande. Bedingung für das Inkrafttreten sollten die im Handelsvertrag festzusetzenden Zölle von Druckpapier auf 5,— RM und Zellstoff auf 1,50 RM sein und daß Schweden wie Norwegen das Abkommen ratifizieren sollten. Die Deutschen, vertreten

(15) -Bericht Wuolijokis an UM 16.11.1929: UM 58 B 1 Saksa
-Aufz. deutsch-finnische Handelsvertragsverhandlungen
v. 14.11.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2; Bericht Renners an
AA v. 31.10.1929: AA Fi Pol 3 England; Akten der Reichs-
kanzlei Bd. 11, Teil II, S. 1097

durch den Verein Deutscher Papierfabrikanten und den Verband Deutscher Druckpapierfabrikanten, verpflichteten sich bis 1933 ihre Erzeugung in gewissen Grenzen zu halten, ihren Export nach Rußland zu reduzieren, sowie kein Zeitungsdruckpapier bestimmter Sorte nach Finnland zu liefern, wobei dies Finnland entsprechend auch Deutschland gegenüber unterlassen sollte. ⁽¹⁶⁾

In der letzten Kabinettsitzung über den deutsch-finnischen Vertrag war nur noch Reichsernährungsminister Dietrich entschieden gegen die nunmehr verhandelte Bindung des Butterzolls auf 8 Jahre, wobei der Zoll zunächst 50,— RM, ab 1.1.1934 40,— RM usw. betragen sollte. Der Handelspolitische Ausschuß befürwortete jedoch diese Lösung, ebenso Hilferding und Wissell, der den Finnenvertrag für die deutsche Wirtschaft als "immerhin von nicht unerheblicher Bedeutung" betrachtete. Sogar Curtius, der sich bisher bremsend wegen der deutschen Papierindustrieeinteressen gezeigt hatte, sah wieder die Gefahren einer nordischen Frontbildung gegen Deutschland. Mit der 14. Sitzungsrunde am 25.11. wurde ein Zusatzabkommen zu dem 1926-Vertrag unterzeichnet. ⁽¹⁷⁾

(16) —PM Procopés "Über die letzten Phasen der deutsch-finnischen Handelsvertragsverhandlungen" o.D. (November 1929) Sammlung Procopé 26; — Zu dem Gebietsabkommen: Aufz. Curtius v. 23.10.29: AA BÜ Rm 34 F1 1
— Schreiben des finnischen Papierindustrieverbandes v. 29.6.1929 an UM; Vertrag vom 22/23.11.1929: UM 58 B 1 Saksa
— Juva: S. 408, 410 f.

(17) — Akten der Reichskanzlei, Bd. 11, Teil II, S. 1154 ff.
— Das Zusatzabkommen ist abgedruckt in: AGBI Teil II 1930, S. 993 ff.

3. 3. Der deutsch=finnische Handelsvertrag und die deutschen
landwirtschaftlichen Zollerhöhungen

3. 3. 1. Privatverträge zur Umgehung der Meistbegünstigung

Es waren hauptsächlich die SPD und die DDP im Kabinett, die mit dem Finnenvertrag gegen die Landwirtschaftspolitik der Rechten auftreten wollten, auch wenn er in der jetzigen Form zugunsten Finnlands abgeschlossen war. Man hielt die eilige Ratifizierung für so wichtig, daß man sich in einem unveröffentlichten Schreiben vom Gesandten Wuolijoki zusichern ließ, daß, falls die Finnen nicht bis Ende Dezember ratifiziert hätten, der gesamte Vertrag von 1926 und 1929 automatisch gekündigt sei. Die deutsche Ratifikation hielt man dahingegen für gesichert. Am 13. Dezember passierte das Abkommen den deutschen Reichsrat. Der Gesandte Bayerns, Preger, verlangte, daß das Zusatzabkommen verworfen würde. Ebenso begann im Handelspolitischen Ausschuß der Widerstand insbesondere wegen des Käsezolls zu wachsen. Der Präsident des deutschen Landwirtschaftsrates, Brandes, adressierte am 18. Dezember 1929 einen Appell an den Reichskanzler, in dem er "schwerste Bedenken" gegen das deutsch=finnische Abkommen anführte und die Hebung der deutschen Molkereiwirtschaft für unmöglich hielt, wenn für Käse keine Schutzmaßnahmen getroffen würden. Die lange Frist des Vertrages sei daher gänzlich unannehmbar.

Inzwischen hatten auch die Papier- und Holzindustriellenverbände protestiert. So kam es, daß am 20.12. die Reichsregierung bei den Finnen um Aufschub der Ratifizierung bitten mußte. Da sie es war, die eine ultimative Frist gestellt hatte, entband sie nun großzügig die finnische Regierung bis Januar 1930 von ihrer Ratifikationsverpflichtung, da man gehört hatte, daß "die überstürzte Durchbringung des Abkommens im finnischen Reichstage Procopé unangenehm" sei.⁽¹⁾ Dies entsprach auch tatsächlich der

(1) -Brief Wuolijokis an Procopé vom 27.11.1929: Sammlung Procopé 10
-PM Procopés o.D. (November 1929): Sammlung Procopé 25
-Schreiben Sarnow an Wuolijoki v. 25.11.1929: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-Tg. Yöntilä 19.12.1929 u. Bericht v. 18.12.1929 an UM:
UM 58 B 1 Saksa
-Schreiben Brandes an Reichskanzler Müller v. 18.12.1929
BA Reichskanzlei, Handel 4 F, Bd. 1
-Verbalnote der Deutschen Ges. Helsinki an UM 20.12.29

Lage Procopés, aber es war ihm schon am gleichen Tag gelungen, die Ratifikation des Parlaments mit Hilfe der außerhalb der Regierung stehenden Sozialdemokraten, und bei nur 30 Gegenstimmen, zu erhalten. Die stärkste Gegenstimme war aus den Reihen der Bauernpartei gekommen, der Partei, die früher den Vertrag mit Deutschland durchgesetzt hatte und in der jetzigen Regierung die Mehrheit bildete. Der Abgeordnete Ikola schlug eine Vertagung des Zusatzabkommens vor, es wäre Finnlands Volkswirtschaft dienlicher, das gesamte Handelsvertragsverhältnis mit Deutschland zu überprüfen, um eine wirkliche Reziprozität zu erreichen. Bisher sei der Handel "sehr einseitig" zu Deutschlands Gunsten gegangen, zumal die von dort verkauften Waren minderwertig wären. Das, was jetzt bezüglich des Butterzolls erreicht wäre, hätte man auch ohne Vertrag haben können, dafür seien Deutschland nur noch weitere Zugeständnisse gewährt worden, wie z.B. die Freigabe des Kleiezolls, was "indirekt unsere ganze Landwirtschaft erschüttern" würde.⁽²⁾

Im Auswärtigen Amt wurde den Finnen noch Weihnachten 1929 versichert, daß der Vertrag in Deutschland nicht gefährdet sei. In Wirklichkeit war es nur eine Frage der Zeit, bis sich die Bayern vor aller Öffentlichkeit beschweren würden.

Zum Januar 1930 waren die Butterpreise wieder "katastrophal gefallen" und Ernährungsminister Dietrich legte "größten Wert auf baldigstes Inkrafttreten des Zusatzabkommens mit Finnland", da ja immer noch zum alten Zollsatz importiert wurde. Dies war der gleiche Grund, weshalb Teile der finnischen Bauernpartei den Vertrag eben nicht so bald in Kraft gesetzt haben wollten.

Am 23. Januar 1930 gab WTB bekannt, daß der Grüne Ausschuß des bayrischen Landtages in dem bis zum 1.10.1935 gebundenen Käsezoll "eine schwere Bedrohung der bayrischen Milchwirtschaft" sehe. Die Reichstagsabgeordneten

⁽²⁾ -EK 2, Valtiopäivät 1929, Pöytäkirjat S. 1845 ff.

wurden ersucht, sich "mit allen Kräften gegen dieses Abkommen zu wehren und es abzulehnen". Den Tag zuvor hatte der bayrische Staatsminister für Landwirtschaft und BVP-Abgeordnete, Fehr, in München eine scharfe Rede gegen das Abkommen gehalten.⁽³⁾ Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages fand sich die BVP mit der DNVP zusammen. Ihr Abgeordneter und früherer Ernährungsminister, Schiele, hatte in Belzig, vor Landwirtschaftsvertretern neue Verhandlungen mit Finnland oder andernfalls eine Kündigung verlangt. Im Handelspolitischen Ausschuß warf er der Regierung vor, daß sie gegen den Willen des Reichstages gehandelt habe, als sie im Vertrag den Käsezoll für fünf Jahre festlegte, denn schon mit dem Buttergesetz hätte der Reichstag eine Resolution angenommen, in der von der Regierung eine Anpassung des Käsezolls an den Butterzoll verlangt wurde. Diese Forderung hätte das Auswärtige Amt in seiner "diktatorischen Art" einfach übergangen.

Den DVP-Ministern Curtius und Moldenhauer wurde in der Presse vorgeworfen, gegen die bäuerlichen Interessen gehandelt zu haben. Die Regierung müsse "den Mut zur Kündigung haben". "Nicht auf internationale Gepflogenheiten, sondern auf nationale Interessen ... habe die Regierung ihr Augenmerk zu richten." In der Ausschußsitzung wurde von der DVP entgegnet, falls große industrielle Interessen auf dem Spiel stünden, so müsse die Landwirtschaft zurücktreten und diese industriellen Interessen wären angesichts der "geschlossenen Front der nordischen Länder" gefährdet.⁽⁴⁾

Auch Ernährungsminister Dietrich von der DDP hielt, wie er dem finnischen Gesandten, Wuolijoki, andeutete, die deutsche Zollpolitik für einen Irrtum.

(3) -Aufz. Gespräch v. Schubert, Wuolijoki v. 24.12.1929
Bericht Windel (AA) an Ritter vom 14.1.1930,
Aktenvermerk des Handelspolitischen Ausschusses vom
29.1.1930:
AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-W.T.B. 23.1.1930, "Münchener Neueste Nachrichten"
26.1.1930

(4) -Bericht Wuolijokis an UM 28.1.1930 und 1.2.1930:
UM 58 B 1 Saksa
-"Deutsche Tageszeitung" 30.1.1930 "Deutsche Volkspartei
gegen bäuerliche Interessen. Kampf um den finnischen
Handelsvertrag"
-Vermerk über die Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses
am 29.1.1930: BA: Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1

Er wolle es versuchen, sie in eine andere Richtung zu lenken. Aus Argentinien und den USA würden für mehrere Millionen RM Waren eingeführt und dennoch könne Deutschland seine Industrieprodukte dort nicht absetzen. Es wäre viel lohnender, die Handelsbeziehungen mit den nordischen Ländern und dem übrigen Europa zu bessern; ihre Produkte, hauptsächlich landwirtschaftliche Waren, zu kaufen und dorthin Industrieerzeugnisse zu verkaufen. Dietrichs späteres Verhalten zeigte jedoch, daß dies mehr eine theoretische Überlegung als praktikable Politik war.

Entscheidend für die Vertragsratifikation war die Haltung der SPD und die des Zentrums. Katholische Kreise in Bayern waren zwar gegen den Vertrag, jedoch wollte das Zentrum als Regierungspartei nicht ihrethalber die Koalition in Berlin gefährden. Müller versicherte im Namen der SPD noch Ende Januar zu Wuolijoki - allerdings inoffiziell - daß er dafür einstehe, daß der Vertrag durch den Reichstag komme. Da das Zentrum sich nicht festlegen wollte, mußte die Abstimmung schon innerhalb des Handelspolitischen Ausschusses verschoben werden,⁽⁵⁾ wobei dann auch bald ohne Abstimmung feststand, daß die notwendige Ratifikationsmehrheit im Reichstag nicht vorhanden war.

Daraufhin telegraphierte Curtius nach Helsinki und ließ vorführen, ob die Position 135, die den Käsezoll regelte, nicht "nachträglich noch abzuändern" sei. Sein Argument war: Wenn die ausländische Käsekonkurrenz weiß, daß der Zoll während der nächsten fünf Jahre unverändert bleibt, wird sich das Ausland von der Buttererzeugung auf die Käseerzeugung umstellen und der deutschen Käseerzeugung eine umso stärkere Konkurrenz bereiten. Allerdings war der Käsezoll auch in anderen Verträgen gebunden, was bei Butter nicht der Fall gewesen war. Diese Länder, die Schweiz, die Niederlande und

(5) -Bericht Wuolijokis an UM 28.1. u. 31.1.1930: UM 58 B 1 Saksa
-Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei v. 6.2.1930:
BA: Reichskanzlei Ha 4 F1 Bd. 1

Dänemark waren die vorwiegenden Käselieferanten Deutschlands, Finnland stand erst an vierter Stelle der Einfuhrstatistik. Das Festhalten der Bayern gerade beim Finnenvvertrag war inzwischen zu einer Prestigefrage hochgespielt worden, wobei die Tatsache, der anderweitigen Bindungen zunächst vollkommen außer Acht gelassen wurde. Im Grunde genommen ging es der BVP und der DNVP gar nicht um den Käsezoll, sondern um die Sprengung der Regierungskoalition. So wies Curtius die Finnen darauf hin, daß, wenn auch die Käsebindung aus dem Vertrag mit Finnland entfernt sei, so genieße Finnland dennoch im Wege der Meistbegünstigung die gleichgroßen vertraglichen Zollherabsetzungen der anderen Länder.

Weder Procopé noch die übrigen finnischen Regierungsmitglieder konnten sich mit Curtius "dringender Bitte" einverstanden erklären. Procopé hielt es "für besonders ernst", falls der Vertrag in seiner jetzigen Form nicht in Deutschland gutgeheißen würde und warnte vor den politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Für das Auswärtige Amt war die durch einen solchen Änderungsantrag automatisch eintretende Schwächung der Stellung Procopés an sich gar nicht willkommen. Er war der Träger der finnischen Außenpolitik, der am meisten den deutschen Interesse entsprach, im Völkerbund Differenzen mit Deutschland vermied und sich nicht auf eine Randstaatenpolitik einließ.⁽⁶⁾

Curtius sah dann keine andere Möglichkeit, als in Berlin zu verlangen, daß "die Reichsregierung sich für den deutsch-finnischen Handelsvertrag in seiner jetzigen Form in aller Entschiedenheit einsetzen müsse". Auch Reichswirtschaftsminister Schmidt (SPD) hatte aus Anlaß der Schwierigkeiten den Vertrag dem Reichstag vorzulegen, die von der DNVP angeregte Linie der Zoll- und Handelspolitik für zukünftige "allerschwerste Erschütterungen

⁽⁶⁾ -Tg. Curtius an Renner 31.1.1930 AA: Ha-Pol Ri Fi Bd. 2
-Tg. Wuolijoki an UM 1.2.1930 und Antwort v. 3.2.1930:
UM 58 B 1 Saksa
-Aufz. Gespräch Procopé, Renner v. 29.1.1930; Aufz.
Procopé v. 1.2.1930; Sammlung Procopé 26
-Tg. Renners vom 1.2.1930 u. 2.3.1930: AA Bü Am 34 Fi Bd. 2

des handelspolitischen Verhältnisses Deutschland gegenüber dem gesamten Ausland" verantwortlich gemacht.

Für einige Zeit ging die Finnenvvertragkontroverse in den Young-Plan-Debatten unter, obwohl auch hier die Regierung mit der gleichen Opposition zu kämpfen hatte. Im März 1930 streckte Reichsminister Dietrich die Waffen: es könne mit einer unveränderten Annahme des Abkommens mit Finnland im Reichstag nicht mehr gerechnet werden, es sei "keine Möglichkeit weiterzukommen", wenn nicht die Regierung sich entweder zu neuen Verhandlungen mit Finnland bereitfände, um den Käsezoll zu beseitigen, oder wenn dies nicht möglich wäre, sich zum Kündigen entschließe.⁽⁷⁾

Die Reichsregierung konnte sich, wie in vielen Fragen dieser Tage, auch in dieser nicht einigen. Ministerialdirektor Ritter, Wirtschaftsreferent des Auswärtigen Amtes, malte die Möglichkeiten eines Zollkrieges bei Kündigung aus. Minister Schmidt brachte "schwere Bedenken gegen die Kündigung" hervor, da die Industrie nicht das Handelsvertragssystem gefährdet sehen wollte. Müller, Dietrich und der Chef des Auswärtigen Amtes, Curtius, wußten keinen anderen Rat mehr, als das Parlament entscheiden zu lassen, mit anderen Worten, sich von dort die Kündigung zu holen.⁽⁸⁾

Inzwischen wurde in Genf die Zollfriedenskonferenz vorbereitet, wobei der Finnenvvertrag die deutsche Delegation in eine heikle Lage brachte. Im Herbst 1929 war in einem vorbereitenden Ausschuß beschlossen worden, daß "bereits gezeichnete, aber noch nicht in Kraft getretene Handelsverträge als bereits in Kraft befindlich gelten sollten". Dennoch meinte die Regierung der Delegation die Instruktion zumuten zu können, daß bei der Formulierung des Genfer Abkommens Deutschland sich nicht auf den Vertrag mit Finnland festlegen könne.

[7] -Vermerk des Staatssekretärs in der Reichskanzlei vom 7.2.1930, BA Reichskanzlei: Ha 4 Fi. Bd. 1
-Akten der Reichskanzlei Bd. 11, Teil II, S. 1444
-Schreiben Dietrichs an Staatssekretär in der Reichskanzlei v. 6.3.1930: AA Ha-Pol Ri Fi Bd. 2

[8] -Akten der Reichskanzlei, Bd 11, Teil II, S. 1549

Die deutschen Unterhändler in Genf meldeten jedoch, daß eine solche Ausnahme die Konferenz sprengen würde. Schmidt rief aus Genf an, daß der Vertrag keinesfalls gekündigt werden dürfte, da damit in Genf "eine unerträgliche Situation" entstünde. Die Lösung, die Staatssekretär v. Trendelenburg vorschlug, das Genfer Abkommen kurzerhand abzulehnen, wollte man dann doch nicht vor der internationalen Öffentlichkeit verantworten. Es war klar, daß Deutschlands Kredit im Ausland, sein Export, empfindlich geschädigt würden, falls man sich in Genf zu protektionistisch gebärden würde. Da Dietrich es für ausgeschlossen hielt, daß die Regierung den Reichstag hinsichtlich des alten Vertrages mit Finnland über den Umweg über Genf binde, wurde im Kabinett abgestimmt, mit dem Ergebnis, daß das Kabinett die Vorbehalte für Genf fallen ließ.

Das Genfer Ergebnis war ein Abkommen, das die Verlängerung der bestehenden Handelsverträge bis 1.4.1931 und Garantien für eine Tarifstabilisierung enthielt. Die deutsche Delegation unterschrieb diese Vereinbarung am 24.3., jedoch nicht ohne, daß gerade in Hinblick auf deutsche Belange beschlossen war, beabsichtigte Zollerhöhungen oder die Neueinführung von Schutzzöllen den anderen Vertragsstaaten möglichst zwanzig Tage vorher oder zumindest gleichzeitig bekanntzugeben, um Verhandlungen zu ermöglichen. Hierdurch war das allgemeine Abkommen schon bedeutend abgeschwächt und außerdem konnte man auch hier mit einer Ratifikationsverzögerung operieren.⁽⁹⁾

Einige Tage vor dem Sturz des Kabinetts Müller brachte die Treviranus-Gruppe, sowie die von Schiele angeführte Teilgruppe der Deutschnationalen

⁽⁹⁾ -Akten der Reichskanzlei Bd. 11, Teil II, S. 1566, 1577 f., 1589

-Aufz. Eisenlohr vom 31.3.1930; AA Bü Am 34 Fi Bd. 2

-über die Genfer Zollfriedenskonferenz:

Albert Dufour-Feronce: Der Völkerbund im Jahre 1929
in: Jahrbuch für Auswärtige Politik 1930, S. 131 ff.

Bruno Engel: Die Meistbegünstigungsklausel auf den
internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit,
Diss. Würzburg 1935, S. 81 ff.

einen Antrag im Reichstag ein, nach dem neue Verhandlungen mit Finnland beschlossen werden sollten. Schiele und Treviranus, die dann beide in das Kabinett Brüning eintraten, waren plötzlich versöhnlicher geworden. Inzwischen waren die betroffenen Industrie- und Landwirtschaftskreise übereingekommen, zunächst gemeinschaftlich auf inoffizieller Ebene in Finnland zu verhandeln, um durch Abnahmegarantien gewisser agrarischer Waren ein Nachgeben der finnischen Regierung in der Grundsatzfrage der Käsezollbindung herbeizuführen. Dem Reichsverband der Deutschen Industrie war daran gelegen, endlich eine Lösung zu finden, da die Ratifizierungsverzögerung Deutschlands in Finnland "bereits ungünstige Wirkungen für die deutsche Einfuhr" gehabt hatte, es waren sogar Boykottmaßnahmen vorgekommen. Der zweite Ausschuß des Reichstages (für auswärtige Angelegenheiten) erklärte am 9. April sich in seiner Mehrheit mit der Annahme des Zusatzabkommens in seiner jetzigen Form einverstanden, da man ihn für "politisch erwünscht" bezeichnete.⁽¹⁰⁾

Im April 1930 fuhren Vertreter der deutschen Molkereiwirtschaft unter Leitung des Direktors des Deutschen Molkereiverbandes, v. Arnim, nach Helsinki, um die Käsezollbindung durch einen fünfjährigen Privatvertrag mit einer Käsekontingentmenge zu einem festgesetzten Preis zu ersetzen. Man war bereit, Finnland alle die im Zusatzvertrag festgelegten Vergünstigungen zu belassen, auch hinsichtlich des Käsezolls. Nur wollte man diese Frage jetzt in der Form erledigt haben, daß keine anderen Länder über die Meistbegünstigung diesen Vorteil ausnutzen könnten. Dieser Plan stammte von dem ehemaligen Ernährungsminister und jetzigen Mitglied mehrerer landwirtschaftlicher Organisationen, Hermes, wobei allerdings unklar blieb, auf welche Weise man die anderen Käseimporteure abzufinden gedachte. Das Auswärtige Amt bestritt der finnischen Gesandtschaft gegenüber jede Beteiligung der Regierung an diesem Plan, aber es ist unwahrscheinlich,

(10) -Vermerk des Staatssekretärs der Reichskanzlei
21.3.1930, 10.4. u. 28.3.1930: BA Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1
-Bericht Wuolijoki an UM 9.4.1930: UM 58 B 1 Saksa
-Antrag Treviranus, Schiele usw. in: Verhandlungen
des Reichstages, Stenogr. Berichte Bd. 440 Nr. 1848/49
Der Antrag blieb unerledigt.

daß nicht zumindest Schiele Bescheid gehabt und seine Zustimmung erteilt hätte.

Pitkämäki, an den sich die Finnlandreisenden richteten, konnte nicht ohne Rückhalt seiner Regierung etwas unternehmen, zumal er ja 1929 offizieller Unterhändler gewesen war. Die finnische Regierung ließ durch ihn bestellen, daß erst nach Ratifikation des im November unterzeichneten Zusatzabkommens mit den deutschen Molkereivertretern verhandelt würde. Die Deutschen fuhren unverrichteter Dinge wieder nach Hause. Sie bedauerten, daß die Verhandlungen von "politischen Voraussetzungen abhängig gemacht" worden wären. In der finnischen Öffentlichkeit hatte diese obskure Aktion einen "denkbar ungünstigen Eindruck" gemacht. Das der deutschen Handelsvertragspolitik noch nie recht gesonnene Organ der Fortschrittspartei "Helsingin Sanomat" sah in der Handlungsweise der deutschen Landwirtschaftsvertreter eine gewollte Provokation, und tatsächlich betrachteten diese - wie das Auswärtige Amt intern erfuhr - die Unnachgiebigkeit der Finnen als Erfolg für ihre Zwecke, da "Deutschland nunmehr aller moralischen Verpflichtungen zu einer Ratifikation entbunden" sei. Schiele bedankte sich für das Erreichte und hielt es für "Kündigungszwecke wertvoll und brauchbar". Obwohl das Auswärtige Amt gewünscht hatte, daß die Aktion der deutschen Molkereivertreter geheim bliebe, hatten diese gerade durch das der "Helsingin Sanomat" gewährte Interview das Gegenteil bewirkt. In Deutschland startete Arnim eine Pressekampagne gegen den Finnenvvertrag und das Genfer Abkommen.⁽¹¹⁾

Vor seiner Reise nach Genf Anfang Mai 1930 besprach Curtius mit Brüning, Dietrich und Schiele sein dortiges Auftreten. Man kam überein, daß er auf der Ratstagung keine Erklärungen abgeben würde, die auf eine Annahme oder

(11) -Tg. Yöntilä an UM 14.4.1930 sowie Brief v. 16.4.1930
Brief Schindler & Co. an Pitkämäki vom 27.4.1930
und Brief Pitkämäki an v. Arnim-Mellenau vom 28.4.
UM 58 B 1 Saksa
-Aufz. Meynen (AA) vom 3.5.1930: AA BÜ Rm 34 Fi Bd. 2
-Aufz. Renner vom 13.5.1930: BA: Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1
-"Helsingin Sanomat" 24.4.1930: "Deutsche Handelsvertrags-
politik"

Ablehnung der Genfer Märzvereinbarungen schließen lasse, und somit auch des Vertrages mit Finnland. Curtius beabsichtigte in Genf auf Procopé einzuwirken, um amtliche Verhandlungen vor der Behandlung des Abkommens im Reichstag zu erreichen. Dies gelang ihm jedoch nicht. Procopé, der einen Handelskrieg vermeiden wollte und vor allem eine Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland, fragte immerhin noch einmal bei seiner Regierung in Helsinki an, ob Curtius Vorschlag akzeptabel wäre. Die Regierung in Finnland war nach wie zuvor nur bereit zu Verhandlungen nach einer deutschen Ratifikation.

Zwar hatte man im deutschen Kabinett auch diese Lösung erörtert, wollte jedoch, wenn es um irgendeinen Preis möglich wäre, sie als prestigemindernd vermeiden. Da man in der Genfer Atmosphäre offenbar nicht weiterkam, wurde Procopé nach Berlin eingeladen, um persönlich mit Schiele sprechen zu können. Und in Berlin kam man dann überein, es noch einmal vermittels der gleichen Schleichwege, wie man sie im April in Helsinki erfolglos unternommen hatte, zu versuchen. Procopé war bereit, und seine später informierte Regierung ebenso, den Käseexport über ein Privatabkommen gegen einige kleinere industrielle Zugeständnisse zu regeln und in der Hoffnung, daß währenddessen das Zusatzabkommen ratifiziert würde. Schiele schlug allerdings noch ein gleichartiges Abkommen bezüglich Butter vor, was sowohl Procopé als auch Curtius verwarfen.⁽¹²⁾

Inzwischen hatte der Reichstag noch einmal zwei Vorlagen erhalten, in denen die sofortige Kündigung verlangt wurde. Arnims Öffentlichkeitsarbeit zeigte erhebliche Erfolge. Der Deutsche Landwirtschaftsrat, sächsische Landwirtschaftskammern, Rheinische, Württembergische Verbände, richteten an Brüning Proteste gegen das Zusatzabkommen sowie ihre Forderungen der

[¹² -Vermerk vom 7.5. u. 8.5.1930; Tg. Curtius (Genf) an
AA vom 13.5.1930, 16.5.1930: BA Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1
-Aufz. Gespräch Meynen, Schiele 7.6.1930: AA Bü Rm 34 Fi Bd. 2
-Aufz. Gespräch Procopé, Curtius und Schiele v. 17.5.30
-geheimes PM über die Unterredungen mit Curtius und Schiele
vom 21.5.1930: UM 58 B 1 Saksa

unmittelbaren Kündigung. Der bayerische Ministerpräsident, Held, verlangte von Brüning im Namen seiner Regierung eine "möglichst rasche Kündigung", da ja die Privatverhandlungen gescheitert seien.⁽¹³⁾

Die finnische Regierung schickte Anfang Juni Pitkäniemi wieder auf die Reise nach Berlin, wo er nur im Interesse finnischer Käseexporteure verhandeln und ein öffentliches Auftreten vermeiden sollte. Da man in Finnland die Kündigungs- und Ratifikationskapriolen der Deutschen als reine Prestigeangelegenheit ansah und aus diesem Grund auch den Genfer Zollfrieden für "moralisch" bindend betrachtete, glaubte man die volle Kompensation für die Handelsvertragszugeständnisse zuzüglich einiger neuer Vorteile durchaus erlangen zu können.

Es kam dann, wie es wohl nicht anders zu erwarten war, daß die deutschen Unterhändler auch die Butterfrage aufrollten, und Procopé insofern nachgab, daß er Pitkäniemi erlaubte, über diese Frage zu verhandeln, wenn er die finnische Regierung nicht dadurch binde. Hiermit gelang es die Verhandlungen wenigstens in Gang zu halten, obwohl kaum ein Erfolg zu erwarten war.

Nach 11 Sitzungen einigten sich Arnim und Pitkäniemi am 21.6. über die Lieferung und Abnahme von finnischen Molkereierzeugnissen, d.h. sowohl von Butter (für 1931: 6.000 Tonnen), als auch Käse (3.100 Tonnen). Die von Deutschland so eifrig verfolgte Meistbegünstigung war damit durchlöchert worden, ohne daß sie dort als Prinzip hätte aufgegeben werden müssen, wo sie u.a. dem deutschen Export nutzte. Einiges von diesen Privatverhandlungen drang jedoch in die Öffentlichkeit und die anderen Butter- und Käseimportierenden Länder fragten schon in Berlin nach der Art dieses Vertrages. Beide Seiten, sowohl die deutsche als auch die finnische

(13) -Anträge Döbrich usw. und Oberföhrer usw. vom 27.5.30:
Verhandlungen des Reichstags, Stenogr. Berichte Bd. 442,
Nr. 2111 und 2112. Beide Anträge blieben unerledigt
-Schreiben der Verbände vom 8.5.1930, 9.5. u. 16.5.30
Brief Helds an Brüning vom 4.6.1930: in: BA Reichskanzlei
Ha 4 Fi Bd. 1

Regierung hielten es daher für äußerst dringlich, dem Privatabkommen die "Rechtsverbindlichkeit" zu verschaffen, und zwar in der Form, daß es den übrigen Ländern nicht möglich wäre, ihre Benachteiligung zu beanstanden. Eile war auch deshalb geboten, weil beide Regierungen jeden Tag mit ihrem Sturz rechnen mußten. Das Auswärtige Amt verlangte, daß der finnische Reichstag die Angelegenheit sofort behandeln würde. Wuolijoki wollte aber noch sicher gehen, daß die deutsche Regierung eine "moralische Garantie" gäbe, über die loyale Erfüllung der Privatverträge. Dies wurde so beantwortet, daß man durch die Teilnahme Schieles und Curtius an den Verhandlungen hinreichlich "moralisch verantwortlich" sei.⁽¹⁴⁾

Da man die Privatverträge als solche nicht dem finnischen Parlament zu-
leiten konnte, hatten die Finnen in Berlin als Bedingung für das Inkraft-
treten der Käse- und Butterabmachung gestellt, daß vorher ein auszuhan-
delndes zweites Zusatzabkommen zum Herbstabkommen von 1929 wirksam gewor-
den wäre. Mit diesem Vorbehalt wäre es möglich, vom finnischen Parlament
schon jetzt die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Notenwechsels über
die Privatabkommen zu erhalten. In das zweite Zusatzabkommen sollten dann
einige deutsche Zugeständnisse, nämlich Wiedereinführung des Kleiezolls
und Senkung des Sperrholzzolls von 8,— RM auf 6,— RM und für Rollen
von 6,— RM auf 4,— RM. Darüberhinaus wünschte Procopé eine deutsche Zu-
sage einer Unterstützung des finnischen Vorschlages im Völkerbund, der
die finanzielle Beihilfe angegriffener Staaten betraf. Die Zollzugeständ-
nisse für Finnland lehnten die Deutschen ab, zu der Finanzhilfe wurde vor-
läufig nichts geäußert.

Am 1.7. bat Procopé trotzdem den finnischen Parlamentsvorsitzenden um Vor-
lage der Vertragsänderungsangelegenheit und dies in letzter Minute, denn

(14) -Regierungsdirektiven an Pitkämäki vom 2.6.1930
-PM der Verhandlungen vom 12.6.1930
-Aufz. Telefonat Procopé, Wuolijoki 16.6.1930
-Vertrag zw. v. Arnim u. Pitkämäki vom 21.6.1930
-Brief Wuolijokis an Procopé 21.6., 25.6.1930: UM 58 B 1 Saksa
-Tg. Renner an AA vom 15.6.1930: BA Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1

drei Tage später war seine Regierung wegen der Lapua-Unruhen gestürzt. Procopé wurde dann allerdings in das neue Kabinett übernommen. In der Parlamentssitzung am 12.7. wurde der Änderungsvorschlag zum deutsch=finnischen Zusatzabkommen, nachdem vorher über die Gefangensetzung zweier kommunistischer Abgeordneter debattiert worden war, ohne Wortmeldungen angenommen. Die Lapua-Unruhen hatten das allgemeine Interesse vollkommen von auswärtigen Angelegenheiten abgelenkt.⁽¹⁵⁾

Nun waren die Deutschen an der Reihe. Im Handelspolitischen Ausschuß wurde mit 15 gegen drei Stimmen der Kommunisten und bei Stimmenthaltung der SPD sowie eines DVP=Abgeordneten, das deutsch=finnische Zusatzabkommen von 1929 gekoppelt mit den Privatverträgen angenommen. Da der DVP=Abgeordnete Schneider eine Gefahr darin sah, daß andere Länder mit Meistbegünstigung die gleichen Rechte verlangen könnten, wurde eine Regierungserklärung zu Protokoll genommen, daß die Privatverträge vom Standpunkt der Meistbegünstigung nicht angreifbar seien. Zwei Tage später wurde der Zusatzvertrag im deutschen Reichstag angenommen, nicht ohne heftige Angriffe der KPD.⁽¹⁶⁾

Dem finnischen Geschäftsträger hatte Ritter noch versichert, daß die Privatverträge in Deutschland "möglichst vertraulich" behandelt und keinerlei Mitteilungen nach außen gegeben würden. Die Wirklichkeit sah anders aus: Deutsche Zeitungen kritisierten die Privatverträge, der schwedische Gesandte, der niederländische Gesandte, der estnische Gesandte, sprachen im Auswärtigen Amt vor und verlangten die gleichen Vergünstigungen, nicht ohne ihre Mißbilligung der Handlungsweise des Auswärtigen Amtes durchblicken zu lassen.

(15) -Tg. UM an Wuolijoki vom 27.6.1930 und Antwort Wuolijokis vom 28.6.1930,
Brief Procopés an Virkkunen vom 1.7.1930: UM 58 B 1 Saksa
-Tg. Renner an AA vom 27.6.1930: AA Bü Rm 34 Fi Bd. 2
-vertraul. Wirtschaftsbericht II. Vierteljahr 1930
der deutschen Handelskammer in Finnland: BA R VII 70, 2
-EK 1, Valtioapäivät 1930, Pöytäkirjat S. 1094, Asiakirjat n:o 57

(16) -Vermerk über die Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses des Reichstags vom 15.7.1930: BA; Reichskanzlei, Ha 4 Fi Bd. 1
-Tg. Yöntilä 18.7.1930 an UM: UM 58 B 1 Saksa
-Verhandlungen des Reichstags, Stenogr. Ber. Bd. 428, S. 6486 ff. Bd. 443 (Drucksachen) Nr. 2373

Auch das finnische Außenministerium blieb nicht von Klagen verschont. Den entrüsteten Reaktionen in Den Haag, Kopenhagen und Tallinn meinte Procopé damit begegnen zu können, daß er durch seine Gesandten bestellen ließ, es handele sich zum ersten um einen deutschen Vorschlag und zum zweiten hätte Finnlands bisher unnachgiebiges Verhalten in der Frage des Zusatzabkommens die betreffenden Länder noch ein Jahr lang den alten Butterzollsatz genießen lassen.⁽¹⁷⁾

(17

- "Frankfurter Zeitung" 18.7.1930: "Subventionsmethoden der deutschen Agrarpolitik. Teure Kontingente für finnische Molkereiprodukte" und vom 7.8.1930: "Agrarzollpolitik gegen Meistbegünstigung",
- "Berliner Tageblatt" 14.7.1930: "Ist das noch Handelspolitik?"
- "Vorwärts" 19.7.1930: "So umgeht man Handelsverträge"
- Brief Yöntilä an UM 21.7.1930, Brief Kivikoski (Den Haag) an UM vom 21.7.1930, 22.7.30, 24.7.30, Vuorimaa, Nyysönen (Kopenhagen) 26.7., 28.7. u. 30.7., Tallinn 25.7. und Antwortschreiben Procopés (Rundbrief) vom 4.8.1930: UM 58 B 1 Seksa
- Erik Lönnroth: Den svenska utrikespolitikens historia Bd.V (1919-1939), Stockholm 1959, S. 120

3. 3. 2. Das zweite Zusatzabkommen und der Butterzoll

Die konspirativen Bemühungen der finnischen und deutschen Regierung erwiesen sich sehr schnell als hinfällig. Nicht, weil man vor der Reaktion im Ausland zurückgeschreckt wäre, sondern weil das wichtigste Glied des Vertragskonglomerats versagte. Der Unterzeichner der Privatverträge, Pitkänieniemi, meinte plötzlich, daß seine Unterschrift nicht verbindlich sei. Er begründete seinen Rückzug damit, daß keine hinreichenden Garantien für die Durchführung der deutschen Verbindlichkeiten bestünden. Nach BGB § 134 konnte das Privatabkommen als Umgehung von Zollbestimmungen ausgelegt werden und somit für null und nichtig erklärt werden. Außerdem hätte er in Deutschland festgestellt, daß die SPD und die Industrie die Privatverträge angriffen und sogar die deutschen Abnehmer finnischer Molkereiprodukte.

Die Industrie hatte tatsächlich schwere Bedenken gegen das deutsch-finnische Privatabkommen. Für den Reichsverband der Deutschen Industrie war das deutsche Ansehen im Ausland durch solche "illoyalen Manipulationen" gefährdet. Die Konsequenz, die jedoch Schiele aus einer Ablehnung der Privatverträge zog, nämlich die Kündigung, kam für die Industrie auf keinen Fall in Frage, und der Deutsche Industrie- und Handelstag warnte Brüning eindringlich vor solchen Maßnahmen: Die Entwicklung der deutschen Ausfuhr nach Finnland sei positiv, die Handelsbilanz aktiv zugunsten Deutschlands, dies dürfte nicht gestört werden, andernfalls wäre mit finnischen Boykottmaßnahmen zu rechnen.⁽¹⁾

Ende Juli beantragte Schiele im Kabinett eine Kündigung zum 1. August, wenn nicht die Privatverträge finnischerseits aufrechterhalten würden.

(1) -Brief Pitkänienimis an Arnim vom 24.7.1930 und PM an Procopé vom 28.7.: UM 58 B 1 Saksa
-Schreiben des Reichsverbandes der Deutschen Industrie v. 28.7. an die Mitglieder der Handelspolitischen Kommission und v. 1.8.1930 an Brüning
-Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages an Brüning vom 1.8.1930 (auch in der Presse veröffentlicht);
BA: Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1

Hermes hatte Schiele mit einer telegraphischen Aufforderung gleichen Inhalts an Brüning unterstützt. Der Rechtsexperte des Auswärtigen Amtes, Gaus, hegte den Verdacht, die Finnen wollten die Angelegenheit nur verschleppen und die Deutschen auf dem 27,50 RM Zoll sitzen lassen. Jedoch waren Curtius und diesmal auch Dietrich gegen eine Kündigung, und zwar wegen des Genfer Zollfriedens. Dieses Abkommen war von Deutschland immer noch nicht ratifiziert, aber "Deutschland würde in Europa bloßgestellt werden, wenn es wegen des deutsch-finnischen Vertrages nicht ratifiziert und so das ganze Genfabkommen verhindert". Das Auswärtige Amt führte noch in eigener Sache an, "daß ein Wirtschaftskampf mit Finnland unter Umständen unerwünschte Rückwirkungen in dem Gesamtbereich der Politik der Ostseestaaten ... haben könnte".⁽²⁾

Es blieb also nichts anderes übrig, als noch einmal zu versuchen, die Finnen an den Verhandlungstisch zu bringen. Die erste Augustwoche bescherte der Reichskanzlei eine wahre Flut von Protestschreiben sämtlicher am Skandinavien-, Finnland- und Hollandhandel beteiligten Kammern und Wirtschaftsverbände. Alle sprachen sich gegen eine Kündigung aus, u.a. weil dadurch "lebenswichtige Interessen der deutschen Industrie und des deutschen Exporthandels preisgegeben" würden. Einzig zwei Verbände befürworteten die Kündigung aus realen zolltariflichen Interessen. Diese galten dem Holzspulen- und Sperrholzzoll.⁽³⁾

Der Deutsche Industrie- und Handelstag präziserte noch am 16.8.1930 seine Haltung zu der Vertragsmisere mit Finnland. Zwar wären die Privatverträge gegen "Sinn und Geist der Meistbegünstigung", im Prinzip hätte man nichts gegen sie, falls sie nur erfolgreich wären. Das waren sie aber eben nicht, Deutschland lief Gefahr "den Ruf eines vertragstreuen, zuverlässigen

⁽²⁾ -Aufz. Gaus vom 28.7.1930; ebenda

⁽³⁾ -u.a. Tg. des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Überseehandels 5.8.1930, Handelskammer Hamburg 6.8.1930, Verband der Mitteldeutschen Industrie 8.8.1930, Südwestfälische Industrie- und Handelskammer 9.8.30, Verein deutscher Maschinenaustaltungen 12.8.30, Industrie- und Handelskammer Stettin 20.8.1930
-Verband der Deutschen Sperrholzfabrikanten 6.8.1930, Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie 6.8.1930, BA, Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1

Handelspartners zu verlieren", gerade wo Deutschland auf seine angestiegene Ausfuhr angewiesen sei. Eine Kündigung käme daher und wegen Genf nicht in Frage.⁽⁴⁾

Dem Auswärtigen Amt war "die Freude an Privatverträgen" verdorben, zumal Pitkänienis deutsche Abnehmer die Presse aufgeputscht hatten. Doch sah Ritter keinen anderen Weg als an den Privatverträgen festzuhalten, denn der Reichstag hatte ja das Zusatzabkommen mit Finnland vom Herbst 1929 nur unter der protokollierten Voraussetzung angenommen, daß die Butter- und Käsezollbindungen dieses Zusatzabkommens wieder verschwinden würden. Es müsse nun in kürzester Frist entschieden werden, ob die Finnen die Privatverträge akzeptierten oder ob das gesamte Handelsabkommen von 1926 und 1929 gekündigt werden müsse. Für den letzteren Fall versprach Ritter eine Form zu finden, durch die "jeder aggressive Anschein genommen würde". Dabei sollten dann neue Verhandlungen eingeleitet werden, in denen die Deutschen sich allerdings "völlig freie Hand" bezüglich Butter und Käse behalten wollten. Diese Verhandlungen sollten vor dem Ablauf der Kündigungsfrist abgeschlossen sein, wodurch dem Genfer Abkommen genüge getan wäre. Auch wegen der Appelle der Industrie war es - wenige Wochen vor den Reichstagswahlen - nicht möglich, die Kündigung ohne weiteres auszusprechen.

Nur einige Tage später war klar geworden, daß mit Hilfe der Privatverträge nichts mehr zu retten war. Das Auswärtige Amt nahm selber Abstand von dieser Möglichkeit, da es durch Pitkänienis Reden über Hintergehung des Zollparagraphen im BGB kompromittiert worden war. Es blieb nur noch die Kündigung übrig. Der Gesandte Wuolijoki flog nach Helsinki, um die Kündigungsmodalitäten mit Procopé zu besprechen. Dabei hatte Wuolijoki

(4) -Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages an Brüning vom 14.8.1930: BA: Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 1
-Im Gegensatz zu anderen Staaten war der deutsche Außenhandel 1930 und zwar gerade infolge der Weltwirtschaftskrise aktiv geworden., (Wolfram Fischer: Deutsche Wirtschaftspolitik 1918-1945, Opladen 1968, S. 39)

von Gaus eine für Procopés Außenministerstellung tröstliche Nachricht mitbekommen. Gaus hatte versprochen, die Finanzhilfefrage im Völkerbund zu überprüfen, um deren Unterstützung Procopé im Juni die Deutschen gebeten und auf die er danach wiederholt Wert gelegt hatte.⁽⁵⁾

War noch Anfang 1930 die Ratifikation des Zusatzabkommens von 1929 für den damaligen Ernährungsminister Dietrich die Lösung, um einen erhöhten Butterzoll in Kraft zu bekommen, hatte dies Schiele von Anfang an nicht genügt. Jetzt wurden die Finnlandverhandlungen zu einem Mittel des deutschen Wahlkampfes, wodurch Finnland indirekt eine Aktualität in der deutschen Presse gewann, wie nie zuvor. Schiele und die Mehrzahl der anderen Minister des Kabinetts, unter ihnen Brüning, Groener, Dietrich und Treviranus, benötigten die Unterstützung der Landwirtschaftskreise bei den Wahlen, denen daher Beseitigung sämtlicher Molkereizollvergünstigungen versprochen wurde, was für Finnland die Kündigung des Vertrages bedeutete. Schwerwiegend für Brüning war allein die Haltung der SPD, auf deren Tolerierung sein bisheriges Regieren beruht hatte. Im Namen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erklärte Exkanzler Müller gegenüber Brüning, daß die Butter bei Kündigung des Vertrages teurer würde - worauf ja Schieles ganze Agitation auch hinzielte - dies aber nicht im Interesse der Arbeiterschaft liege und daher eine Kündigung zu vermeiden sei.⁽⁶⁾

Procopé willigte nicht in die vorgeschlagene Kündigung, die zur gleichen Zeit in Finnland und Deutschland stattfinden sollte. Er drohte an das Genfer Abkommen zu appellieren, falls Deutschland einseitige Schritte

(5) -Aufz. Gespr. Ritter, Wuolijoki vom 4.8.1930: AA BÜ Rm 34 Fi Bd. 2
-Aufz. Gespr. Wuolijoki, Ritter vom 6.8. u. 8.8.1930:
UM 58 B 1 Saksa
-Aufz. Gespr. Ritter, Wuolijoki vom 6.8.1930;
Tg. Renner an AA vom 9.8.30: AA BÜ Rm 34 Fi Bd. 2.

(6) -Bericht Yöntilä 15.8.1930 an UM
-Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
(Müller) an Brüning 18.8.1930: BA: Reichskanzlei Ha 4 Fi Bd. 2
-von der Presse u.a.: "Deutsche Tageszeitung" 14.8.1930;
"Warum muß gekündigt werden", 18.8. "Der Versuch mit
Finnland"; "Berliner Tageblatt" 14.8. "Warnung in letzter
Stunde", 15.8. "Der Protest-Sturm gegen Kündigung des
Finnland-Vertrages"

unternehme. Am 18. August schickte daher die deutsche Regierung Ritter nach Helsinki. Ritter schlug eine Kontingentierung von Butter und Käse zu bestimmten Zollsätzen vor, diesmal auf Basis von Regierungsverträgen, d.h. unter Änderung des 1929 unterzeichneten Zusatzabkommens. Procopé erwiderte jedoch, daß er unmöglich dem Parlament ein drittes Mal die Angelegenheit vortragen könne, ohne daß von deutscher Seite das vorjährige Zusatzabkommen nominell in Kraft gesetzt worden wäre. Damit waren auch diese Verhandlungen festgefahren. Ritter erbat sich aus Berlin die Kündigungsnote mit der dringenden Bitte, nichts in die Presse gelangen zu lassen. Am 26.8. vermittelte Eisenlohr das geheimgehaltene Kündigungsschreiben nach Helsinki. Inzwischen bestand zwischen Procopé und Ritter nur noch ein strittiger Punkt, nämlich, ob Finnland einen Butterzoll von 40,— RM für fünf Jahre oder einen Zoll von 50,— RM für nur drei Jahre, wie die Deutschen es wollten, gutheiße. Eisenlohr hielt den ersten finnischen Vorschlag sogar für günstiger, aber Schiele gab "aus wahlpolitischen Gründen" nicht nach; seine Wähler würden immer auf die Zahl 40 hinweisen, da doch seit 1929 ständig von 50,— RM die Rede gewesen wäre. Schiele wurde auch auf das Interesse hingewiesen, das Curtius an einer Einigung mit Finnland haben mußte. Immerhin wurde dann in die Kündigungsnote auf Anregung des Auswärtigen Amtes der Passus mit hineingenommen, wonach man bereit sei, die Kündigung wieder zurückzuziehen, falls vor Ablauf der Kündigungsfrist ein neues Abkommen in Kraft getreten sei.⁽⁷⁾

Als Procopé diese Kündigungsnote bekam, gab er nach. Am 28.8. wurde ein zweites Zusatzabkommen den deutschen Vorschlägen entsprechend abgeschlossen. Die Butter- und Käseeinfuhr kam nunmehr unter staatliche Kontrolle. Drei Jahre lang waren höchstens 5.000 Tonnen Butter zu einem Zollsatz von 50,— RM zugelassen. Dies entsprach der Menge, die Finnland 1929 zu dem allerdings um fast die Hälfte billigeren Zollsatz auf dem deutschen Markt abgesetzt hatte. Für die Jahre nach dem 1.1.1934 war die gleiche Menge

⁽⁷⁾ -Tg. Renner an AA 15.8.1930: BA Reichskanzlei Ha 4 Fi 1 Bd. 2
-Aufz. Gespr. Procopé, Ritter, Douglas v. 18.8. u. 19.8.1930:
Sammlung Procopé 26
-Aufz. Eisenlohr v. 26.8.30; Aufz. Telefonat Ritter-Eisenlohr-
Schiele v. 27.8.1930: AA Bü Rm 34 Fi Bd. 2

Butter für einen geringeren Zollsatz von 40,— RM vorgesehen, jedoch war der Vertrag schon vorher kündbar. Für Käse wurde eine nach Sorten untergegliederte jährliche Gesamtmenge von 2.500 Tonnen zu den alten Zollsätzen zugelassen. Diese Menge war größer als die finnische Einfuhr 1929. Für finnische Ausfuhrwaren wurden zwei Zugeständnisse gebilligt, ein geringerer Zoll für Spulen und für Sperrholz, sonst blieben alle Zölle für veredelte Holzprodukte beim Alten.⁽⁸⁾

Schiele war es nun endlich gelungen, seinen Butterzoll von 50,— RM durchzusetzen, bei Käse wurde praktisch der Zustand von 1929 beibehalten. Die ihm nahestehende "Deutsche Tageszeitung" sprach von "Schieles Finnlandserfolg", Pitkäniemi beanspruchte im finnischen Zentralorgan der Bauernpartei die ganze Titelseite für einen scharfen Angriff gegen das Abkommen. Der deutsche "Vorwärts" dahingegen konstatierte, daß Finnland seine günstige Lage ausgenutzt hätte und sah "Skandale am laufenden Band". Für Schiele, dessen Politik darauf abzielte, das deutsche Handelsvertragssystem zugunsten der Landwirtschaft durch protektionistische Maßnahmen vom Meistbegünstigungsprinzip abzubringen, war der Vertrag mit Finnland einer der zähesten Hindernisse.⁽⁹⁾

Faktisch hatte Schiele mit dem neuen Finnlandvertrag für seine ländlichen Wähler kaum etwas erreicht, vor allem bestand der Käsezoll in alter Höhe weiter und kam den hauptsächlichlichen Käseimporteuren, Holland und der Schweiz, weiterhin zugute. Was er aber erreicht hatte, war, daß sich nicht zuletzt wegen der Privatvertragsmanipulationen, Deutschlands wichtige Exportländer wie Schweden, Dänemark, Norwegen und die Beneluxstaaten im

⁽⁸⁾ -Notenentwürfe v. 28.8.30: PM o. D. o.U. (28.8.30): UM 58 8 1 Saksa
-Die Noten und das später ratifizierte Abkommen sind abgedruckt
in: RGBl Teil II 1930, S. 1213, 1226 ff. und 1272
STJb 1930, S. 206

⁽⁹⁾ -"Deutsche Tageszeitung" 30.8.1930, "Vorwärts" 1.9. und 2.9.1930,
"Maaseudun Tulevaisuus" 2.9.1930,
vgl. auch "Frankfurter Zeitung" 30.8.1930 "Der neue Vertrag
mit Finnland, ein bedenkliches handelspolitisches Experiment"
und "Berliner Tageblatt" 1.9.1930.

Osloer Vertrag 1930 zusammenschlossen und sich England und den Vereinigten Staaten nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch, näherten.

Am 18.10.1930 wurde das zweite Zusatzabkommen im Deutschen Reichstag in seiner dritten Lesung angenommen. Außer der Linken, der SPD und der KPD, stimmten alle anderen, auch die NSDAP, für Schieles Vertrag. Die SPD hatte wiederholt Wuolijoki ihre Unterstützung versprochen, aber da sie im Handelspolitischen Ausschuß festgestellt hatte, daß die geschlossene Front der Bürgerlichen zur Annahme ausreichte, stimmte die SPD aus parteipolitischen Gründen dagegen, da das 1929-Zusatzabkommen für die Arbeiterschaft günstiger gewesen war. Die KPD sah in dem Zusatzvertrag ein Teilstück der kapitalistischen Profitwirtschaft, die sich gegen die Verbrauchermassen richtete, und stellte gleichzeitig mit der Ablehnung einen Mißtrauensantrag gegen Schieles Agrarpolitik, der aber nicht durchkam. Im finnischen Parlament wurde über das Zusatzabkommen nicht einmal debattiert.⁽¹⁰⁾

Obwohl Schiele mit seiner Landwirtschaftspolitik weder bezüglich des Getreides, der Vieh- oder Molkereiwirtschaft irgendeine Besserung erreichte, war dies für ihn kein Grund, seine Politik aufzugeben, sondern im Gegenteil sie verschärft weiter zu betreiben. Schon im Januar 1931 befaßte sich die Reichsregierung wieder mit einer Erhöhung des Butterzolls. Sie gab diese Pläne jedoch wegen des im August geschlossenen Abkommens mit Finnland auf. Ein Jahr später hatte Schiele auch diese Skrupel nicht mehr, im Kabinett setzte er einen verdoppelten Zollsatz und einen Zuschlag für solche Länder wie Finnland durch, die die Goldwährung aufgegeben hatten. Handelsminister Warmbold, Ritter und Staatssekretär von Bülow im Auswärtigen Amt waren zwar gegen diese neue Brückierung der Finnen, aber ihr Chef Brüning mußte aus "Rücksicht auf die Reichspräsidentenwahl" sich mit der bauerlichen Veredelungswirtschaft einigen. Der

(10) -Brief Wuolijokis an Procopé 19.10.1930,
Sammlung Procopé 10
-Verhandlungen des Reichstages, Stenogr. Ber. Bd. 444,
S. 99 f., S. 108
-EK Toiset Valtiopäivät 1930, Pöytäkirjat S. 272

Reichstag, der, wie eine Abstimmung später zeigte, gegen die Zollerhöhung war, hatte keinen Einfluß mehr.⁽¹¹⁾

Wuolijoki sammelte wieder die Gesandten Dänemarks, der Niederlande und Schwedens zu gemeinsamen Protesten. Die Schweden waren sofort zu einer Zusammenarbeit bereit. Die Beschwerden im Auswärtigen Amt blieben jedoch erfolglos, als Antwort wurde nur ein Kontingentierungsvorschlag angeboten. Diese Maßnahme bewirkte in der finnischen Öffentlichkeit erheblichen Schaden nicht nur für "Deutschlands Ansehen", sondern konkret auch für seinen Export. Das Organ der Rechtspartei "Uusi Suomi", bisher eines der deutschfreundlichsten Blätter, schrieb, daß es dem jetzigen Deutschland mit seiner Handelspolitik "gründlich gelungen ist, die guten Beziehungen, die sich zwischen Deutschland und Finnland im Morgengrauen der finnischen Selbständigkeit durch Verdienst des Kaiserreiches knüpften, abzukühlen". Die Bauernpartei reichte eine Interpellation im finnischen Parlament ein, wobei in der Debatte mehrmals der Vorwurf gegen Deutschland aufkam, daß bei den Zollerhöhungen "Macht vor Recht" angewandt wurde. Die Landwirtschaftsproduzenten riefen zu einem Boykott deutscher Waren auf, der auch recht "empfindliche" Folgen für den deutschen Export hatte.⁽¹²⁾

-
- [11 -Bericht Wuolijoki 11.2.1931 UM 5 C 5
-Aufz. Gespr. Procopé, Curtius 20.1.1931,
Sammlung Procopé 26
-Tg. Wuolijoki an UM 14.1.1932 u. Brief vom 15., 16.1.1932;
Bericht Yöntilä 27.2.1932; UM 58 B 1 Saksa
-Heinrich Brüning: Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970, S. 514
-Verordnung in RGBl Teil I, 1932, S. 27, S. 30

- [12 -Tg. Wuolijoki 20.1.1932, Bericht vom 20.1. u. 25.1.32
UM 58 B 1 Saksa
-"Uusi Suomi" 23.1.1932 (Zitat), 27.1.: Boykottaufruf an
alle skandinavischen Staaten
-"Helsingin Sanomat" 21.1.32 Leitartikel: "Die Erhöhung des
Butterzolls", 27.1.: Leitartikel: "Deutschlands und Finn-
lands Beziehungen" (Finnland soll seinen Handel mit England
ausbauen)
-"Suomen Sosialidemokraatti" 25.1.1932; Leitartikel:
"Handelskrieg?", 27.1.1932 "Deutschlands Butterzölle und
die Arbeiterschaft" u.a. bezogen auf den "Vorwärts" vom 18.1.1932
-vgl. auch: "Deutsche Allgemeine Zeitung" 16.2.32: "Finnische
Boykottandrohungen gegen Deutschland"; "Industrie- und Handels-
zeitung" 15.2.1932: "Ausbreitung des finnischen Boykotts gegen
deutsche Waren"
-Interpellation: EK Valtiopäivät, 1932, Pöytäkirjat S. 52,
S. 109 ff.
-Bericht Rennen an AA 5.2.1932; AA Fi Pol 2 Bd. 3

Im finnischen Außenministerium wollte man zunächst feststellen, ob durch Deutschlands einseitiges Vorgehen der Vertrag als aufgelöst zu betrachten sei. Deutscherseits hatte man nichts dergleichen verlautbaren lassen. Außenminister Yrjö-Koskinen hielt einen Zollkrieg für wenig sinnvoll, aber dafür sollte eventuell die Menge des deutschen Imports dem finnischen Export angeglichen werden. Im Staatsrat wurde überlegt, ob man die Gelegenheit einem Schiedsgerichtsverfahren unterstellen wollte. Erich, der als Kenner internationalen Rechts konsultiert wurde, konnte diesen Weg nicht empfehlen. Seiner Ansicht nach berechnete die Erhöhung des Butterzolls Finnland dazu, die Gültigkeit des Vertrages als erloschen zu betrachten. In Finnland hatte man auch erwogen, von Deutschland eine Entschädigungssumme zu fordern. Erich hielt dies für schwer realisierbar. Es zeigte sich, daß Finnland weder durch seinen eigenen Boykott deutscher Waren noch durch Genf irgendein Machtmittel besaß, um sich Deutschland gegenüber zu behaupten. Sogar Holsti empfahl aus Genf eher auf den deutsch-finnischen bilateralen Verhandlungsweg zu setzen, als sich dem Völkerbund anzuvertrauen. Für Holsti war es jedoch nicht die Ineffektivität des Völkerbundes, die diesen Weg wenig aussichtsreich machte, sondern das gute Ansehen Finnlands, das durch solche Querelen leiden könnte.⁽¹³⁾

So wurde schließlich am 22.10.1932 mit Deutschland ein neuer Vertrag über die Butterkontingentierung unterzeichnet, wonach nur noch 2.100 Tonnen Butter jährlich zu einem Zollsatz von 75,— RM eingeführt werden durften. Im nächsten Jahr schloß sich Finnland dem Oslo-Abkommen an.

(13) -Brief Yrjö Koskinen (Genf) vom 26.1.1932, Gutachten Erichs vom 17.2.1932, Brief Holstis vom 18.2.1932, alle an UM; UM 58 B 1 Saksa
-FGBI Teil II 1932, S. 231

3. 3. 3. Der Rückgang des deutsch-finnischen Handels bis 1932

Wie hatte sich das zweijährige Tauziehen um die Butter- und Käsezollbindung zu den tatsächlichen Einfuhrzahlen verhalten? Die Gesamteinfuhr Deutschlands an Butter und Käse war von 1928 auf 1929 um Einiges gestiegen, wobei Finnlands Anteil bei beiden Artikeln im Verhältnis zur Gesamteinfuhr stärker zugenommen hatte. Finnlands Anteil betrug auf dem deutschen Markt bei Butter 1929 nur 3,6 % und bei Käse 3,4 % und fiel daher kaum ins Gewicht. Für die finnische Molkereiwirtschaft, vor allem Pitkäniemis Gesellschaft Valio, war der deutsche Anteil wichtig, bei Butter betrug er 1929 26,7 % der Gesamtausfuhr, bei Käse entsprechend sogar 59,5 %.

Am 27.11.1930 trat der Butterzoll endlich für alle Beteiligten in Kraft, konnte sich also erst richtig für die statistischen Gesamtangaben des nächsten Jahres auswirken. 1930 betrug der deutsche Gesamtbutterimport etwas weniger als im Vorjahr, dafür war er 1931 schon bedeutend niedriger, niedriger als 1927. Entsprechend bei Käse, obwohl hier kein erhöhter Zoll galt.

Der finnische Butterexport nach Deutschland, der 1930 noch mehr als die am Ende des Jahres festgelegte Kontingentmenge betrug, füllte 1931 die erlaubte Menge von 5.000 Tonnen nicht aus. Dafür stieg der Käseimport aus Finnland von (1930) 2.052 Tonnen auf (1931) 2.436 Tonnen, erreichte also fast die Höchstgrenze. Dies war allerdings nur durch billigere Preise gelungen. Trotz mengenmäßiger Steigerung war der Wert gesunken (1930: 2,08 Mio RM, 1931: 1,87 Mio RM). So war auch der Gesamtwert finnischer Butter- und Käseausfuhr nach Deutschland von 1929 auf 1931 fast um die Hälfte gesunken (1929: 19,93 Mio RM), (1931: 10,72 Mio RM), bei im Verhältnis geringerer Mengenabnahme.⁽¹⁾

(1) S. S. 121

[1

Finnlands Butter- und Käsehandel mit Deutschland (in Tonnen)					1928 bis 1932
Jahr	Finnlands Butterexport			Deutschlands Gesamtbutterimport	
	insgesamt	nach Deutschland			
1928	1) 13.375	1) 3.174	2) 3.124	2)	126.533
1929	16.605	4.447	4.931		135.544
1930	17.111	4.827	5.171		133.157
1931	17.403	4.208	4.066		100.221

Jahr	Finnlands Käseexport			Deutschlands Gesamtkäseimport	
	insgesamt	nach Deutschland			
1928	1) 1.648	1) 874	2) 1.711	2)	61.476
1929	2.193	1.312	2.264		66.483
1930	2.123	1.183	2.052		62.350
1931	2.620	1.202	2.436		54.615

1) finnische Statistik

2) deutsche Statistik

(* Die Mengenunterschiede in der Käsestatistik beruhen darauf, daß unter "Käse" im STJb auch Quark gerechnet wird.

-STJb 1930, S. 206,

STJb 1932, S. 186

-SVT I A Kauppa 49 (1929), S. 56, 60

" " 50 (1930), S. 56, 60

" " 51 (1931), S. 56, 60

" " 52 (1932), S. 56, 60

-Die Molkereigenossenschaft Valio hatte in den Jahren 1928 - 1931 den Butterexport nach Deutschland vollkommen in ihren Händen

(Schreiben der staatl. Butterkontrollstelle in Hanko an UM vom 30.1.1932):

UM 58 B 1 Saksa

Bei dem für Finnlands Gesamtwirtschaft viel wichtigeren Holz- und Papierhandel mit Deutschland machte sich nach dem Hochkonjunktursjahr 1928 ein sehr starker Rückgang bemerkbar. 1929 gingen 13 % des finnischen Holzwarenexports nach Deutschland. Der deutschen Statistik nach kamen 1929 545.445 Tonnen an (1928: 740.230 Tonnen). Polen hatte einen ähnlich starken Rückgang, die Tschechoslowakei und Österreich einen noch stärkeren. Schweden konnte sich knapp behaupten. Im Gegensatz zu allen anderen verbesserte Rußland erheblich seinen Anteil.

Der Papierfabrikenrohstoffimport (Holz zu Holzmasse) war insgesamt gesehen gestiegen (1928: 2.259.079 Tonnen, 1929: 2.533.872 Tonnen). Dennoch waren Finnland (1928: 612.791 Tonnen, 1929: 525.566 Tonnen), Österreich und die Tschechoslowakei die Verlierer. Stand Finnland 1928 an zweiter Stelle hinter Polen, war es 1929 auf den dritten Platz gerückt. Der große Gewinner war die UdSSR, die 1929 über das vierfache ihres Vorjahresabsatzes verkaufen konnte (1928: 136.763 Tonnen, 1929: 576.697 Tonnen).

Beim Zelluloseexport Finnlands sah es folgendermaßen aus: Deutschland bekam 1929 23,8 % der finnischen Ausfuhr, Finnland bestritt 1/4 des deutschen Gesamtimports. 1928 hatte die Exportmenge noch 48.490 Tonnen betragen, 1929 nur 40.194 Tonnen. Dafür hatte Schweden seinen Anteil steigern können und hatte Finnland vom ersten Platz verdrängt.

Einzig die Papiaerausfuhr Finnlands nach Deutschland hatte die Rezession nicht mitgemacht (1928: 6.917 Tonnen, 1929: 9.642 Tonnen), hier stand Finnland mit einem Anteil von 1/4 an erster Stelle, dicht gefolgt von Schweden. Die deutsche Papiaerausfuhr nach Finnland hatte ein wenig nachgelassen (1928: 1.048 Tonnen, 1929: 924 Tonnen).

Nach 1929 sank die finnische Holzausfuhr nach Deutschland bei Bau- und Nutzholz in demselben Maße wie der deutsche Gesamtverbrauch abnahm, bei Holz zu Holzmasse um vieles stärker. 1932 gingen nur 4,3 % der finnischen Holzwarenausfuhr nach Deutschland. In Deutschland betrug der finnische Anteil bei Bau- und Nutzholz 1930 genausoviel wie der russische (1930:

476.472 Tonnen) und etwas mehr als die Hälfte des polnischen (1930: 857.627 Tonnen), 1931 aber 2/3 des russischen (344.565 Tonnen) und 5/4 des polnischen (180.494 Tonnen).

Für die Holzverarbeitende Industrie Finnlands ging der Deutschlandexport erst seit 1930 erheblich zurück. So gingen vom gesamten finnischen Zelluloseexport 1932 nur noch 8 % nach Deutschland.⁽²⁾

Deutschlands Export nach Finnland hatte 1928, im Jahr vor der Weltwirtschaftskrise seinen absoluten Höhepunkt. Der Gesamtwert betrug nach der finnischen Statistik 2.961 Mio Fmk ($\approx$ 311 Mio RM), nach der deutschen Statistik 216,3 Mio RM. Gemessen am Gesamtexporthandel Deutschlands war der Anteil Finnlands 1,8 %, entsprechend der deutsche Anteil im Gesamtimporthandel Finnlands 36,9 %. Der Anteil von 1,8 % wurde auch nach der Krise nie wieder erreicht. Nach 1929 nahm der deutsche Handel nach Finnland ständig ab, um 1932 nur noch 1/3 (finnische Statistik) bzw. 1/5 (deutsche Statistik) des Wertes von 1928 zu betragen. Der Gewinner war England. 1928 hatte Englands Anteil nur 12 % des finnischen Gesamtimports betragen, 1932 18 %. Im selben Jahr betrug Deutschlands Anteil nur noch 28 %, was auf den verstärkt einsetzenden Boykott deutscher Waren zurückzuführen ist, denn vorher war trotz des wertmäßigen Rückgangs die deutsche Einfuhr anteilmäßig gleich hoch geblieben (1929: 38 %, 1930: 36 %, 1931: 35 %). Als Absatzmarkt spielte Finnland für die deutsche Industrie eine

(2

Jahr	Bau- und Nutzholzeinfuhr Finnlands nach Deutschland (in Tonnen)	Holz zu Holzmasse Einfuhr Finnlands nach Deutschland (in Tonnen)	Zellulose	Papierwaren
1928	740.230	612.791	48.490	6.917
1929	545.445	525.566	40.194	9.642
1930	468.263	265.633	27.459	8.522
1931	219.973	44.254	29.314	5.787
1932	113.606	13.555	25.265	4.836

nach STJb 1930, S. 211 f, 222
 STJb 1932, S. 190 f, 200
 STJb 1933, S. 200 f, 209
 STVK 1930, S. 134
 STVK 1933, S. 132

immer geringer werdende Rolle. 1929 betrug der Anteil Finnlands 1,4 %, 1930 1,1 %, 1931 0,9 % und 1932 0,8 %, also weniger als die Hälfte des Anteils von 1928. Diese Abnahme des finnischen Anteils war zugunsten skandinavischer Länder und Rußlands gegangen. 1930 war Finnland das einzige Land, dessen Anteil abgenommen hatte. Der gesamte Export in die nordischen Länder (Skandinavien und Finnland) hatte von 1928 auf 1932 um 1 % abgenommen, derjenige in die baltischen Staaten nur um 0,3 %. Das meiste, was aus Deutschland 1932 über die Ostsee verkauft wurde, ging nach der Sowjetunion. 1928 betrug Rußlands Anteil weniger als der Dänemarks, 1932 jedoch mehr als der Anteil sämtlicher Ostseeanrainer zusammen (Polen nicht mitgerechnet).⁽³⁾

(3)

Wert der deutschen Ausfuhr nach Finnland		
Jahr	deutsche Statistik in Mio RM	finnische Statistik in Mio Fmk
1929	188	2,638
1930	137	1,936
1931	91	1,209
1932	45	1,081

nach: STVK 1934, S. 116; STJb 1931, S. 214, STJb 1933, S. 220

— "Warenverkehr zwischen Deutschland und Finnland", Anlage zum 2. Zusatzabkommen 28.8.1930 in: Verhandlungen des Reichstags, Stenogr. Berichte, Bd. 448, Nr. 10

Anteile der Ostseestaaten am deutschen Export			
in %			
Jahr	1928	1930	1932
Land			
Dänemark	3,6	4,0	2,9
Finnland	1,8	1,1	0,8
Norwegen	1,4	1,7	1,7
Schweden	3,6	4,1	4,0
insgesamt	10,4	10,9	9,4
Lettland	0,6	0,6	0,4
Litauen	0,4	0,5	0,4
Estland	0,3	0,3	0,2
Rußland	3,3	3,6	10,9

4. FINNISCHE SICHERHEITSPOLITIK UND DEUTSCHE
REVISIONSPOLITIK

Unter Brünnings Außenministerschaft war Finnland, im Gegensatz zur Politik von Curtius, zu einem in dem Maße geringen Faktor seiner außenpolitischen Konzeption geworden, daß ohne weiteres eine Verschlechterung der Beziehungen in Kauf genommen wurde, wenn dadurch die innenpolitische Szene Deutschlands beruhigt werden konnte. Curtius, der an sich dasselbe Ziel wie Brüning verfolgte, nämlich die Reparationszahlungen zu beseitigen und die Ostgrenze zu revidieren, hatte jedoch zu seiner Zeit versucht, Finnlands Verhältnis zu Deutschland möglichst störungsfrei zu halten, damit nicht die den deutschen Interessen zuwiderlaufende französische Völkerbundpolitik und die polnische Randstaatenpolitik einen Partner an Finnland bekamen. Seit den Anfangszwanzigern hatte die finnische Außenpolitik diese Tendenzen gehabt und es war seit jenen Jahren Ziel des Auswärtigen Amtes gewesen, solche Verbindungen zu verhindern.

4. 1. Deutschland und die finnische Randstaatenorientierung

4. 1. 1. Auffassungen über Finnland als Randstaat

Nach der für Finnland so wichtigen Anerkennung der Selbständigkeit durch die Alliierten 1919 blieb das außenpolitische Hauptproblem weiterhin die Sicherheitsfrage. Als Holsti im April des Jahres Außenminister geworden war, gewann eine Richtung Boden, die das Problem durch eine Bündnispolitik kontinentaleuropäischen Musters zu lösen trachtete. Bedroht sah sich das gesamte bürgerliche Finnland nur von Rußland und um dieser Bedrohung entgegenwirken zu können, war es naheliegend, sich an Länder zu wenden, die sich in der gleichen Situation sahen. Durch die frühere gemeinsame Staatlichkeit und die danach weiterbestehenden kulturellen Beziehungen wäre an sich Schweden der gegebene Partner für Finnland gewesen. Nach dem ersten Weltkrieg war aber mit Schweden nichts anzufangen. Schon 1915, als sich finnische Aktivisten hilfesuchend an schwedische Stellen wandten, wurden sie wegen der Neutralität des Landes abgewiesen. Wegen dieser Neutralität war es auch in Zukunft unwahrscheinlich, daß Schweden sich Finnland zuliebe von ihr abbringen lassen würde. Hinzu kam noch, daß nach 1918 die Beziehungen zwischen Schweden und Finnland wegen der ungelösten Ålandfrage alles andere als günstig für eine Annäherung waren.⁽¹⁾

Die Anlehnung an eine Großmacht, wie 1918 an Deutschland und 1919 an England und Frankreich, bot auch keinen hinreichenden Rückhalt, dazu waren die Interessen solcher Länder zu wenig mit den konkreten Gegebenheiten aus Finnlands Position der direkten Nachbarschaft zu Rußland identisch. Das Engagement der Alliierten in Finnland war ein Engagement auf Zeit und allein

(1) Eino Jutikkala: Geschichte Finnlands, Stuttgart 1964, S. 343;
Ålandfrage: Ragnar Numelin: "Ahvenanmaan kysymys" in:
Itsenäisen Suomen ulkopoliittikan alkutaival, Porvoo 1962,
S. 105 ff; Ernst Klink: Untersuchungen zum finnisch-
schwedischen Streit um die Ålandinseln 1917-1921,
Diss. Tübingen 1957

schon durch die geographische Entfernung schwerlich auszubauen. Die Engländer billigten zwar u.a. im Frühjahr 1919 ein Vorgehen der finnischen Armee gegen Petersburg, zeigten aber keine Bereitschaft sich für Finnland gegen Rußland einzusetzen, wodurch dieses Unternehmen ausblieb. Dazu kam, daß während der Interventionsära trotz Versicherungen der Alliierten es nicht auszuschließen war, daß sich England oder vor allem Frankreich für die Ansprüche des "weißen" Rußland auf Finnland verwenden lassen würden.⁽²⁾

Die gegebenen Partner waren daher für Holsti diejenigen Staaten, die sich erst infolge des Krieges und der Oktoberrevolution von Rußland getrennt hatten, und für die ihre östliche Nachbarschaft die akutesten Probleme aufwarf. Dies berührte einen Punkt, an dem sich die Auffassungen über Finnlands Stellung unter den nordosteuropäischen Staaten schieden. War Finnland zu Skandinavien zu rechnen, zu dem es kulturell noch am stärksten verbunden war oder sollte Finnland zu den Randstaaten gezählt werden, deren gemeinsames Merkmal eben die Lösung aus dem russischen Staatsverband war? Noch 1928 meinte Holsti, daß Finnland im allgemeinen Bewußtsein der Welt zu Rußlands Nachbarn gehöre, in der Weltpolitik in den Zusammenhang mit den Rußland berührenden Problemen, und daher nicht in die Gruppe der skandinavischen Staaten, die in vollkommener Sicherheit wähen; eine Meinung, die man in Finnland zu diesem Zeitpunkt nicht teilte.⁽³⁾

Im Auswärtigen Amt wurde Finnland von Anfang an Skandinavien zugeordnet, nicht nur wegen der traditionellen Verbundenheit, sondern auch als politisches Programm, Finnland und Schweden einander näherzubringen. Dieses Programm

⁽²⁾ Polvinen: Bd. II, S. 148 ff

Holsti: S. 48 ff

Mauno Jääskeläinen: Suhteet Neuvosto-Venäjään itsenäisyysjulistuksesta Tarton rauhaan; in: Itsenäisen Suomen ulkopoliittikan alkutaival, Porvoo 1962, S. 19 f.

Richard H. Ullman: Britain and the Russian Civil War Princeton 1968, S. 264, 276

⁽³⁾ Brief Holstis (Genf) an Außenminister Procopé vom 7.5.1928; Sammlung Procopé 7

hat sich allerdings in den Anfangszwanzigern als undurchführbar erwiesen. Faktisch hat man Finnland innerhalb der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, zu der Skandinavien gehörte, als Sonderfall betrachtet.

Wie die Bedeutung der nördlichen Ostseestaaten, einschließlich Finnlands, für Deutschland im Auswärtigen Amt eingeschätzt wurde, mag eine Aufzeichnung Trautmanns vom August 1920 wiedergeben. In ihr stellte er bemängelnd fest, daß sein Referat, Skandinavien, zur Zeit der Ländergruppe IV gehöre, einer Ländergruppe, "die ihrer Zusammensetzung nach ganz auf die östliche Politik eingestellt und derartig mit dieser Aufgabe ausgefüllt ist, daß ihre Leiter für die ganz gesondert liegenden Aufgaben der skandinavischen Politik und Gedankenwelt kaum Muße haben können". Die deutsche Politik gegenüber den skandinavischen Ländern stünde mit dem Ostproblem, d.h. Polen und den Randstaaten "in keinem unbedingten Zusammenhang". Zwar bestehe hinsichtlich Finnlands "eine Berührung", aber "Finnland gehörte seiner Geschichte nach mehr zum skandinavischen Norden, als zu Rußland" und die "Finnen fühlten sich als westliches Kulturland". Verglichen mit den übrigen skandinavischen Staaten wäre Finnland sogar noch das deutschfreundlichste, Schweden stünde Frankreich nahe, Dänemark wäre "ganz im Fahrwasser der Entente" und Norwegen "ausgesprochen antideutsch". Trautmanns Vorstellung war, daß im skandinavischen Norden "weder eine östliche noch eine westliche politische Einstellung in Frage" käme, sondern eine "wesentlich eigene skandinavische Politik", die von deutscher Seite aufgrund des Nachbarverhältnisses und der wirtschaftlichen und kulturellen Bande "wirksam beeinflusst" werden konnte. Seine Feststellungen gipfelten in dem Vorschlag, das Referat Deutschland und das Referat Skandinavien zu einer eigenen Ländergruppe zusammenzufassen, da die "deutsch-skandinavische Politik hauptsächlich unter den Gesichtspunkten deutscher Kultur und deutscher Wissenschaft geführt werden sollte, wobei natürlich alles vermieden werden muß, was irgendwie nach Alldeutschtum oder deutsch-nordischer Rassenverbrüderung oder ähnlichem Hakenkreuzdilettantismus schmeckt". Die Referatseinteilung im Auswärtigen Amt blieb nach 1920 jedoch beim alten, Skandinavien und Osteuropa unter einer Direktion.⁽⁴⁾

⁽⁴⁾ Aufz. Trautmann vom 20.8.1920: AA IV a Nd Geschäftsgang 1 A

Andere deutsche Behörden gruppierten Finnland noch 1929 zu den Randstaaten. So erfuhr Wuolijoki während der Handelsvertragsverhandlungen, daß der einzige Grund, weshalb bisher ein Fleischeinfuhrverbot für Finnland bestanden hatte, war, daß man Finnland zu den sogenannten "östlichen Ländern" zählte, aus denen der Fleischimport grundsätzlich untersagt war.⁽⁵⁾

Die deutsche Presse berichtete über Finnland hauptsächlich als einem der Randstaaten, dies noch 1927. Für deutsche Hochschul- und wissenschaftliche Kreise herrschten "lange Zeit falsche Vorstellungen", wie ein Berliner Professor 1926 während einer Vortragsreise in Helsinki feststellte: "Es gehörte zu Rußland und wurde deswegen nicht selten zum europäischen Osten gerechnet."⁽⁶⁾

Der führende Osteuropa-Experte der Weimarer Zeit, Otto Hoetzsch, der zwar die von finnischer Seite immer wieder hervorgehobene westliche Kulturbindung Finnlands bestätigte, behandelte in seinen politischen Aufsätzen Finnland in einer Reihe mit den Randstaaten. Auch wurde in seiner Zeitschrift "Osteuropa" von Finnland als einem "baltischen Staat" gesprochen, eine Bezeichnung, die das Auswärtige Amt nie anwandte.

Mit dem Jahre 1928, als Pressemeldungen über gesamt-baltische Konferenzen mit Beteiligung Finnlands immer seltener geworden waren, dürfte sich die vom Auswärtigen Amt und finnischen Stellen vertretene Auffassung von Finnland als einem "nordischen Staat" auch in der deutschen Publizistik durchgesetzt haben. So wurde in Hoetzschs Osteuropa-Zeitschrift betont: "Heute steht einwandfrei fest, daß Finnland in Nordeuropa einzugliedern ist und mit Norwegen und Schweden die sogenannte Fennoskandinavische Einheit bildet..."⁽⁷⁾

⁽⁵⁾ -Ber. Wuolijoki an UM 28.8.1929: UM 58 B 1 Saksa

⁽⁶⁾ -Brief Holmas an Söderhjelm v. 14.9.1927: HYK Briefsammlung W. Söderhjelm
-Georg Schreiber (Hg.): Deutschland und die Kultur der Ostsee, Münster 1927, S. 7

⁽⁷⁾ -Brief Holmas an Yrjö-Koskinen (UM) vom 5.11.1927, Sammlung Holma 15
-Otto Hoetzsch: "Innere Lage und Mächtebeziehungen der Randstaaten" in: Osteuropa 1926/1927 Heft 6, S. 347 ff (Finnland), desgl. in: Osteuropa 1925/26 Heft 6, S. 337
-A.8.: "Die wirtschaftliche Annäherung der baltischen Staaten" in: Osteuropa 1925/26 Heft 8/9, S. 492
-Oswald Zienau: "Die wirtschaftspolitischen Grundlagen Finnlands" in: Osteuropa 1928 Heft 2, S. 107

In seiner Monographie "Finnland, Natur, Mensch, Landschaft" stellt der Freiburger Professor Schrepfer zwar unrichtig fest, daß Finnland seit 1922 "seine Außenpolitik von Polen abgedreht und (sich) nach Skandinavien hin orientiert" hätte, aber traf die Richtung des finnischen politischen Wunschdenkens, indem er schrieb: "Finnland fühlt sich nun in Kultur- und Schicksalsgemeinschaft mit Schweden, Norwegen und Dänemark als Glied eines größeren Skandinaviens."⁽⁸⁾

⁽⁸⁾ -Freiburg 1929, S. 95

4. 1. 2. Die Anfänge finnischer Randstaatenorientierung bis 1921

Die finnische Randstaatenorientierung war in ihren Anfängen das Werk Holstis und war gemeinsam mit dem Vertreter Estlands, Piip, und dem Lettlands, Meierovicš, 1918 in London konzipiert worden. Vor allem die Zusammenarbeit mit Estland wurde durch die ethnische Verwandtschaft mit Finnland motiviert. Als militärische Macht konnte Estland allein jedoch kaum für Finnland eintreten, weshalb es von Holsti zweckmäßig gehalten wurde, die Bündnispläne in südlicher Richtung auszudehnen. Mit Lettland und Litauen bestanden bisher von Finnland aus überhaupt keine Berührungspunkte, was dann auch in der finnischen Öffentlichkeit eine weitgehende Interesselosigkeit an Verbindungen mit diesen Ländern bedeutete. In militärischer Hinsicht versprach allerdings das noch weiter südlich liegende Polen die beste Stütze abzugeben, wobei dann noch Aussichten bestanden, Rumänien und die Ukraine zu einer großen Abwehrfront von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer zusammenzuschließen.⁽⁹⁾

Solange die Alliierten jedoch nicht den Bestand der kleinen baltischen Staaten garantiert hatten, war es sinnlos für Finnland, konkrete Bündnisverhandlungen aufzunehmen. Zwar hatte man Finnland 1919 von englischer Seite eine baltische Orientierung empfohlen, allerdings ohne irgendeinen Druck in dieser Richtung auszuüben oder offizielle Garantien einer Mitbeteiligung zu geben. Für England, das den deutschen Truppen in diesem Landstrich nicht traute, war es ohne Zweifel günstig, wenn zwischen Deutschland und Rußland ein Keil geschoben würde. Bis Ende 1919 war nur auf diplomatischem Wege Vorarbeit für gemeinsame Verhandlungen mit den vier Randstaaten Polen, Estland, Lettland und Litauen geleistet worden. Für Holsti war die Beteiligung Polens unerlässlich, und Piłsudski kam ihm auch mit Allianzvorstellungen sämtlicher russischen Randvölker entgegen. Die ersten Versuche, sich über gemeinsame politische und wirtschaftliche Angelegenheiten zu einigen, waren ergebnislos. Die Grenzen standen noch nicht einmal fest, und zwischen Polen und Litauen begannen Streitigkeiten über den

⁽⁹⁾ Holsti: S. 162 f., 166

Besitz des Wilnagebietes, die in Zukunft eine geschlossene Beteiligung dieser fünf Ostseestaaten unmöglich machten.⁽¹⁰⁾

Deutsche politische Kreise, vor allem das Auswärtige Amt, begannen sich verstärkt für die baltischen Bündnisbestrebungen zu interessieren, als nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages die außenpolitische Linie sich auf die Revision der in ihm bestimmten Ostgrenze festlegte, wobei die Diplomatie der Weimarer Republik "in eine grundsätzlich antipolnische Richtung gedrängt" wurde.⁽¹¹⁾

Daß Finnland Verbündete suchte, war für das Auswärtige Amt verständlich. Dies zeigt, daß man diejenige Ententeorientierung des Landes, die sich vor allem nach England wandte, als ein notwendiges Übel akzeptierte. Was man aber unter keinen Umständen bereit war zu akzeptieren, war ein durch die Randstaatenzusammenarbeit sich anbahnender militärischer Machtblock zur erneuten Umklammerung Deutschlands. Hatte man mit dem Brester Vertrag 1918 die Alliierte Koalition im Osten spalten können, sah man zwei Jahre später einen neuen Zusammenschluß unter Frankreichs Ägide entstehen, bei dem diesmal nicht Rußland, sondern Polen Partner war.⁽¹²⁾

Die deutschen Möglichkeiten diesen Kreis zu sprengen waren sehr begrenzt. Auf die Großmacht Frankreich konnte man nicht einwirken, ebensowenig auf Polen. Es blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder sich an Rußland zu wenden, um dadurch Polen zu isolieren, was dann auch später der Zweck der von Maltzan und Seeckt verfolgten Rapallopolitik war, oder zu versuchen, die im Entstehen begriffene Kette an ihren schwächsten Gliedern zu unterbrechen. In den Jahren nach 1919 konnte dies nur in Finnland erfolgversprechend sein, denn einzig in Finnland bestand eine starke politische

⁽¹⁰⁾ -Tg. Donner (London) an UM o.D. (9.10.1919): Sammlung Vennola 32
-Holsti: S. 167; Rauch: S. 61; Hags Roos: Geschichte der polnischen Nation 1916-1960, Stuttgart 1964², S. 62, 77

⁽¹¹⁾ -Martin Broszat: 200 Jahre deutsche Polenpolitik, Frankfurt 1972, S. 214

⁽¹²⁾ -Bericht Jännes 1.4.1919 UM 5 C 5
-Ilvessalo: S. 38
-Notiz Wedels über Referentenbesprechung der Abt. IV 31.3.1922:
AA Fi Pol 3 Po Bd. 1

Schicht, die Rechtsparteien, die deutschen Argumenten aufgeschlossen war. Dahingegen waren die neuen Republiken des Baltikums durch die Erfahrungen mit der deutschen Oberschicht und dem Heer vollkommen antideutsch eingestellt. Da auch die offiziellen Träger der finnischen Außenpolitik, der Präsident Ståhlberg und Holsti, diese Einstellung besaßen, mußte von deutscher Seite vor allem darauf gesetzt werden, die innenpolitische Opposition der Rechten in dieser Frage in die gewünschte Richtung zu lenken. Vor allem war Holstis Dilemma, daß die "öffentliche Meinung" in Finnland kaum bereit war, seine weitestgehenden Pläne zu unterstützen, einmal aus Scheu vor unberechenbaren Verpflichtungen, zum anderen aus einem allgemeinen Desinteresse an den wirren Verhältnissen südlich Estlands. Um seine Politik durchzusetzen, unterstützte er eine Beeinflussung und Vorbereitung der Volksmeinung durch die Presse. Die deutschfreundliche Rechte gehörte allerdings zu denen, die durchaus für eine Bündnispolitik und Abkommen militärischer Hilfeleistung zu haben war.⁽¹³⁾

Hier galt es für die deutsche Diplomatie anzusetzen und hauptsächlich mit dem gleichen Mittel wie Holsti, über die Presse. Die Rußlandfurcht, die gerade rechts am ausgeprägtesten war, galt es auszureden und hinsichtlich einer finnisch-polnischen Koalition darauf hinzuweisen, ob die Finnen ihr freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland im Zuge der polnischen Orientierung gefährden wollten. Bis zur Wiederaufnahme voller diplomatischer Beziehungen zwischen Berlin und Moskau 1922 war es kaum möglich, über die Sowjetführung auf ein reibungsloseres Verhältnis zwischen Rußland und

(13) So sieht Graml in der aktiven Rußlandpolitik des Kreises um Maltzan, Seeckt ein Rezept gegen die deutsche Erfüllungspolitik, welche die gegen Polen gerichteten Revisionspläne zum Scheitern zu bringen drohte. (Hermann Graml: Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZG 1970, 4, S. 380 f.)

-Holsti: S. 168 f

-Holstis "Übersicht über wichtige politische Ereignisse"

III 24.11.-8.12.1919: Sammlung Vennola 3

- "Die Außenpolitik des Zentrums" (gemeint ist die Fortschritts-partei), polemische Schrift des Vorsitzenden der Rechtspartei (kokoomus), in der festgestellt wird, daß seit 1918 ein Interesse dieser Partei an einer engen Zusammenarbeit mit "unseren südlichen Nachbarn" bestanden hat; Sammlung Ingman B 1:1, vgl. auch Ilvessalo: S. 69

Finnland hinzuwirken. Das einzige, was man tat, war, die russische Reaktion in den Beziehungen zu Finnland zu beobachten und in Helsinki zu versuchen, die Aggressivität finnischer Aktivisten zu dämpfen, Karelrien an Finnland anzugliedern, da ja dies nicht nur die Frontstellung zwischen Rußland und Finnland verschärfte, sondern auch die Bereitschaft, sich mit Polen zu verbünden, förderte.

Das erste Mal wurde man im Auswärtigen Amt im Januar 1920 wegen Finnlands baltischer Politik vorstellig. In Helsinki hatte eine Konferenz stattgefunden, und Trautmann erkundigte sich bei dem finnischen Gesandten, ob eine Militärkonvention vereinbart worden wäre und ob eine Großmacht, als die er England vermutete, an dem Abkommen beteiligt wäre. Beides traf nicht zu. Weder die deutsche noch die finnische Presse nahm merkbar Notiz von dieser Konferenz: Einzig die der Schwedischen Volkspartei nahestehende Helsinkier "Dagens Press" brachte einen Leitartikel, der nicht besser die deutsche Auffassung hätte darbringen können. Die Zeitung warnte Finnland, zu sehr der Rußlandpolitik der Entente zu folgen, wie dies als Programm im Konferenzkommunique dargelegt war, da einer der Faktoren, die diese bestimmen würde, die "Furcht vor Deutschland" wäre. Die Entente wäre zu allem bereit, um zu verhindern, daß Deutschland auf dem russischen Markt Fuß faßt und dort einen neuen Bundesgenossen findet. "Die Konferenzstaaten haben keine Veranlassung der Entente in ihrer Deutschlandfurcht zu folgen. Sie sind alle zur Dankbarkeit gegenüber Deutschland verpflichtet, ohne es wären sie jetzt nicht frei."⁽¹⁴⁾

Auf der nächsten Zusammenkunft der Randstaatenaußenminister in Riga, im August 1920, einigte man sich über eine schiedsrichterliche Beilegung aller Streitigkeiten. Ein weitergehendes Abkommen, über die Verpflichtung bis Ende 1920 Militärkonventionen abzuschließen, wurde finnischerseits abgelehnt und von den Übrigen nicht ratifiziert.⁽¹⁵⁾ Auf diese Beschlüsse

(14) -Aufz. Gespr. Trautmann, Jännes 24.1.1920
AA Fi 1 Bd, 23
-"Dagens Press" 22.1.1920

(15) -Bericht Köster an AA 8.12.1923; "Randstaatenpolitik";
AA Geh. Randstaaten Pol 4, Randstaatenproblem Bd. 2

reagierte man in Berlin überhaupt nicht. Erst als im Juli 1921 wieder Helsinki Konferenzort war, wurde man im Auswärtigen Amt wachsam. Anfang 1921 hatte von Polen aus das Interesse an einem Bündnis mit Finnland etwas nachgelassen. Polen hatte auch einen viel einflußreicheren Partner, nämlich Frankreich, gewonnen. Der Bündnisvertrag, der zwischen den beiden am 19.2.21 abgeschlossen wurde, und durch eine geheime Militärkonvention erweitert wurde, war der erste Schritt zum Aufbau des französischen cordon sanitaire-Systems. In Berlin sah man von Polen aus eine Stoßrichtung Frankreichs, nicht nur in südlicher Richtung zur Tschechoslowakei und Rumänien, sondern beargwöhnte eine entsprechende Aktivität auch nach dem Norden bis hinauf nach Finnland. In der Tat hatte das französische Außenministerium schon seit November 1920 den Finnen empfohlen, mit dem Baltikum und Polen zusammenzuarbeiten.⁽¹⁶⁾ Auf der Julikonferenz in Helsinki, an der die Außenminister Finnlands, Estlands, Lettlands und Polens teilnahmen, wurde wieder eine militärische Allianz besprochen, beschlossen wurde aber lediglich, daß man auf diplomatischem Wege die Einheitsfront gegenüber Rußland aufrechterhalten wollte. Diese Deklaration war von Holsti ausgegangen, der mit ihr einen Druck auf den östlichen Nachbarn auszuüben beabsichtigte, mit dem eine Krise wegen zweier karelscher Gemarkungen bestand. Zu dem Konflikt verhielten sich deutsche Diplomaten nur beobachtend. Weder konnte noch wollte sich das Auswärtige Amt irgendwie für Finnland verwenden.⁽¹⁷⁾ Nur die Helsingikonferenz, die gerade in die Zeit der akuten Oberschlesienfrage fiel, fand sowohl im Auswärtigen Amt als auch in der deutschen Presse eine im Verhältnis starke Beachtung.

Das Blatt des liberalen Bürgertums, die "Frankfurter Zeitung", nahm zu dem geplanten Randstaatenbund in einer sonst Finnland gegenüber seltenen

⁽¹⁶⁾ Holsti: S. 176, Broszat: S. 217, Krummacker: S. 77
Jorma Kalela: Ulkoministeri Enckell ja reunavaltio-
politiikka vuonna 1922, in: Historiallinen Aika-
kauskirja 1966, S. 302

⁽¹⁷⁾ Holsti: S. 178 f., Ilvessalo: S. 70; Keijo Korhonen:
Naapurit vastoin tahtoon, Lahti 1966, S. 52
Mauno Jääskeläinen: Itä-Karjalan kysymys, Porvoo 1961

Deutlichkeit Stellung. Der Tenor war genau der gleiche, den der deutsche Gesandte in Helsinki anwandte. Zum einen wurde die russische Bedrohung für nicht existent erklärt. Der Rigeer Korrespondent der Zeitung betonte, es läge "nicht im Interesse der Lenin'schen Politik, die gegenwärtigen Randstaaten durch kommunistische Republiken zu ersetzen". Für den Stockholmer Korrespondenten war dahingegen Estlands, Lettlands und Polens staatliche Lebensdauer als "Sperrplätze gegen Rußland" nur begrenzt, wobei Finnland, das an sich von den Voraussetzungen her anders situiert sei, durch Bündnisse mit diesen Staaten Gefahr lief, ihr Schicksal zu teilen. Zum anderen wurde an die "deutschfreundliche Majorität" Finnlands appelliert, Holstis Politik nicht mitzumachen, da dies auf die Politik Frankreichs und Polens gegen Deutschland (und Rußland) hinausliefe. Außerdem wußte die Zeitung, daß Holstis Hinwendung zu den Randstaaten "auf einen erheblichen Druck der Entente und insbesondere Frankreichs" zurückzuführen sei.⁽¹⁸⁾

Wieder war es die schwedischsprachige Presse, die in Finnland die den Deutschen konforme Stellungnahme zur Konferenz brachte. Es war bezeichnend für das unsichere außenpolitische Klima in der finnischen Öffentlichkeit, daß die "Hufvudstadsbladet" nicht ihre eigene Meinung offerierte, sondern die zweier ausländischer Zeitungen, der "Frankfurter Zeitung" und der Stockholmer "Aftonbladet". Man gab dem deutschen Blatt Recht, daß eine Union Polen - Lettland - Estland - Finnland "eine Isolation zwischen Rußland und Deutschland" wäre und bestärkt durch die reichsschwedische Stimme, warf man Holsti vor, er hätte gewisse "volkpsychologischen Faktoren ... vernachlässigt, falls er glaubte, daß Finnland sich wahrhaftig

(18) -"Frankfurter Zeitung" 27.7.1921 und 30.7.1921. Die "Frankfurter Zeitung" galt in Finnland als die maßgebende deutsche Zeitung.

-Im Hungerjahr 1921 lag es tatsächlich nicht im Leninschen Interesse weder die Randstaaten noch Finnland einzuverleiben; Korhonen: S. 58 f.; Albert N. Tarulis: Soviet Policy toward the Baltic States 1918-1940, Notre dame 1959, S. 64; M. Trusch: Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Frankfurt 1970, S. 94 f., im Gegensatz zu der Krieg-an jeder Front-These Kennans (George F. Kennan: Sowjetische Außenpolitik unter Lenin und Stalin, Stuttgart 1961, S. 257); vgl. auch Bericht Wallroths vom 19.5.1921: AA Geh. Pol IV Neutralisierung der Ostsee Bd. 1.

in einer Föderation engagieren könnte, die teilweise gegen den Helfer von 1918 gerichtet" sei. "Die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland", "die Dankbarkeit", "die vielen ökonomischen und kulturellen Bande" waren schon in einem früheren Leitartikel der "Hufvudstadsbladet", auch hier auf die Frankfurter Zeitung bezugnehmend, Gründe, weshalb "von finnischer Seite mit solch einer Politik (d.h. derjenigen Holstis) nicht zu rechnen" sei. Hinter diesen Warnungen steckte vor allem auch die Hoffnung der Finnlandsschweden, sich doch noch mit Schweden zu arrangieren, wobei die baltische Politik aus reichsschwedischer Sicht als sehr fragwürdig galt. Ein dritter Grund war sowohl dem Leserkreis der Frankfurter Zeitung als auch der Hufvudstadsbladet gemeinsam, die Erwartungen bezüglich des russischen Marktes. Ganz im deutschen Sinne hatte sich auch schon während der Konferenz wieder "Dagens Press" zu Worte gemeldet. Finnlands Interesse wäre einzig und allein "die Wache gegen den Bolschewismus zu halten" und nicht im Gefolge Frankreichs eine deutschfeindliche Politik zu betreiben. Schließlich wäre es nicht im finnischen Interesse, wenn Deutschland von Rußland abgesperrt würde.⁽¹⁹⁾

Daß man in Deutschland Frankreich als die Wurzel allen Übels - auch der finnischen Randstaatenpolitik - betrachtete, bezeugt auch das Gespräch des deutschen Geschäftsträgers, Wallroth, mit Artti, dem Kanzleichef des finnischen Außenministeriums, über die zuendegegangene Konferenz. Artti wies "mit aller Entschiedenheit" die deutsche Auffassung zurück, nach der Finnland offenbar sich "in den Randstaatenbund als eine von Frankreich inaugurierte ceinture de force hineinplassen lassen werde" und versicherte, daß Finnland an keiner gegen Deutschland gerichteten Politik teilnehmen würde.⁽²⁰⁾

⁽¹⁹⁾ "Hufvudstadsbladet" 30.7. und 2.8.1921

"Dagens Press" 26.7.1921

Über die reichsschwedische Einstellung zur Randstaatenpolitik:
Jorma Kalela: Grannar på skilda vägar, Diss. Helsingfors 1971,
S. 70 f.

⁽²⁰⁾ -Bericht Wallroth an AA 19.8.1921: AA Fi 3 Ru Bd. 1

Hatte man zunächst von deutscher Seite versucht, die finnische Rechte vor die Entscheidung zu stellen, sich die deutsche Freundschaft zu bewahren oder diese mißachtend, sich für eine Finnland fremde und zweifelhafte Machtpolitik Frankreichs einspannen zu lassen, sah man doch zum Ende des Jahres, daß die Finnen das Problem nach wie vor nur aus einer Sicht betrachteten, aus dem Verhältnis zu Rußland. Der finnischen Rechten gegenüber die russische Gefahr zu bagatellisieren, war wenig wirksam, ja sogar bedenklich, da die deutsche Freundschaft als Gegengewicht nichts weiter anzubieten hatte, als Gedenkfeiern und Worte, wohingegen die gesamten bürgerlichen Parteien Finnlands handfeste Garantien wollten. Diese zu bekommen, hatte man immer noch die größeren Aussichten bei der Entente und den Randstaaten. Die Holsti nahestehende "Helsingin Sanomat" polemisierte gegen die Ausführungen der "Hufvudstadsbladet". Immerhin hielt man den Vorwurf, daß sich die Verhandlungen gegen Deutschland gerichtet hätten, für schwerwiegend genug, um ihn als völlig abwegig von sich zu weisen. Aber das Blatt warnte die Finnen, Deutschland allzusehr zu trauen, denn schließlich hänge Finnlands Verhältnis zu Deutschland davon ab, wohin Deutschland seine eigene Politik in Zukunft wenden würde. Die Finnen müßten "naturgemäß immer auf der Hut vor Rußland sein", von keiner anderen Seite hätte man Feindseligkeiten zu befürchten; Falls aber Deutschland und Rußland sich verbünden würden, dann würde sich die Lage "einigermaßen verwirren".⁽²¹⁾

⁽²¹⁾ - "Helsingin Sanomat" 11.8.1921

4. 1. 3. Die Warschauer Beschlüsse zwischen Polen, Lettland,
Estland und Finnland im März 1922

Zum Ende des Jahres 1921 trat das ein, was für das bisherig aufrechterhaltene finnisch-deutsche politische Verhältnis die ungünstigste Kombination zu versprechen schien: Die Zustände in Ostkarelien spitzten sich bis zu einem Aufruhr zu, der u.a. von finnischen Aktivisten unterstützt wurde. Die finnische Regierung bestritt an den Aktionen beteiligt zu sein, sah aber die Krise zwischen Moskau und Helsinki als so ernst an, daß sie Ende November an den Völkerbund appellierte.

Zur gleichen Zeit demissionierte die deutsche Regierung wegen der alliierten Entscheidung in der Oberschlesienfrage. Wirth, im neuen Kabinett nunmehr auch Außenminister, entließ im November den bisherigen Leiter der Ostabteilung, Behrend, und an dessen Stelle trat Freiherr Ago von Maltzan. Somit hatten die um Seeckt und Maltzan gruppierten Revisions- und Restaurationspolitiker der DNVP und DVP den maßgeblichen Posten innerhalb des auswärtigen Amtes inne, der die Voraussetzung für eine aktivierte Ostpolitik bildete. Mit den Konsequenzen dieser Weichenstellung dürfte auch Holsti vertraut gewesen sein, denn der finnische Gesandte Holma hatte schon im August 1921 aus Berlin berichtet, daß "die Linie Moskau-Berlin von Tag zu Tag klarer würde", und verband nun mit Maltzans Ernennung deutlich die Fortsetzung der Annäherung an Rußland.⁽¹⁾

Für die ostpolitischen Pläne Maltzans konnte ein Konflikt in der Ostkarelienfrage zwischen Finnland und Rußland keineswegs recht sein. Denn je mehr sich bei den Finnen eine Kriegspsychose ausbreitete, umso anfälliger wurden sie für ein polnisches Bündnis, und zwar die zu seiner Realisierung benötigten gesamten bürgerlichen Parteien. Bisher hatte der

⁽¹⁾ Korhonen, S. 54
Kalela, S. 60
Holsti, S. 150

Krummacker, S. 118 f, Graml: Die Rapallo-Politik... S. 380
Berichte Holmas vom 8.8.1921, 30.10.1921 und 9.11.1921: UM 5 C 5

zwischen dem republikanischen Holsti und der immer noch versteckt monarchischen Rechten bestehende innenpolitische Gegensatz ein Zusammengehen in der prinzipiell von allen erwünschten militärischen Rückenstärkung verhindert. Dazu kam, daß gerade im Herbst 1921 Polens Interesse an einem Pakt mit Finnland sehr groß war.⁽²⁾ Waren erst einmal Rußland und Deutschland durch eine Randstaatenbarriere getrennt und war gleichzeitig Polens Stellung verstärkt, schien für Maltzan die Ostgrenzenrevision, deren Grundbedingung ein isoliertes schwaches Polen war, undurchführbar.

In dieser Situation war eine irgendwie geartete deutsche Unterstützung für Karelien, wenn auch nur in moralischer Hinsicht, undenkbar. Weder in Finnland noch in Rußland wurde von deutscher Seite irgendwie offiziell Stellung zu dem Konflikt genommen. In Moskau gewannen die Deutschen den Eindruck, daß der Konflikt ohnehin nur auf diplomatische Noten beschränkt bleiben würde.⁽³⁾

Der Randstaatenbund als störendes Element für die Maltzansche Außenpolitik war allerdings schwerwiegender. Die Ereignisse zum Jahresende 1921 hatten Holsti in seiner Auffassung bestärkt, daß es unbedingt notwendig sei, Verbündete zu finden und dies nach Lage der Dinge nur Polen sein könnte. In Finnland war gerade durch den Karelienkrieg, und obwohl er inzwischen beigelegt war, die Rechte nunmehr bereit, Holstis seit Januar 1922 wieder einsetzende Bündnispolitik zu unterstützen. Das deutsche Appellieren an die Gefährdung der deutsch-finnischen Freundschaft hatte offensichtlich nichts genützt; die Rußlandgefahr betrachtete man doch als naheliegender als das Risiko, in etwaige deutsch-polnische Verwicklungen hineinzugeraten.⁽⁴⁾

⁽²⁾ -Korhonen, S. 57, Kalela: S. 62 f, Ilvessalo: S. 79

⁽³⁾ -Tg. Maltzan an deutsche Vertr. Moskau v. 30.11.1921
Antwort Wiedenfeld v. 6.12.1921: AA F1 Pol 3 Ru Bd. 1

⁽⁴⁾ -Holsti, S. 186; Korhonen: S. 66

In der finnischen Öffentlichkeit war die Aufregung über die karelischen Ereignisse keineswegs verstummt. Für Deutschland war peinlich, daß man die russischen Erfolge in Ostkarelien mit auf deutsche Waffenlieferungen zurückführte. Holsti hatte während der Krise nach Paris und London ein Hilfesuch gerichtet, ob die Entente nicht die Aufrüstung Rußlands mit deutschen Waffen unterbinden könnte. Die 1922 immer stärker werdenden Gerüchte einer deutsch-russischen Allianz dürften Holsti auch veranlaßt haben, seine Polenpolitik zu forcieren. Ende Januar 1922 forderte er die Gesandtschaft in Berlin auf, die "sowjetisch-deutschen Verträge eilig zu schicken", insbesondere sollte Holma nach geheimen Abmachungen forschen. Daß Holsti nunmehr selbst daran ging, eine Allianz zusammenzuschmieden, wurde Holma absichtlich verschwiegen. Wenn Holma allerdings der "Frankfurter Zeitung" Glauben schenken wollte, konnte er dort von Holstis "Geheimabmachungen in Warschau" und der "Bindung Finnlands an die französisch-polnische Schutzgürtelpolitik" erfahren.⁽⁵⁾

Ähnlich wie 1921 nach der Helsinkikonferenz waren es wieder ursprünglich aus Stockholm in die "Frankfurter Zeitung" gebrachte Artikel, welche die finnische Presse veranlaßten, auch selber Stellung zu dem geplanten Militärbündnis und den dadurch betroffenen Beziehungen zu Deutschland zu nehmen. Mitte Februar wurde laut "Frankfurter Zeitung" in Helsinki "ganz offen erklärt, daß das polnisch-finnische Bündnis ein nordisches Gegenstück zu dem polnisch-französischen Bündnis werden soll". Diese "lebensgefährliche" Politik, die angeblich "gegen den Willen der Mehrheit des finnischen Volkes getrieben" wurde, war imstande, aus Finnland einen "offenen Feind" Deutschlands zu machen. Der Korrespondent vergaß auch nicht daran zu erinnern, daß "deutsches Blut 1918 die Freiheit und

(5) -deutsche Waffenlieferungen, Dementi des AA;
Ilvessalo: S. 80
Tg. Holstis an die Ges. London und Paris o.D. (1921/1922):
Sammlung Holsti 33
-Tg. UM an Ges. Berlin v. 31.1.1922: UM 7 E Saksa
-Tagebuchaufz. Holmas v. 19.1.24: Sammlung Holma 52 a
-"Frankfurter Zeitung" 10.1.1922; Die Meldung traf nicht zu.

Selbständigkeit Finnlands gerettet" hatte. Besonders hatte es die Zeitung darauf angelegt, die Schwedische Volkspartei (Finnlands) von der baltischen Politik loszueisen. Das Hauptorgan der finnischen Konservativen "Uusi Suomi" rechtfertigte sich zu diesen deutschen Vorwürfen: "In Finnland kann man es nicht begreifen, daß Deutschland, dessen edle Teilnahme an Finnlands Freiheitskampf hier in dankbarer Erinnerung lebt, es als unangenehm betrachtet, daß Finnland seine Selbständigkeit und Freiheit gegen ihnen drohende Gefahren zu sichern versucht. Solch ein Verhalten kann und darf keineswegs irgendetwas Unfreundliches gegen Deutschland beinhalten."⁽⁶⁾ Die Schwedische Volkspartei hatte sich am 25.2.1922 auf ihrem Parteitag mit geringer Stimmenmehrheit entschlossen, den Konservativen zu folgen. Vermittels der "Hufvudstadsbladet" wurde danach eine Rechtfertigung sowohl an die Deutschen als auch an die Zweifler innerhalb der eigenen Partei gerichtet, die an die "Frankfurter Zeitung" anknüpfte: "Finnland hat nicht und wird nicht vergessen, daß es deutsches Blut war, das für Finnland vergossen wurde. Aber das Dankbarkeitsgefühl, das wir Deutschland für diese wertvolle Hilfe hegen, darf uns natürlich nicht daran hindern, auf bestem Wege danach zu trachten, die mit deutscher Unterstützung gewonnene Unabhängigkeit zu bewahren und zu sichern." Die Enttäuschung, daß "das jetzige Deutschland uns weder beschützen kann noch will", war eindeutig.⁽⁷⁾

Im Auswärtigen Amt sah man immer noch Frankreich als treibenden Faktor und besonders stark wurde dieser Verdacht, nachdem Poincaré, Vertreter eines harten Kurses gegenüber Deutschland, in Paris Ministerpräsident geworden war. Zu dem Argwohn, daß Frankreich Druck auf Finnland ausüben würde, hatte wohl auch die Beschwerde Holmas - der ohnehin als "frankophil" verdächtigt wurde - über die "Frankfurter Zeitung" im Auswärtigen Amt beigetragen. Gesandter Göppert berichtete jedoch aus Helsinki, daß es mit Frankreichs

⁽⁶⁾ - "Frankfurter Zeitung" 14.2.1922
"Uusi Suomi" 24.2.1922
vgl. Holsti S. 188

⁽⁷⁾ - "Hufvudstadsbladet" 28.2.1922

Druck nicht stimme, der einzige Grund zu der Annäherung an Polen, die nun auch die Deutschland freundlich gesinnten Kreise mitmachten, war "die Rußlandfurcht".⁽⁸⁾ Gerade zum selben Zeitpunkt erfuhr das Auswärtige Amt, daß eines seiner Rezepte, Finnland der baltischen Politik abspenstig zu machen, nämlich Finnland von Schweden aus "an die skandinavische Gruppe zu ziehen", nicht nur bisher erfolglos geblieben war, sondern auch für die Zukunft "sehr zweifelhaft" sein würde.⁽⁹⁾

Haniel bat daraufhin den deutschen Vertreter Wiedenfeld "vorsichtig und unverbindlich" in Moskau zu sondieren, ob es möglich wäre, den Finnen zu versichern, daß Rußland einen Angriff auf Finnland nicht beabsichtigt, falls das polnisch-finnische Bündnis unterbliebe. Ohne Wiedenfelds Antwort abzuwarten, gab Maltzan aus eigener Kenntnis der russischen Politik Holma zu verstehen, daß Rußland "nicht die mindesten aggressiven Absichten gegen Litauen und die nördlichen Randstaaten, insbesondere nicht gegen Finnland" hege und das geplante Bündnis "die Empfindlichkeit der Russen ... eher gesteigert als gemindert" habe.

Wiedenfelds Antwort kam viel später, sie entsprach aber Maltzans Prognose. In der Tat war es sehr wahrscheinlich, daß die Sowjetregierung am Vorabend der Genuakonferenz Wichtigeres vorhatte als gegen Finnland vorzugehen, zumal sie in Ostkarelien wieder Herr der Lage war.⁽¹⁰⁾ Die Warnungen des

⁽⁸⁾ -Holmas Demarche: Bericht Holmas v. 17.2.1922; UM 505
Wedels Aufz. über Holmas Persönlichkeit v. 13.12.1922:
AA Fi Pol 2 Bd. 1,
-Tg. Haniel an Ges. Helsingfors 28.2.1922, Tg. Maltzan an Ges.
Warschau 6.3.1922, Bericht Göpperts an AA v. 28.2.1922:
AA Fi Pol 3 Po Bd. 1
-Krummacher: S. 127; Hermann Graml: Europa zwischen den Kriegen
in: Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg, Stuttgart 1971,
Bd. I, S. 304

⁽⁹⁾ -Tg. Nadolny an AA v. 3.3.22; AA Fi Pol 3 Po Bd. 1,
vgl. Ilvessalo, S. 84, Kalela, S. 69

⁽¹⁰⁾ -Tg. Haniels an Wiedenfeld (Moskau) vom 4.3.1922 auf Veranlassung
Göpperts (Tg. v. 3.3.1922) und Antwort Wiedenfelds vom 28.4.1922:
AA Fi Pol 3 Po Bd. 1
-Aufz. Gespr. Maltzan, Holma vom 8.3.1922: AA Fi Pol 1 Bd. 1
-Ilvessalo: S. 81
-Korhonen, S. 61, Seit Januar 1922 hatte die Sowjetregierung ein
Interesse, den Karelienkonflikt aus der Welt zu schaffen
-Trusch, S. 150 (Verhandlungen mit Deutschland im Januar)
Rosenbaum, S. 26 f.

Auswärtigen Amtes waren ohnehin wirkungslos. Am 3.3. hatte sich Holsti die Zustimmung der Fraktionen für einen Militärbündnisentwurf geholt, vier Tage später reiste er nach Warschau zu einer Konferenz der Randstaaten (ohne Litauen). Der Anlaß für diese Warschauer Konferenz war lediglich, sich über ein gemeinsames Auftreten für Genua zu einigen, insbesondere, was die Schulden des ehemaligen Zarenreichs anbetraf. Darüberhinaus kam es den Randstaaten, vor allem Polen, darauf an, daß keine Grenzverträge in Genua diskutiert würden.⁽¹¹⁾

Die revisionistische Gruppe in Deutschland hatte sich von Genua in Bezug auf den Versailler Vertrag gerade das Gegenteil wie Polen und die Randstaaten erhofft. Aus diesem Grund hatte Poincaré schon am 1.2. festgelegt, daß die Konferenz sich mit keinem Problem befassen dürfe, das durch die Friedensverträge und die Konferenzen des Jahres 1921 bereits geregelt sei. Da die diplomatischen Mittel auf die finnischen Regierungskreise einzuwirken ineffektiv waren, versprach man sich im Auswärtigen Amt viel mehr durch fortgesetzte Beeinflussung der Presse. Am 4.3. nahm die "Frankfurter Zeitung" auf der ersten Seite die Pressekampagne mit den finnischen Blättern wieder auf. Sie vermerkte, daß "vom deutschen Standpunkt" ... "ein Anschluß Finnlands an Polen ... ein Stück der französischen Barrierepolitik" sei und damit "offene Gegnerschaft gegen Deutschland" bedeutete. Finnland würde durch solch eine Politik gewissermaßen die Garantie für "Polens imperialistisch-nationalistische Politik" übernehmen. Um der finnischen Rechten ihre Furcht vor dem Bolschewismus und die Zweifel an Deutschlands Absichten zu nehmen, wurde auf die großen wirtschaftlichen Interessen verwiesen, die es Deutschland verbieten würden, "daß ein ausgezeichneter Kunde für seine Industriewaren" (d.h. Finnland) "kommunistischen Experimenten" anheimfalle.⁽¹²⁾

⁽¹¹⁾ -Holsti, S. 189 f; PM über die Instruktionen Rudolf Holstis für Warschau vom 7.3.1922, Sammlung Ryti 13; Graml: Europa... S. 305

⁽¹²⁾ -die Pressebeeinflussung wurde von den Gesandten Göppert (Helsinki) und Nadolny (Stockholm) angeregt, 2 Tg. Göpperts vom 1.4.1922; Tg. Nadolny v. 3.3.1922: AA Fi Pol 3 Po Bd. 1
-"Frankfurter Zeitung" 2.3. und 4.3.1922
Auch andere deutsche Zeitungen befaßten sich mit Finnlands Randstaatenpolitik, jedoch wurde nur die "Frankfurter Zeitung" in Finnland zitiert.

In Finnland lobte die konservative Presse den zukünftigen "finnisch-polnischen Verteidigungspakt", jedoch verschwieg sie nicht die Gegenstimmen, und zwar diejenigen aus Deutschland und nunmehr auch solche, die bezeichnenderweise gerade aus deutschfreundlichsten Kreisen Finnlands kamen. Die "Uusi Suomi" druckte einen Brief des früheren Kriegsministers Thesleff (aus der Paasikiviregierung 1918) ab, in dem dieser den Pakt als "Nagel in den Sarg unserer Selbständigkeit" bezeichnete und vermeldete am 12.3., daß der amtierende Verteidigungsminister, Jalander, ebenfalls den Pakt verwerfe.⁽¹³⁾

Als Holsti Ende März wieder nach Helsinki zurückkehrte und ein von ihm und den übrigen Konferenzteilnehmern unterzeichnetes Abkommen mitbrachte, das weder ein regelrechtes Verteidigungsbündnis noch eine unverfängliche Abmachung über Verkehrs- und Wirtschaftsfragen war, für die Konservativen also nutzlos, sahen sie ihre Stunde gekommen, Holsti loszuwerden. Jetzt konnte man geschlossen die bisherigen deutschen Bedenken für diesen Warschauer Accord akzeptieren und innenpolitisch ausnutzen. So schrieb die "Uusi Suomi" vom 24.3. in ihrem Leitartikel: "Es ist schwer festzustellen, welche Vorteile der von Holsti unterzeichnete Vertrag für Finnland bringt ... aber man muß vermuten, daß dieser Vertrag besonders in Litauen und Deutschland nicht wohlwollend kritisiert wird, und es ist schwer zu verstehen, welche Gründe Finnland hat, da es nichts erreicht hat, einer Maßnahme beizutreten, welche diese Mächte sich gegenüber vielleicht als wenig freundlich betrachten könnten." Ende März und Anfang April wurden im finnischen Parlament zwei Interpellationen eingereicht, eine von den Sozialdemokraten, die andere von der Schwedischen Volkspartei, wodurch das Warschauer Abkommen eine Vertrauenskrise für Holsti wurde.

(13) "Uusi Suomi" 5.3. und 12.3.1922
Thesleff und Jalander waren Mitglieder der Finnisch-
Deutschen Gesellschaft

Sie endete im Mai damit, daß Holsti gehen mußte und das Abkommen unratifiziert blieb.⁽¹⁴⁾

Das außenpolitische Interesse innerhalb der Sozialdemokratischen Partei war einer kleinen Gruppe vorbehalten, die vor allem durch das Zentralorgan "Suomen Sosialidemokraatti" sich zu Worte meldete. Die bislang von der Partei verfolgte Neutralitätslinie, d.h. Finnland von allen verpflichtenden Verbindungen fernzuhalten, wurde auch jetzt benutzt, um Holstis Warschauer Vertrag zu desavouieren, obwohl man sich einen Monat früher, als Holsti die Zustimmung aller Fraktionen einholte, noch nicht gegen seine Politik gewandt hatte. Während im Parlament zur Begründung der Interpellation nur allgemeine Gründe angegeben wurden: man müsse sich von der Großmachtpolitik fernhalten, zu der der Warschauer Accord hinführe, eine friedliche Politik sowohl gegenüber Rußland als auch Deutschland praktizieren und versuchen, freundschaftliche Beziehungen zu Skandinavien zu schaffen, hatten z.T. dieselben Interpellanten in "Suomen Sosialidemokraatti" ihre Ablehnung eindeutig mit Polens Rolle begründet. Hier unterschieden sich die Argumente der finnischen Linken durch nichts von denjenigen der deutschen bürgerlichen Presse und des Auswärtigen Amtes: "Der baltische Bund ist eigentlich für Polen notwendiger als für Finnland", "Frankreich, das Deutschland politisch und wirtschaftlich schwach belassen will und die deutsch-russische wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit verhindern will, steht hinter diesen Projekten". Was jedoch keine finnische bürgerliche Zeitung tat, die "Suomen Sosialidemokraatti" gab sogar der deutschen Diplomatie Recht: "Es ist zweifelhaft", schrieb die Zeitung, "ob unser Land es sich leisten kann, so vollkommen den Standpunkt

[14] -Der Warschauer Vertrag vom 18.3.1922 war in seinem wesentlichen Artikel VII ein "Nichtangriffs- und Konsultationspakt", dort hieß es: "Die Signatarstaaten verpflichten sich, falls einer von ihnen Opfer eines unprovokierten Angriffs wird, zu wohlwollendem Verhalten und zu sofortigen Verhandlungen über die zu ergreifenden Maßnahmen." (Holsti, S. 193)

-Holsti, S. 192 ff., Rauch, S. 97, Ilvessalo, S. 84 f.;
Henrik Schaumann: Reunavaltiopolitiikka, in: Itsenäisen Suomen
ulkopolitiikan alkutaival, Porvoo 1962, S. 137 ff.

-"Uusi Suomi" 24.3.22, 2.4. und 7.4.1922

der deutschen Diplomatie unberücksichtigt zu lassen, auf Grund Deutschlands augenblicklicher Schwäche." (15)

In der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes hatte man bezüglich einer "Barriere von Helsingfors bis zum Schwarzen Meer unter französischer Ägide mit Warschau als Angelpunkt" schon einen etwas klareren Durchblick gewonnen, und hielt die Verkoppelung des Baltenbundes mit der Entente für doch nicht "ohne weiteres" realisierbar. Die in Warschau von den Konferenzteilnehmern zur gleichen Zeit beschlossene "Aufrechterhaltung der Westverträge" war jedoch ein "unangenehmes" Faktum. Hier versprachen sich die vertragschließenden Staaten sich jeglicher Revision und allen Erörterungen des Versailler Vertrages und der anderen Friedensverträge zu widersetzen. Diese Abmachungen hielt Holstis Parteiorgan, die "Helsingin Sanomat" nach der plötzlich einsetzenden Kritik am Warschauer Neutralitätsvertrag nunmehr für "ein wesentliches Ergebnis" der Konferenz in Polen und dementsprechend das Auswärtige Amt und seine Genuadelegation für eine "ungünstige Bestimmung". Dies auch in Hinblick auf "Rückschlüsse auf die künftige Haltung Finnlands", d.h. ob Finnland bei der Randstaatenpolitik beharren würde. Holsti hat in einer Aufzeichnung vom 19.4. dargelegt, weshalb es für Finnland von Vorteil wäre, in Genua zusammen mit den Randstaaten aufzutreten und sich einer Revision bisheriger im Zuge des Weltkrieges entstandener Verträge zu widersetzen. Holsti war an sich für eine Vertragsrevision, falls sie den russisch-finnischen Friedensvertrag zugunsten finnischer Forderungen in Ostkarelien beträfe, denn die Großmächte hatten die Sowjetregierung noch nicht de jure anerkannt und somit den Friedensvertrag zwischen Rußland und Finnland auch nicht. Da er es jedoch für Finnland für sehr riskant hielt, in Genua als Anhänger einer Revisionspolitik zu erscheinen, die Deutschland als Prinzip anerkannt

(15) -EK Valtiopäivät 1921, Pöytäkirjat III S. 2409 f,
2765 ff., S. 2775
- "Suomen Sosialidemokraatti"
11.3. und 23.3.1922

hatte und wodurch Finnland in bedenkliche Nähe deutscher Politik geraten wäre, war es besser, jeglichen Eindruck finnischer Revisionsbestrebungen in Genua auszuschalten, da dies die Großmächte sicherlich gegen finnische Belange, wie die Schuldenfrage, eingestellt hätte.⁽¹⁶⁾

Am 30.3. bekam Premier Vennola vom französischen Gesandten zugesichert, daß die französische Regierung zwar prinzipiell der Ansicht wäre, daß die neuen Staaten sich an den russischen Staatsschulden beteiligen müßten, dies aber nicht auf Finnland zuträfe. Frankreich betrieb bezüglich der Randstaaten, besonders der drei kleinen, eine doppelte Politik. Einerseits sollten sie als Schuldner ausgenutzt werden, andererseits sollten sie eine Wachpostenrolle gegen den Bolschewismus übernehmen und der Einkreisung Deutschlands dienen. Allerdings legten sich die französischen Politiker dem Baltikum gegenüber nicht fest, und es ist nicht verwunderlich, daß der deutsche Gesandte in Paris mitteilte, daß es "schwer" wäre, festzustellen, ob Frankreich hinter den Randstaatenpaktplänen stünde.⁽¹⁷⁾

Durch die Zusicherung der Franzosen war die Warschauer Erklärung für Genua den Finnen nicht mehr so bedeutungsvoll. Umso leichter war es für Vennola, der in Genua sein Land vertrat, von dieser Erklärung abzurücken, um gleichzeitig sich bei Deutschland in ein besseres Licht zu setzen. Mit Genugtuung stellte Maltzan Ende April fest, daß Finnland keine der Ententenoten gezeichnet hatte und sich ebenso wie die übrigen Randstaaten, mit Ausnahme Polens, den Deutschen stets entgegenkommend gezeigt hatte. Die Ursache zu diesem Entgegenkommen war, nach Maltzan, der Rapallo-Vertrag. Estland, Lettland und Litauen, das an der Warschauer Konferenz nicht

(16) -Notiz Referentenbesprechung der Abt. IV (am 13.3.) vom 31.3.1922; Bericht Göpperts vom 4.4.1922: AA Fi Pol 3 Polen Bd. 1
- "Helsingin Sanomat" 25.3.1922
- Tg. Haniels an Maltzan vom 28.4.1922: AA Fi Pol 2 Bd. 1
- Holstis Aufzeichnung vom 19.4.1922: Sammlung Ryti 13
- Tarulis: S. 65 f

(17) - Schreiben des französischen Gesandten an Vennola vom 30.3.1922: Sammlung Vennola 48
- Bericht Meyers vom 4.4.1922: AA Fi Pol 3 Polen Bd. 1

teilgenommen hatte, hatten der deutschen Delegation "wohlwollende wirtschaftliche Vermittlung" zwischen Deutschland und Rußland zugesagt. Finnland hatte sich dieser Verständigung "unverbindlich angeschlossen", Polen blieb ihr fern. Diese Unverbindlichkeit erlaubte es Vennola, später die Randstaatenpolitik in gemäßigter Konferenzform wieder aufzunehmen. Genauso unverbindlich hatte Rathenau, nachdem er zunächst dem finnischen Ministerpräsidenten die deutsche Mißbilligung des Warschauer Accords auseinandergesetzt hatte, eine "Zusicherung freundschaftlicher Vermittlung gegenüber Rußland" gegeben. Wohl erwartete Rathenau, daß dieses Vermittlungsangebot als Preis für das Fallenlassen der polnischen Orientierung Finnlands verstanden werden sollte, aber einen regelrechten Handel, wie ihn Gesandter Göppert aus Helsinki anregte, konnte Rathenau nicht vereinbaren, da dies Deutschlands "politische Entwicklungsmöglichkeiten zu stark belasten" würde.⁽¹⁸⁾

(18) -Tg. Maltzan an Haniel vom 28.4.1922
-Tg. Rathenau an AA und Göppert vom 12.5.1922
-Tg. Göppert an AA und Rathenau (Genua) vom 10.5.1922:
AA Fi Pol 2 Bd. 1
-Schreiben Wedels an Maltzan (Genua) vom 5.5.1922:
AA Fi Pol 3 Polen Bd. 1
-Ilvessalo: S. 82

4. 2. Rapallovertrag und Randstaatenbund

4. 2. 1. Rückwirkungen des Rapallovertrages auf die Beziehungen Deutschlands zu Finnland

Der Rapallovertrag änderte an den Beziehungen Deutschlands zu Finnland zunächst nichts. Bezeichnenderweise schwieg in Finnland die gesamte Rechtspresse, abgesehen von der Nachrichtenmeldung zu diesem Ereignis. Einzig "Svenska Pressen" vermerkte, daß es "schade um die Deutschen" wäre, die genötigt seien, "als Bundesgenossen der blutbesudelten Fantasten aus Halbasien aufzutreten". Bei der Warschauer-Vertragsdebatte im finnischen Parlament stellte der Führer der Bauernpartei Alkio angesichts des Rapallovertrages fest, daß "Deutschland sich nicht um Finnland kümmert, wenn es günstiger ist, mit Rußland zusammenzuarbeiten". Für Alkio war es keineswegs sicher, daß dieser Bund nicht auf Finnlands Verderben auslaufe und er warnte die Rechte, sich Deutschland zu nähern.⁽¹⁾

Die Politik des Auswärtigen Amtes gegenüber Finnland wurde zwar von der Rußlandpolitik berührt, aber solange Rußland bzw. Finnland selber keinen Anlaß dazu gaben, nicht bestimmt. Dafür bot schon die personelle Einteilung im Auswärtigen Amt nach Ende 1922 Gewähr. Leiter der Ostabteilung war der ehemalige Lübecker Handelskammersyndikus Wallroth geworden, der zuvor Geschäftsträger in Helsinki gewesen war und dessen Tätigkeit davon bestimmt war, die Handelsbeziehungen zu Finnland auszubauen. Traten zwischen Finnland und Rußland keine Diskrepanzen auf, d.h. sah sich Rußland durch keine Großmächte, vor allem England oder wie 1922 durch Frankreichs Randstaatenbarriere, über finnisches Territorium bedroht, so konnten sich die deutsch-finnischen Beziehungen ganz im Sinne der Ausgestaltung eines möglichst starken Handelsverkehrs ungestört entwickeln. Das einzige war und blieb im Auswärtigen Amt, genau zu beobachten, ob die Voraussetzung eines

⁽¹⁾ - "Svenska Pressen" 18.4.1922
- EK Valtioapäivät 1921, Pöytäkirjat S. 2788 ff.

russisch-finnischen Friedenszustandes auch weiterhin gegeben war und eventuellen Störungen vorzubeugen, Maltzan und seine Nachfolger haben zwar bei solchen Anlässen darauf hingewiesen, daß man auch deutscherseits versucht hätte, das russische Mißtrauen zu beschwichtigen,⁽²⁾ aber es ist sehr fraglich, ob dies tatsächlich der Fall gewesen ist. So unproblematisch und unbelastet war die Freundschaft zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Narkomindel nicht, daß man von deutscher Seite ohne Verdacht zu erwecken, für ein Land eintreten konnte, in dem man schließlich nur einige Jahre zuvor die Gegenrevolution unterstützt hatte. Zumindest Brockdorff-Rantzau zeigte während seiner Botschafterzeit in Moskau nur geringes Interesse für Finnland, er war sogar geneigt, Finnland immer noch der russischen Interessensphäre zuzuordnen, was zumindest Wallroth und wohl auch Maltzan nicht taten.⁽³⁾

Eines hatte sich vergleichen mit 1918 geändert. Deutschland sah sich nunmehr auch prinzipiell außerstande, in einem etwaigen russisch-finnischen Konflikt zugunsten der Finnen einzugreifen. Es nahm offiziell zu allen strittigen Fragen wie in der Karelienkrise 1921 eine neutrale Haltung ein. Bei der finnischen Rechten traf dies den Kern der Enttäuschung am neuen Deutschland, eine Enttäuschung, die sich in der Anfangszwanzigern nur deshalb so wenig artikulierte, weil ein wie auch immer zu Rußland eingestelltes Deutschland wegen seiner eigenen Ohnmacht unter keinen Umständen von Nutzen für Finnland hätte sein können. Inoffiziell wurden jedoch aufs eifrigste die Kontakte zwischen den ehemaligen monarchistischen Kreisen Finnlands und den Protagonisten der 1918-Hilfe, v.d. Goltz, Meurer usw. gepflegt, nicht nur aus Dankbarkeit, sondern, um für die Zukunft, wenn Deutschland wieder seine alte Stellung erreicht hätte, noch den bewährten Draht zu besitzen. Dem Auswärtigen Amt, das sonst nicht genug mit der

⁽²⁾ -Ilvessalo: S. 108 f, 127

Nach Ilvessalo soll das AA aktiv für Finnlands Stellung sowohl in Moskau als auch in Stockholm tätig gewesen sein S. 105, S. 109)

⁽³⁾ -Brief Holmas an Setälä 11.2.1926:
Sammlung Holma 15

dankbaren Freundschaft hantieren konnte, war die diesen Kontakten immanente Rußlandfeindschaft zu riskant, so daß man es für besser hielt, sich von dem Antibolschewisten v.d. Goltz und seinen Mitstreitern in Bezug auf Finnland zu distanzieren. Dies war der Fall während der Ruhrkrise. Aus allen neutralen Ländern bekamen die Deutschen Sympathieerklärungen. In Finnland gingen diese Kundgebungen von der rechtsorientierten "Finnisch-Deutschen Gesellschaft" aus, in der man "infolge der Ruhrvergewaltigung" ... der Ansicht war, daß "ein Aufruf in großem Stil" zu erfolgen hätte. Anfang März 1923 veröffentlichten die finnischen Zeitungen "Hufvudstadsbladet" und "Uusi Suomi" einen Aufruf an die Universitäten und Hochschulen des Deutschen Reiches, in welchem die unterzeichneten 117 finnischen Professoren und Wissenschaftler, unter ihnen ehemalige Minister, ihr "Mißfallen" über "die immer schwerer werdenden Gewalttaten, die einem der ersten Kulturvölker der Welt widerfahren", ausdrückten, und gleichzeitig ihr "warmes Mitgefühl" und ihre "tiefe Dankbarkeit für all das, was Finnland von den deutschen Hochschulen empfangen hat", hervorbrachten.⁽⁴⁾ Die Art des Aufrufes ist durch den nur rund zwanzig Jahre zurückliegenden "Rechtskampf" der Finnen gegen die zaristischen Maßnahmen zur Beschneidung finnischer Privilegien, zu erklären, wobei von Deutschen und gerade aus Hochschulkreisen ein Manifest an Nikolaus II. mit entsprechendem Eintreten mitunterzeichnet wurde.⁽⁵⁾

Politisch wurde die Ruhradresse dadurch, daß sovieler in ihren Parteien Spitzenpositionen einnehmende Personen den Aufruf mitunterzeichnet hatten, u.a. der Oppositionsführer der Rechtspartei "kokoomus", Ingman. Der amtierende Außenminister Vennola sah sich daher veranlaßt, in einer Erklärung im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages die Neutralität Finnlands zu betonen. Der französische Gesandte hatte sehr empfindlich reagiert, und es war nicht ausgeschlossen, daß hierdurch Konsequenzen für die finnisch-

⁽⁴⁾ - "Frankfurter Zeitung" 9.2.1923, "Uusi Suomi" und "Hufvudstadsbladet" 6.3.1923

- Vorstandssitzungsprotokoll der Finnisch-Deutschen Gesellschaft vom 19.1.1923: VA

- Bericht Zechs vom 8.2.1923: AA Fi Pol 25 Bd. 1

- Tg. Zechs vom 5.3.1923: AA Bü Am 34 Finnland Bd. 1

⁽⁵⁾ - Jutikkala: S. 318 f

französische Handelsvertragsratifizierung zu befürchten waren. Vennola warnte daher "ohne allen Anlaß unser Verhältnis zu den uns freundschaftlich gesinnten Staaten, deren Hilfe wir noch benötigen, zu verschlechtern". Es waren nicht nur Proteste, die gegen Frankreich geäußert wurden, sondern es wurde auch an materielle Hilfe für die Ruhrbevölkerung gedacht, so legte das Finnische Rote Kreuz Geldlisten aus.⁽⁶⁾

In Deutschland wurde die Adresse zwar zur Kenntnis genommen, u.a. wurde sie von W.T.B. verbreitet, das Echo war aber längst nicht so stark, wie man es in Finnland erhofft hatte. Maltzan von Seiten des Auswärtigen Amtes hatte den Protest als "Familienangelegenheit" betrachtet, den man nicht unnütz in der Welt verbreiten sollte. Obwohl der deutschen Regierung Sympathieadressen aus dem Ausland willkommen waren - so bedankte sich Rosenberg Mitte April in einer Reichstagsrede bei Deutschlands "wenigen Freunden in der Welt", die "in den Stunden der Not treu geblieben sind, die uns ihre Sympathie auch in solchen Zeiten bekundet haben, wo Mut dazu gehörte" - so waren zumindest Staatssekretär Maltzan allzustarke Kundgebungen deutsch-finnischer Freundschaft gewisser Kreise unangebracht. Er war auch über die geplante Reise Goltzs zur Fünfjahresfeier der deutschen Landung nach Finnland "sehr beunruhigt" und fragte Holma, ob er dies nicht verhindern könnte. Aber so wenig dies dem Auswärtigen Amt möglich war, so wenig war es auch dem finnischen Außenministerium, denn es waren "private Bürger Finnlands", die ihn eingeladen hatten.⁽⁷⁾

⁽⁶⁾ -Bericht Zechs vom 29.3.1923 und 30.4.1923: AA Fi Pol 1 Bd. 1
-Vorstandssitzungsprotokolle der Finnisch-Deutschen Gesellschaft vom Februar 1923

⁽⁷⁾ -"Frankfurter Zeitung" 2.3.1923
-Brief Holmas an Vennola v. 23.3.1923: Sammlung Vennola 1
-Berichte Holmas v. 5.3. und 28.4.1923: UM SC5
-Tg. Maltzans an die Gesandtschaften in Moskau, Stockholm, Helsingfors, Bern und Wien vom 16.4.1923: AA BÜ Rm 34 Bd. 1

War der Rapallovertrag für seine Initiatoren im Auswärtigen Amt vor allem ein antipolnisches Manöver, um mit seiner Hilfe den status quo aus den Angeln zu heben,⁽⁸⁾ so mußte das Auswärtige Amt jeglichen Tendenzen in nordöstlicher Richtung, die diese Absicht durch gegenteilige Frontbildung zunichte zu machen versprochen, entgegenwirken. Bezüglich Schwedens und des übrigen Skandinavien war man in Berlin ziemlich sicher, daß von dort aus kaum Beeinträchtigungen der deutschen Rapallopolitik zu erwarten waren, zumal sich alle außenpolitisch auf eine recht gesicherte und durchführbare Neutralitätslinie festgelegt hatten und kaum bereit waren, irgendwelche Blöcke mit den neuen Ostseestaaten zu bilden.⁽⁹⁾

Dahingegen waren die Kombinationen, die Finnland, Estland und Lettland bereit waren, mit Polen einzugehen, Gegenstand des deutschen Interesses. Einzeln widmete sich das Auswärtige Amt politisch kaum den drei erstgenannten Staaten, vor allem Finnland nicht, mit dem man weder gravierende Probleme hatte, noch bedeutende Vorhaben zu realisieren gedachte.⁽¹⁰⁾

Im Gegensatz zu den "eigentlichen Randstaaten" (Estland, Lettland, Litauen), denen man im Auswärtigen Amt "jede historische Tradition" absprach und bei denen das "positive Interesse" aufhörte, sobald es mit den Lebensinteressen des Rapallopartners Ausland kollidierte, war die Einstellung zu Finnland anders. Eine vergleichbare Einstellung in Bezug auf Finnland läßt sich im Auswärtigen Amt nicht feststellen. Hierzu trugen sicherlich stark die "Geburtshelferdienste" des deutschen Heeres bei, die ja in Finnland von maßgebenden Kreisen dankbar angenommen und in Erinnerung gehalten wurden.⁽¹¹⁾

⁽⁸⁾ - Graml: Europa... S. 320 f., 370, Korbel: S. 116 f.; Herbert v. Dirksen: Moskau, Tokio, London 1919-1939, Stittgart 1949, S. 31

⁽⁹⁾ - Jorma Kalela: "Näkökohtia pohjoismaisesta yhteistyöstä Suomen ulkopoliitikassa maailmansotien välisenä aikana": Historiallinen aikakauskirja 1971 N:o 3, S. 235

⁽¹⁰⁾ -so v. Blücher (Ges.rat in Stockholm) in seiner Aufz.: "Ostproblem" o.D. (19.11.1924): AA Geheim Neutralisierung der Ostsee, Bd. 1

⁽¹¹⁾ -s. Anm. 10

-Bericht Kösters (Riga) an AA 11.6.1925, Ber. Hauschilds vom 12.9.25; AA Randstaaten Pol 4 Geheim Bd. 5

-Aufz. Schubert v. 9.12.1925: AA Bü Sts.ORA Bd. 1

-Rauscher (Gesandter in Polen) sprach vom Baltikum als den "Saisonstaaten" (Brief Holmas an Procopé vom 11.1.1925: Sammlung Holma 15)

Dem Auswärtigen Amt konnte es auch leicht fallen, positive Ansichten über Finnland zu hegen und diese zu verbreiten, da es durch Rußland, als dessen "Lebensinteresse" Finnland nicht galt, nicht gebunden war. Trotz des Bildes von den freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland, das Zeitungen und Schriften in beiden Ländern vermittelten, waren sie auf offizieller Ebene eher als korrekt zu bezeichnen. Dies lag an der Haltung finnischer Nachkriegsregierungen. So stellte das finnische Außenministerium in einem Rundtelegramm als Jahresbilanz 1923 fest, daß "es gelungen ist, den Großmächten gegenüber, trotz Schwierigkeiten und in der Heimat vorgefallener Demonstration privaten Charakters, die sich nicht mit der Neutralität des Landes vereinbarten, die guten Beziehungen zu bewahren". "Deutschland gegenüber ist es gelungen, ein sachliches Verhältnis aufrecht zu erhalten."⁽¹²⁾ Den Kurs der finnischen Außenpolitik bestimmte auch nach dem gescheiterten Warschauer Vertrag ein ganz klares Grundkonzept, nämlich "die Suche nach ausländischer Unterstützung". Die Realitäten innerhalb Europas und gerade nach dem Jahr 1922 zwangen finnische Politiker allerdings, sich zurückhaltend zu äußern und ständig die Neutralität des Landes zu betonen. Faktisch blieb man auch bei der Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten in vorsichtiger Form bis 1932 und trachtete außerdem danach, England stärker für Finnland zu interessieren,⁽¹³⁾ Das letztere jedoch ohne sichtbaren Erfolg. Im Mai 1924, mit dem Beginn einer neuen Periode finnischer Rechtsregierungen, übernahm Procopé, der 1918 zu den Deutschlandorientierten gehört hatte, das Amt des Außenministers. Dieser vernachlässigte nicht wie seine Vorgänger die Kontaktaufnahme mit Deutschland, aber es wäre verfehlt, ihn als bloßen Repräsentanten einer aufgefrischten Deutschlandorientierung anzusehen. Auch für Procopé waren Sicherheitsgarantien für Finnland oberstes Gebot, die man nach wie vor am allerwenigsten von Deutschland erwarten konnte. 1922 war Procopé in der Warschauer Vertragsdebatte für einen polnisch-finnischen Militärpakt eingetreten, der "nur nach Osten gerichtet" sein wollte. Seit 1924 wirkte Procopé maßgeblich für die Einstellung britischer Marinesachverständiger in Finnland.⁽¹⁴⁾

⁽¹²⁾ -Tg. vom 29.12.1923; Sammlung Vennola 34

⁽¹³⁾ -Kalela: Näkökohtia... S. 230, 235, 237, 240

⁽¹⁴⁾ -EK Valtiopäivät 1921, Pöytäkirjat S. 2792
-Brief Procopés an Saastamoinen (London) vom 7.1.1928:
Sammlung Saastamoinen 10
-PM vom 20.12.1924; Sammlung Procopé 25

4. 2. 2. Die Randstaatenkonferenzen von 1922 bis 1925

Schon Ende 1922 hatte die Moskauer Abrüstungskonferenz, zu der Sowjetrußland Polen, Finnland, Estland und Lettland überraschenderweise noch während der Genuakonferenz eingeladen hatte, gezeigt, daß ein Randstaatenblock, trotz des gescheiterten Accord politique vom Frühjahr, gegenüber Rußland immer noch möglich war. Die Gäste schlugen den russischen Vorschlag einer prozentuellen, materiellen Abrüstung aus und stellten sich geschlossen hinter die von Polen vertretene Idee der "moralischen Abrüstung" französischen Ursprungs.⁽¹⁵⁾ Während des folgenden Jahres fanden mehrere Konferenzen der baltischen Staaten statt, auf denen nur über Wirtschafts- und Finanzfragen verhandelt wurde. Angesichts Deutschlands prekärer Lage 1923 hielt es Polen für günstig, wieder einen gemeinsamen Vertrag aller Rußlandnachbarn anzuregen, der diesmal ein "Freundschaftsvertrag" sein sollte. Die finnische Regierung distanzierte sich von diesem Plan.⁽¹⁶⁾ Dafür hatten es Lettland und Estland im Oktober 1923 zu einem politisch-militärischen Schutzbündnis gebracht, welches der deutsche Gesandte in Riga, Köster, als "Kristallisationspunkt für alle Bestrebungen, einen Randstaatenbund in größerem Ausmaße zu begründen", bezeichnete. Über Finnlands Interesse an einem baltischen Randstaatenbund urteilte er gleichzeitig, daß es "im letzten Jahr geringer geworden ist". So konnte das Auswärtige Amt sein "Hauptziel der deutschen Politik in den Randstaaten": die Verhinderung eines Bündnisses "unter polnischer Führung gegen Rußland" zunehmend auf eine Beeinträchtigung in Riga, Reval und Warschau beschränken.⁽¹⁷⁾ Parallel zu den Konferenzen der baltischen

⁽¹⁵⁾ -Bericht Kösters vom 8.12.1923: AA Geheim Randstaaten Pol. 4, Randstaatenproblem Bd. 2

-Korhonen, S. 74, 78, Geschichte der sowjet. Außenpolitik
...Teil I, S. 212, Rauch: S. 98, Tarulis: S. 67 f.,

⁽¹⁶⁾ -Korhonen, S. 88, 92 f.

⁽¹⁷⁾ -Bericht Kösters vom 8.12.1923, Aufz. o.U. v. 6.2.1924:
AA Geheim Randstaaten Pol 4, Randstaatenproblem Bd. 2
-Bericht Zechs vom 31.12.1923: AA Fi Pol 1 Bd. 1

Außenminister hielten die deutschen Gesandten gemeinsame Besprechungen ab, an denen der in Finnland akkreditierte ab Dezember 1923 nicht mehr teilnahm.⁽¹⁸⁾ Die wirtschaftlichen Verbindungen Deutschlands zu den baltischen Staaten waren inzwischen so stark geworden und für die betreffenden Länder so bedeutend, daß sie es sich nicht hätten leisten können, einen Randstaatenbund mit Stoßrichtung gegen Deutschland abzuschließen. Aber die Stoßrichtung gegen Rußland bedeutete bei den "derzeitigen Beziehungen Deutschlands zu Rußland", daß vom Auswärtigen Amt alles vermieden werden mußte, was nur irgendwie nach einer deutschen Unterstützung eines gegen Rußland gerichteten Staatenbundes hätte ausgelegt werden können. Es mußte vor allem vermieden werden, wegen der Randstaaten sich "in irgendwelche Differenzen zu Rußland hineinziehen zu lassen", wohin gegen "jeder Konflikt zwischen Rußland und Polen eher willkommen" sein mußte. Obgleich man in Deutschland die Randstaaten für lebensunfähig hielt, bestand dennoch "ein außerordentlich starkes wirtschaftliches Interesse an ihnen", so daß auch dies mitspielte, die Randstaaten von Polen fernzuhalten.⁽¹⁹⁾

Deutschlands keimendes Interesse an einem Westpakt und einem Beitritt zum Völkerbund änderte an dem Verhalten zu den baltischen Staaten und Finnland nichts. Dies erklärt sich auch dadurch, daß die sogenannte Westorientierung von Stresemann kein Aufgeben der Ostgrenzenrevision bedeutete, sondern eher umgekehrt: Die Einigung an der Rheingrenze war die Voraussetzung für ungehindertes Handeln im Osten.⁽²⁰⁾ Das ganze Jahr 1924 hatte sich die finnische Außenpolitik so gegeben, daß die Beamten des Auswärtigen Amtes zufrieden sein konnten. Die im Februar 1924 abgehaltene

(18) -Aufz. Thermann vom 7.12.1923; ebenda
Brief Hauschildts (Helsinki) an Frank (Revel) vom 20.6.1925:
AA Ges. Randstaaten Pol 4, Bd. 5

(19) -Bericht Kösters vom 8.12.1923: AA Geh. Randstaaten, Pol 4, Bd. 2

(20) -Graml: Europa... S. 352, Krummacker: S. 174
vgl. auch Christian Hölftje: Die Weimarer Republik und das
Ostlocom-Probleme 1919-1934, Würzburg 1958, S. 115
-Michael-Olaf Maxelon: Stresemann und Frankreich 1914-1929,
Düsseldorf 1972, S. 169

Warschauer Außenministerkonferenz hatte den Eindruck hinterlassen, daß "der Baltenbund ... seiner polnischen Deutung als Viererentente weiter entfernt war denn je" und dies an der Taktik des finnischen Außenministers lag, "jeglichen Bindungen in Form irgendwelcher Abkommen und Verträge zu widerstreben".⁽²¹⁾

In Polen machte man sich keine Illusionen, daß Deutschlands Westpaktunternehmungen etwa ein Nachlassen des Druckes im Osten bedeutet hätten. Im Gegenteil gedachte Außenminister Skrzynski mit dem Randstaatenbündnis Ernst zu machen, als er im Januar 1925 zur Konferenz der betreffenden Außenminister nach Helsinki abreiste. Die finnische Regierung ging auch diesmal nicht auf den polnischen Vorschlag ein, nicht wegen Deutschland, sondern weil die Finnen erfahren hatten, daß weder Frankreich noch England bereit waren, für Estland einzustehen, falls es angegriffen würde und dies analog auch für Finnland galt. Ohne Großmachtschutz war ein Randstaatenbund für Finnland jedoch wertlos.⁽²²⁾

In den zwei Jahren nach Rapallo sah es so aus, als ob das Auswärtige Amt nur gemeinsame Belange mit der Sowjetunion im Baltikum zu verfolgen hatte. Als Schubert Staatssekretär geworden war, der als prononciert westlich orientiert galt, und Maltzan nach Washington abgeschoben wurde, deuteten dies viele Berliner Beobachter, u.a. der finnische Gesandte Holma, als "eine Rückbesinnung auf England", kurz, die deutsch-russischen Beziehungen würden sich wieder abkühlen.

Diesen Eindruck war auch die Sowjetregierung nach der Londoner Konferenz des Sommers 1924 nicht losgeworden. Der Dawes-Plan würde Deutschland zu

⁽²¹⁾ -Bericht Rauschers (Warschau) v. 21.2.1924: AA Geh. Randstaaten
Pol 4, Bd. 2

⁽²²⁾ -Bericht Rauschers vom 30.1.1925,
Tg. Schuberts an Ges. Moskau v. 12.2.1925: AA Geh. Randstaaten
Pol 4 Bd. 4
-Korhonen, S. 108 ff

einer Kolonie der New Yorker Börse und die Sowjetunion zu einem agrarischen Anhängsel eines imperialistischen Deutschland machen. Die deutsche Regierung hatte außerdem bald nach dieser Konferenz erklärt, sie würde einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund "unter bestimmten Voraussetzungen" befürworten, einem Gremium, dem die Sowjetunion nicht die geringsten Sympathien entgegenbringen konnte.⁽²³⁾

Angesichts der Zusammenschweißung einer gesamteuropäischen Front gegen Rußland, wie es im Kreml gesehen wurde, bereitete die Sowjetregierung Präventivmaßnahmen vor. Dies berührte auch die ständig beobachteten westwärts und südwärts gerichteten Kontakte Finnlands. Die von Finnland geübte Zurückhaltung während der zwei letzten Jahre wurde nicht nur in Berlin, sondern auch in Moskau positiv vermerkt. So erklärt sich, weshalb Finnland ausgelassen wurde, als die Sowjetunion, um ihre Grenzen zu sichern, einzeln Polen im Januar 1925 und danach Estland und Lettland Nichtangriffspaktvorschläge unterbreitete.

Im Auswärtigen Amt hatte Ostabteilungsleiter Wallroth in einer "Zwischenbilanz über die deutsch-russischen Beziehungen" festgestellt, daß Rußland alle wirtschaftlichen und zum Teil auch politischen Hoffnungen betreffend Rapallo "schwer enttäuscht" hatte. Trotzdem meinte er, daß "die Rapallo-richtung keineswegs aufzugeben" sei. Sie war immer noch ein nützliches Vehikel. Sie war es in dem Maße, daß Stresemann im Laufe der Jahre 1925 und 1926 alles tat, um das russische Mißtrauen zu zerstreuen, damit die gegen Polen gerichtete Klammer bewahrt bliebe.⁽²⁴⁾

(23) -Bericht Holmas vom 20.1.1925; UM 5 C 5
-Krummacher: S. 166, 168
-Jürgen Spenz: Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund 1924-1926, Göttingen 1966, S. 41

(24) -Aufz. Wallroth v. 15.12.24: AA Bü Sts O Ru Rückwirkungen der Garantiepaktverhandlungen auf die deutsch-russischen Beziehungen, Bd. I
-Graml: Europa... S. 353 f, Korhonen: S. 111

Im Frühjahr 1925 sah man diese Klammer wieder durch eine Randstaatenkoalition gefährdet, jetzt aber nicht über die baltischen Außenministerkonferenzen, sondern auf militärischer Ebene. Dem Auswärtigen Amt wurde im Februar berichtet, daß zwischen den Generalstäben Finnlands, Polens, Estlands und Lettlands "seit einiger Zeit ein lebhafter Meinungsaustausch über die Frage gemeinschaftlicher Maßnahmen bei einem russischen Angriff" stattfanden. Dies führte auch zu einer Konferenz der betreffenden Generalstäbe mit Riga als Tagungsort. In Moskau wurde Brockdorff-Rautzau darauf aufmerksam gemacht, daß diese Konferenz eine feindselige Aktion gegenüber Deutschland und der Sowjetunion sei. Aus Helsinki jedoch bekam das Auswärtige Amt beschwichtigende Nachrichten und mit Rücksicht auf diese "befriedigenden Erklärungen" ordnete Staatssekretär v. Schubert an, daß eine Demarche beim finnischen Außenministerium "vorläufig unterbleiben sollte". Dort versicherte Kanzleichef Artti dem deutschen Geschäftsträger, daß die Konferenz "jedenfalls in keiner Weise gegen Deutschland" gerichtet sei und Finnland sich niemals an einer Kombination beteiligen würde, die eine Spitze gegen Deutschland haben könnte.⁽²⁵⁾

Die regelmäßigen Randstaatenkonferenzen hatten mit dem Jahr 1925 ihre Vehemenz verloren, sie konnten für Finnland keine praktikable Lösung mehr bieten.

⁽²⁵⁾ -Tg. Wallroth an Ges. Riga 3.4.1925, Ber. Völklers (Helsinki)
19.3.1925 und 24.4.1925, Vermerk v. Dirksen vom 17.4.1925
AA Geh. Randstaaten Pol 4, Bd. 4

4. 3. Die finnische Reaktion auf die deutschen Neutralitäts-
erklärungen gegen das Sanktionsverfahren des Völkerbundes

4. 3. 1. Der Berliner Vertrag

Das Problem, das die finnische Außenpolitik in die Randstaatenorientierung geführt hatte, war immer noch das gleiche geblieben: die Suche nach Sicherheit. Hierbei war man seit dem vielversprechenden Genfer "Protokoll für die friedliche Regelung internationaler Konflikte" des Jahres 1924 auf einen anderen Lösungsversuch zugesteuert, nämlich im Völkerbund in Anlehnung an Frankreich Garantien zu suchen, vor allem, was die finanzielle und materielle Unterstützung des Angegriffenen anging. Daß Finnland hierbei in Genf, allein schon durch die gleichartige Einstellung der Randstaaten, auch oft in ein Einvernehmen mit diesen, vor allem Polen, geraten war, war im Auswärtigen Amt zunehmend als Ärgernis aufgefaßt worden. Denn für die deutsche Regierung wurde der nicht ganz freiwillige Schritt in den Völkerbund einzutreten als Möglichkeit betrachtet, hiermit ein weiteres Mittel zur Revision des Versailler Vertrages in der Hand zu haben, sowohl was die Rüstungsfrage als auch die deutsche Minderheit in Polen anbelangte. Im April 1925 hatte man im Auswärtigen Amt erfahren, daß Polen einen ständigen Ratssitz im Völkerbund, genau wie Deutschland, zu beanspruchen gedachte, und dies konnte wiederum eine verstärkte Kooperation der Randstaaten heraufbeschwören.⁽¹⁾

Als Procopé im Mai 1925 "privat" wegen des Handelsvertragsprojekts mit Deutschland in Berlin war, wurde er auch zu politischen Besprechungen mit Schubert und Stresemann, und zwar auf deren Wunsch, eingeladen. Hierbei konnte einem maßgeblichen Repräsentanten der finnischen Außenpolitik und Wirtschaft die deutsche Ostpolitik erläutert werden. Schubert wies darauf hin, daß Deutschland "nie die Grenzverhältnisse mit Polen anerkennen" könnte

⁽¹⁾ -Das Genfer Protokoll in: K. Schwendemann: Abrüstung und Sicherheit, Leipzig 1932, S. 182 ff; Broszat: S. 221 f; A.J. Nicholls: Weimar and the Rise of Hitler, London 1968, S. 122, Zimmermann: S. 307
-England und Frankreich hatten den deutschen Beitritt zum Völkerbund zur Bedingung des Sicherheitspaktes im Westen gemacht. (Spenz: S. 64 f.)

und war befriedigt, daß sich die Finnen auf der Rigaer Generalstabskonferenz nur "à titre d'information" gezeigt hätten. Stresemann seinerseits beklagte sich über Polens Völkerbundspolitik und vergaß nicht dem Finnen gegenüber zu betonen, daß er privat gegen ein nahes Zusammengehen mit Rußland wäre, da er die Erfahrung der bolschewistischen Propaganda von 1923 hätte, aber daß die äußerste Rechte dieses nahe Zusammengehen wünsche. (2

Von Anfang an hatte man in Finnland, genauso wie in Schweden und in den übrigen skandinavischen Ländern, einen Eintritt Deutschlands zum Völkerbund bejaht. Sowohl in Schweden als auch in Finnland betrachtete man 1925 die Locarno- und Völkerbundspolitik als eine Wendung innerhalb der gesamteuropäischen Außenpolitik. Für Schweden konnte Deutschland als Völkerbundsmitglied "ein stabilisierender Machtfaktor von Bedeutung an der Ostsee werden". Undén, der schwedische Außenminister, war daher bereit, dabei behilflich zu sein, die in Genf durch Polens Forderung entstandenen Schwierigkeiten zu beseitigen. Im Januar fragte Undén in Oslo, Helsinki und Bern an, und fand dort Unterstützung für seine Einstellung. Für Finnland und Schweden gab es vor allem einen gemeinsamen Grund, weswegen man die deutsche Kandidatur begrüßte. Die Stellung der Sowjetunion im Ostseeraum mußte automatisch schwächer werden. Außerdem hatte Tschitscherin im Mai 1925 gedroht, daß der deutsche Eintritt in den Völkerbund "das Ende der Rapallopolitik" sei. Etwas Besseres konnte man sich in Finnland nicht wünschen. (3

Zum Jahreswechsel 1925/1926 wurde das finnische Außenministerium gerade von polnischen Diplomaten benachrichtigt, daß eine Einigung der Deutschen und Russen doch zu befürchten wäre. Wegen der zu erwartenden abkühlenden

(2) -Brief Procopés an Außenminister Idman vom 12.5. und 15.5.1925:
Sammlung Idman I

(3) -Lönroth: S. 79 f., 86
-Tschitscherin am 16.5.1925 vor dem Sowjetkongreß
(Gustav Hilger: Wir und der Kreml, Frankfurt a.M. 1964, S. 136)

Wirkung des Völkerbundes bekam die finnische Delegation im März die Instruktion nach Genf, gegen die Verschiebung der deutschen Aufnahme zum Herbst zu stimmen, gleichzeitig aber auch gegen den polnischen Ratssitz. Piłsudskis Politik während des Jahres 1925 hatte für die jetzigen finnischen Außenpolitiker keinen "Vertrauen erweckenden" Eindruck mehr gemacht. Daher konnte es nicht allzu schwer fallen, sich gegen Polens ständigen Ratssitz mit dem schwedischen Argument auszusprechen; daß "ein ständiger Ratssitz nur den Großmächten" zukomme, als welche man u.a. Deutschland und die Sowjetunion, jedoch nicht Polen betrachtete. Für die Finnen war ein gemeinsames Vorgehen mit Polen nur dann vertretbar, wenn die Vorteile tatsächlich woanders nicht im gleichen Maße zu finden waren. Bestanden Ausichten, sei es in Skandinavien, im Völkerbund oder in Verbindung mit den Großmächten, ja sogar direkt mit der Sowjetunion, das Sicherheitsproblem effektiver zu bewältigen, war Polen, das "zu viele heikle Fragen mit seinen Nachbarn" hatte, ein auf die Warteliste abgeschobener Partner.⁽⁴⁾

Noch vor Deutschlands Völkerbundseintritt, wie ursprünglich nicht beabsichtigt, wurde am 24.4.1926 zwischen Deutschland und der Sowjetunion ein Freundschafts- und Neutralitätspakt abgeschlossen. Die Neutralität, die im Konfliktfall der beiden Vertragsabschließenden mit dritten Mächten eingehalten werden sollte, drohte die ganzen Sanktionsbestimmungen des Völkerbundes, auf die man in Finnland so viele Hoffnungen gesetzt hatte, undurchführbar zu machen. In Finnland las man den Vertrag gleich richtig, nämlich, falls Rußland im Konflikt mit Finnland geraten würde, Deutschland sich generell keinen Gegenmaßnahmen gegen Rußland anschließen würde, obwohl im Vertrag diese Ausnahmeposition für Deutschland nur dann vorgesehen war, falls ein Konflikt "trotz friedlichen Verhaltens" der Sowjetunion

⁽⁴⁾ - Nach Krummacher (S. 183) waren die Verhandlungen zwischen Moskau und Berlin absolut geheim.

- Lauri, Kristian Relander: Presidentin päiväkirja, Helsinki 1968, Bd. I, S. 104

- Holmas Brief an Außenminister Setälä vom 20.1.1926

- FM o.D. o.U. (1926) "Deutschlands Eintritt in den Völkerbund"

- Instruktionen an die finnische Delegation zur 7. Vollversammlung des Völkerbundes mit Anlagen o.D. (1926);

Sammlung Setälä 15

entstünde. Anfang April war man in Helsinki durch eine Indiskretion der "Uusi Suomi" auf die übrigen russischen Neutralitätspaktvorschläge aufmerksam geworden. Die Sowjetunion hatte als erstes Polen, angesichts des Locarnovertages, einen geheimen Vorschlag zu einem Neutralitätsabkommen unterbreitet und getreu nach dem Prinzip, einzeln an die Grenznachbarn heranzugehen, danach im März vertraulich ein ähnliches Angebot in Helsinki gestellt. Der Kernpunkt bei diesem an Finnland gerichteten Angebot war, daß Rußland Neutralität in Konflikten mit dritten Staaten forderte und dies, wie "Uusi Suomi" meinte, allgemein den Verpflichtungen aus der Zugehörigkeit zum Völkerbund widerspreche.⁽⁵⁾

Im Auswärtigen Amt wußte man hierdurch schon, wie man in Finnland auf den 10 Tage später unterzeichneten Berliner Vertrag reagieren würde, der ja genau nach dieser Form angelegt war. Anfang April hatte Stresemann an alle Botschaften eine Erklärung zu den Verhandlungen über den Art. 16, den Sanktionsparagrafen der Völkerbundsatzung, gegeben, in der er schrieb, daß "eine volle Neutralität gegenüber der Sowjetregierung zwar durchaus den politischen Absichten der Reichsregierung entspricht ... indessen widerspricht eine vertragliche Festlegung auf unbeschränkte Neutralität der Völkerbundsatzung und kann daher nicht zugesichert werden". Der gleich nach Unterzeichnung einsetzenden Besorgnis der Finnen wurde sowohl in Berlin als auch in Moskau in der Art begegnet, daß zum einen Gaus Holma versicherte, man hätte im Kreml den Wunsch ausgesprochen, daß Moskau sich freundlich zu den Randstaaten einstellen sollte, zum andern Brockdorff-Rantzau dem finnischen Gesandten Hackzell in Moskau sagte, daß "Deutschland der gute Freund Finnlands ist und bleibt und daß man es beim Vertragsentwurf nicht vergessen hatte".⁽⁶⁾

⁽⁵⁾ -Krummacher: S. 182 f, 498; Korhonen: S. 124, 127,
-Harvey Leonard Dyck: Weimar Germany & Soviet Russia,
London 1966, S. 39
-Brief Holmas an Setälä 9.5.1926: Sammlung Holma 15
-Hauschilds Bericht vom 14.4.1926 über den "Uusi Suomi" -
Artikel an v. Schubert: AA Bü Sts ORa Bd. 2

⁽⁶⁾ -Stresemann an alle Botschafter 9.4.26: AA Bü Am 9 Rußland Bd. 14
-Holmas Bericht vom 22.4.1926: UM 5 C 5
-Hackzells Bericht (Moskau) vom 4.5.1926: UM 5 C 18,
-Ilvessalo: S. 113

Die finnische Presse kommentierte den Berliner Vertrag kaum. Die "Uusi Suomi" überschrieb ihre Nachricht vom 28.4. noch "Deutschland hat eine den Westen und Osten verbindende Brücke gebaut", während zum 1. Mai wohl ein vom finnischen Völkerbundvertreter, Erich, verfaßter Leitartikel feststellte, daß man die Neutralitätserklärung des Berliner Vertrages kaum als völlig mit dem Rechtsprinzip des Völkerbundes zu vereinbaren ansehen könnte". Man könne nicht behaupten, daß "ein Staat seine moralische Verpflichtung als Völkerbundsmitglied erfüllt, wenn er sich, auch wenn er selber keine Maßnahmen ergreift, nicht solidarisch mit demjenigen Mitgliedsstaat stellt, der faktisch Gegenstand eines Angriffs geworden ist und zugleich mit denjenigen Staaten, die diesem vielleicht Hilfe geben wollen".⁽⁷⁾

In Stockholm war man über den Berliner Vertrag genauso verstimmt wie in Helsinki. Die Schweden entdeckten vor allem einen Widerspruch zwischen dem neuerlichen Neutralitätsabkommen und der Ålandskonvention von 1921, die von Schweden, Finnland und u.a. auch von Deutschland unterzeichnet worden war. In dieser Konvention war ein gleiches Sanktionsprinzip wie in der Völkerbundsatzung verankert. An diese Unterschrift wurde Streseman am 4.5. in einer vertraulichen Note erinnert, indem man "Klarheit betreffend die Auffassung der Deutschen Regierung über das gegenseitige Verhalten der beiden Konventionen" verlangte. Dies war für Streseman "eine etwas peinliche Überraschung", da er eine "gewisse Gefahr" sah, daß die Locarno-Mächte "authentische Interpretationen oder Zusatzerklärungen verlangen". Von Polen wußte er, daß man in Warschau daran arbeitete, eine solche Aktion in Gang zu bringen.

Streseman wollte die Angelegenheit durch ein Gespräch Undén's mit Rosenberg, dem deutschen Gesandten, bereinigt haben, er befürchtete, daß diese

⁽⁷⁾-"Uusi Suomi" 28.4., 1.5.1926. Auch das Fortschrittsparteiorgan "Helsingin Sanomat" hatte am 30.4. festgestellt, daß der Berliner Vertrag "die Bedeutung der Art. 16 und 17 verringert".

Aktion in Rußland bekannt werden könnte. Unden ließ Stresemann wissen, daß keine anderen Staaten von der schwedischen Demarche unterrichtet seien, daß man keineswegs "reale Befürchtungen" hätte, sondern sich nur "vor jeder auch nur scheinbaren Beeinträchtigung durch den deutsch-russischen Vertrag" schützen wollte. Erst nach einer abermaligen Mahnung in Notenform war Stresemann Ende des Monats bereit, schriftlich zu versichern, daß "keine praktischen Fälle denkbar" wären. Damit waren die Schweden aber immer noch nicht zufrieden und verlangten eine verbindliche Erklärung.⁽⁸⁾

Inzwischen war aber schon ein anderer Staat von der schwedischen Demarche unterrichtet, nämlich Finnland, und prompt bekam Stresemann die gleiche Anfrage aus Helsinki am 4.6. auf den Tisch. Eine Woche vorher hatte man im Auswärtigen Amt beschlossen, den Schweden nicht mehr zu antworten, die Sowjetregierung hatte man wohl oder übel über die Angelegenheit informieren müssen, nun breitete sich die Angelegenheit noch mehr aus: Besonders verstimmt war man, daß die finnische Note vollkommen offiziell war und dazu noch von einem entsprechenden Artikel in "Uusi Suomi" begleitet wurde.

Die Finnen und Schweden hatten eine Aktion gestartet, vor der sich die Polen, Tschechen und sogar Franzosen, diese auf Betreiben des Foreign Office, gescheut hätten, wie Gaus Holma vorhielt. Die Schweden und Finnen hatten sich allerdings nicht, wie man in Berlin vermutete, direkt abgesprochen. Das finnische Außenministerium benutzte die schwedische Demarche

(8) -Note der schwedischen Ges. Berlin an Stresemann 4.5.1926,
Brief Stresemanns an Rosenberg (Stockholm) vom 6.5.1926
und 28.5.1926
Tg. Rosenberg an Stresemann 12.5.1926,
2. Note der schwedischen Ges. vom 18.5.1926 und Antwort
Stresemanns vom 26.5.,
Brief v. Schuberts an Rpsenberg vom 28.5.1926:
AA Bü Rm 73 Schweden Bd. 1

als willkommene Rückenstütze für sein gleichgerichtetes Anliegen.⁽⁹⁾ Die Besorgnis beider Länder war auf die russische Nonaggressionsvorschläge zurückzuführen, mit denen sich Finnland und vor kurzem auch Schweden befassen mußten. In Helsinki hatte Außenminister Setälä am Unterzeichnungstag des Berliner Vertrages gerade erfahren, daß England nach wie zuvor keinen osteuropäischen Bund einschließlich Finnland garantieren würde. Finnland hatte daher im Alleingang am 5.5. der Sowjetunion ein aide mémoire zugestellt, in der die Grundsätze festgelegt waren, unter denen man bereit wäre, einen Nonaggressionspakt mit der Sowjetunion abzuschließen. Einer dieser Punkte war, daß der Vertrag nicht im Gegensatz zu der Ålandkonvention von 1921 stehen dürfe, zu deren Signataren Rußland allerdings nicht gehörte. Von hier betrachtet, war es nur konsequent auch die deutsche Regierung, mit der die Sowjetunion als erste einen Neutralitätspakt geschlossen hatte, auf diese Konvention aufmerksam zu machen. Setälä wollte bei den Verhandlungen mit Moskau alles vermeiden, was einen "Prestigeverlust" des Völkerbundes, den er als Ziel Moskaus sah, bedeutet hätte. Die Aktivität Finnlands deutete der deutsche Gesandte fälschlicherweise so, daß Polen dahinterstünde und stiftete im Auswärtigen Amt viel Verwirrung, da man dort die Berlinvertragsdemarche nun auch als polnisch-finnischen Komplott verstand und damit Finnland im entscheidenden Moment ins falsche Lager hineingleiten sah.⁽¹⁰⁾

⁽⁹⁾ Tg. Söderhjelm (Stockholm) an UM 5.5.1926, Tg. Holmas an UM vom 26. u. 28.5.1926, Tg. Setälä an Holma vom 31.5.1926, Verbalnote der Finn. Ges. vom 4.6. und Antwort des AA vom 15.6.: UM 7 E Saksa (Noten auch AA Bü Rm 34 Bd. 1)
- "Uusi Suomi" 3.6.1926
- Aufz. Gespr. Gaus, Holma 9.6.1926; AA Bü Rm 34 Bd. 1
Holmas Brief über das Gespräch an Setälä vom 13.6.1926; Sammlung Holma 15
- vgl. Ilvessalo: S. 138, Korhonen: S. 129, die ein gemeinschaftliches schwedisch-finnisches Vorgehen vermuten.

⁽¹⁰⁾ - Korhonen, S. 126, 129 ff.
- Tg. Setälä an Ges. Moskau vom 25.6.1926: Sammlung Setälä 14

Im Herbst sollte Stresemann hierfür neue "Beweise", auch wieder aus dem Völkerbund, bekommen. Die Berliner Vertragsdemarche wurde mit der gleichen Antwortnote, die Stresemann nach Stockholm hatte gehen lassen, erledigt. Die Finnen gaben sich hiermit, im Gegensatz zu den Schweden, zufrieden, obwohl man den sachlichen Inhalt der Antwort als "ziemlich gering" ansah. (11

(11 -Tg. Setälä an Ges. Berlin vom 5.7.1926 und
Verbalnote der Finn. Ges. vom 8.7.1926
Bekanntmachungen des UM Nr. 31 vom 19.6.1926;
UM 7 E Saksa

4. 3. 2. Die "Anlage F" zum Locarnovertrag

Kaum war Deutschland am 3.9. in den Völkerbund aufgenommen und die Locarno-verträge am 14.9. ratifiziert, als von finnischer Seite wieder ein "Vorstoß ... gegen die deutsch-russischen Beziehungen" in Genf unternommen wurde. Diesmal galt er der Anlage F zum Locarnovertrag, der Deutschland von den Verpflichtungen des Sanktionsartikel 16 der Völkerbundsatzung entband und die Voraussetzung für Deutschlands Völkerbundseintritt sowie den Berliner Vertrag bildete.

In einer Kommissionssitzung des Völkerbundes, in der eine auf den Locarno-verträgen fußende Resolution behandelt wurde, stellte unvermutet der finnische Delegierte, Erich, den Antrag, zu der Resolution einen Zusatz zu machen, daß die den Verträgen von Locarno gezollte Anerkennung in keiner Weise eine Billigung der Anlage F seitens der Nichtsignatarstaaten von Locarno in sich schließe. Die Aufregung, mit der die deutsche Delegation in Genf und das Auswärtige Amt, Stresemann an der Spitze, reagierten, zeigt an eine wie wunde Stelle des mit viel Mühe zusammengestellten gesamtäußenpolitischen Gebäudes Erich rührte. Daher konnte man auch nichts Anderes annehmen, als daß Erichs allgemein formulierter Antrag ein "überlegter politischer Vorstoß" der finnischen Regierung gegen Deutschland war. Daß die Deutschen, wie gelegentlich der Ålandsvertragsdemarche, jetzt abermals so überaus überrascht waren, zeugt nur davon, daß sie weder Interesse noch Verständnis für die finnische Sicherheitssuche im Völkerbund aufbrachten.⁽¹²⁾

Stresemann hat ein Jahr später geäußert, daß Deutschland, um den "Nachkrieg zu liquidieren", auf die guten Beziehungen mit Frankreich und England angewiesen sei. Einen deutschen Vorschlag, Deutschland solle sich an die

⁽¹²⁾ -Anlage F in: Schwendemann: S. 18; zur Bedeutung der Anlage F zum Art. 16: Martin Walsdorf: Westorientierung und Ostpolitik, Bremen 1971, S. 140 ff. und Spenz: S. 109 ff.
-Aufz. Schuberts vom 5.10.1926: AA Bü Am 34 Bd. 1
-Berichte Holmas vom 21.10. und 6.11.1926: UM S C 5,
Ilvessalo: S 141

Spitze der kleinen Mächte stellen, hatte er als "unvernünftig" bezeichnet und gesagt: "Der Begriff der kleinen Staaten ist nicht identisch mit unseren Interessen im Völkerbund", wobei "kein Land uns so große Schwierigkeiten gemacht hat wie Finnland. Jeder in Deutschland denkt, wir müßten für Finnland eintreten, aber ohne ein Wort zu sagen, nimmt Finnland die bekannte Haltung gegen den Artikel 16 ein und wünscht den Durchmarsch durch Deutschland."⁽¹³⁾

Seit die 7. Vollversammlung des Völkerbundes tagte, hatte die finnische Delegation konsequent das Sicherheitsproblem vom Standpunkt solcher kleinen Staaten verfochten, die "durch ihre Lage Angriffsmöglichkeiten ausgesetzt sind" - die Finnen meinten die Sowjetunion - und "für ihre Verteidigung nur über sehr beschränkte materielle Mittel verfügen". Dies stand im direkten Zusammenhang mit dem Art. 10 und Art. 16 der Völkerbundsatzung.⁽¹⁴⁾

In der vorbereitenden Abrüstungskommission hatte Erich schon im Mai 1926 einen dementsprechenden Antrag gestellt, daß der Rat untersuchen solle, wie wegen ihrer geographischen Lage durch die vorzunehmende Rüstungsbeschränkung benachteiligte Staaten einen ausreichenden Ausgleich, d.h. eine Finanzhilfe von den Völkerbundsmitgliedern erhalten könnten.⁽¹⁵⁾

Die Aussichten, die Finanzhilfe zu bekommen, waren durch den Annex F und durch den Berliner Vertrag erheblich geschwächt. Denn mit dem Berliner Vertrag hatte genau die Macht, gegen die Finnland die Finanzhilfe haben wollte, eine Garantie bekommen, daß wegen Deutschlands Nichtbeteiligung an solchen Hilfeleistungen diese überhaupt gegenstandslos würden. Erich,

⁽¹³⁾ -Gustav Stresemann: Vermächtnis, Berlin 1932, Bd. III, S. 213

⁽¹⁴⁾ -Rede Erichs vom 20.5.1926 in Genf, nach Hauschilds Bericht vom 23.5.1926: AA Vbd Finnland Bd. 1
-Korhonen, S. 133

⁽¹⁵⁾ -Aufz. v. Bülow (Genf) 27.10.1926: ebenda
-Tg. Setälä an Holma 20.11.1926: UM 7 E Saksa
-Brief Yrjö-Koskinen (UM) an Ges. London 29.9.1926: Sammlung Setälä 14

der seine Regierung auf diese Punkte hingewiesen hatte, hatte die Instruktion bekommen, falls sich "eine passende Gelegenheit" ergebe, an die Ungeheimheiten zwischen all den oben genannten Abkommen aufmerksam zu machen, könne er dies tun, jedoch nicht ohne sich der Unterstützung eines anderen Mitgliedstaates versichert zu haben. Man überlegte sich, daß es "unklug" wäre, solche Bemerkungen anzustellen, gerade in dem Moment, in dem Deutschland in den Völkerbund aufgenommen würde. Dies würde "als unfreundlicher Akt" gedeutet werden und würde eine Kritik an der Verfahrensweise aller anderen Staaten bedeuten, die am Locarnovertrag beteiligt wären. Jedoch hielt die Regierung es für besser, daß diese Bemerkung gemacht werden sollte, "sonst würde sich leicht die Auffassung verbreiten, daß der Völkerbund selbst die Locarnointerpretation des Artikels 16 gutgeheißen hätte". Die Angelegenheit wurde dann auch mit dem polnischen Außenminister Zaleski besprochen, der ein "eventuelles Mitgehen" der polnischen Delegation versprach.⁽¹⁶⁾

Erichs Genfer Antrag im Herbst war in erster Linie gar nicht gegen Deutschland gerichtet, sondern gegen die Sowjetunion. Dies wurde auch gleich richtig in Moskau verstanden. In Moskau sah man es so: Während die Russen und Finnen über einen Nichtangriffspakt verhandelten, hatten die Finnen nichts Eiligeres zu tun, als diese Verhandlungen praktisch zu ignorieren und im Völkerbund Schutz zu suchen. Die "Izvestija" schrieb am 8.12. ganz richtig, nach Abbruch der Nonaggressionsverhandlungen finnischerseits, daß der Hauptgrund des Protestes gegen die Auslegung des Art. 16 in Genf gewesen wäre, die Sicherheit zu erlangen, daß niemand sich weigere einem Angriff gegen die Sowjetunion beizutreten, falls diese Finnland angreife.⁽¹⁷⁾ Nun hatten die Deutschen und Russen den Trost, daß Erich, schon angesichts der ablehnenden Haltung der Kommissionsmitglieder während der Diskussion,

⁽¹⁶⁾ -Bericht über die Angelegenheit auf der 7. Völkerbundsvollversammlung (o.D.): Sammlung Setälä 15

⁽¹⁷⁾ -Tg. der Ges. Moskau vom 11.10. u. 8.12.1926 an UM: Sammlung Setälä 14

seinen Locarno-Antrag hatte fallen lassen. Es blieb jedoch zweierlei zu tun: zu beobachten, ob womöglich andere hinter dieser Attacke steckten, wen anderes als Polen sollte man da vermuten, zum zweiten mußte die finnische Regierung "zurechtgewiesen" werden. Direkt kam dies "nach Lage der Sache nicht in Betracht", aber man hatte ja Holma in Berlin, der sich vor Beschuldigungen sämtlicher Beamten des Auswärtigen Amtes, mit denen er zu tun hatte, kaum retten konnte. Das Auswärtige Amt trachtete auch in eigenem Interesse danach, daß die Angelegenheit nicht zu sehr in der Öffentlichkeit erörtert wurde, schließlich stand die gesamte Rechte auf der Lauer gegen Locarno und Genf.⁽¹⁸⁾ Von ihren Grundsätzen in der Völkerbundpolitik rückten die Finnen nach Erichs Debakel nicht ab. Setälä hatte gleich danach in einem Interview mit der dänischen Zeitung "Politiken" betont, daß an der ursprünglichen Auslegung des Artikels 16 festgehalten werden müsse, und daß der Berliner Vertrag sie "unklar und unsicher gemacht hat".

Stresemann hatte damit für seine Besprechung mit Holma am 6.11.1926 einen weiteren Beweis für die Zielstrebigkeit der finnischen Außenpolitik. Er äußerte, daß "wenn Finnland eine solche Politik treibe und auf der nächsten Völkerbundsitzung erneut gegen Deutschland vorgehen wolle ... möchte er keinen Zweifel daran lassen, daß das seine Rückwirkungen auf die Beziehungen beider Länder haben müßte". Mit dem erneuten Vorgehen meinte Stresemann den finnischen Finanzhilfeantrag vom Mai 1926, der am 1.12. in der Kommission und am 6.12. im Rat behandelt werden sollte und praktisch die gleichen Fragen aufwarf, wie der Erichsche Antrag vom Oktober. Die finnische Regierung hielt es für das Beste, Stresemann eine Erklärung über die Prinzipien finnischer Völkerbundpolitik abzugeben, in der es hieß, daß Erichs Vorgehen "gegen keine einzelne Macht und am allerwenigsten gegen Deutschland gerichtet" sei. Die Regierung rückte auch hierbei von ihrem Standpunkt keineswegs

(18) -Aufz. v. Bülow vom 27.10.1926: AA Vbd Finnland Bd. 1
-Aufz. Gespr. Stresemann, Holma 6.11.1926: AA Bü Rm 34 Bd. 1
-Briefe Holmas an Setälä vom 29.10. und 8.11.1926:
Sammlung Holma 15

ab, aber offenbar auf Holmas dringende Bitte, daß die finnische Genfdelegation sich bei weiteren Angelegenheiten mit der deutschen verständigen solle, ging eine diesbezügliche Order Setäläs an Erich, mit dem Zusatz, daß man sich "aller positiven Vorschläge" enthalten solle, womit Finnland sich faktisch aus dem Gefecht zog. Dies bedeutete allerdings, wenn Frankreich sich in der gewünschten Richtung festlegte, Finnland natürlich dann folgen würde.⁽¹⁹⁾

(19) -"Politiken" 9.10.1926 Übersetzung in: AA Bü Am 34 Bd. 1
-Tg. Setäläs an Holma vom 20.10.1926 und 12.11.1926:
UM 7 E Saksa
-Bericht Holmas vom 6.11.1926 und 4.12.1926: UM 5 C 5
-Brief Holmas an Setälä vom 24.11.1926 (Sammlung Holma 15),
in dem er um Rücksichtnahme der finnischen Genfdelegation
auf Deutschland bittet, worauf von Setälä ein dementsprechendes Telegramm am 29.11. an Erich abging
(Sammlung Setälä 15)
-Tg. Köpkes an die Ges. Moskau vom 8.12. und 10.12.1926,
in denen das Auftreten Erichs erklärt wird.

4. 3. 3. Pläne für ein Nord- und Ostlocarno

Obwohl die "Anlage F" zum Schlußprotokoll des Locarnovertrages von der finnischen Regierung kritisiert wurde, waren die Locarnoverhandlungen an sich positiv beurteilt worden. Das der Locarnopolitik zugrundeliegende Grenzgarantieprinzip inspirierte, besonders in Rußlands Nachbarländern, etliche Politiker zu ähnlichen Plänen, die allerdings über Spekulationen nicht hinauskamen. So wurde u.a. das Auswärtige Amt von seinen Gesandten in den baltischen Staaten angegangen, diesen etwas Positives an Stelle der bisherigen Bremstaktik zu bieten, um dadurch das Sicherheitsbedürfnis dieser Länder zu befriedigen. Lettlands Außenminister, Meierovics, und der deutsche Gesandte, Köster, hatten im Frühjahr 1925 einen Plan gefaßt, nach dem Deutschland und Rußland die Grenzen der Randstaaten (ohne Polen) garantieren sollten. Stresemann, der dieses Projekt nicht "grundsätzlich" ablehnte, stellte jedoch zwei Bedingungen, die es schließlich doch versanden ließen: Rußland müsse "einwandfreie Garantien" abgeben und es müsse gesichert sein, "daß Polen nicht doch mit hineinzukommen versucht".⁽¹⁾

Der spätere finnische Genfdelegierte, Erich, hatte am 17.11.1925 in der Presse "die Möglichkeiten eines nördlichen Sicherheitspaktes" erörtert. Völlig allgemein hatte er sich für eine Garantie der ost- und nordeuropäischen Grenzen durch die Völkerbundsgroßmächte Deutschland und die Sowjetunion ausgesprochen und löste damit eine Polemik in Skandinavien, sowie vor allem in Moskau aus.

Dem Auswärtigen Amt konnten aber solche Vorschläge, die Polen mit einschlossen, nicht recht sein, auch ihre Erörterung war unangenehm, da dies allzu offenkundig die von Deutschland gewünschte Ausklammerung seiner Ostgrenzen in den Locarnoverhandlungen herausstellte. Schon als Anregung

(1) - Aufz. Köster vom 24.4.1925,
Brief Stresemann an Köster vom 2.5.1925
Brief Köster an Wallroth vom 29.6.1925;
AA Bü Sts O Ra Bd. 1

konnte das Auswärtige Amt nur Interesse an einem "Nordlocarno" haben, d.h. aller skandinavischen Staaten einschließlich Finnlands und eventuell der kleinen Randstaaten. Das Auswärtige Amt bekam jedoch aus den nordischen Ländern Bescheid, daß der Erichsche Plan ein "absolut negatives Ergebnis" gezeigt hätte. Aus Stockholm war "kein enthusiastisches Echo" zu hören, die öffentliche Meinung gegenüber Finnland war immer noch die gleiche wie 1923, als Außenminister Hedenstierna wegen seines Verteidigungspaktvorschlages mit Finnland abgehen mußte. In Kopenhagen bestand "kein praktisches Interesse".⁽²⁾ Auch die finnische Regierung distanzierte sich von Erichs Vorschlag, obwohl sie ihn sicherlich aufgegriffen hätte, wenn die öffentliche Resonanz und vor allem die der Sowjetregierung ermutigender ausgefallen wäre. Von seinem Gesandten in Moskau, Hackzell, ließ das finnische Außenministerium noch im Januar 1926 ein Gutachten zu Erichs Plan erstellen, wobei Erich in seinem Konzept diesmal klar herausgestellt hatte, welche Länder er meinte: es waren nunmehr nur Finnland, Estland, Lettland und Litauen, deren Grenzen von England, Frankreich und Italien garantiert werden sollten. Polen, Deutschland und Rußland könnten eventuell als Garant hinzutreten. Für Polens Grenzen sah auch Erich keine Chancen. Hackzell verworf das Projekt und stellte ganz richtig fest, daß die Großmächte nur Interesse an Fragen hätten, die eine direkte Bedrohung für sie selber darstellten, wie z.B. "der polnische Korridor oder die Balkanfrage". Finnlands Bedrohung durch die Sowjetunion sei für sie jedoch "ein sehr entferntes" Anliegen und schließlich wäre "Finnland eines der letzten Länder bezüglich dessen Moskau Eroberungspläne ergreifen würde".⁽³⁾

⁽²⁾ - "Helsingin Sanomat" 17.11.1925, Korhonen: S. 119 ff.

- Aufz. Schuberts vom 15.2.1926,
Bericht Rosenbergs (Stockholm) an AA vom 21.11.1925,
Bericht der deutschen Ges. Kopenhagen vom 25.11.1925:
AA Geh. Randstaaten Pol 4 Sicherheitspakt Bd. 1
- Zur deutschen "Ausklammerung der Ostgrenze" während
der Locarnoverhandlungen: Oertel: S. 31 ff., Korbel: S. 189 ff.

⁽³⁾ - Aufz. Gespr. Schubert, Holma vom 13.1.1926, Holma behauptete,
daß die finnische Regierung mit Erichs Locarnovorschlag "nicht
das geringste zu tun" hatte.
- Gutachten Hackzells vom 21.1.1926 an UM: Sammlung Setälä 17

Eben dieser "polnische Korridor" war es, weswegen das Erichsche Projekt, auch nachdem es im Ursprungsland verworfen war, noch die Aufmerksamkeit des Auswärtigen Amtes erweckte. Die Gefahr eines "Ost-Locarnos" blieb bestehen. Ende des Jahres 1925 hatte der polnische Außenminister Skrzynski dem Projekt diese Umdeutung gegeben (Grenzgarantie aller Randstaaten, einschließlich Polens). Außerdem war zum Jahreswechsel die Sowjetunion aktiv geworden. Am 7.12. hatte sie mit der Türkei einen Nonaggressionspakt abgeschlossen, es waren weitere Verträge mit den russischen Nachbarstaaten an der Ostsee zu erwarten. Die Sowjetunion war zwar bestrebt, mit allen Staaten einzeln zu verhandeln, dem stand entgegen, daß die betroffenen Länder Kollektivverträge wünschten. Die polnischen Bestrebungen zu einem Ost-Locarno wurden in erster Linie von Streseman wegen der deutsch-polnischen Grenze bekämpft, aber auch wegen der latenten Gefahr der Wiederbelebung eines Randstaaten-Accords wie 1922, was vorläufig nur durch die Ablehnung Finnlands und Litauens zum Scheitern verurteilt war, und schließlich, weil Deutschland nicht einmal eine Garantie der polnischen Ostgrenze haben wollte, da dadurch die "gesamte Aufmerksamkeit Polens auf die deutsche Grenze gerichtet würde". Streseman befürchtete, daß Rußland sich zu dem Letzteren bereitfinden könnte und beauftragte Rantzaу, der russischen Regierung von einem solchen Ost-Locarnoplan mit Einschluß Polens abzuraten.⁽⁴⁾

Im Laufe des Jahres 1926 kamen von lettischer und litauischer Seite ähnliche Ostlocarnopläne auf, die wohlweislich Polen ausschlossen. In einem Rundtelegramm an die Botschaften im März 1927 äußerte sich Streseman noch einmal grundsätzlich zu diesen Grenzfragen: "Wir begrüßen an sich alle

⁽⁴⁾ -Tg. Stresemanns an Ges. Moskau vom 24.2.1926: AA Geh. Randstaaten Pol 4 Sicherheitspakt Bd. 1
-Tg. Schuberts an Ges. Moskau vom 16.4.1926; ebenda Bd. 2
-vgl. die deutsche Einstellung zur Ostgrenze nach Locarno in: Volkmar Kellermann; Schwarzer Adler, weißer Adler, Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970, S. 93 ff.
-über Skrzynskis Ostlocarnoplan: Höitje: S. 84 ff.

Bestrebungen, die auf Schaffung konsolidierter Verhältnisse in Osteuropa abzielen." Schließlich hatte man auch wirtschaftliche Interesse, aber nur für Länder, deren Grenzen man als feststehend ansah. Diese Länder waren: Finnland, Estland und Lettland. Polen und Litauen gehörten nicht dazu, mit Polen führte Deutschland sogar einen Wirtschaftskrieg. Daher war es "nicht in unserem Interesse, eine sehr positive Stellung zu irgendwelchen Ostlocarnovorschlägen einzunehmen, weil kein Ostlocarno ohne Polen als Mittelpunkt zu denken ist". "Wir haben ... auch kein Interesse daran, die Westmächte als Schiedsrichter und Garanten für die osteuropäischen Fragen heranzuziehen, an denen von Großmächten nur Rußland und wir unmittelbar beteiligt sind."⁽⁵⁾

Hier wurde das Motiv für die Nonaggressionsverhandlungen der Sowjetunion berührt, das sich vor einem englischen Festsetzen in den Randstaaten und Finnland wappnen wollte. Die Finnen waren jedoch nicht ohne weiteres bereit, mit den Russen das gewünschte Abkommen zu unterzeichnen. Das Jahr 1926 hindurch beobachtete das Auswärtige Amt die finnisch-russischen Gesprächen nur auf Tendenzen der Finnen, einen Kollektivvertrag zu verlangen. Daß die finnische Regierung im Mai 1926 einen auf die "benachbarten Randstaaten ausgedehnten Nonaggressionspakt" als "die beste Lösung" ansah, war noch im Rahmen des für Deutschland Akzeptablen. Immerhin warnte Ostabteilungsleiter, Wallroth, die Finnen vor einer allzu ausgedehnten Zusammenarbeit, wie es das nunmehr polnische Ostlocarnoprojekt vorsah.⁽⁶⁾

⁽⁵⁾ -Tg. Stresemann an die Vertretungen in Paris, London, Moskau, Helsingfors usw. vom 21.3.1927: AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 6; über den Wirtschaftskrieg: Qertel: S. 240 ff. und Berthold Puchelt: Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934, Berlin 1963

⁽⁶⁾ -Aufz. Schuberts vom 4.2.1926: ebenda Bd. 1
-Tg. Rantzaus an AA vom 6.3., 27.3. und 8.4.1926,
Tg. Schuberts an die Vertretungen in Moskau, Helsingfors usw. vom 1.4.1926; Aufz. Gespr. Wallroth, Holma vom 6.5.1926: ebenda Bd. 2
-Brief Holmas an Setälä v. 9.5.1926: Sammlung Holma 15
-vgl. Korhonen: S.132, 139

Bis zum Jahresende 1926 war es der Sowjetregierung gelungen, nur mit Litauen erfolgreich abzuschließen, wobei das litauische Interesse, separat mit Rußland zu einem Vertrag zu kommen, maßgebend war. Von Polen hatte das Auswärtige Amt ständig den Eindruck, es versuche sich in die Verhandlungen der restlichen Rußlandnachbarn "hineinzudrängen". Dies scheiterte, wie man im Auswärtigen Amt befriedigt feststellte, am russischen Widerstand und an der Unpopularität eines Zusammengehens mit Polen in Finnland. Der finnische Staatspräsident Relander hatte im Oktober in einem Interview, das u.a. das "Berliner Tageblatt" brachte, sich auch in dieser Richtung geäußert.⁽⁷⁾

Je mehr sich die finnische Völkerbundpolitik an den Grundlagen der deutschen vergriff, desto größer wurde das Interesse des Auswärtigen Amtes, die Finnen durch den von Moskau vorgeschlagenen Nonaggressionspakt festzulegen. Das aber die Finnen sich gegen den Vertrag sträubten, wurde im Auswärtigen Amt als Indiz dafür gedeutet, daß sie auch im Völkerbund ihre bisherige Linie fortsetzen würden. Die Verhandlungen zwischen Moskau und Helsinki waren Ende November 1926 abgebrochen, weil die finnische Regierung auf der Einbeziehung eines Arbitrageabkommens beharrte. Aus deutscher und russischer Sicht sah es dann so aus, daß Finnland mehr dem Völkerbund traute, als der direkten Verständigung mit der Sowjetunion, denn die Arbitrage war ja Völkerbunds-ideologie und aus dem Grunde für den Kreml unakzeptabel, der Völkerbund gleich England setzte.⁽⁸⁾

Anfang 1927 war die Situation so, daß Lettland kein Nonaggressionsabkommen mit Rußland abschließen würde ohne Estland, Estland nicht ohne Finnland, und Finnland nicht ohne Arbitrage. Der deutsche Gesandte in Finnland, Hausschild, früher Maltzans "rechte Hand" und daher in Finnland als Rußland-

⁽⁷⁾ -Aufz. v. Bassewitz u. Dirksen 4.8.1926 "Über den Stand der Ostlocarnoverhandlungen": AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 4
- "Berliner Tageblatt" 20.10.1926: "Finnlands Vermittlerrolle im Norden".

⁽⁸⁾ -Aufz. Liedtke, 17.8.1927 "Über die russischen Sicherheits- und Garantieverträge", AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 8

sympathisant verdächtigt, versuchte das Problem von Finnland her aufzurollen, jedoch mit nur geringem Erfolg.⁽⁹⁾

Das Üblicherweise vom Auswärtigen Amt vorgeschlagene Ablenkungsmanöver, nämlich Finnland und Schweden füreinander zu interessieren, kam im Auswärtigen Amt wieder zur Sprache und diesmal von schwedischer Seite initiiert. Der schwedische Gesandte in Riga, Undén, hatte seinem deutschen Kollegen Köster angedeutet, daß die schwedische Politik "größtes Interesse" hätte, Finnland aus südlichen Kombinationen herauszuhalten und gefragt, ob hierfür auch deutscher Einfluß in Finnland geltend gemacht werden könnte. Hauschild, der bereits dauernd bei der finnischen Regierung im Sinne einer mehr skandinavischen Orientierung gewirkt hatte, lehnte weitere Schritte in dieser Richtung ab, da "keine finnische Regierung geneigt sei, offen von den Randstaaten abzurücken". Diese Undénische Idee, Finnlands politische Interessen von denen Estlands und Lettlands abzuspalten, konnte schon deswegen keinen Erfolg haben, weil diese Abspaltung nur durch ein schwedisches Engagement für Finnlands Sicherheit hätte erreicht werden können, und dieses war nach wie zuvor nicht zu bekommen.⁽¹⁰⁾

Im Februar 1927 hatte Hauschild ein Gespräch mit dem Staatspräsidenten Relander. Relander meinte, daß mit dem russisch-finnischen Abkommen kein wirklicher Fortschritt erzielt würde, da es den Völkerbund schwäche. Gleichzeitig erfuhr das Auswärtige Amt, daß man in Finnland gerade auch deshalb abgeneigt sei, den Rußlandvertrag zu unterschreiben, weil man wieder für den Völkerbundsrat zu kandidieren gedachte.⁽¹¹⁾

⁽⁹⁾ -Aufz. Gespr. Schubert, Holma 31.3.1927: AA BÜ Sts O Ra Bd. 3
-Bericht Holmas vom 4.2.1927: UM 5 C 5,
-Tg. Hauschilds an AA vom 12.1.1927: AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 6

⁽¹⁰⁾ -Tg. Kösters vom 17.3.1927 und 21.4.1927, Antwort Wallroths vom 22.3.1927: AA Geh. Randstaaten, Pol 4 Bd. 7

⁽¹¹⁾ -Tg. Hauschilds vom 11.2.1927: AA Randstaaten Pol 4 Bd. 6
-Relander: Bd. I, S. 394
-Finnland hatte schon 1926 für den Völkerbundsrat kandidiert, war aber nicht gewählt worden.
(Bengt Broms: Puoluettomuuskysymys ja Suomi Kansainliitossa, in: Itsenäisen Suomen ulkopoliitiikan alkutaival, Porvoo 1962, S. 148 f.)

4. 3. 4. Finnlands Kandidatur für den Völkerbundsrat

Mit Finnlands Kandidatur zum Völkerbundsrat 1927 war für das Auswärtige Amt bestätigt, daß die 1926er Demarchen doch richtig gedeutet worden waren. Für den Herbst 1927 waren die den Art. 16 betreffenden Fragen für die Völkerbundsitzung vorgesehen. Am 13.6. reichte die finnische Regierung eine Note im Völkerbund ein, die als Antwort auf eine Resolution vom Dezember des vorigen Jahres in Genf, die Arbitrage und Finanzhilfe, betraf. Diese Note, deren ganze Argumentation auf Rußland abgestellt war, war für den Dirigenten der Ostabteilung, Dirksen, eine Aktion zur Verstärkung des Art. 16, in dessen Auslegung die "prinzipiellen, großen Unterschiede zwischen Deutschland und Finnland" fortbestanden. Von daher war es klar, daß Deutschland "keinen Wert auf eine Vertretung Finnlands im Völkerbundsrat legen" konnte. Zwar berührten die Finnen nicht mehr direkt den Art. 16, aber der finnische Finanzhilfeantrag war schon dem deutschen Interesse entgegengesetzt, da er letzten Endes eine Mobilisierung des Art. 16 zum Ziel hatte. Den Fortgang der Abrüstungsverhandlungen hatte die finnische Delegation "erschwert", da sie nach französischem Rezept die Sicherheit als Voraussetzung für die Abrüstung hinstellte. Alle deutschen Gesandtschaften in Nordeuropa wurden Ende Juni instruiert, "vorsichtig" dahin zu wirken, daß Finnland sich nicht als Ratsmitglied eigne und wegen der nachstehenden Abrüstungsverhandlungen keineswegs auf eine deutsche Unterstützung seiner Kandidatur rechnen kann.⁽¹⁾

(1) -Aufz. Gespr. Dirksen, Sohlberg 19.7.1927; Vermerk Dirksen vom 26.7.1927: AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 8

-Daß Finnland trotz Erichscher Völkerbundspolitik 1926 noch das Vertrauen des Auswärtigen Amtes besaß, bezeugt die von Stresemann betriebene Kandidatur Leo Ehmrooths (des ehemaligen stellvertretenden Außenministers S. 31 dieser Arbeit) für die internationale Saarregierung im Frühjahr 1927. Ehmrooth wurde allerdings erst 1928 gewählt. (Leo Ehmrooth: Från ett skiftesrikt liv, Helsingfors 1927: S. 338 ff.)

-Berichte Hauschilds vom 30.7. u. 11.8.27: AA IV Pol 4 Völkerbund Bd. 3

-Aufz. v. Bülow vom 28.6.1927 an alle Gesandtschaften Nordeuropas: AA Vbd Finnland Bd. 1

-Der grundsätzliche Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland in der Abrüstungsfrage bestand darin, daß Frankreich seit 1922 die These vertrat/Erst Sicherheit, dann Abrüstung (Schwendemann: S. 43, 49), während der deutsche Standpunkt: "Sicherheit durch Abrüstung" (d.h. der anderen) hieß.

Anfang Juli sondierte die finnische Regierung, wie sich Deutschland zur finnischen Ratskandidatur stellen würde. Im September 1926, als Finnland schon einmal kandidierte, hatte Deutschland (vor Erichs Demarche) noch für Finnland gestimmt. Man war überzeugt, daß Deutschland auch diesmal für Finnland stimmen würden und der Gesandte Holma war äußerst Überrascht über den "evasiven, wenn nicht negativen Bescheid". Öffentlich konnte das Auswärtige Amt schlecht die wirklichen Gründe seiner Ablehnung, nämlich die finnische Abrüstungs- und Finanzhilfepolitik, angeben, da sich in diesem Fall bestätigt hätte, welche politischen Ziele Deutschland im Völkerbund zu verfolgen gedachte. Vor allem wollte man Finnland gegenüber auch nicht so argumentieren, als ob dessen Sicherheit Deutschland vollkommen egal gewesen wäre, obwohl man in Berlin tatsächlich nicht die Problematik eines finnisch-russischen Konfliktes als aktuell ansah. So hatte Dirksen im April 1927 prophezeit, daß "Finnland mindestens 10 Jahre in Frieden gelassen würde, bis die Sowjetunion gestärkt wäre".⁽²⁾

Die Taktik, die das Auswärtige Amt für die Ablehnung der finnischen Ratskandidatur wählte, war weniger glücklich, weil sie gerade den neuralgischen Punkt der deutsch-finnischen Beziehungen traf: das beiderseitige Verhältnis zu Rußland. Man ließ verbreiten, daß Finnlands geographische Lage als Rußlands Nachbar es nicht gestatte, daß zu den bisherigen 2 Randstaaten im Völkerbundsrat, Polen und Rumänien, noch ein dritter hinzukäme. Daß hiermit in Finnland der Eindruck entstand, Deutschland trete als Sprachrohr der Sowjetregierung auf, deren Haltung zu solch einer Kandidatur sowieso von Anfang an ablehnend war, war nicht verwunderlich. Der nächste Interpretationsschritt in Finnland war, daß Deutschland Finnland dem guten Einvernehmen mit Rußland opfere, was auf die deutsche Finnlandpolitik nun

⁽²⁾ Holmas Schreiben an Yrjö-Koskinen (UM) vom 8.7., 25.7. und 5.11.1927 (hier hatte Holma den tatsächlichen Grund: "die securité Frage", der deutschen Ablehnung erfahren); Sammlung Holma 15
- Aufz. v. Bülow 19.7.1927: AA Vbd Finnland Bd. 1
- Über Deutschlands Ziele in der Abrüstungsfrage: Graml: Europa ... S. 371
- Holmas Brief an Voionmaa 3.4.27 (über Dirksen): Sammlung Holma 15

allerdings nicht zutraf. Obwohl das Auswärtige Amt eine "Zurückhaltung in unserer Stellungnahme gegenüber der finnischen Ratskandidatur" auch noch Ende August angeordnet hatte, wußte auch die Öffentlichkeit schon Bescheid, daß Deutschland die finnische Ratskandidatur nicht unterstützen würde.⁽³⁾

Äußerst unangenehm wurde die Angelegenheit für das Auswärtige Amt, als Tschitscherin in Moskau und der russische Geschäftsträger in Berlin im September, beide auf die Deutschen eindrangen und in scharfer Form davor warnten, die Sowjetregierung mit der Unterstützung der finnischen Ratskandidatur zu brüskieren. Die sowjetische Aktion war als Impuls zu erklären auf die "terroristischen Akte" finnischer Stellen Ende August an der russischen Grenze. Angesichts dieser Tatsachen interpretierte man eine Wahl Finnlands als "Kriegsappell gegen die Sowjetunion". Bezüglich Deutschland hatte Tschitscherin Rantau gegenüber seine "ernsten Sorgen" vorgebracht, daß Deutschland von der Sowjetunion abgedrängt werden könnte. Ursache war das gespannte Verhältnis Rußlands zu England. Im Mai hatten die Konservativen die Beziehungen abgebrochen. Die Sowjets vermuteten u.a. auch, daß England Finnland als Angriffsbasis benutzen wollte. Dazu kam noch, daß Rantau von der schon im Sommer beschlossenen deutschen Ablehnung der finnischen Kandidatur nichts wußte.

(3) -Bericht Holmas v. 17.8.1927; UM 5 C 5

-Die "Times" vom 7.9. verbreitete die Meldung, daß Deutschland wegen Moskau die finnische Ratskandidatur nicht unterstütze. Das Gleiche schrieben "Suomen Sosialidemokraatti" und "Helsingin Sanomat" am 7.9. Die deutschfreundliche "Uusi Suomi" hatte am 5.9. einen Artikel des "Berliner Börsen-Couriers" wiedergegeben, in dem der eigentliche Grund, die finnische Politik gegenüber dem Artikel 16, angegeben war, ebenso "Svenska Pressen" 22.9.1927

-Tg. Wallroth an Ges. Helsinki vom 27.8.1927

-Tg. Grundherr an AA vom 14.9.1927; AA IV Pol 4 Völkerbund Bd. 3

-vgl. Ilvessalo; S. 145 f.

Ministerialdirektor Köpke betonte dem russischen Geschäftsträger Bratman-Brodowski gegenüber, daß die deutsche Haltung in erster Linie "durch unsere eigenen Interesse bestimmt werden mußte", daß eine "selbstverständliche Rücksichtnahme auf die Wünsche des uns befreundeten Rußland" bestünde und "daß es schließlich doch auch im russischen Interesse läge, wenn unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Finnland durch diese Genfer Unstimmigkeiten nicht ernsthaft getrübt würden, denn nur beim weiteren Bestehen der bisherigen guten Beziehungen zu Finnland würden wir in der Lage sein, auf dieses beruhigend und mäßigend einzuwirken".⁽⁴⁾

Ende September wurde Finnland in den Völkerbundsrat gewählt. Staatssekretär Schubert schrieb aus Genf an Rantzau: "Wir haben ... tatsächlich alles zu tun versucht, um die finnische Kandidatur zum Scheitern zu bringen ... Unsere Bemühungen ... sind leider erfolglos geblieben." Schubert, der eine "gewisse Vorsicht" bei seinem Vorhaben in Genf anwenden mußte, hatte allerdings auch den finnischen Außenminister Voionmaa über die deutsche Haltung informiert und konstatierte darauf, daß die Finnen diese Stellungnahme Deutschland "sehr übel" genommen hätten.

Da es nunmehr notwendig wurde, der finnischen Völkerbundspolitik "ganz besondere Aufmerksamkeit" zuzuwenden, faßte Schubert in einem Erlaß an die Gesandtschaft in Helsinki noch einmal die grundsätzlich verschiedenen Positionen deutscher und finnischer Völkerbundspolitik zusammen. (Einige Tage vorher war in Genf ein Comité d'arbitrage et de sécurité gegründet worden, das den gesamten Komplex der mit dem Begriff der Sicherheit zusammenhängenden Fragen behandeln sollte.) Deutschland war nicht wie die

⁽⁴⁾ -Tg. Rantzau an Schubert vom 3.9.1927, an Köpke v. 7.9.1927

Aufz. Gespr. Köpke, Bratman-Brodowski 6.9.1927

Brief Rantzaus an Schubert (Genf) vom 20.9.1927 und

Schuberts Antwort vom 1.10.1927; AA Bü Sts O Ru Bd. 19

-die Grenzzwischenfälle: Korhonen S. 166

-England-Rußland:

auch: Krummacker; S. 200

-Hauschild telegraphierte am 10.9.1927 aus Helsinki, daß

es keinen "positiven Beweis" einer Zusammenarbeit englisch-finnischer Stellen gegen Rußland gebe; AA ebenda

-Aufz. Gespr. Köpke, Bratman-Brodowski vom 13.9.1927:

AA; ebenda

Finnen bereit, einen "bindenden Ratsbeschluß zwecks Feststellung des Angreifers" zu akzeptieren, da dann der Fall eintreten könnte, daß es überstimmt würde und damit "in der freien Entschließung" eingeeengt würde.

Die finnischen Wünsche liefen gerade auf das Gegenteil dessen hinaus, was Deutschland in dieser Angelegenheit wegen seiner Beziehungen zu Rußland aus politischen Gründen anstreben mußte, nämlich den Art. 16 zu verwässern. Das gleiche bezog sich auf das Sanktionsverfahren, bei dem die Deutschen auf dem Standpunkt standen, daß wegen ihrer militärischen und geographischen Lage sie "eine besondere Rolle" bei einer Beteiligung gegen Rußland spielten, eben wie es im Annex F zum Locarnovertrag festgelegt war. Schubert erschien es geboten, den Versuch zu machen, "auf die Völkerbundspolitik Finnlands ... unmittelbaren Einfluß zu gewinnen und sie unseren Anschauungen anzunähern".⁽⁵⁾

Gleich nach der Ratswahl war den Finnen klar geworden, daß sie es sich am allerwenigsten leisten konnten, den Ratssitz ostentativ für ihre Belange zu benutzen. Voionmaa hatte noch in Genf versichert, daß die Wahl keineswegs gegen die Sowjetunion gerichtet sei und zum deutschen Geschäftsträger in Helsinki sagte er, daß "eine gründliche Besserung der deutsch-finnischen Beziehungen unbedingt notwendig sei". In Berlin ging im November im Auftrage des finnischen Außenministers eine Bestätigung darüber ein, daß man bestrebt sei, "ein gutes Verhältnis zu Deutschland herzustellen und alles vermeiden (wolle), was Konflikte hervorrufen könne". Als gutes Vorzeichen deutete man im Auswärtigen Amt Erichs Fortgang aus Genf zur selben Zeit.

⁽⁵⁾ -Brief v. Schuberts an Rantzau vom 1.10.1927: AA Bü Sts
O Ru Bd. 19
-Erlaß Schuberts vom 1.12.1927: AA Vbd Finnland Bd. 2
-Der Beeinflussungsvorschlag kam von Hauschild (Aufz.
Gespr. Treutmann, Hauschild 11.11.1927: AA ebenda)
-vgl. auch Stresemanns Niederschrift Anf. Oktober 1927
"Die Bedeutung des Völkerbunds" in: Stresemann:
Vermächtnis, Bd. III, S. 209.
-Kutscher, Ernst: Abrüstung und Völkerbund
Göttingen 1932, S. 71

Dies war ein Protest Erichs, weil seit der Wahl der Außenminister Finnland in Genf vertrat. Erich wurde zwar wieder 1928 in die Genfer Delegation aufgenommen, doch war sein Einfluß verglichen mit 1926 sehr beschränkt.⁽⁶⁾

-
- ⁽⁶⁾
- Brieftg. Grundherrns (Helsinki) an AA vom 29.11.1927:
AA BÜ Rm 34 Bd. 1
 - Bericht Grundherrns vom 1.11.1927: AA Fi Pol 1 Bd. 1
 - Tg. Hauschilds vom 23.11.1927: AA Fi Pol 2 Bd. 2
 - Bericht Grundherrns vom 27.10.1927 (über Erich):
AA Vbd Finnland Bd. 2
 - Bekanntmachung des UM Nr. 14 vom 18.11.1927 über die
Anordnung vom 14.10., nach der fortan der Außenminister
Finnland im Völkerbund vertritt: Sammlung Tanner 20

4. 4. Deutsche und finnische Politik in der Abrüstungsfrage

Im Dezember 1927 war Procopé Außenminister einer finnischen Agrarregierung geworden. Ihm gelang es durch persönliche Kontaktaufnahme mit der deutschen Delegation in Genf und den Beamten des Auswärtigen Amtes in Berlin in "vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen einzutreten" und dabei auch den an seiner Person, als ehemaligen Gesandten in Warschau (1926 - 1927), haftenden Verdacht "Anhänger eines baltischen Blocks" oder einer "propolnischen Einstellung" zu sein, zu zerstreuen. Die grundsätzlich verschiedene Auffassung der deutschen und finnischen Außenpolitik in der Abrüstungsfrage blieb jedoch bestehen. Dies zeigte sich in dem Gespräch, das der Gesandte Hauschild auf Schuberts Erlaß (s.o.) hin im Januar 1928 mit Procopé führte: Deutschland könne unmöglich die finnische und französische Forderung akzeptieren, erst Sicherheit dann Abrüstung, und es wäre vorteilhafter für Finnland, wenn es sich dem deutschen Standpunkt annähere. Procopé jedoch beharrte darauf, daß Finnland prinzipiell seinen Standpunkt nicht verändern würde. Auch bei dem finnischen Generalstabschef, Wallenius, stieß Hauschild auf die "außerordentliche Schwierigkeit" die Interessensgegensätze Deutschlands und Finnlands auf diesem Gebiet zu überbrücken. Wallenius wies darauf hin, wie wichtig die Sicherheitsgarantie für Finnland sei, da es keineswegs zutreffe, was Hauschild immer wieder betonte, daß "Finnland unter allen Grenzstaaten Rußlands vom letzteren am wenigsten zu befürchten hat". Schließlich benötigte Rußland im Kriegsfall die Herrschaft über die Ostsee und deren Küsten.

Einen Monat später kam Procopé nach Berlin und informierte Dirksen über seine Außenpolitik. Procopé erläuterte auch die Instruktionen der finnischen Völkerbundsdelegation, die sich, wie Dirksen zu seiner Freude feststellte, "im großen und ganzen mit unseren Gedanken" doch deckten, d.h. sie waren von den Finnen so abgefaßt, daß "Reibungen vermieden werden sollten ohne unsere Überzeugung aufzugeben". Daß die Finnen nicht mehr aktiv für ihre

Linie eintraten, reichte schon aus, um die "Spannungen zwischen Deutschland und Finnland zu beseitigen".⁽¹⁾ Während der Sitzung des Sicherheitskomitees hatte es sich bis zum März erwiesen, daß die Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem deutschen Programm doch sämtliche Erörterungen dermaßen überschattete, daß es fast unwesentlich wurde, welche Auffassung Finnland bevorzugte. Dabei hatten sich bisher weder die Großmächte noch die kleinen Staaten, unter ihnen Finnland, bereit gezeigt, abzurüsten. Im Gegenteil, auch in Finnland setzte 1928 eine forcierte Aufrüstung ein. Die Chancen kollektive Sicherheit zu erlangen, waren hinfällig geworden, das einzige, wozu die Völkerbundssitzungen noch taugten, war der direkte Kontakt mit den Großmächten, durch den finnischerseits vielleicht etwas zu erreichen war. So vermerkte Procopé im Sommer 1928 hoffnungsvoll einen Ausspruch Chamberlains, wonach England in der Ostsee Interessen zu wahren hätte. Dies bestätigten auch die jährlichen britischen Flottenbesuche. Allerdings registrierte die Sowjetunion die englischen Flottenbesuche immer als Bedrohung. 1928 war es wieder ganz deutlich, daß das Verhältnis zu Rußland die Richtung der finnischen Außenpolitik bestimmte. Die politischen Führer von links bis rechts betrachteten die Sicherung gegenüber Rußland als grundlegende Voraussetzung für die Selbständigkeit des Landes, wobei die bürgerlichen Gruppen reale Garantien wünschten, d.h. den Ausbau der eigenen militärischen Macht und militärische oder finanzielle Hilfeleistungen fremder Staaten. Vertragliche Abmachungen mit Rußland betrachtete man als keine realen Garantien.⁽²⁾

(1) -Tg. Hauschild an AA vom 30.12.1927; Aufz. Gespr. Dirksen, Procopé vom 1.3.1928: AA Fi Pol 2 Bd. 2
-Tg. Hauschilds vom 11.2.1928 an AA, Aufz. Gespr. Hauschild, Wallenius vom 3.1.1928, Aufz. Gespr. Grundherr, Winkelmann (UM) o.D. (Jan. 1928) AA IV Völkerbund Pol 4 Bd. 3
-Aufz. Gespr. Procopé, Hauschild vom 5.1., 29.1. und 11.2.1928: Sammlung Procopé 25
-Wallenius hatte dem Jägerbataillon 27 angehört und hatte 1923-1925 an einem Offizierkurs in Deutschland teilgenommen.

(2) -Zimmermann: S. 450 f.,
-Kutscher: S. 72 ff.
-Aufz. Procopés vom 9.6.1928: Sammlung Procopé 25
-Hauschilds Bericht vom 3.2.1928: AA Vbd Finnland Bd. 3

Procopés außenpolitischer Kurs war nach seinen eigenen Worten genau der gleiche wie 1924 und er hielt es für das Beste, eine ebensolche "gemäßigt skandinavische" und "vorsichtige baltische Politik" zu verfolgen. Zwar waren in Finnland wieder "alte Kräfte" am Werk, einen baltischen Bund zu schließen, und in Genf hatte Procopé gehört, daß in Frankreich "einflußreiche Männer" dieses unterstützen würden, jedoch ohne verbindliche Zusagen. Da Procopé diese Halbheiten für eher gefährlich hielt, namentlich in Hinblick auf die deutsche Reaktion, prägte er in der Öffentlichkeit das Wort von der "glänzenden Isolation Finnlands". Der Präsident Relander fand hierfür eine alles- und nichtssagende Formel: "Finnlands Politik sei weder skandinavisch noch baltisch-polnisch, sondern finnisch orientiert."³ Dennoch verbreitete die deutsche Presse im Spätsommer 1929 wieder Gerüchte einer polnisch-finnischen Annäherung. Indiz dafür war die Reise des finnischen Handelsministers zu einer Wirtschaftskonferenz nach Warschau. Der neue deutsche Gesandte, Renner, sprach von "ernstlichen Versuchen" von polnischer Seite, Finnland für eine "ziemlich weitgehende polnisch-baltische Orientierung zu gewinnen", u.a. arbeitete der polnische Gesandte in Helsinki am Sturze Procopés. Renner traf den Kern des Problems, als er feststellte, daß die polnischen Bemühungen an sich keine Erfolgsaussichten hätten, es sei denn, es entstünde tatsächlich ein kriegerischer Konflikt mit Rußland. Dann würde sich Finnland dorthin wenden, "wo es Hilfe findet". Schweden würde dazu nicht bereit sein, aber die Hilfe der übrigen Randstaaten stünde in der Situation "gegebenfalls ohne weiteres zur Verfügung". Solange Finnland jedoch keine akute Gefahr von Rußland zu befürchten hatte, und 1929 war es so, wollte man sich nicht von vornherein an Staaten binden, die wie Polen ein weit riskanteres Verhältnis zu dem großen Nachbarn hatten. In Finnland hatte zumindest Procopé eingesehen, was jahrelang die Auffassung im Auswärtigen Amt und auch im

(3) - Schreiben Procopés an Ingman vom 26.6.1928:
Sammlung Ingman,
- Bericht Renners vom 10.5.1929 und 10.9.1929:
AA Fi Pol 2 Bd. 2
- Korhonen, S. 188

Foreign Office gewesen war, daß Finnland durch seine geographische Lage doch eine andere Rolle der Sowjetunion gegenüber spielte, als die südlichen Randstaaten, und daß es bei einem Konflikt zwischen diesen und der Sowjetunion nicht "unbedingt hineingezogen zu werden brauchte".⁽⁴⁾

Die Rapallofreundschaft zwischen Deutschland und der Sowjetunion hatte trotz mancher Rückschläge einigermaßen gehalten. Den revisionistischen Zielsetzungen Deutschlands bezüglich Polens hatte sie allerdings wenig gedient. Anfang 1929 hatte es ausgesehen, als ob der neue Außenkommissar Litwinow andere Wege Polen gegenüber einschlagen wollte, die an der russisch-polnischen Grenze ein Nachlassen des Druckes bezwecken sollten. Diesen Eindruck hatte man im Auswärtigen Amt bekommen, als Litwinow den Briand-Kellogg-Pakt vom 27.8.1928 zur Ächtung des Krieges, nach erfolgter Unterzeichnung der Sowjetunion, am Jahresende aufgegriffen hatte und in Warschau vorschlug, daß der Kellogg-pakt nicht erst nach Ratifikation sämtlicher Unterzeichner in Kraft treten sollte, sondern mit der Ratifikation dieser beiden Staaten. Außerdem hielt Litwinow dieses Angebot für alle Nachbarn von Rußland aufrecht. Im Auswärtigen Amt sah man hierdurch wieder die Gefahren eines Randstaatenblocks auftauchen, und man versuchte die Finnen zu bewegen, sich nicht dem Litwinowprotokoll anzuschließen. Die Sorge war unbegründet, die finnische Regierung hatte ohnehin nicht vor, mit der Sowjetunion diesen Pakt abzuschließen.⁽⁵⁾

⁽⁴⁾ -"Vossische Zeitung" 14.8.1929,
-Bericht Yöntiläs vom 16.8.1929: UM 5 C 5
-Bericht Renners vom 10.9.1929: AA Fi Pol 3 Bd. 2
-In einer Aufz. (Liedtke) für Stresemann o.D. (Sommer 1929)
wurde bescheinigt: "Finnland hat Beweise genug geliefert,
daß es sich aus dem russisch-polnischen Gegensatz heraus-
halten will."

⁽⁵⁾ -Krummacher: S. 217, 219; Zimmermann: S. 450
-Korhonen: S. 185; Korbel: S. 249 f., Dirksen: S. 97
-Über den Litwinowpakt:
Bericht Wuolijoki vom 14.2.1929: UM 5 C 5
Brief Procopés an Wuolijoki vom 17.1.29: Sammlung Procopé 20;
Bericht Renners vom 19.4.1929, Tg. Schuberts an Renner
vom 27.4.1929: VA Deutsche Gesandtschaft Helsinki 56;
Erlaß Trautmanns vom 26.4.1929: AA Fi Pol 2 Bd. 2

Die Finnen hielten immer noch auf Völkerbundkurs. Während der Herbsttagung 1929 wurde der Finanzhilfeantrag wieder aktuell. Es zeigte sich, daß nicht nur Deutschland, Italien und Japan, wie schon früher, den finnischen Vorschlag ablehnten, sondern, daß jetzt sogar die größten Behinderungen durch die französische Stellungnahme aufkamen. Frankreich war dagegen, daß die Finanzhilfe bereits bei einem drohenden Krieg in Kraft treten sollte. Dagegen hielten die Engländer dies für wichtig. Zusammen mit ihnen gelang es Procopé, einen der Gegner für die finnische Version zu gewinnen, und zwar Deutschland. Procopé konnte Curtius trotz starker Widerstände, die es in Berlin gab, von dem finnischen Standpunkt überzeugen. Curtius ließ Reichsminister Dietrich wissen, daß er "entscheidenden Wert darauf lege, das Finanzhilfeabkommen zeichnen zu können", wobei er darauf hinwies, daß im Zusammenhang mit den Handelsvertragsverhandlungen in Helsinki das Kabinett eine deutsche Zusage gebilligt hatte. Procopé hatte es verstanden, die deutsche Unterschrift unter das Finanzhilfeabkommen quasi als Bedingung für das finnische Eingehen auf die deutschen Handelsvertragsforderungen durchzusetzen. Die deutsche Regierung hatte dem zugestimmt, weil Procopé innenpolitisch diese Rückenstütze benötigte und er, wie es das Auswärtige Amt darstellte, diejenige Person war, die "am meisten den deutschen Interessen" entsprach.⁽⁶⁾

Als der vorbereitende Abrüstungsausschuß wieder Ende 1930 zusammenkam, zeigte es sich, daß zur Durchsetzung der deutschen Forderungen durch

⁽⁶⁾ -Aufz. Procopé über die Finanzhilfe vom 26.9.1929 und 17.5.1930, Bericht Procopés über seine Reise nach Genf im Herbst 1930 vom 6.10.1930: Sammlung Procopé 26
-Tg. Curtius (Genf) an Dietrich vom 27.9.1930
Aufz. v. Bülow vom 23.10.1930: AA IV Völkerbund Pol 4 Bd. 4
-Vermerk Gespr. Weizsäcker, Wuolijoki vom 22.10.1930: AA Bü Rm 34 Bd. 2
-Aufz. Gespr. Procopé, Renner vom 11.11.1930, Sammlung Procopé 25, Bericht Renner vom 21.10.1930 und 21.11.1930: AA Fi Pol 1 Bd. 2
-Schon während der Frühjahrstagung des Rates in Genf hatte Curtius Procopé in der Sicherheitsfrage "für gewisse Wünsche" Unterstützung in Aussicht gestellt (Julius Curtius: Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948, S. 153)

Verhandlungen im Völkerbund "kaum noch etwas zu erwarten" war. Für die Abrüstungskonferenz, die für den 2.2.1932 einberufen werden sollte, galt es vor allem auf diplomatischem Wege Unterstützung für die deutsche Auffassung zu gewinnen, wobei die Haltung der beiden Großmächte, der Vereinigten Staaten und Großbritannien, maßgebend war. Die kleinen Staaten, unter ihnen Finnland, wurden dennoch nicht außer Acht gelassen. Bei den Finnen hatte man aber bislang nicht mehr als ein "Stillhalteabkommen" erreicht.⁽⁷⁾

Kurz vor Beginn der Konferenz besuchte der finnische Gesandte, Wuolijoki, Köpke im Auswärtigen Amt, um mit ihm "über die deutsche Haltung in der Abrüstungsfrage" zu sprechen. Da Köpke in der finnischen Formulierung "trotz ihrer Besonderheiten gewissen Ähnlichkeiten" zu der deutschen entdeckte, sollte "seitens der Gesandtschaften ... der Faden weiter gesponnen" werden. Wenn es gelänge, die Unterstützung der finnischen Regierung dazu zu erlangen, daß in der Abrüstungskonvention für alle Staaten die gleichen Abrüstungsmethoden angewandt würden, d.h. daß die "Diskriminierung Deutschlands" wegfiel, war man deutscherseits bereit, "den besonderen Umständen Rechnung zu tragen, die auf dem Gebiet der Abrüstung für Finnland gelten".

Was die deutsche Gesandtschaft in Helsinki erreichte, war für die Zwecke der Deutschen kaum von großem Wert. Die "Angst vor Rußland" war die geblieben und aus ihr resultierte eine "moralische Berechtigung der kleinen Staaten nach vermehrter Sicherheit gegenüber Rußland". Den bisherigen Standpunkt Finnlands, daß eine Abrüstung nur bei "Vermehrung der bisherigen Sicherheitsgarantien" diskutabel wäre, hatte man inzwischen so weit modifiziert, daß "die ersten Schritte der Abrüstung" auch unter den derzeitigen Sicherheitsverhältnissen stattfinden sollten, wobei Finnland sich lediglich einem Beschluß der Vorbereitungskommission vom Jahre 1927 anschloß,

(7) Zimmermann, S. 453 f
Brüning: S. 558 ff
Curtius: S. 232 ff

der überhaupt die Einberufung der Konferenz ermöglicht hatte. Zwar erfuhr die Gesandtschaft, daß Finnland für die Abrüstung stark gerüsteter Staaten wäre, wobei natürlich in erster Linie die Sowjetunion gemeint war, allerdings "prinzipiell" auch Frankreich. Was die Deutschen aber erhofften, daß Finnland "gegen Frankreich offen Stellung zu nehmen" bereit gewesen wäre, davon war man, trotz Bemühungen "zur Zeit noch weit entfernt". Das einzig Positive war die erneute Gewähr, daß die Finnen "als vorsichtige Taktiker auftreten" und sich nicht gegen Deutschland stellen würden.⁽⁸⁾

Für Finnland war nunmehr auch klar geworden, daß die Abrüstungskonferenz das finnische Sicherheitsproblem nicht lösen würde. Statt dessen hatte man sich Ende 1931 bereit gezeigt, mit der Sowjetregierung über einen Nichtangriffspakt zu verhandeln. Als letzter von den Nachbarn Rußlands machte Finnland dieses Angebot, als erstes unterzeichnete es den Vertrag im Juli 1932.⁽⁹⁾

⁽⁸⁾ Aufz. Gespr. Köpke, Wuolijoki vom 3.12.1931:
VA Deutsche Gesandtschaft Helsinki 59,
Bericht Grundherrn vom 8.1.1932; ebenda 57

⁽⁹⁾ Korhonen: S. 232 ff. Der Gesandte Renner sah in diesem Vertrag einen "Erfolg der französisch-polnisch-baltischen Richtung in der finnischen Außenpolitik" (Bericht vom 5.2.1932; AA Fi Pol 2 Bd. 3), obwohl den Finnen der Abschluß oft genug von deutscher Seite anempfohlen war. So u.a. Schönheinz und v. Blomberg im September in Genf (Aufz. Gespr. Schönheinz, v. Blomberg, Martola vom 10.9.1931; VA Deutsche Gesandtschaft Helsinki 59).

4. 5. Die finnisch-russischen Kontroversen 1930/31
und Deutschland

Die drei Jahre vor Abschluß des finnisch-russischen Nichtangriffspaktes waren eine Zeit starker Spannungen zwischen den beiden Nachbarländern gewesen. Eines der Symptome war die 1929, im Jahr der Wirtschaftskrise, auftauchende rechtsextreme Lapua-Bewegung in Finnland. Ihren Höhepunkt erreichte sie in den Kommunistenverfolgungen des Sommers 1930. Nicht nur in Rußland, auch in Deutschland wurde diese Bewegung mit Unruhe verfolgt, u.a. sah man Finnland "am Rande des Bürgerkrieges". Für das Auswärtige Amt endete die Lapuakrise zufriedenstellend. Die während der Ereignisse in Finnland am 4.7. gebildete neue Regierung Svinhufvud konnte sich behaupten und bot für das Auswärtige Amt in der Person Svinhufvuds (des Staatsverwesers von 1918) und Procopés (als Außenminister) die Gewähr "für vernünftige Außenpolitik".⁽¹⁾

Für die deutsche Kommunistische Partei war jedoch gerade Svinhufvud an der Spitze der finnischen Regierung ein "Ehrenmitglied der Lapuabewegung" und die Gewähr für den "Sieg der Faschisten in Finnland". Die Debatte zum finnischen Handelsvertrag vom 17.7.1930 benutzte die Partei für einen Frontalangriff gegen die Komplizenschaft der finnischen und deutschen Regierung, die beide "so eine Mischung von Faschismus und Junkerregime" einen Handelsvertrag "mit eigenartigen Geschäftsmethoden" zustandegebracht hatten, der "unsere Interessen als Arbeiter sowohl in Finnland wie in Deutschland aufs gröbste verletzt". Es war das erste Mal nach 1918, daß über Finnland im deutschen Reichstag debattiert wurde. Der KPD ging es aber um mehr als nur um den Handelsvertrag, es ging um den exemplarischen

(1) -Bericht Renners vom 18.7.1930, Bericht v. Dirksen (Moskau) vom 30.12.1930: AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 11,
-Korhonen S. 203 ff.
-vgl. "Vorwärts" 5.7.1930 "Faschistenterror in Finnland"
13.7.1930 "Hilferuf aus Finnland"; "Frankfurter Zeitung"
7.7.1930 "Am Rande des Bürgerkrieges", 8.7.1930 "Steht
Finnland vor Staatsstreich und Diktatur?"; "Vossische
Zeitung" 13.7.1930 "Interview Kosolas, des Führers der
"Bauernbewegung"".

Nachweis, daß "das, was wir (die KPD) von Italien gesagt haben, was wir in Deutschland signalisiert haben, jetzt wieder in Finnland eingetreten ist", denn "dieses System, das jetzt in Finnland für den Augenblick zur Herrschaft gekommen ist, ist das gleiche System, das die jetzige Regierung der kapitalistischen Diktatur für Deutschland anstrebt". Dabei projizierte die KPD ihre deutschen Erfahrungen auf finnische Verhältnisse. So waren auch in Finnland "die Sozialdemokraten ... die Helfer und Wegbereiter des Faschismus und dieser Faschismus eine ausgesprochen großkapitalistische ... Bewegung". Um die "antisowjetischen Ziele der Lapualeute zu sichern, "hatte man in Finnland" die letzten Rest sogenannter Demokratie und des Parlaments rücksichtslos zertrümmert und eine faschistische Diktatur brutalster Gewalt proklamiert".

In der Tat stand es im Juli 1930 recht schlecht um die "sogenannte Demokratie" in Finnland. Ohne daß die Lapuabewegung eine geschlossene Parteiorganisation bildete, wie die Nationalsozialisten in Deutschland, besaß sie doch genug Sympathisanten in den Rechtsparteien, die das Ziel der Lapualeute, die Verfolgung und Ausschaltung der KPF vollkommen billigten. Die Regierung Svinhufvud war unter Druckanwendung der Lapuabewegung zustande gekommen. Sie setzte die kommunistischen Abgeordneten (im Parlament) gefangen und ließ vom Präsidenten das Parlament auflösen, als es sich nicht bereitfand, die von der Regierung verlangten Vollmachten zur Unterdrückung des Kommunismus auszustellen.⁽²⁾

Im Oktober 1930 nahm die faschistische Bewegung in Finnland provokative Formen direkt gegenüber der Sowjetunion an, als der ehemalige Staatspräsident Ståhlberg an die russische Grenze verschleppt wurde.⁽³⁾

⁽²⁾ -Verhandlungen des Reichstages, Stenogr. Berichte Bd. 428, S. 6487 ff.

-vgl. Lauri Puntila: Suomen poliittinen historia, Keuruu 1963, S. 155 f. Krister Wahlbäck: Mannerheimista Kekkoseen, Porvoo 1968, S. 121 ff.

-Der Vorwurf gegen die finnischen Sozialdemokraten ist z.T. berechtigt. Die Lapuabewegung war eine Bauernbewegung mit der das Großkapital sympathisierte. Sie orientierte sich eher an Italien als an Deutschland.

- "Lappo" ist der schwedische Name des Ortes Lapua

⁽³⁾ -Korhonen, S. 203 ff.

Renner beobachtete "mit Sorge" diese antirussischen Handlungen und versuchte mittels Procopé die Finnen davon zu überzeugen, daß "Rußland unter keinen Umständen Verwicklungen mit Finnland haben möchte". Wie sehr auch Procopé unter dem Einfluß der faschistischen Propaganda des auf den Angriff lauernnden Feindes stand, zeigt seine Bitte vom deutschen Außenminister das "ausdrückliche Versprechen" haben zu wollen, "daß Deutschland, falls Finnland ohne eigenes Verschulden bedroht würde, seinen ganzen Einfluß gebrauchte - auch in Moskau - um Finnland zu helfen". Curtius bekam Ende Oktober diese Botschaft übermittelt und erkundigte sich zunächst einmal in Genf bei der anderen Seite, dem Volkskommissar Litwinow, wie dieser die russisch-finnischen Beziehungen beurteile. Curtius bekam die Antwort, daß "in Finnland starke Kräfte am Werke wären, Rußland zu provozieren" und "kriegerische Unternehmungen gegen Rußland einzuleiten". Auf Curtius Frage, ob Rußland selbst irgendwelche Interessen an einer territorialen Veränderung hätte oder gar beabsichtigte Finnland sich wieder anzugliedern, wehrte Litwinow "derartige Gedanken so entschieden ab", daß Curtius "keinen Zweifel" daran hatte, daß die russische Regierung den Finnen keinerlei Veranlassung bot, Präventivmaßnahmen einzuleiten. So konnte Curtius dem finnischen Außenminister ausrichten, daß "Deutschland an Finnland immer noch das gleiche Interesse hätte, wie im Jahre 1918", was von Renner näher erläutert Folgendes zu bedeuten hatte: Finnlands Selbständigkeit und internationale Stellung interessierten durchaus Deutschland, doch hatte man zur Zeit keinen "besonderen Grund" hervortreten, um Finnland beizustehen: Da man im Auswärtigen Amt ohnehin wußte, daß "der russische Pazifismus echt" war und kein Angriff von russischer Seite drohte, - schließlich hatte sich die Sowjetunion kaum von der Hungerkatastrophe des Winters 1929/30, infolge der Kollektivierung, erholt und brauchte sämtliche Ressourcen, um der inneren Lage Herr zu werden, - konnte Procopé ruhig eine solche Zusage, da sie für seine Stellung nötig schien, gemacht werden, ohne Einlösungsrisiko. Was aber nach wie zuvor dem Narkomindel und dem Auswärtigen Amt wichtig war, äußerte Renner zum Schluß quasi als Preis: die eindringliche Warnung, sich von Polen fernzuhalten. Bezeichnenderweise hatte vier Tage vorher der polnische Gesandte Procopé vorgeworfen, daß er es nicht verstünde,

weshalb die Regierung nicht vollkommen die Extremziele der Lapuabewegung unterstützte und daß sich Finnland im deutsch-polnischen Konflikt immer mehr auf Seiten Deutschlands stelle.⁽⁴⁾

Als im März 1931 ein Ministerwechsel im finnischen Außenministerium stattfand, deutete man dies im Auswärtigen Amt als eine Schwenkung in die polnische Richtung, denn an Stelle des "mit deutscher kultureller und 1918-Tradition belasteten" Procopé kam der angeblich Frankreich und Polen wohlgesonnene Baron Yrjö-Koskinen.⁽⁵⁾

Yrjö-Koskinen ließ aber den von Procopé aufgenommenen Draht über den deutschen Außenminister Curtius auf Litwinow einzuwirken, nicht rusten. Genau wie für die Wolgadeutschen hatte die Kollektivierung in der Sowjetunion Umsiedlungen für finnische Stammesverwandte, die Ingermanländer, bedeutet. Ihren Höhepunkt erreichten diese Maßnahmen im Februar 1931. Der Gesandte Wuolijoki erkundigte sich im Auftrage seiner Regierung in "vorsichtiger Form" bei dem deutschen Völkerbundsdelegierten, Weizsäcker, ob

⁽⁴⁾ -Aufz. Gespr. Procopé, Renner vom 18.10.1930: Sammlung Procopé 25, Bericht Renners vom 21.10.1930: AA Fi Pol 3 Rußland Bd. 3
-Niederschrift Bespr. Curtius, Litwinow vom 3.11.1930:
VA Deutsche Gesandtschaft Helsinki 53 (in seinen Memoiren erwähnt Curtius, daß er 1929 und 1930 mit Procopé "enge Tuchfühlung" gehalten hatte und dem finnischen Gesandten, Wuolijoki, "während der Pflege der deutsch-finnischen Beziehungen menschlich nahe gekommen war", Curtius S. 249)
-Bericht v. Dirksen vom 14.11.1930 (russischer Pazifismus)
AA Fi Pol 3 Rußland Bd. 3 (diesen Bericht las Renner Procopé vor (Aufz. Gespr. Procopé, Renner vom 4.12.1930: Sammlung Procopé 26)
-Aufz. Gespr. Procopé, Renner vom 11.11.1930,
Aufz. Gespr. Procopé, Charwat vom 7.11.1930:
Sammlung Procopé 25
-Aufz. Meynen vom 5.11.1930: AA Bü Rm 34 Bd. 2
-vgl. Ilvessalo: S. 114

⁽⁵⁾ -Bericht Renners vom 5.2.1932:
AA Fi Pol 2 Bd. 3

es nicht möglich wäre, wegen dieser Ingermanlandfrage eine Völkerbundsbeschwerde gemäß Artikel 11 oder 17 einzubringen. Weizsäcker offenbarte "entschiedene Skepsis" und bezweifelte den Nutzeffekt für Finnland. Es war nicht zu verhehlen, daß solch eine Anfrage den deutschen Ratsvertreter "in eine unbequeme Lage" gebracht hätte. Auch das Auswärtige Amt hatte in Bezug auf die deutschstämmigen Bauern wenig Erfolg gehabt.

Im Mai 1931 schickte die finnische Regierung eine Protestnote nach Moskau und löste einen Notenkrieg aus. Ein in Helsinki gegründetes Komitee der Ingermanländer verschickte Noten, an die Gesandtschaften der Großmächte u.a. Deutschland, um "die Aufmerksamkeit der Großmächte auf die Not der ingermanländischen Finnen lenken zu wollen ... und an das Mitgefühl und die Hilfe der zivilisierten Welt zu appellieren". Renner hütete sich, die Überbringer persönlich zu empfangen. Da man im Auswärtigen Amt die hiermit zusammenhängende "Erregung der öffentlichen Meinung in Rußland und Finnland" doch nicht mitansehen wollte - nicht aus Mitgefühl, sondern wegen der latenten Orientierungsgefahr der Finnen nach Polen - meinte man, daß eine "private Meinungsäußerung" gegenüber Yrjö-Koskinen in Genf "vielleicht am Platze sei". Yrjö-Koskinen wandte sich aus eigenem Wunsch während seines Aufenthaltes in Genf an Curtius und bat ihn, seinen "Einfluß auf die Russen auszuüben, mit den Deportationen nicht forzufahren". Anders wie im Jahr zuvor, als Curtius "gelegentlich mit dem russischen Botschafter über die Beziehungen Finnlands und Rußlands gesprochen hatte", unternahm Curtius diesmal nichts.⁽⁶⁾

(6) -Vermerk v. Weizsäcker und Bericht nach Helsinki vom 14.4.1931: AA Vbd. Bez. zw. Finnland und Rußland Bd. 1
-Aufz. Trautmanns vom 17.4.1931, Schreiben Dufours an Weizsäcker vom 17.4.1931, Erlaß Trautmanns an die Ges. Moskau und Helsinki 24.4.31: AA Fi Pol 3 Rußland Bd. 3
-Note des Komitees des Ingermanländer an Renner vom 12.5.1931 und Begleitschreiben Renners vom 18.5.1931
-Tg. Trautmanns an deutsche Delegation in Genf vom 19.5.1931: AA ebenda Bd. 4
-Tg. Curtius (Genf) an v. Bülow vom 22.5.1931: AA BÜ Am 34 Fi Bd. 2
-vgl. Ilvessalo S. 133 f
Korhonen S. 215
-Das deutsch-polnische Verhältnis hatte seit Sommer 1930 wieder einen Tiefpunkt
(Korbel: S. 261 ff.)
-Am 23.5.1931 berichtete Renner aus Helsinki: "Alles arbeitet zur Zeit für die polnisch-baltische Orientierung" AA Geh. Rendstaaten Pol 4 Bd. 11

Ein "starkes Hervortreten der deutschen Reichsregierung" etwa als offizieller Vermittler zwischen Moskau und Helsinki war den außenpolitischen Interessen "nicht dienlich", nicht nur wegen der heiklen deutsch-russischen Beziehungen, sondern auch, weil man in den letzten Jahren in Helsinki die Erfahrung gemacht hatte, daß "derartige Aktionen eher das Gegenteil" in gewissen Kreisen bewirkten. Allerdings wollte man doch "in vorsichtiger Form" auf eine Entspannung des finnisch-russischen Verhältnisses hinwirken, in welchem Sinne Botschafter Dirksen bereits in Moskau tätig gewesen war.⁽⁷⁾

In der Tat konnte das Auswärtige Amt nicht mehr allzusehr auf die traditionelle deutsch-finnische Freundschaft in Helsinki bauen, um im deutschen politischen Interesse liegenden Argumenten Nachdruck zu verleihen. Gerade die früher fast vorbehaltlos deutschfreundliche Rechte sah Deutschland immer mehr unter dem Gesichtspunkt chaotischer Zustände und vor allem als militärischen Verbündeten Rußlands. Die Leute aus der Jägerbewegung von 1917 bildeten bisher mit der "wissenschaftlichen Welt, die auf den deutschen Universitäten studiert hatte" die "festeste Stütze" der Deutschfreundlichkeit in Finnland. Aber die Erinnerungen an die Ereignisse von 1918 drohten "mehr und mehr zu verblassen" und maßgebliche Militärs in Finnland ließen es sich nicht ausreden, "daß die deutsche Armee den russischen Kriegsvorbereitungen erhebliche Hilfedienste leistete".⁽⁸⁾

⁽⁷⁾ -Aufz. Meynen (AA) vom 13.8.1931
Dirksen hielt Vermittlungsdemarchen für "aussichtslos und
schädlich"
(Brief an Meyer vom 4.8.1931):
AA Geh. Randstaaten Pol 4 Bd. 11

⁽⁸⁾ -Bericht Renners vom 11.5.1931 AA Fi Pol 3 Rußland Bd. 4
-Bericht Renners vom 23.9.1931 AA Fi Pol 2 Bd. 3
-"Während die deutsch-sowjetische internationale Zusammenarbeit
1930-1931 stärker demonstrativ wurde, erreichten die mili-
tärischen Kontakte ihren Höhepunkt"
(Dyck: S. 216)
nach Korbelt, S. 254 f, 260 war die Rapallofreundschaft 1929
nahezu beendet.

S C H L U S S

Die Jahre 1930, 1931 hatten wieder offenbart, daß eines der Kernprobleme deutsch=finnischer politischer Beziehungen das beiderseitige Verhältnis zu Rußland war. Das deutsch=finnische Erbe aus dem Jahre 1918 hatte in der Nachkriegszeit zwei völlig entgegengesetzte Aspekte erfahren. Für finnische Rechtskreise bestanden die beste Zusammenarbeit und die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland im Rahmen einer gemeinsamen Gegnerschaft zu Rußland. Mit der Rapallo=Politik hatte die deutsche außenpolitische Führung dieses Erbe verworfen. Dennoch wurde deutscherseits weiterhin daran festgehalten, daß man 1918 die finnische Selbständigkeit gerettet hatte und ihre Bewahrung immer noch im deutschen Interesse lag.

Während der Weimarer Zeit war dieses Interesse an der finnischen Selbständigkeit so zu verstehen, daß ein freies, möglichst neutrales Finnland sich am wenigsten störend auf die allgemeinen außenpolitischen Zielvorstellungen Deutschlands in Europa auswirken konnte. Konkret hieß das, daß man nicht mehr bereit war, auch mit den in Friedenszeiten zu Gebote stehenden Mitteln, sich für Finnland einzusetzen. Man kann nicht wie Ilvessalo (S. 160) behaupten, daß das Auswärtige Amt ständig dahin wirkte, Finnlands Position zu stärken. Wenn hiermit die Selbständigkeit des Landes gemeint ist, so stand sie aus deutscher Sicht, genauso wie aus sowjetischer, sowieso außer Frage, und was die finnische Außenpolitik anbelangt, so tat man in Berlin sein Bestes, die Finnen von ihrer Suche nach Sicherheit abzulenken. Dies allerdings ohne Erfolg.

Die Voraussetzungen für ein positives, politisches Verhältnis, d.h. einem engeren Ausbau der Beziehungen zwischen Deutschland und Finnland waren nicht gegeben. Den maßgebenden deutschen Politikern der Weimarer Zeit ging es darum, den status quo zu ändern, die Grenzziehungen und die Reparationen rückgängig zu machen. In Finnland war man nach 1922 bestrebt, den status quo zu untermauern, nachdem man die Angliederungspläne Ostkareliens mangels

auswärtiger Unterstützung abgelegt hatte. Gerade in Bereichen, wo diese verschieden gearteten Zielsetzungen Deutschlands und Finnlands zusammen stießen, mußte es zwischen Deutschland und Finnland zu Reibungen kommen. Das Auswärtige Amt ist immer dann aktiv geworden, wenn seine Revisionspolitik durch Finnland gefährdet wurde, wie bei den Warschauer Konferenzbeschlüssen 1922 und der finnischen Sanktionspolitik im Völkerbund nach 1926.

Die Verschlechterung der deutsch-finnischen Beziehungen nahm man besonders im letzteren Fall deutscherseits durchaus in Kauf, als man daran ging, die Finnen "zurechtzuweisen". Finnland gab nach. Hierbei lag wieder einmal die Ungleichrangigkeit beider Staaten, auch in einem Gremium wie dem Völkerbund, klar zu Tage. Auch wenn finnischerseits von Deutschland nichts Positives für die eigenen Belange erwartet wurde, mußte dessen Einstellung trotzdem berücksichtigt werden. Für Deutschland konnte Finnland nur innerhalb eines Gesamtprojektes Beachtung finden. Daß in den zwanziger Jahren ein gutes deutsch-russisches Verhältnis, allein durch seine Existenz, von entscheidender Bedeutung für Finnlands Selbständigkeit gewesen ist, ist damals nicht erkannt worden. Später, 1940, zeigte es sich, je konkreter das deutsche Interesse zur Vernichtung Rußlands wurde, umso wichtiger wurde die Einbeziehung Finnlands für diesen Zweck.

Deutschlands hauptsächlich mittelbares Interesse an Finnland erweist sich auch während der Handelsvertragskontroversen nach 1929. Daß Curtius zu Gunsten der Finnen einlenkte, beruhte nicht nur auf den Appellen der Industrie, die auch neben Finnland noch andere Märkte verloren gehen sah, sondern wegen der Gefahr, daß die finnische Außenpolitik sich Polen nähern könnte.

Im Handelsverkehr mit Finnland hatte Deutschland nicht die Stellung erlangt, die 1918 geplant war, aber es blieb die ganzen Jahre erster Exporteur. Für die deutsche Ausfuhr hatte Finnland nach Kriegsende an Bedeutung zugenommen, um jedoch in den Anfangsdreißigern rapide abzusinken. Dies

wurde als Boykott deutscher Waren in Finnland während der Handelsvertragskontroversen 1930/32 sichtbar. Die in diesen Jahren einsetzende stärkere Kaufbereitschaft aus England hing aber vor allem mit der Abhängigkeit der finnischen Währung vom englischen Pfund zusammen. Der Ostseehandel hatte unter dem Zeichen einer scharfen englisch-deutschen Konkurrenz gestanden, die nach 1930 in Bezug auf Finnland und die baltischen Staaten für Deutschland in einer Niederlage mündete.

Finnland, das innerhalb von zehn Jahren einen enormen Aufschwung der Industrie durchmachte, benötigte einerseits deutsche Maschinen und Chemikalien, andererseits war diese Entwicklung gerade gegen das von Deutschland bestrittene Fertigwarenangebot gerichtet. Nicht nur, daß man bestrebt war, den einheimischen Markt abzusperren, man versuchte zunehmend auf fremden Märkten, u.a. in Deutschland, Landwirtschafts- und veredelte Holzprodukte abzusetzen. In der zu diesem Zwecke betriebenen Handelsvertragspolitik war es den Finnen durchaus gelungen, vergleichenermaßen größere Vorteile einzuhandeln, als die deutschen Exporteure, bis die rigorose Zollpolitik der deutschen Rechten diese Errungenschaften zunichte machte.

A n l a g e 1

Die Premier-, Außen- und Handelsminister finnischer Regierungen

21.11.1918 - 14.12.1932

<u>Premierminister</u>		<u>Außenminister</u>		<u>Handelsminister</u>		<u>Beginn</u>
Ingman	k	Enckell	a	Stjernvall	r	27.11.1918
Castrén	e	Holsti	e	Vennola	e	17.04.1919
Vennola	e	Holsti	e	Erkko	e	15.08.1919
Erich	k	Holsti	e	{ Ehrnrooth	r	15.03.1920
Vennola	e	Holsti	e	{ Procopé	r	
Cajander	a	Enckell	a	Makkonen	e	09.04.1921
Kallio	m	Vennola	e	Aho	a	02.06.1922
Cajander	a	Enckell	a	Aho	k	14.11.1922
Ingman	k	Procopé	r	Procopé	a	18.01.1924
Tulenheimo	k	Procopé	r	Palmgren	r	31.05.1924
Kallio	m	Idman	k	Pulkkinen	k	31.03.1925
Tanner	s	Setälä	k	Reinikka	m	31.12.1925
Sunila	a	Voionmaa	s	Hupli	s	13.12.1926
Mantere	e	Procopé	a	Heikkinen	m	17.12.1927
Kallio	m	Procopé	a	Järvinen	a	22.12.1928
Svinhufvud	k	Procopé	a	Heikkinen	m	16.08.1929
Sunila	m	Procopé	a	Solitander	a	04.07.1930
		Yrjö-Koski-	a	Palmgren	r	21.03.1931
		nen				

a = Fachminister

e = Fortschrittspartei (edistyspuolue)

m = Bauernpartei (maalaisliitto)

k = Sammlungspartei (kokoomus)

r = Schwedische Volkspartei (Svenska Folkpartiet)

s = Sozialdemokraten

(nach: Wahlbäck: a.a.O., S. 261 ff.)

A n l a g e 2

Die Gesandten Finnlands in Berlin 1918-1933

Hjelt	1918
Jännes	1919 - 1920
Holma	1920 - 1927
Wuolijoki	1927 - 1933

Die deutschen Gesandten in Helsinki 1918-1935

v. Brück	1918 - 1920
Wallroth (Geschäftsträger)	1920 - 1921
Göppert	1921 - 1922
v. Zech	1922 - 1924
Hauschild	1925 - 1928
Renner	1929 - 1932
Büsing	1932 - 1935

Abteilungsleiter der Abt. IV des Auswärtigen Amtes 1920 - 1933

Behrend	1920 - 1921
Maltzan	1921 - 1922
Wallroth	1923 - 1928
v. Dirksen, Dirigent	1925 - 1928
Trautmann	1925 - 1931
Meyer	1931 - 1933

A n l a g e 3

Z e i t u n g e n u n d Z e i t s c h r i f t e n

Berliner Börsen Courier

Berliner Tageblatt

Dagens Press

Deutsche Allgemeine Zeitung

Deutsche Tagezeitung

Finnländischer Merkur

Frankfurter Zeitung

Germania

Helsingin Sanomat

Hufvudstadsbladet

Industrie- und Handelszeitung

Maaseudun Tulevaisuus

Osteuropa

Suomen Sosialidemokraatti

Svenska Pressen

Uusi Suomi

Vorwärts

Vossische Zeitung

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

I. Quellen

A. Gedruckte Quellen

Aikalaiskirja, Helsinki 1941

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918-1945
Serie B 1925-1933, Bd. I - V, 1966 ff. Göttingen

Akten der Reichskanzlei, Hg. Karl Dietrich Erdmann,
Bd. 3 Das Kabinett Müller I, Boppard 1971
Bd. 11 Teil I u. II Das Kabinett Müller II, Boppard 1970

The Blockade of Germany After the Armistice 1918-1919
(Dokumentensammlung) ed: Suda Lorena Bane,
Ralph Haswell Lutz, London 1942

Eduskunnan Pöytäkirjat 1919 ff.

Eduskunnan Asiakirjat 1919 ff.

Reichsgesetzblatt, Teil II, Jg. 1918 - 1932

Schultheß Europäischer Geschichtskalender, München 1920 ff

Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches
Jg. 1920/1921 - 1933

Suomen tilastollinen vuosikirja v.k. 1918 - 1933

Suomen virallinen tilasto, I A Kauppa, Bd. 45 (1923) ff.

Verhandlungen des Reichstags, Stenographische Berichte
1922 - 1932

B. Ungedruckte Quellen

1) Aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn

Bezeichnung abgekürzt als:

Abteilung A:

Finnland 1	Allgemeine AngelegenheitenFi 1
Februar	1919 - März 1919 Bd. 21
April	1919 - Juli 1919 Bd. 22
August	1919 - März 1920 Bd. 23
Finnland 2	Russisch-finnische BeziehungenFi 2
August	1918 - Juni 1919 Bd. 3
Juli	1919 - März 1920 Bd. 4

Finnland	3	Finanzen Finnlands.....	Fi 3
		März 1918 - August 1919	Bd. 1
		September 1919 - März 1920	Bd. 2
Weltkrieg A		Deutsche Waffenhilfe in Finnland und die deutschen Forderungen hieraus.....	Waffenhilfe
		Februar 1919 - 1922	Bd. 3
		1922 - 1924	Bd. 4
Großes Haupt-			
quartier		Allgemeine Lage Finnlands.....	A ₃ 10
		Sept. 1918 - Sept. 1919	Bd. 4
Gesandtschaft			
Stockholm		Finnland (Geheim).....	SIII 18
		Juni 1918 - März 1919	Bd. 2
		Februar 1919 - März 1922	Bd. 3

Abteilung IV Norden

Finnland

Politik	1	Allgemeine auswärtige Politik Finnlands.....	Fi Pol 1
		März 1920 - Dezember 1929	Bd. 1
		Januar 1924 - Dezember 1935	Bd. 2
Politik	2	Politische Beziehungen Finnland -Deutschland.....	Fi Pol 2
		März 1920 - Dezember 1923	Bd. 1
		Januar 1924 - Dezember 1929	Bd. 2
		Januar 1930 - Februar 1935	Bd. 3
Politik	3	Politische Beziehungen Finnland -Rußland.....	Fi Pol 3
		März 1920 - Dezember 1930	Bd. 1
		Januar 1922 - Oktober 1927	Bd. 2
		Oktober 1927 - April 1931	Bd. 3
		Juni 1931 - September 1935	Bd. 4
		Politische Beziehungen Finnland- England.....	
		März 1920 - Februar 1936	Bd. 1
		Politische Beziehungen Finnland- Polen	
		März 1920 - Dezember 1926	Bd. 1
		Januar 1927 - August 1935	Bd. 2
		Politische Beziehungen Finnland- Schweden	
		März 1920 - September 1930	Bd. 1

Politik 13 Militärangelegenheiten Finnland.....Fi Pol 13
März 1920 - Dezember 1924 Bd. 1
Januar 1925 - November 1928 Bd. 2

Politik 14 Marineangelegenheiten Finnland.....Fi Pol 14

Randstaaten (Geheim).....Pol 4
(Politische Beziehungen der Rand-
staaten zu Deutschland, einschließ-
lich Finnland und Polen) Bd. 2-5

Randstaaten: Sicherheitspakt Bd. 1-4
Bd. 6-12

Völkerbund.....Pol 4
Bd. 3, 4

Neutralisierung der Ostsee (Geheim)
Bd. 1

Geschäftsgang 1 A, Neuorganisation
des Auswärtigen Amtes Bd. 1

Büro Reichsminister.....Bü Am

34 Finnland September 1920 - November 1929 Bd. 1 Am 34
Januar 1930 - September 1935 Bd. 2

9 Rußland Mai 1927 - September 1927 Bd. 1 Am 9

73 Schweden Februar 1923 - Mai 1935 Bd. 1 Am 73

Büro Staatssekretär.....Bü Sts

O Ra Randstaaten
Februar 1926 - August 1926 Bd. 2
August 1926 - April 1926 Bd. 3

O Übersicht über die politische
Lage in Ost- und Nordeuropa Bd. 6 app. 1

O Ru Politische Angelegenheiten der
UdSSR
August 1927 - Oktober 1927 Bd. 19

Sonderreferat W

Handel 13 Das Handelsvertragsverhältnis
Finnlands zu Deutschland.....Handel 13
April 1922 - September 1934

Völkerbundakten.....Vbd

Länderakten Finnland.....Vbd Fi
 März 1920 - September 1927 Bd. 1
 September 1927 - Dezember 1927 Bd. 2
 Januar 1928 - Mai 1936 Bd. 3

Völkerbundsrat Ratssitz Allgemeines
 September 1927 - April 1933 Bd. 5
 Beziehungen zwischen Finnland u. Rußland Bd. 1
 1923-1931

Handakten Direktoren.....Handakten

Wallroth Bd. 37 Akten betreffend Finnland.....Wallroth
 Juli 1923 - Januar 1928

Trautmann Akten betreffend Finnland.....Trautmann
 Dezember 1928 - Mai 1931

Ritter Finnland.....Ritter
 Juli 1918 - Dezember 1928 Bd. 1
 Januar 1929 - Juni 1930 Bd. 2

Handakten Schack 30
 Material für finnischen Handelsvertrag

- 2) Bundesarchiv (Koblenz) BA
- AA II Frieden II, Wirtschaftliches Finnland BA R 85, 1012/
 1013/ 1014/ 1015/
 1016/6400
 Blockade: BA R 85 936/937
- Reichsministerium für Wiederaufbau
 Finnland.....BA R 38/321
- Reichskanzlei
 Finnland: Bd. 1, 2... BA R 43 I/62
 Handelsverträge mit Finnland Bd. 1 BA R 43 I/1092
- 3) Aus dem Staatsarchiv Helsinki VA
- a) Archiv des Außenministeriums.....UM
- Berichte der Gesandtschaft in Berlin 1919-1929.....UM 5 C 5
- Berichte der Gesandtschaft in Paris.....UM 5 C 6
- Berichte der Gesandtschaft in Tallin.....UM 5 C 12

Geheimprotokolle der Sitzungen des
Staatsrats.....UM C
19 19-1929

Presse Deutschlands

in Gruppe 94

b) Fotokopien aus dem Politischen Archiv des
Auswärtigen Amtes

Deutsche Gesandtschaft Helsingfors
Politik 1912-1932.....Deu Ges Hfs

L290 L88087-L89395	1922-1933
65 15 H78030-H78102	19 19-1922
65 14 H78631-H80081	19 12-1932
65 15 H80082-H81095	19 19-1932
65 16 H81097-H82890	1926-1932

c) Privatsammlungen

Sammlung Erich

Holma

Holsti

Idman

Ingman

Procopé

Ryti

Saastamoinen

Setälä

Suolahti

Tanner

Vennola

Saksalainen kauppekamari Suomesa
(Deutsch=finnischer Handelskammerverein)

Saksalais-suomalainen Seura
(Deutsch=finnischer Verein)

4) Universitätsbibliothek Helsinki

Sammlung Söderhjelm

5) Archiv des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten, Helsinki (UM)

UM 7 C Saksa

UM 12 L Saksa

UM 58 B 1 Saksa kotelot 1-11

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

II. Literatur

- ANDERLE, Alfred Die deutsche Rapallo-Politik,
Berlin 1962
- APUNEN, Osmo Suomi keisarikillisen Saksan
politiikassa 1914-1915,
Diss. Helsinki 1968
- ASPELMEIER, Dieter Deutschland und Finnland während
der beiden Weltkriege, (Schriften
aus dem Finnlandinstitut Köln 7),
Hamburg 1967
- 100 JAHRE AUSWÄRTIGES AMT, Hg: AA Bonn 1970
- BAUMGART, Winfried Deutsche Ostpolitik 1918 (von
Brest-Litowsk bis zum Ende des
Ersten Weltkrieges), Wien 1966
- BECKER, Willy Das neue Finnland,
In: Archiv für Politik und Ge-
schichte 1928, Heft 5, S. 422 ff
- BELOFF, Max The foreign policy of Soviet
Russia 1929-1941, Bd. I (1929-
1936), New York 1963
- The Foreign Policy of Soviet
Russia Bd. I, II,
London 1947
- BERNSTORFF, Johann Erinnerungen und Briefe, Zürich 1936
- BEYER, Franz Das deutsche Einschreiten in
Finnland 1918 als völkerrechts-
mäßige Intervention,
jur. Diss. Münster 1927
- BLOMSTEDT, Yrjö K. J. Ståhlberg, Keuruu 1969
- BÖHME, Helmut Die deutsche Kriegszielpolitik
und Finnland im Jahres 1918
In: Deutschland in der Weltpolitik
des 19. und 20. Jhds. (Hg: Immanuel
Geiss und Bernd Jürgen Wendt),
Düsseldorf 1973, S. 377 ff

- BORRIES, Hans Karl von Die Handels- und Schifffahrtsbeziehungen zwischen Lübeck und Finnland, In: Probleme der Weltwirtschaft, Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel 36, Jena 1923
- BRACHER, Karl Dietrich Die Auflösung der Weimarer Republik, Villingen 1964
- BROMS, Bengt Puolueettomuuskysymys ja Suomi Kansainliitossa, In: Itsenäisen Suomen ulkopoliitiikan alkutaival, Porvoo 1962, S. 145 ff.
- BROSZAT, Martin 200 Jahre deutsche Polenpolitik, München 1963
- BRÜNING, Heinrich Memoiren 1918-1934, Stuttgart 1970
- BUCHHEIM, Karl Die Weimarer Republik: Grundlagen und politische Entwicklung, München 1960
- CARR, Edward International Relations between the two World Wars 1919-1939, London 1947
- German-Soviet Relations between the Two World Wars 1919-1939, Baltimore 1951
- CARSTEN, F.L. The Reichswehr and Politics 1918-1933, Oxford 1966
- Die Reichswehr und Sowjetrußland 1920-1933, In: Öst. Osthefte 1963, Heft 6, S. 445 ff
- CHURCHILL, Stacy Itä-Karjalan kohtalo, Porvoo 1970
- CURTIUS, Julius Sechs Jahre Minister der deutschen Republik, Heidelberg 1948
- DEBICKI, Roman Foreign Policy of Poland 1919-1932, New York 1962

- DEUTSCH-NORDISCHES JAHRBUCH für Kulturaustausch und Volkskunde, (Hg. Walter Georgi), Jena 1926, ff.
- DEUTSCHLAND IM ERSTEN WELTKRIEG Hg: Autorenkollektiv Bd. 3 Nov. 1917 - Nov. 1918, Berlin 1970
- DIRKSEN, Herbert von Moskau, Tokio, London 1919-1939 Stuttgart 1949
- DUROSELLE, Jean Bapt. Historie diplomatique de 1919 à nos jours, Paris 1953
- DYCK, Harvey Leonard Weimar Germany and Soviet Russia 1926-1933 (Studies of the Russian Institute), New York 1966
- EHRNROOTH, Leo Från ett skiftelserikt liv, Helsingfors 1947
- ENCKELL, Carl Politiska Minnen I - II, Helsingfors 1956 o. 57
- ENGEL, Bruno Die Meistbegünstigungsklausel auf den internationalen Konferenzen der Nachkriegszeit, Diss. Universität Köln, Würzburg 1935
- EUDIN, Kenia + SLUSSER, Robert Soviet Foreign Policy 1928-1935, Bd. I, II Pennsylvania State University 1966
- EULER, Heinrich Die Außenpolitik der Weimarer Republik 1918-1923, Aschaffenburg 1957
- EYCK, Erich Geschichte der Weimarer Republik 2 Bde., Erlenbach bei Zürich 1954, 1956
- FIEDERLEIN, Friedrich, Martin Der deutsche Osten und die Regierungen Brüning, Papen, Schleicher, Diss. Würzburg 1966
- FIRMOR I FINLAND Jg. 1931, Helsingfors 1931
- FISCHER, Fritz Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918 Düsseldorf 1967 (Sonderausgabe)

- FREUND, Gerald Unholy Alliance, Russian-German Relations from the Treaty of Brest-Litovsk to the Treaty of Berlin, New York 1957
- FRIEDENSBURG, Ferdinand Die Weimarer Republik, Hannover 1959²
- GESCHICHTE DER SOWJETISCHEN AUSSENPOLITIK, Teil I 1917-1945, (Hg: Autorenkollektiv), Berlin 1969
- GOLTZ, Rüdiger von der Meine Sendung in Finnland und im Baltikum, Leipzig 1920
- Als politischer General im Osten, Leipzig 1936
- GRAHAM, Malbone- W. The Diplomatic Recognition of the Border States, Part I: Finland, Berkeley (Calif.) 1935
- New Governments of Eastern Europe New York 1927
- GRAML, Hermann Europa zwischen den Kriegen, München 1969
- in: Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg Bd. 1: S. 215-498, Stuttgart 1971
- Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 6, 1970, 4, S. 366-391
- GUMMERUS, Herman P.E. Svinhufvud 1861-1936, Helsinki 1936
- HAKALEHTO, Ilkka Suomen ulkopoliitiikan kehityslinjat 1809-1966, Porvoo 1966
- HALME, Veikko Vienti Suomen suhdannetekijänä vuosina 1870-1939, Diss. Helsinki 1955
- HARMAJA, Leo Maailmansodan vaikutus Suomen taloudelliseen kehitykseen, Helsinki 1940
- HEIBER, Helmut Die Republik von Weimar, München 1966, in: Deutsche Geschichte seit dem ersten Weltkrieg Band 1, S. 13-211, Stuttgart 1971

- HELANDER, A. Benj Suomen metsätalouden historia, Porvoo 1949
- HELBIG, Herbert Die Träger der Rapallo-Politik, Göttingen 1958
- HILGER, Gustav Wir und der Kreml, Frankfurt/M. 1955
- HJELT, Edvard, Immanuel Från händelserika år I, II Helsingfors 1919-1920
- HÖCKER, Paul Oskar (Hg) Finnland, Bielefeld 1924²
- HOLSTI, Kalevi J. Suomen ulkopoliittikka suuntaansa etsimässä vuosina 1918-1922 (Rudolf Holstin osuus) Helsinki 1963
- HÖLTJE, Christian Die Weimarer Republik und das Ostlocom-Problem (Marburger Ostforschungen Bd. VIII) Würzburg 1958
- HORKENBACH, Cuno Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 3 Bde., Berlin (o.J.) (1930)
- HUBATSCH, Walter Unruhe des Nordens, Studien zur deutsch-skandinavischen Geschichte, Göttingen 1956
- IDMAN, K.G. Diplomatinen 1919-1927 Helsingfors 1954
- Maamme itsenäistymisen vuosilta Porvoo 1953
- ILVESSALO, Jaakko Suomi ja Weimarin Saksa, Porvoo 1959
- IMHOF, Artur, Erwin Grundzüge der nordischen Geschichte Darmstadt 1970
- JÄÄSKELÄINEN, Mauno Die finnisch-russischen Beziehungen 1930-1939, in: Gedenkschrift Martin Göhring (Hg. Ernst Schulin) Wiesbaden 1968
- Itä-Karjalan kysymys. Kansallisen laajennusohjelman synty ja sen toteuttamisyrietykset Suomen ulkopolitiikassa 1918-20, Diss. Porvoo 1961

- JAHRBUCH FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK, Berlin 1929 ff
- JAHRESBERICHTE des finnisch-deutschen Handelskammervereins e.V., Helsingfors Helsinki 1925 ff
- JOHANSON, V.F. Suomen tilaston pääkohdat, Helsinki 1940
- JONES, Samuel S. The Scandinavian States and the League of Nations, New York 1939
- JUTIKKALA, Eino Geschichte Finnlands (Kröner Taschenbuchausgabe Band 365), Stuttgart 1964
- JUTILA, K. T. & KONTTINEN, J. H. Maatalouspula Suomessa vv. 1928-1935, Porvoo 1936
- JUVA, Einar W. Rudolf Walden, Porvoo 1957
- KALELA, Jorma Grannar på skilda vägar, Det finländsk-svenska samarbetet i den finländska och svenska utrikespolitiken 1921-1923, Diss. Helsingfors 1971
- Näkökohtia pohjoismaisesta yhteistyöstä Suomen ulkopolitiikassa maailmansotien välisenä aikana, In: Historiallinen Aikakauskirja 1971, S. 231 ff.
- Ulkoministeri Enckell ja Reunavaltionpolitiikka v: na 1922 In: Historiallinen Aikakauskirja 1966: S. 301 ff.
- KLEIN, Fritz Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917-1932, Berlin 1963
- KELLERMANN, Volkmar Schwarzer Adler - Weißer Adler. Die Polenpolitik der Weimarer Republik, Köln 1970
- KENNAN, George F. Sowjetische Außenpolitik, Stuttgart 1961

- KLINK, Ernst Finnlands Freiheit 1917-1937,
Laupheim 1956
- Untersuchungen zum finnisch-
 schwedischen Streit um die Åland-
 inseln 1917-1921, Phil. Diss.
 Tübingen 1957
- KOCHAN, Lionel Russia and the Weimar Republic,
Cambridge 1954
- KORBEL, Josef Poland between East & West,
Soviet and German diplomacy toward
Poland 1919-33, Princeton 1963
- KORHONEN, Keijo Naapurit vastoin tahtoaan. Suomi
neuvostodiplomatiassa Tartosta
talvisotaan I 1920-1932, Helsinki
1966
- KRUMMACHER, F. A.
LANGE, Helmut Krieg und Frieden, Geschichte der
deutsche-sowjetischen Beziehungen
von Brest-Litwsk zum Unternehmen
Barbarossa, München 1970
- KUTSCHER, Ernst Abrüstung und Völkerbund,
Göttingen 1932
- LINKE, Horst Günther Deutsch-sowjetische Beziehungen bis
Rapallo. Abhandlungen des Bundes-
instituts für ostwissenschaftliche
und internationale Studien, Bd. XXII
Köln 1970
- LÖNNROTH, Erik Den svenska utrikespolitikens
historia V 1919-1939, Stockholm
1959
- LOOSLI-USTERI, Carl Geschichte der Konferenz für die
Herabsetzung und die Begrenzung
der Rüstungen 1932-1934, Zürich
1948
- LUDENDORFF, Erich Meine Kriegserinnerungen, Berlin
1919
- LUNDELL, Oscar Finlands export efter kriget,
Helsingfors 1930
- LUNDIN, Charles Suomi toisessa maailmansodassa,
Jyväskylä 1960

- MANNERHEIM, Carl G. Muistelmät I, II, Helsinki 1952
Erinnerungen, Zürich 1952
- MAZOUR, Anatole G. Finland between East and West
Princeton 1956
- MAXELON, Michael-Olaf Stresemann und Frankreich, Düsseldorf 1972
- NADOLNY, Rudolf Mein Beitrag, Wiesbaden 1955
- NEVAKIVI, Jukka Muurmanin legioona. Suomalaiset ja liittoutuneiden interventio Pohjois-Venäjällä 1918-1919, Helsinki 1970
- NICHOLLS, A. J. Weimar and the Rise of Hitler, Glasgow 1968
- NOUSIAINEN, Jaakko Suomen poliittinen järjestelmä, Porvoo 1963
- NURMIO, Yrjö Suomen itsenäistyminen ja Saksa, Porvoo 1957
- ÖHQUIST, Johannes Das Löwenbanner, des finnischen Volkes Aufstieg zur Freiheit, Berlin 1923
- OERTEL, Maria Beiträge zur Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen in den Jahren 1925-1930, Diss. Berlin 1968
- PAASIVIRTA, Juhani Suomen diplomaattiedustus ja ulkopolitiikan hoito, Porvoo 1968
Ensimmäisen maailmansodan voittajat ja Suomi, Porvoo 1961
Suomi vuonna 1918, Porvoo 1957
- POHLEBKIN, Viljam Suomi vihallisena ja ystävänä 1714-1967, Porvoo 1969
- POLVINEN, Tuomo Venäjän vallankuomus ja Suomi, Bd. I Porvoo 1967, Bd. II Porvoo 1971
- PROCOPE, HJ. Finnland als nord. u. Ostsee-Staat In: Das Deutsch-nordische Jahrbuch, Jena 1931, S. 15-23

- PUCHALT, Berthold
Der Wirtschaftskrieg des deutschen Imperialismus gegen Polen 1925-1934, Berlin 1963
- PUNILA, L. A.
Suomen poliittinen historia 1809-1955, Helsinki 1963
- RAUCH, Georg von
Geschichte der baltischen Staaten, Stuttgart 1970
- RELANDER, L. K.
Presidentin päiväkiri, L. K. Relanderin muistiinpanot, I, II (1928-1931), Helsinki 1968
- ROOS, Hans
Geschichte der polnischen Nation 1916-1960, Stuttgart 1961
- ROSENBAUM, Kurt
Community of Fate, German-Soviet Diplomatic Relations 1922-1928 Syracuse 1965
- ROSENBERG, Günter
Sowjetrußland und Deutschland 1917-1922, Berlin 1960
- SCHIEDER, Theodor
Die Probleme des Rapallovertrages. Eine Studie über die deutsch-russischen Beziehungen 1922-1926 Köln 1956
- SCHREIBER, Georg (Hg.)
Deutschland und die Kultur der Ostsee, Erinnerungen an die deutschen Hochschulwochen in Helsingfors und Riga 1926 (Deutschtum und Ausland 10, Heft), Münster 1927
- SCHREPFER, Hans
Finnland, Natur, Mensch, Landschaft, Freiburg 1929
- SCHWENDEMANN, K.
Abrüstung und Sicherheit (Handbuch der Sicherheitsfrage und der Abrüstungskonferenz Bd. 1, Leipzig o. J.) (1933)
- SERING, Max (Hg.)
Die deutsche Landwirtschaft unter volks- und weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten, Berlin 1932
- SPENZ, Jürgen
Die diplomatische Vorgeschichte des Beitritts Deutschland zum Völkerbund 1924-1926, Göttingen 1966

- | | |
|-----------------------------|--|
| STENROTH, Otto | Puoli vuotta Suomen ensimmäisenä ulkoministerinä, Helsinki 1931 |
| STERN-RUBARTH, Edgar | Graf Brockdorff-Rantzau, Herford 1968 |
| STRASCHEFFSKY, Hirsch | Die auswärtige Handelspolitik Finnlands, Hfs. 1926, Diss. Zürich |
| STRESEMANN, Gustav | Vermächtnis (Hg. H. Bernhard)
3 Bde., Berlin 1932 |
| | Reden und Schriften, 2 Bde., Dresden 1926 |
| STUCKEN, Rudolf | Deutsche Geld- und Kreditpolitik
Tübingen 1953 ² |
| SUOMEN TEOLLISUUS JA KAUPPA | V Bde., o.O., o.J. (1936) |
| TARULIS, Albert | Soviet Policy toward the Baltic States 1918-1940,
Notre Dame, Indiana 1959 |
| TIANDER, K. | Auf dem Wege zum osteuropäischen Locarno, In: Zeitschrift für Politik 1926, Heft 2, S. 130 ff. |
| TORMIN, Walter (Hg.) | Die Weimarer Republik, Hannover 1962 |
| TREVIRANUS, Gottfried | Das Ende von Weimar, Heinrich Brüning und seine Zeit, Düsseldorf 1969 |
| TRUCHANOWSKI, W.G. (Hg.) | Geschichte der internationalen Beziehungen 1917-1939, Berlin 1963 |
| TRUSCH, Michail | Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Frankfurt 1970 |
| ULLMAN, Richard | Britain and the Russian Civil War 1918-1920, Princeton 1968 |
| WAHLBÄCK, Krister | Mannerheimistä Kekkoseen. Suomen politiikan päälinjoja 1917-1967
Porvoo 1968 |
| WALSDORF, Martin | Westorientierung und Ostpolitik
Bremen 1971 |

WEISFLOG, R.

Die Entwicklungsgeschichte der finnisch-deutschen Handelsbeziehungen (hrsg. Institut für Finnlandkunde der Universität Greifswald), Greifswald 1925

WEIZSÄCKER, Ernst von

Erinnerungen, München 1950

WERNER, Fritz

Die finnische Wirtschaft in ihren Beziehungen zu Deutschland während der Nachkriegszeit (Osteurop. Forschungen), Berlin 1931

ZIMMERMANN, Ludwig

Deutsche Außenpolitik in der Ära der Weimarer Republik, Göttingen 1958

A b k ü r z u n g e n

AA	Auswärtiges Amt
BA	Bundesarchiv
LK	Eduskunta
HA	Historiallinen Aikakausikirja
RGB1	Reichsgesetzblatt
STJb	Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches
STVK	Suomen tilastollinen vuosikirja
SVT	Suomen virallinen tilasto
Tg	Telegramm
UM	Ulkoministeriö
VA	Valtionarkisto
VFZG	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte

L E B E N S L A U F

Ich wurde am 18.10.1946 als Sohn des Studienrats Bertel Saarinen und seiner Ehefrau Hilde in Helsinki geboren. Von 1953 bis 1965 besuchte ich die Deutsche Schule in Helsinki, an der ich im Mai 1965 die Reifeprüfung und das finnische Abitur ablegte. Vom Herbst 1965 bis zum Sommer 1967 studierte ich an der Universität Marburg Geschichte und Germanistik. Im Herbst 1967 setzte ich mein Studium in Berlin fort und bestand im Juni 1970 das Magisterexamen. Meine akademischen Lehrer waren die Professoren Beumann, Catholy, Dickmann, Hillgruber, Kunz, Kurze, Nipperdey, Schmitt, Trautz.

